

# Kreisarchiv Stormarn E103

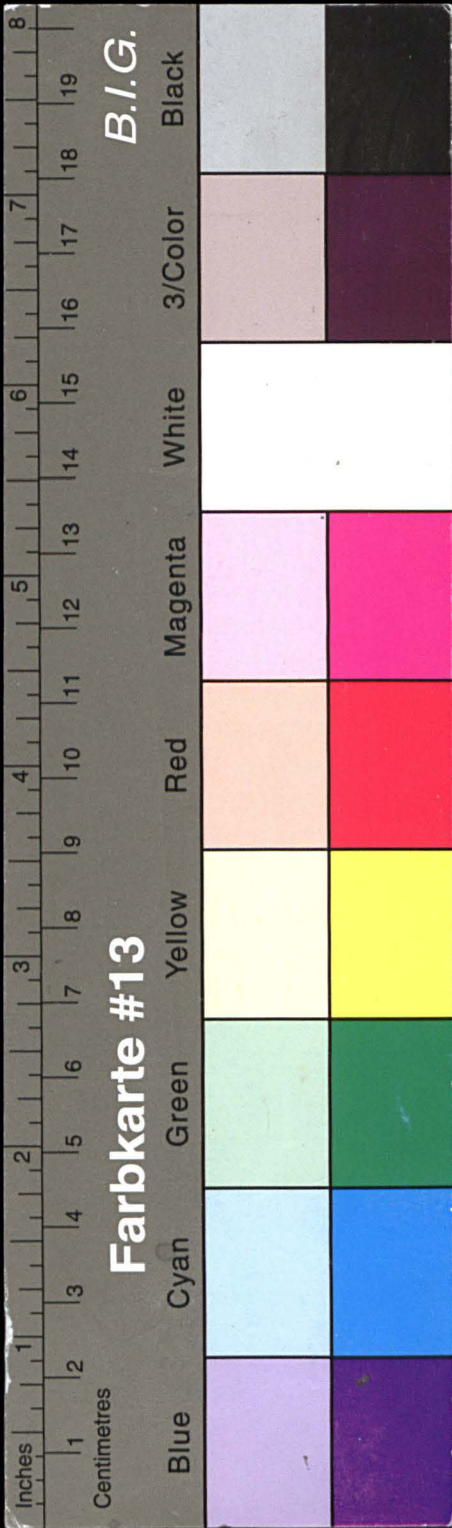
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Kreisarchiv Stormarn

Bestand E103

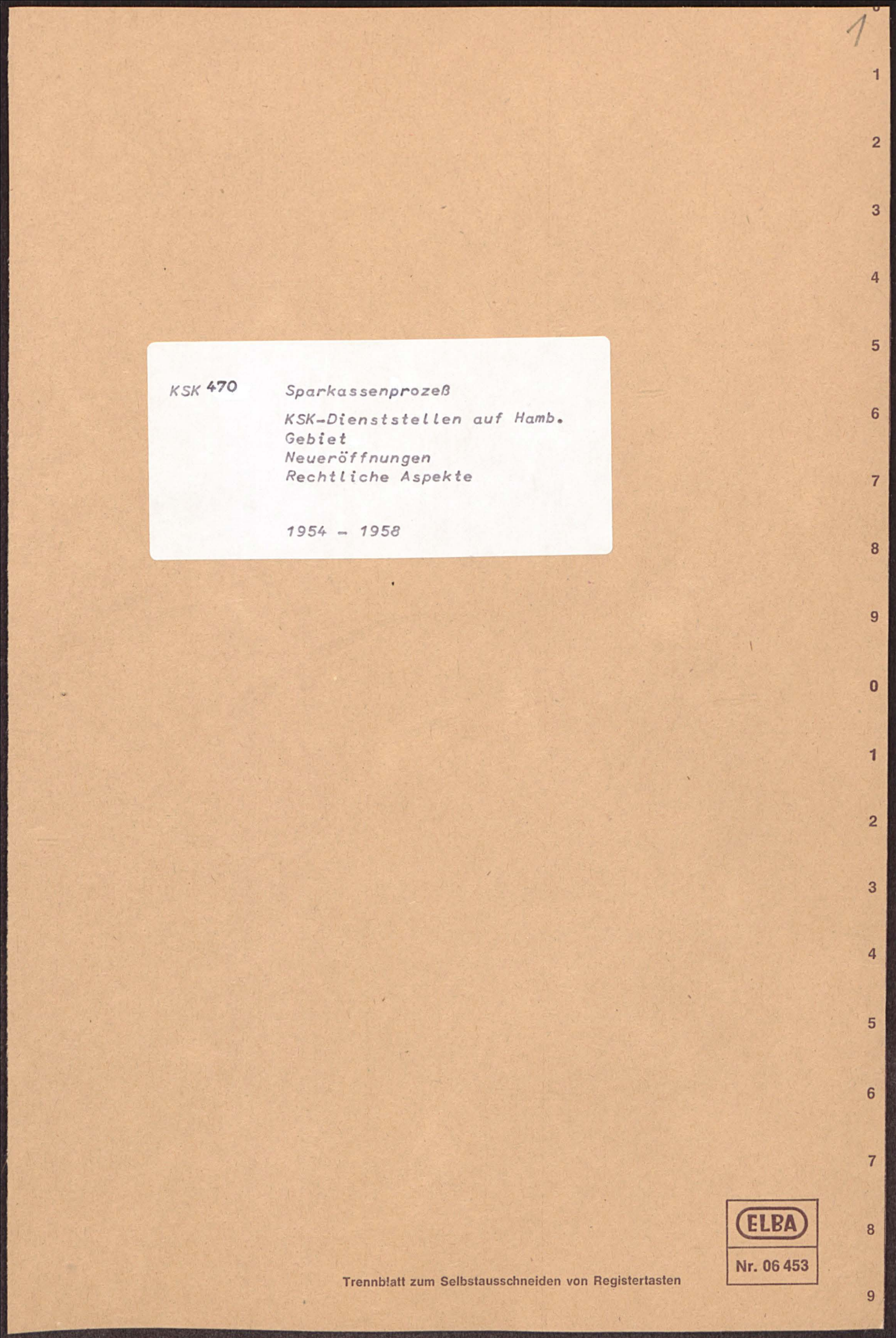
253





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



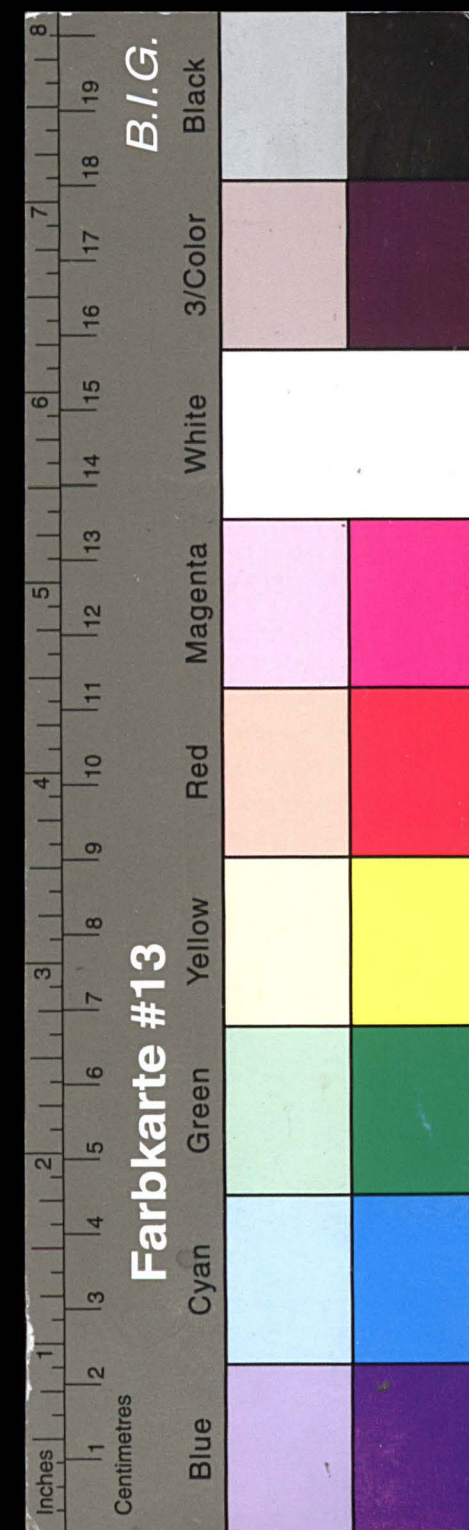
*KSK 470*      *Sparkassenprozeß*  
*KSK-Dienststellen auf Hamb.*  
*Gebiet*  
*Neueröffnungen*  
*Rechtliche Aspekte*

1954 – 1958



Trennblatt zum Selbstausschneiden von Registertasten





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



## Vermerk

Retr.: Hamburger Sparkassenprozeß .

Am 12.4.1954 fand im Ministerium des Innern bei der Landesregierung in Kiel eine Besprechung bezüglich des Hamburger Sparkassenprozesses statt. An der Besprechung nahmen teil :

1. Herr Oberregierungsrat K u j a t h, Ministerium des Innern,
2. Herr Verwaltungsdirektor D i e r k s, Sparkassen- u. Giroverban
3. Herr Landrat S i e g e l,
4. Herr Kreissyndikus K i e s l e r,
5. der unterzeichnete Sparkassenleiter.

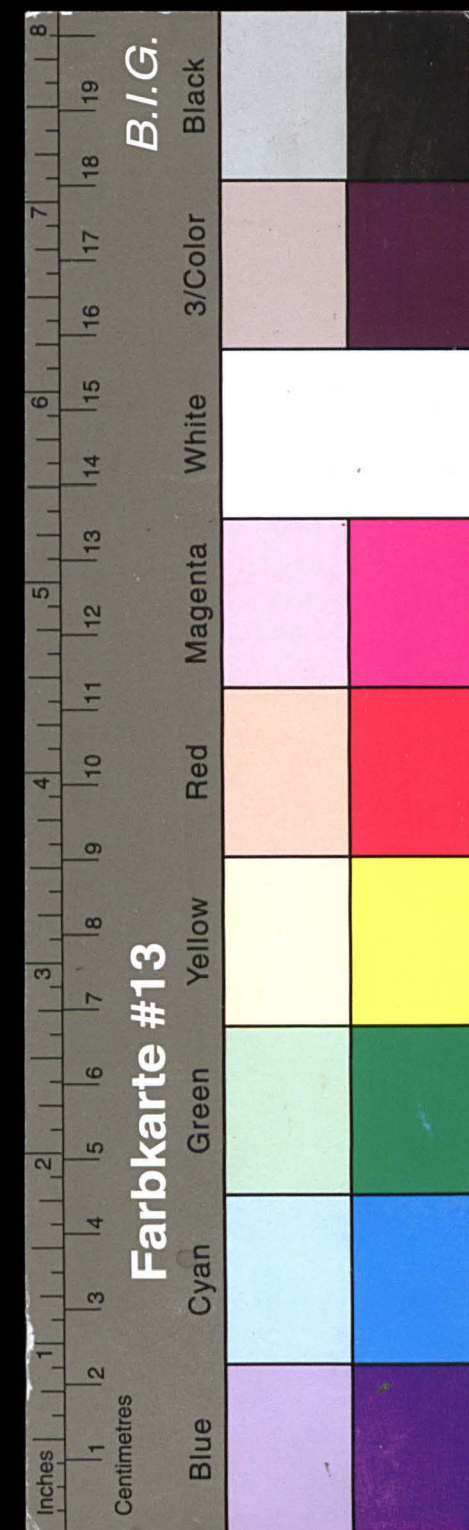
- Herr Oberregierungsrat W e b e r von der Bankenaufsicht war ortsabwesend, er wird von Herr Oberregierungsrat Kujath von dem Ergebnis der Besprechung in Kenntnis gesetzt.

Man war einmütig der Ansicht, gegen die ergangenen Urteile des Landgerichts Hamburg Berufung einzulegen, da das Urteil den von Stormarn erhobenen Einwänden in keiner Weise gerecht wird. Herr Oberregierungsrat K u j a t h machte den Vorschlag, dass die Kreissparkasse Stormarn schon jetzt bei der Hamburger Bankenaufsicht durch die zuständigen schleswig-holsteinischen Stellen den Antrag stellt, auf weitere Zulassung im Hamburger Gebiet ; und zwar ohne die prozessuale Entscheidung der Berufungsinstanzen abzuwarten. Er glaubt, dass mit einem solchen Antrag auch die Landesregierung Schleswig-Holstein eine größere Möglichkeit habe, auf die hamburgischen Regierungsstellen einzuwirken. Herr Kujath betonte, dass gerade in letzter Zeit noch wieder hamburgische Banken Zulassung im Raume Schleswig-Holstein durch die schleswig-holsteinische Bankenaufsicht genehmigt bekommen haben. Der Antrag der Kreissparkasse Stormarn soll durch die Landesregierung Schleswig-Holstein im Einvernehmen mit der Bankenaufsicht weitergegeben werden.

Bad Oldesloe, den 15.4.1954

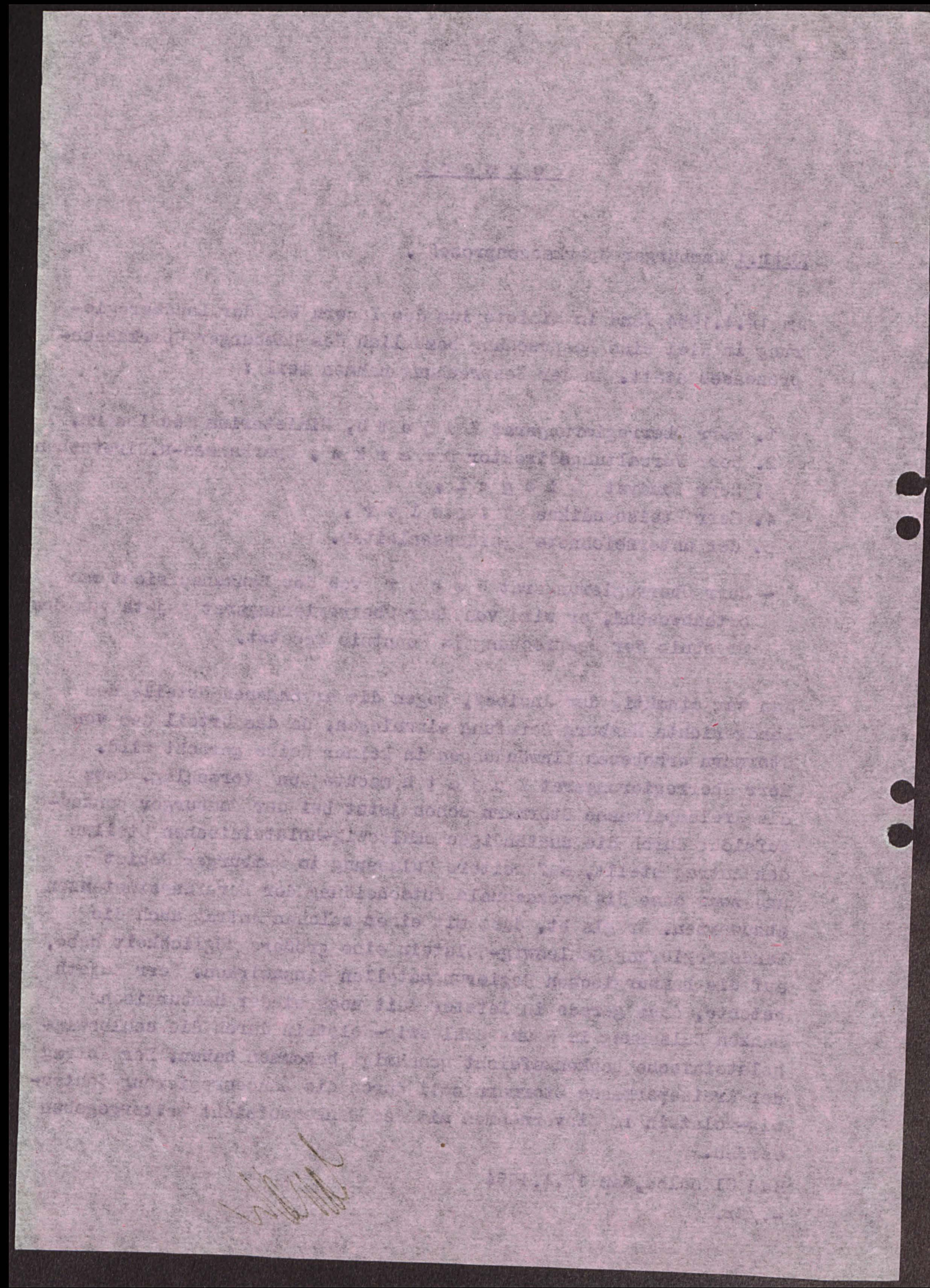
--./Rr.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



## KREISSPARKASSE STORMARN



MUNDELSICHER · BAD OLDESLOE · AM MARKT · FERNRUF: 619, 670, 520

Kreissparkasse Stormarn, Bad Oldesloe  
An die

Banken: Hamburgische Landesbank, Hamburg  
Landeszentralbank Hamburg und Lübeck  
Landesbank und Girozentrale Schlesw.-Holst.  
Kiel u. Lübeck Postscheck: Hamburg 9552

Behörde für Wirtschaft und Verkehr  
der Freien und Hansestadt Hamburg  
Abteilung Bankenaufsicht

H a m b u r g

durch die Landesregierung Schleswig-Holstein in K i e l

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Tag

-./Rr.

15.4.1954

Die Kreissparkasse Stormarn betreibt in Hamburg folgende Geschäftsstellen :

Wandsbek	seit 1913
Rahlstedt	" 1913
Wellingsbüttel	" 1930
Sasel	" 1927
Poppenbüttel	" 1934

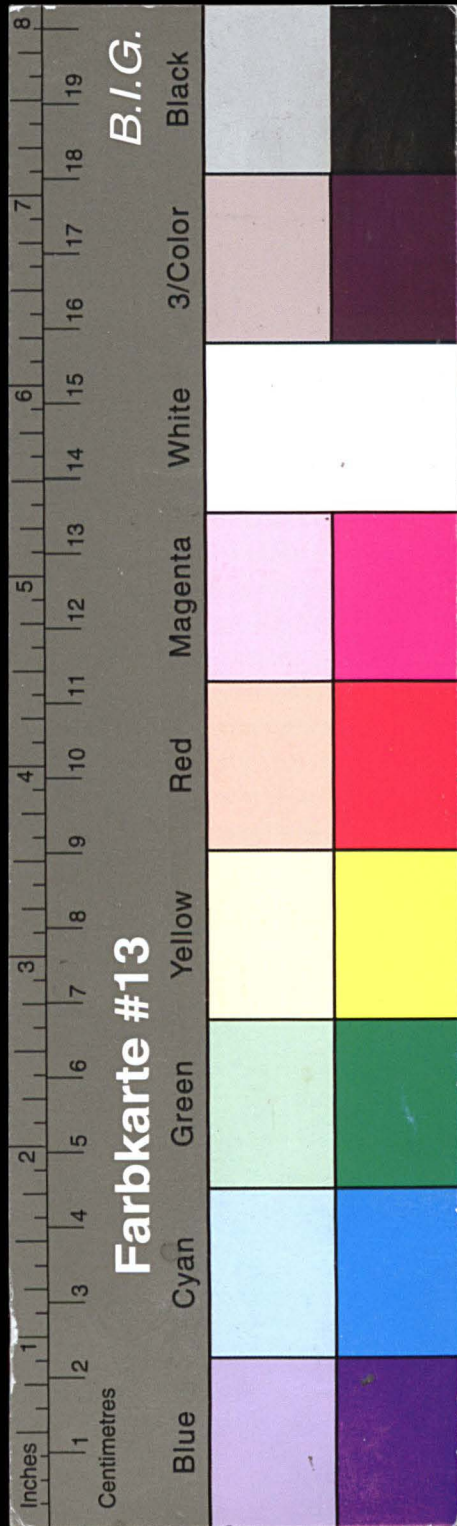
Durch ein erstinstanzliches Urteil des Landgerichts Hamburg vom 2.3.1954 ist die Kreissparkasse Stormarn zur Erfüllung eines am 30.12.1944 geschlossenen Vertrages verurteilt worden , wonach vorgenannte Geschäftsstellen auf die Hamburger Sparkassen zu übertragen sind. Ausgenommen ist im Urteil die Übertragung von Grundstücken. Die Kreissparkasse Stormarn lehnt die Durchführung des Vertrages vom 30.12.1944 aus verschiedenen Gründen ab und wird gegen das ergangene Urteil Berufung einlegen.

Ohne die prozessuale Entscheidung der Berufungsinstanzen abzuwarten , beantragt die Kreissparkasse Stormarn bei der Bankenaufsichtsbehörde schon jetzt, ihr die Genehmigung zur Zulassung bzw. Fortführung obengenannter Filialen zu erteilen.

Die

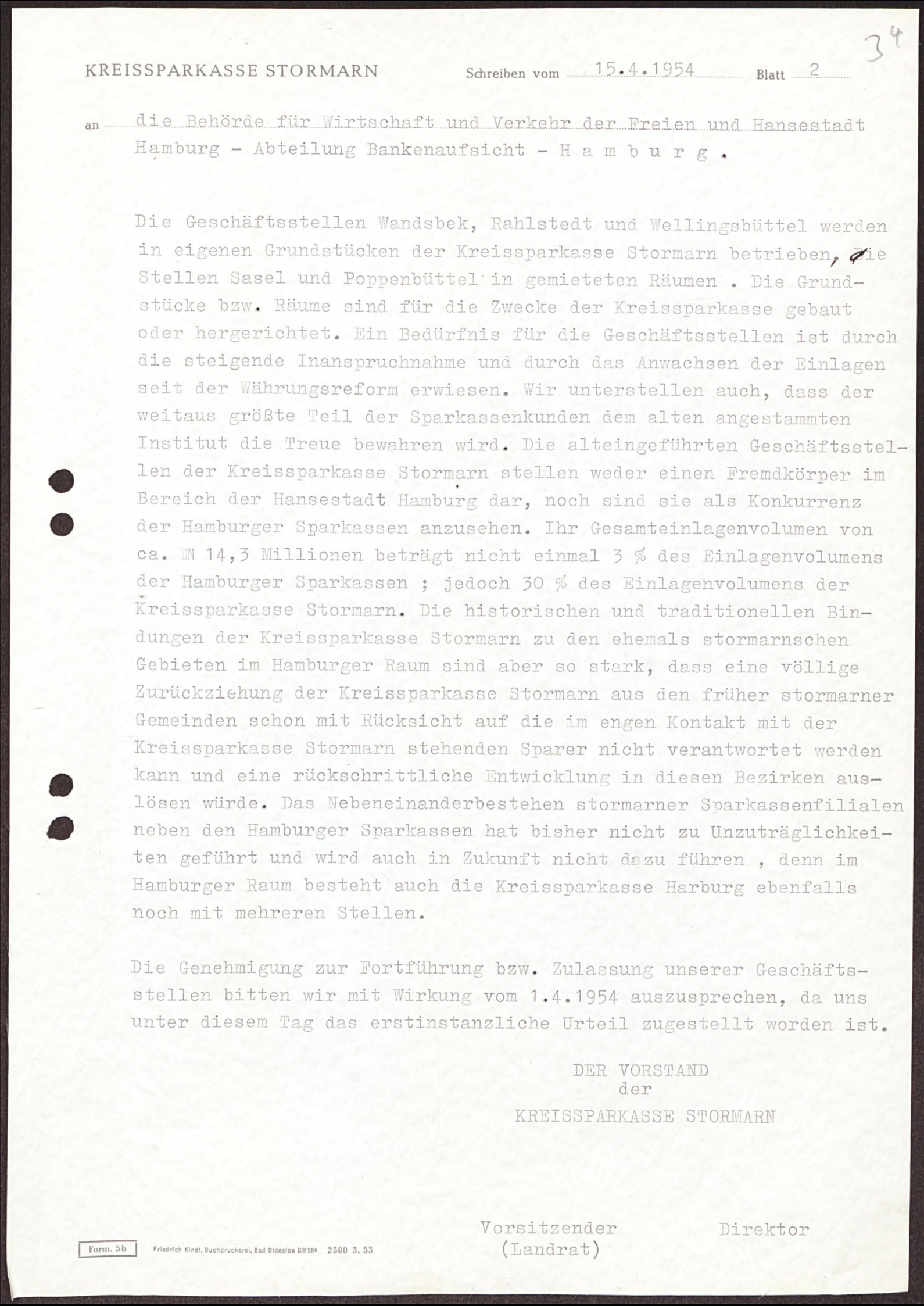
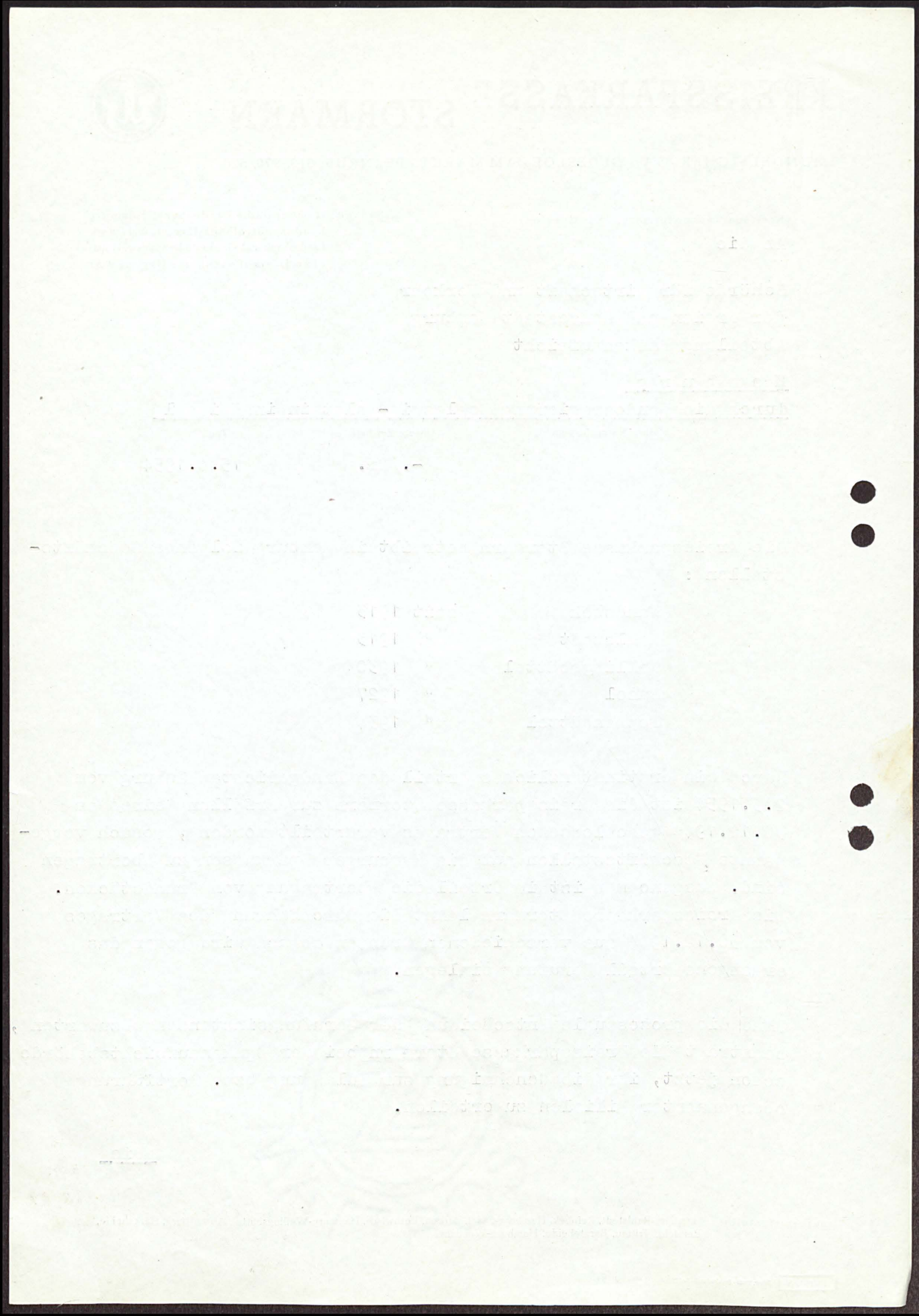
Hauptzweigstellen: Hamburg-Rahlstedt, Reinbek, Hamburg-Sasel, Zarpfen, Rethwisch, Hamburg-Wellingsbüttel, Ahrensburg, Harksheide, Reinfeld, Trittau, Bargteheide, Hamburg-Wandsbek





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



KREISSPARKASSE STORMARN

Schreiben vom 15.4.1954 Blatt 2

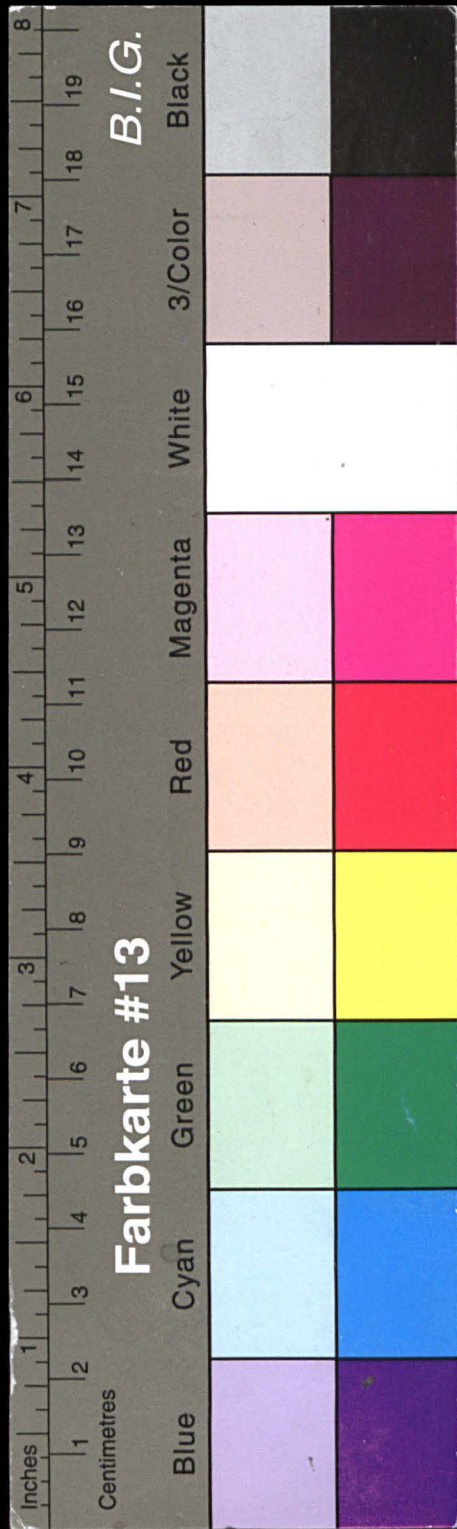
an die Behörde für Wirtschaft und Verkehr der Freien und Hansestadt  
Hamburg - Abteilung Bankenaufsicht - H a m b u r g .

Die Geschäftsstellen Wandsbek, Rahlstedt und Wellingsbüttel werden in eigenen Grundstücken der Kreissparkasse Stormarn betrieben, die Stellen Sasel und Poppenbüttel in gemieteten Räumen. Die Grundstücke bzw. Räume sind für die Zwecke der Kreissparkasse gebaut oder hergerichtet. Ein Bedürfnis für die Geschäftsstellen ist durch die steigende Inanspruchnahme und durch das Anwachsen der Einlagen seit der Währungsreform erwiesen. Wir unterstellen auch, dass der weitaus größte Teil der Sparkassenkunden dem alten angestammten Institut die Treue bewahren wird. Die alteingeführten Geschäftsstellen der Kreissparkasse Stormarn stellen weder einen Fremdkörper im Bereich der Hansestadt Hamburg dar, noch sind sie als Konkurrenz der Hamburger Sparkassen anzusehen. Ihr Gesamteinlagenvolumen von ca. DM 14,3 Millionen beträgt nicht einmal 3 % des Einlagenvolumens der Hamburger Sparkassen; jedoch 30 % des Einlagenvolumens der Kreissparkasse Stormarn. Die historischen und traditionellen Bindungen der Kreissparkasse Stormarn zu den ehemals stormarnschen Gebieten im Hamburger Raum sind aber so stark, dass eine völlige Zurückziehung der Kreissparkasse Stormarn aus den früher stormarner Gemeinden schon mit Rücksicht auf die im engen Kontakt mit der Kreissparkasse Stormarn stehenden Sparer nicht verantwortet werden kann und eine rückschrittliche Entwicklung in diesen Bezirken auslösen würde. Das Nebeneinanderbestehen stormarner Sparkassenfilialen neben den Hamburger Sparkassen hat bisher nicht zu Unzuträglichkeiten geführt und wird auch in Zukunft nicht dazu führen, denn im Hamburger Raum besteht auch die Kreissparkasse Harburg ebenfalls noch mit mehreren Stellen.

Die Genehmigung zur Fortführung bzw. Zulassung unserer Geschäftsstellen bitten wir mit Wirkung vom 1.4.1954 auszusprechen, da uns unter diesem Tag das erstinstanzliche Urteil zugestellt worden ist.

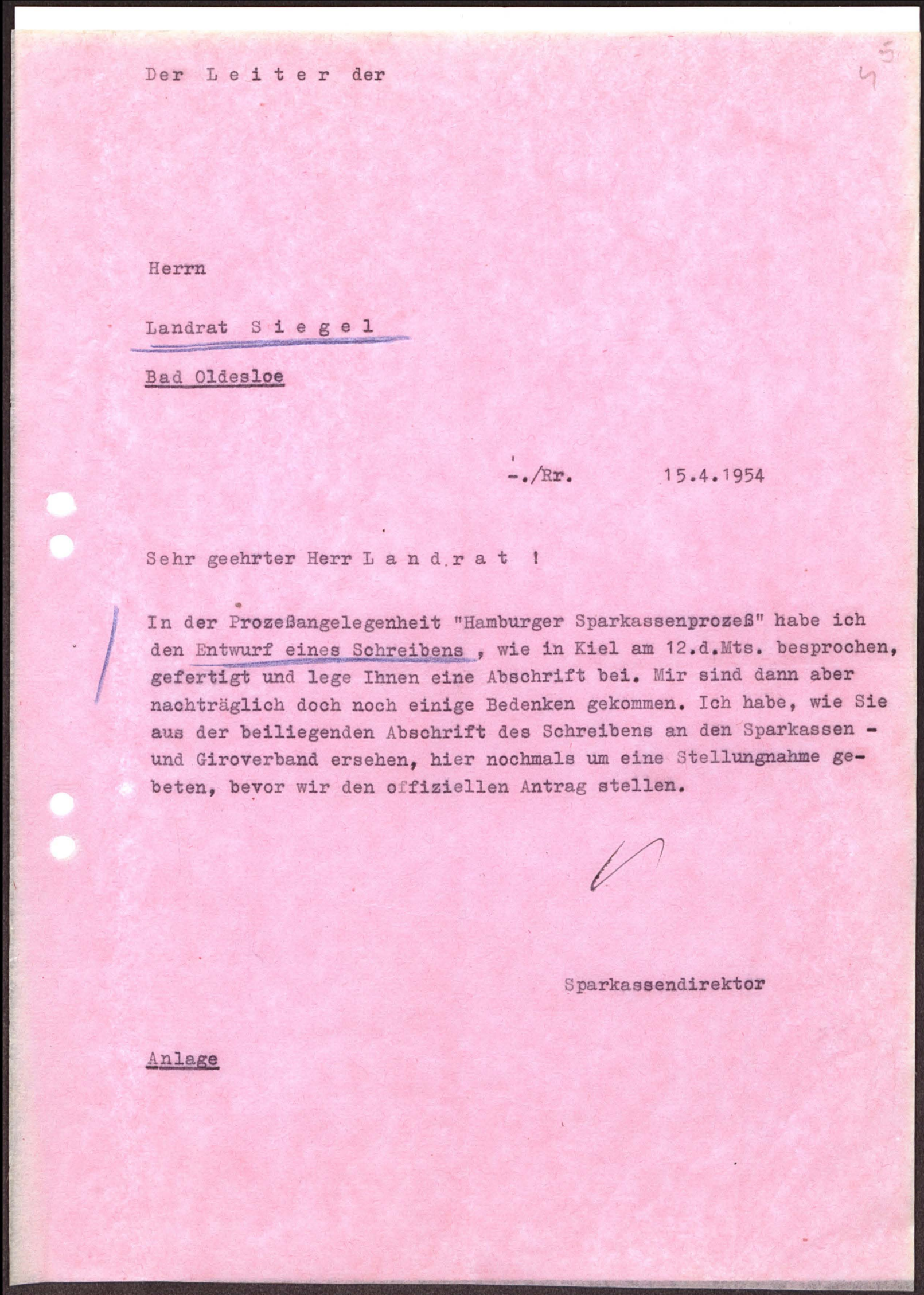
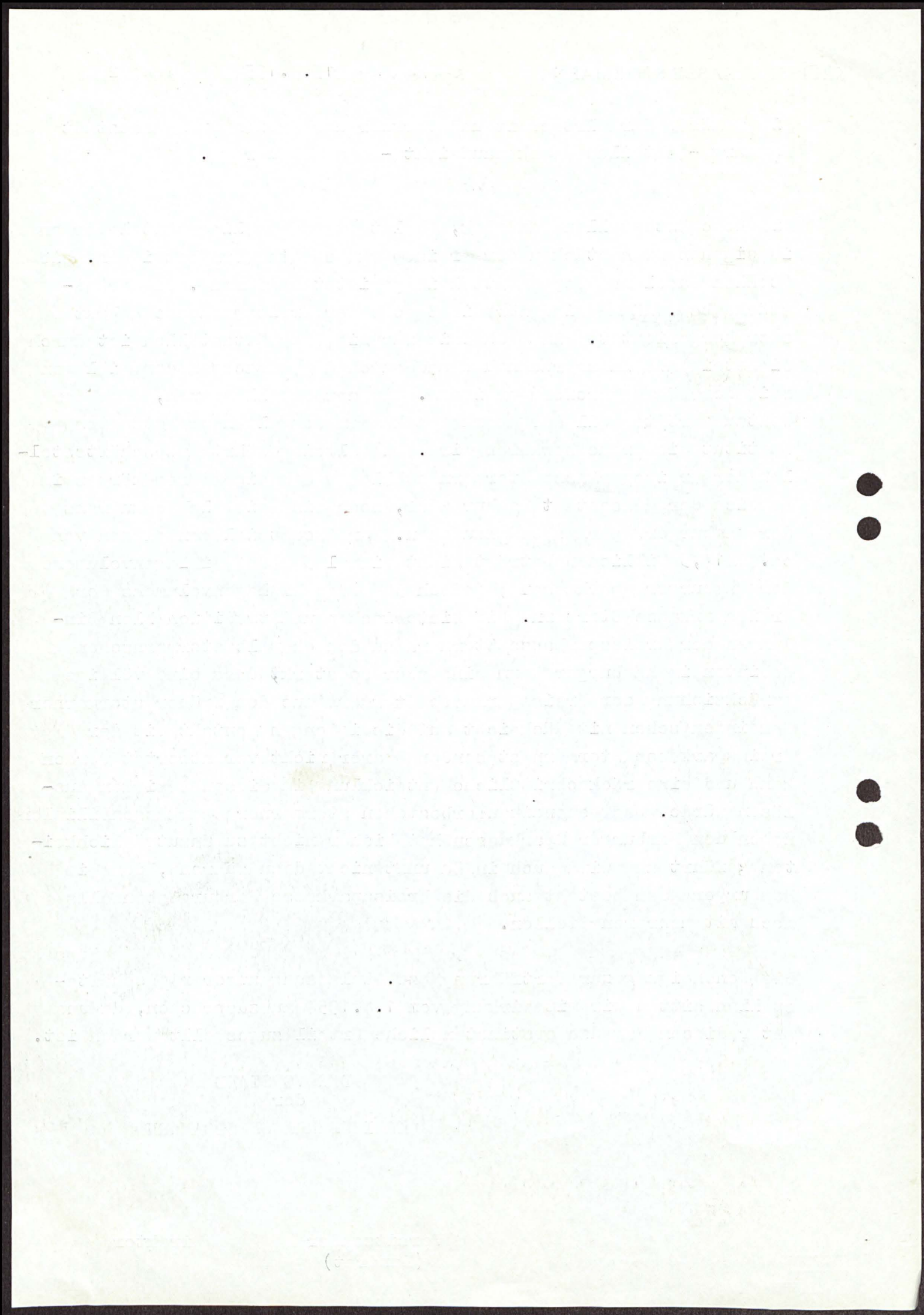
DER VORSTAND  
der  
KREISSPARKASSE STORMARN



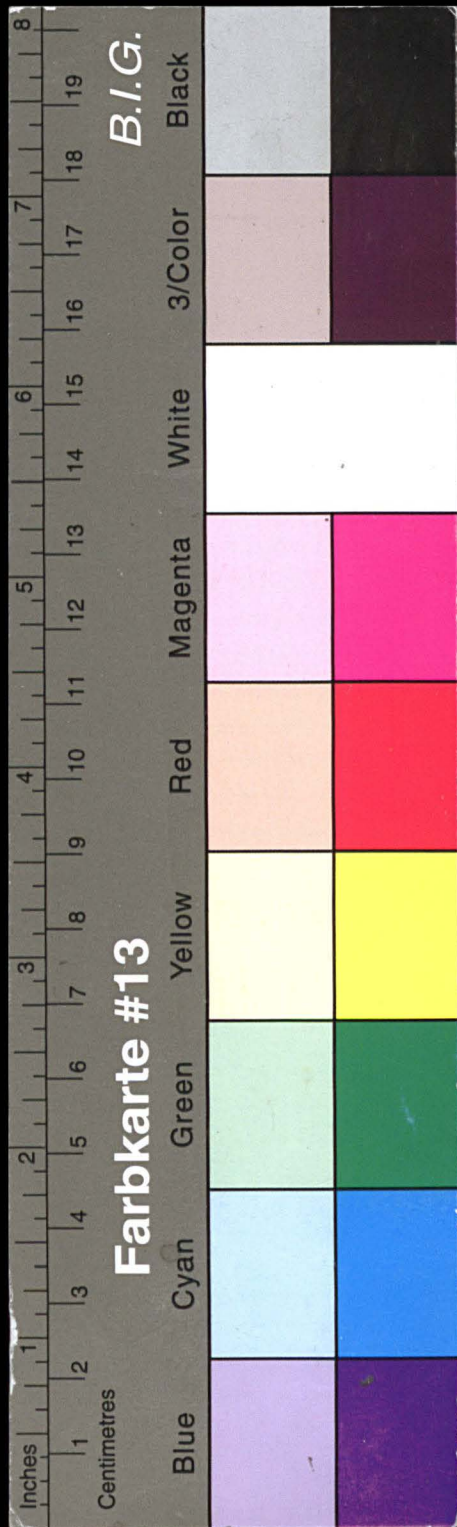


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

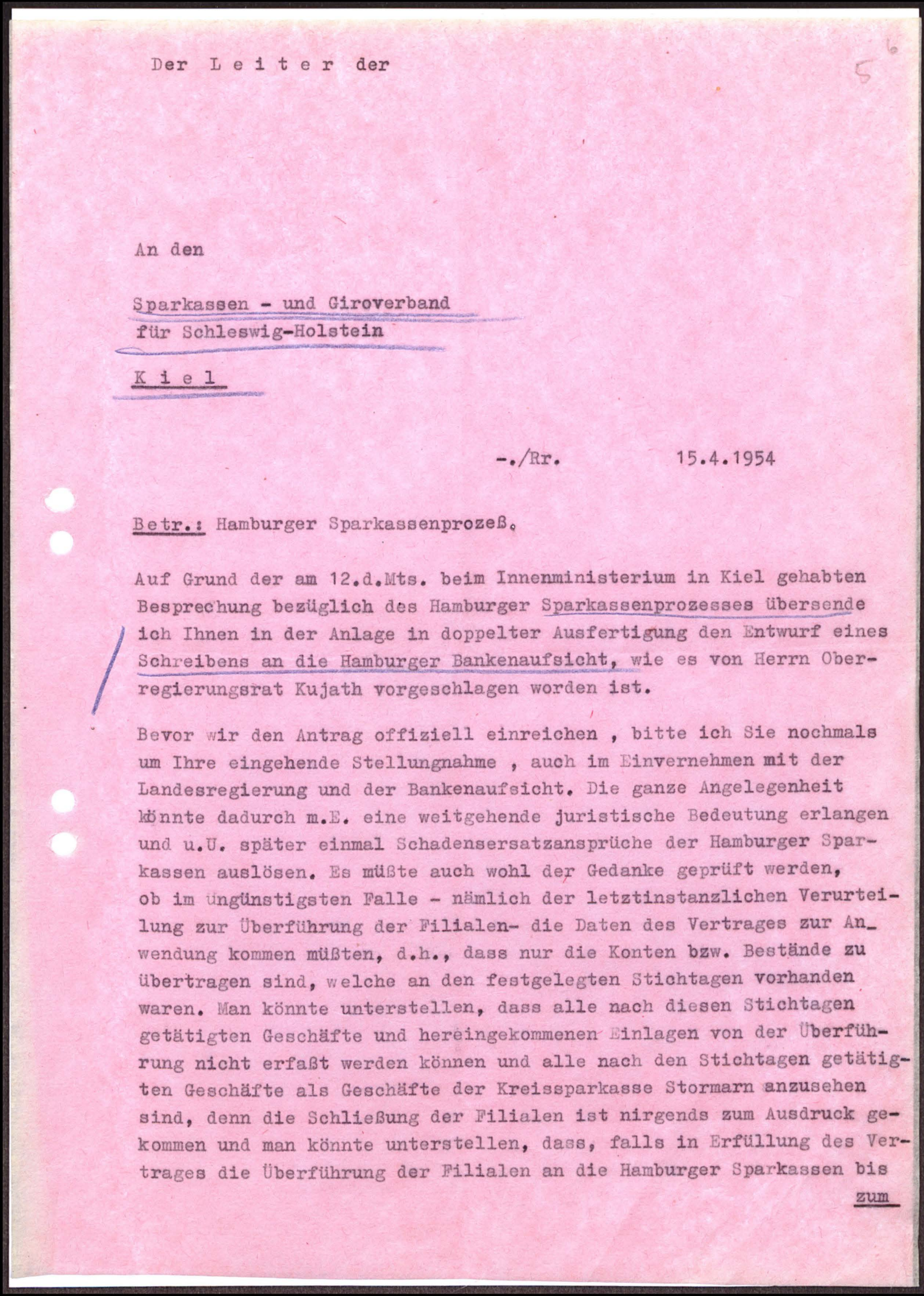
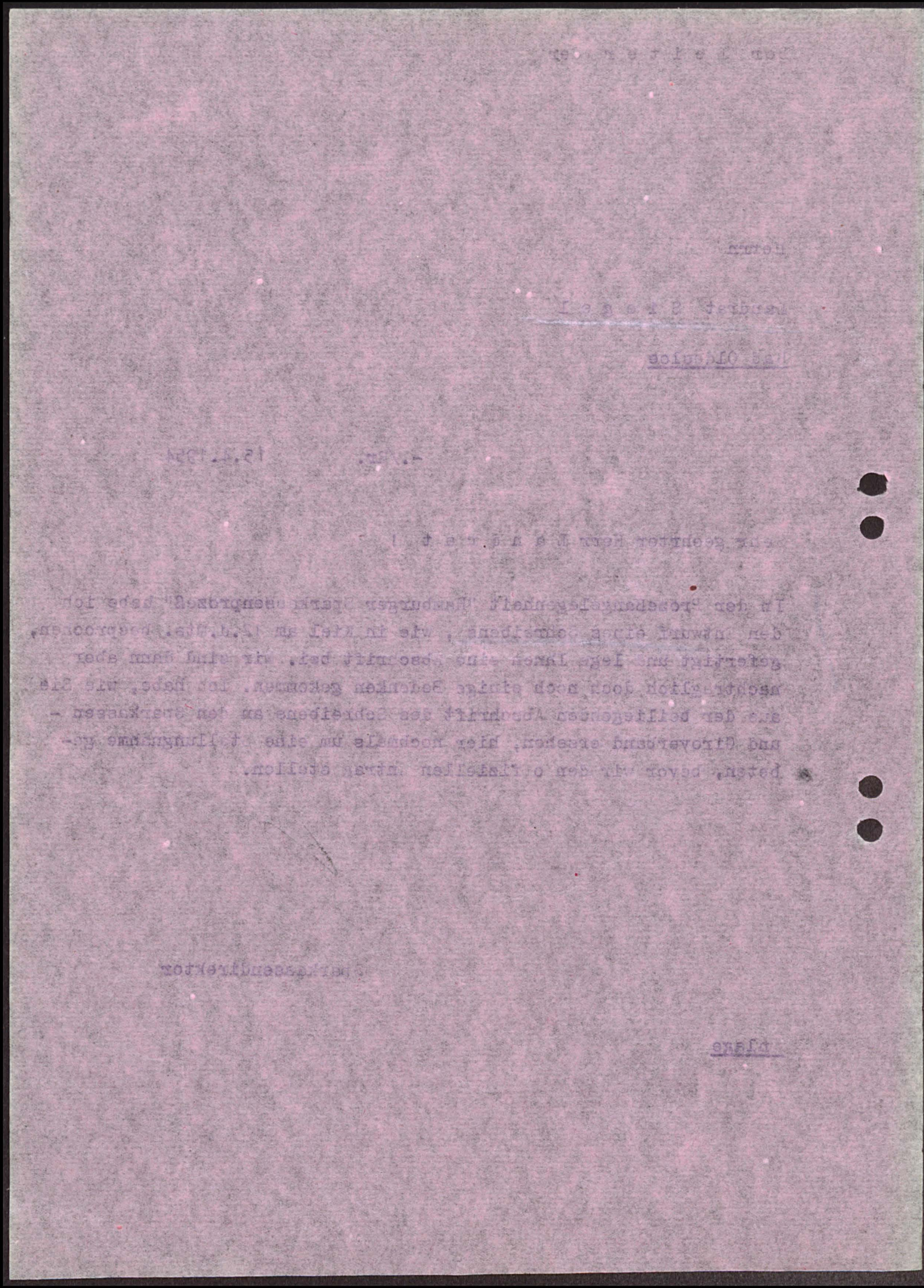




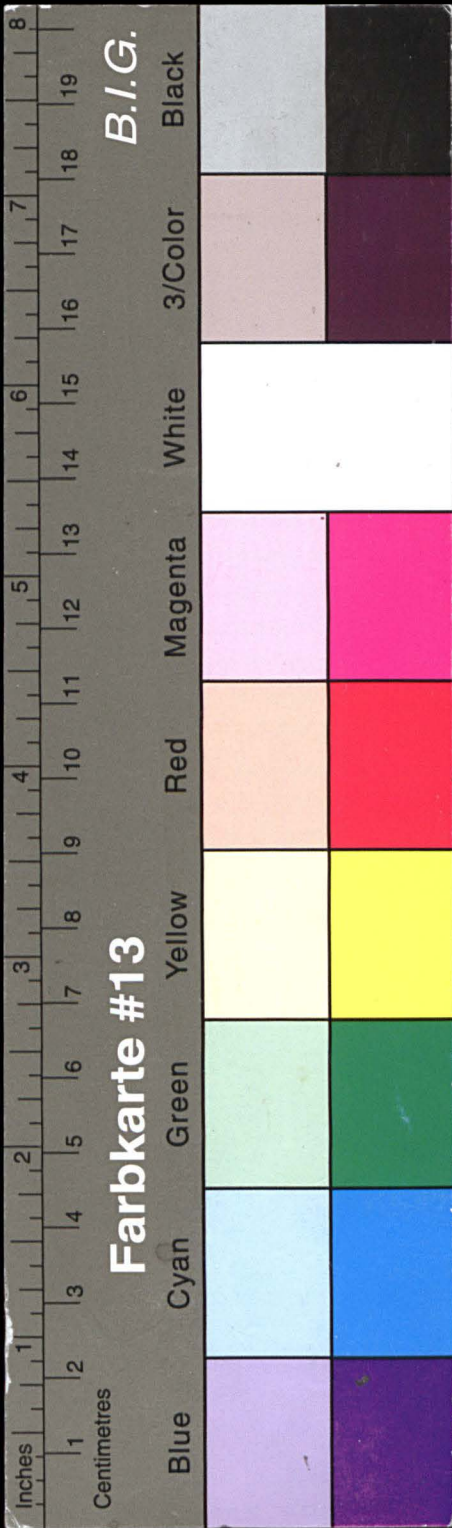


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

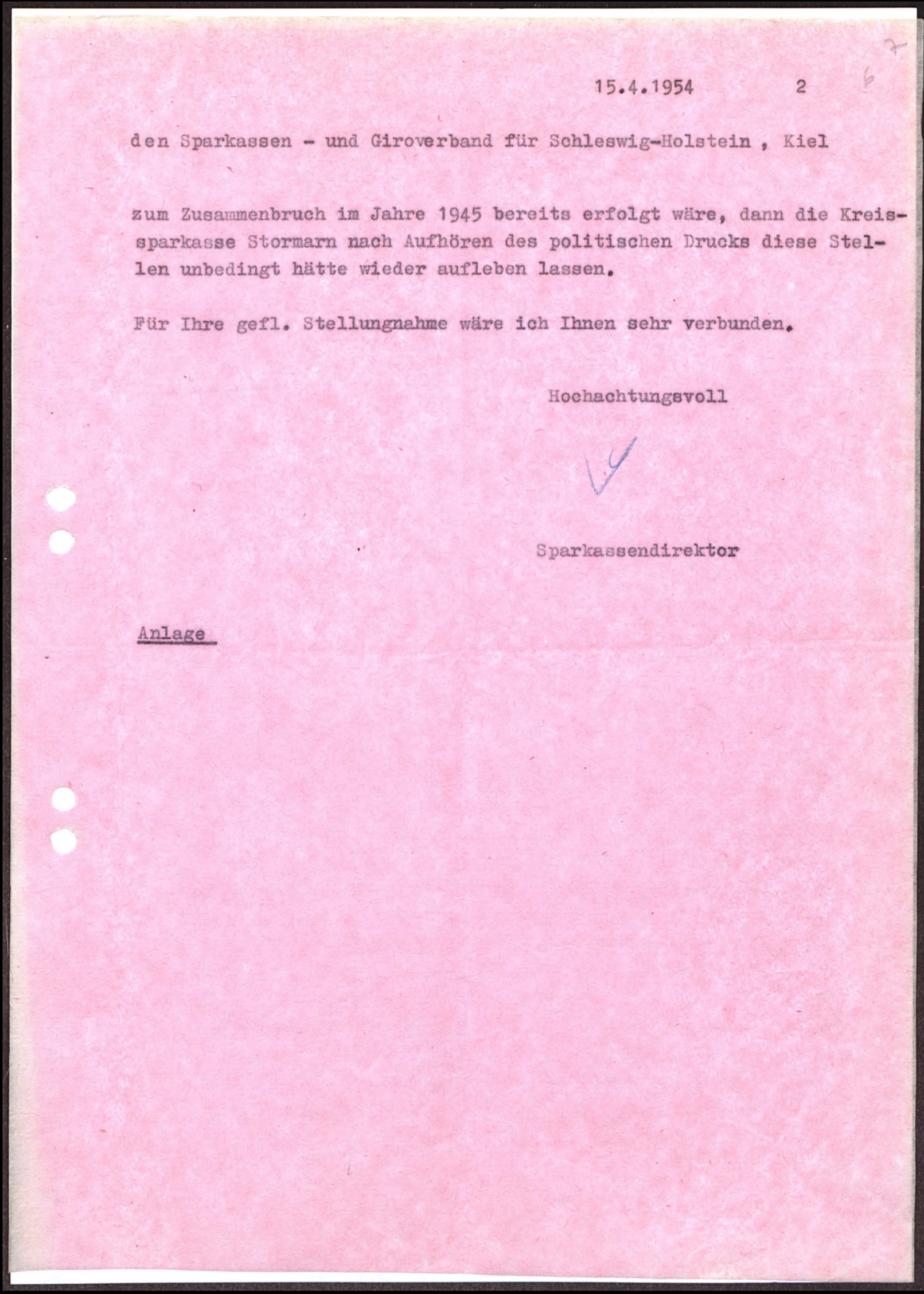
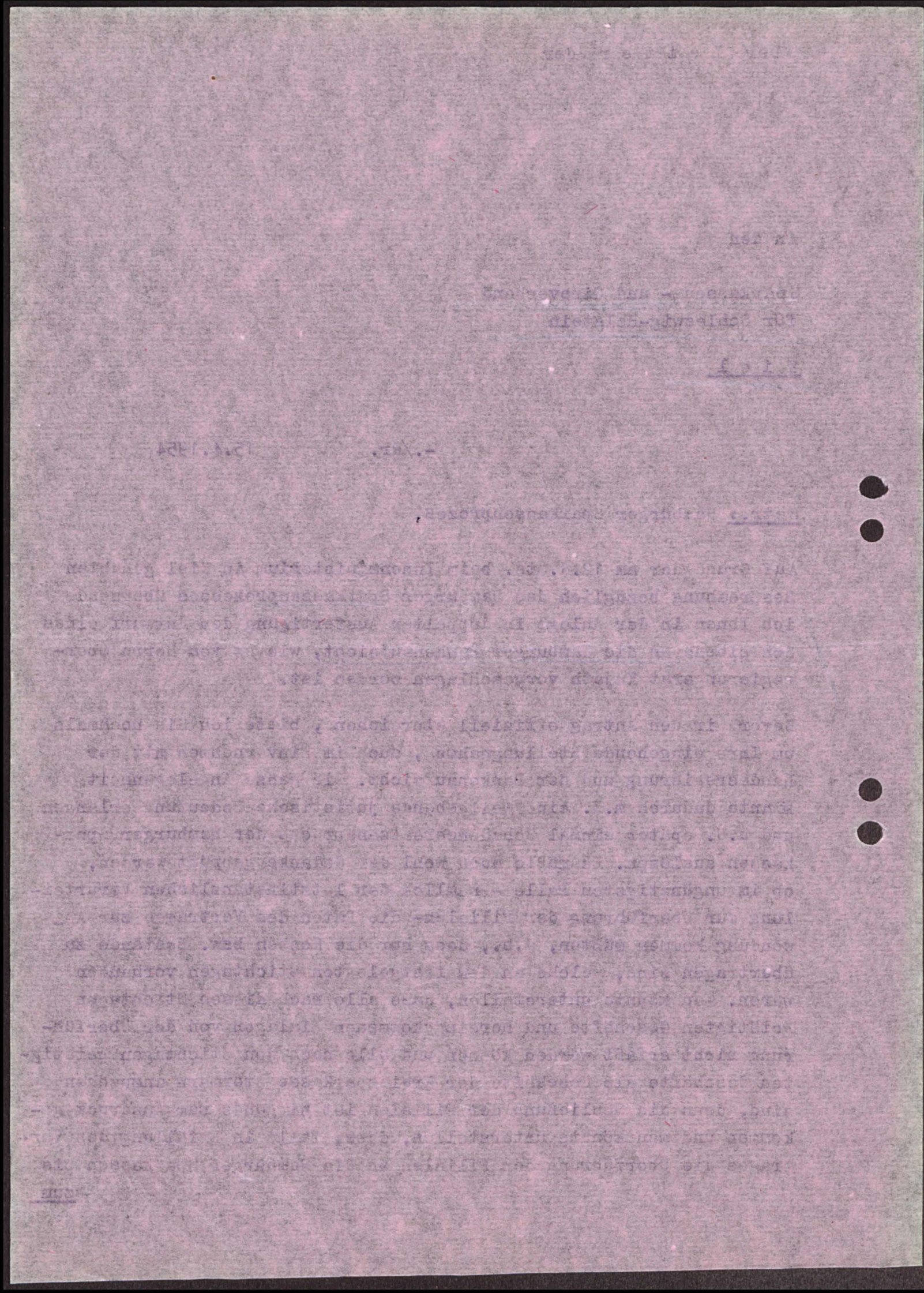




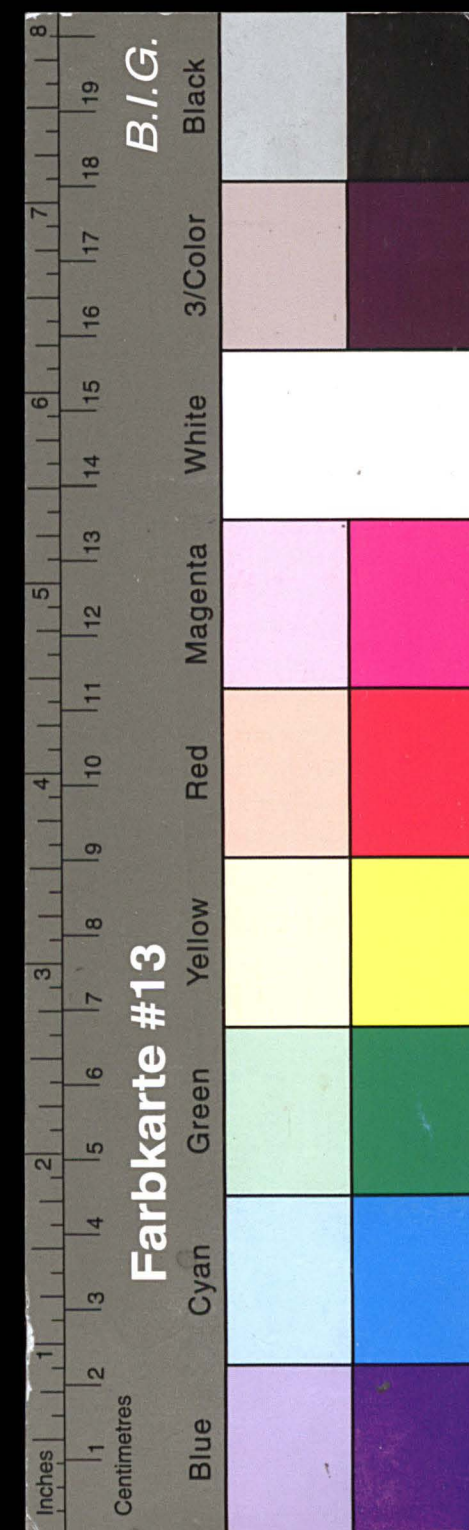


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

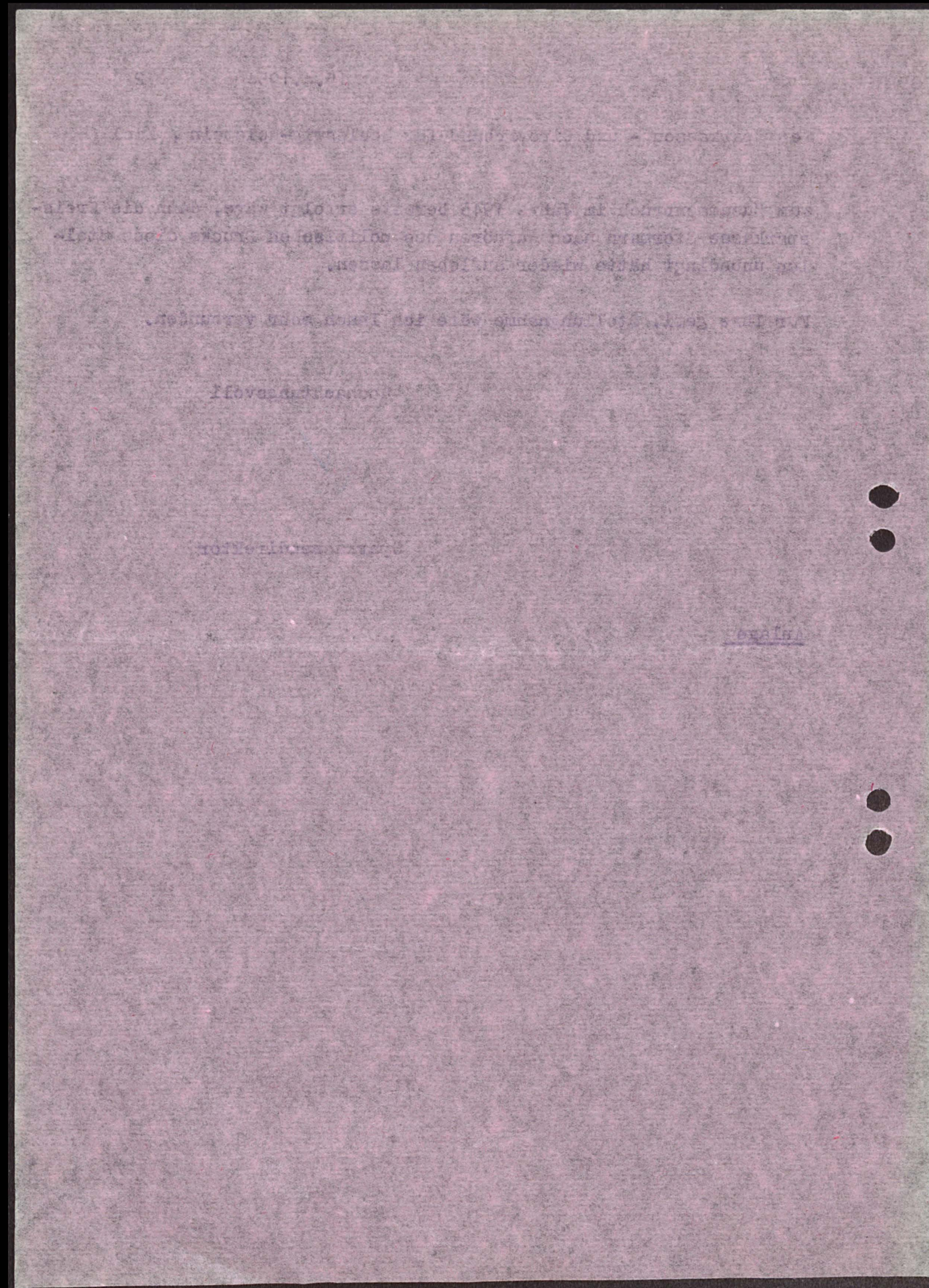






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



- I 31 Sp. 802 -

Abschrift  
Kreissparkasse  
Stormarn  
20. APR. 1954  
Bad Oldesloe

Kiel, den 14. April 1954

## Vermerk:

Betr.: Rechtsstreit Hamburger Sparkassen gegen die Kreissparkasse Stormarn.

Am 12.4. wurde das Urteil des Landgerichts Hamburg (Kammer für Handelssachen) vom 2.3. 1954 besprochen.

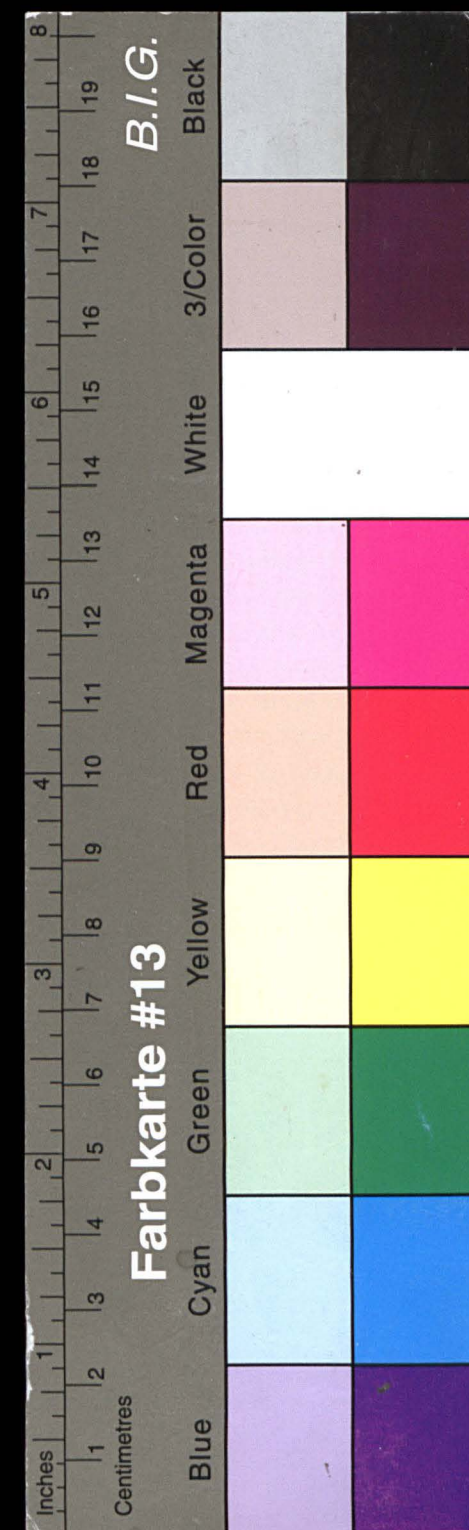
Anwesend waren:

Landrat Siegel,  
Kreisverwaltungsrat Kießler,  
Kreissparkassendirektor Sander,  
Verbandsdirektor Diercks,  
der Unterzeichnete.

Oberregierungsrat Weber - Bankenaufsicht - war leider an der Teilnahme verhindert. Die Anwesenden waren sich darüber einig, dass die Urteilsbegründung in keiner Weise überzeugt, sondern dass die Tatsache, dass das Gericht die Formfehler unter Berufung auf "Treu und Glauben" als geheilt ansieht, zu der berechtigten Hoffnung Anlass gibt, dass das Berufungsgericht hier einen anderen Standpunkt einnehmen wird. Es wurde vereinbart, dass die Berufungsbegründung wesentlich stärker als bisher das politische Moment herausstellen und hierbei die Unterlagen des Regierungspräsidenten in Schleswig, die der Kreissparkasse vorliegen, verwenden sollte. Auf diese Weise wird man das Berufungsgericht veranlassen können, über diese Frage Beweis zu erheben. Dies hat das Gericht der ersten Instanz überhaupt unterlassen.

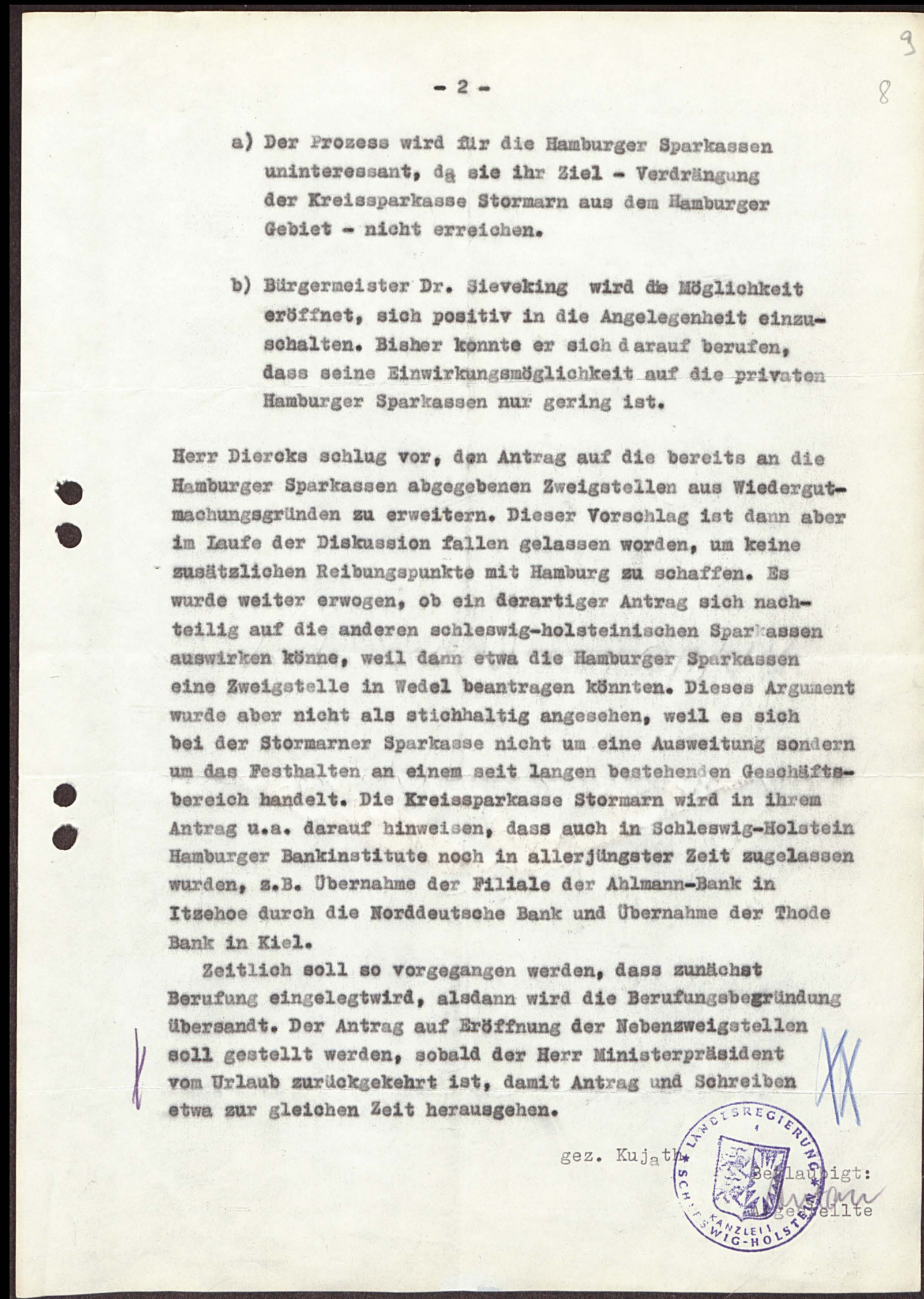
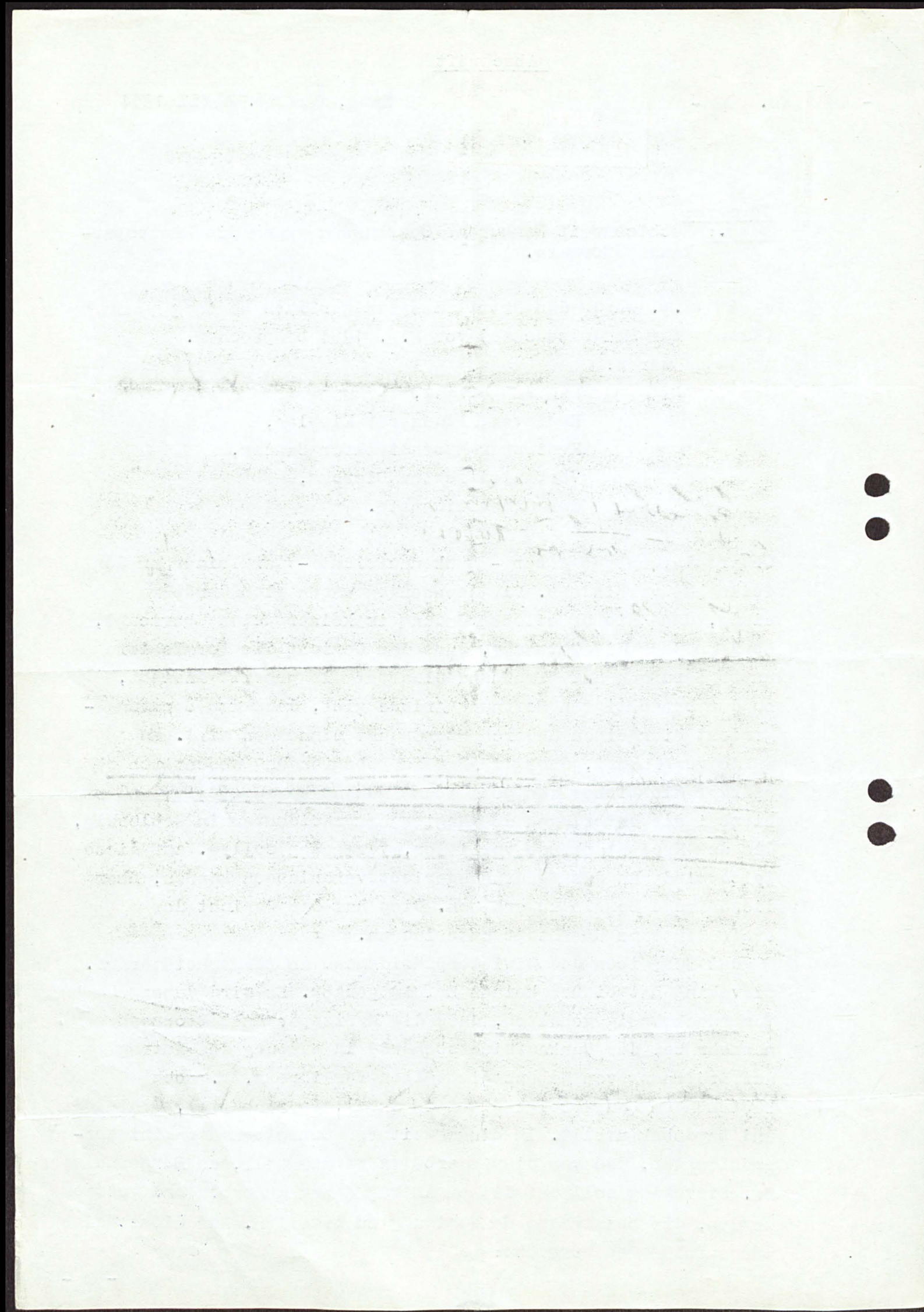
Das Schreiben des Ministerpräsidenten an Bürgermeister Dr. Sieveking hat bisher keinen Erfolg gehabt. Es wird daher für zweckmässig gehalten, dass die Kreissparkasse Stormarn nunmehr bei der Bankaufsichtsbehörde in Hamburg den Antrag auf Eröffnung von Nebenzweigstellen für ihre z.Zt. noch bestehenden Hauptzweigstellen in Sasel, Poppenbüttel, Rahlstedt und Wandsbek stellt. In einem weiteren Schreiben des Ministerpräsidenten, das von diesem erbeten werden soll, an Bürgermeister Dr. Sieveking soll auf diesen Antrag Bezug genommen und gebeten werden, die beantragte Genehmigung zu erteilen. Auf diese Weise würde folgendes erreicht:





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



- 2 -

- a) Der Prozess wird für die Hamburger Sparkassen uninteressant, da sie ihr Ziel - Verdrängung der Kreissparkasse Stormarn aus dem Hamburger Gebiet - nicht erreichen.
- b) Bürgermeister Dr. Sieveking wird die Möglichkeit eröffnet, sich positiv in die Angelegenheit einzuschalten. Bisher könnte er sich darauf berufen, dass seine Einwirkungsmöglichkeit auf die privaten Hamburger Sparkassen nur gering ist.

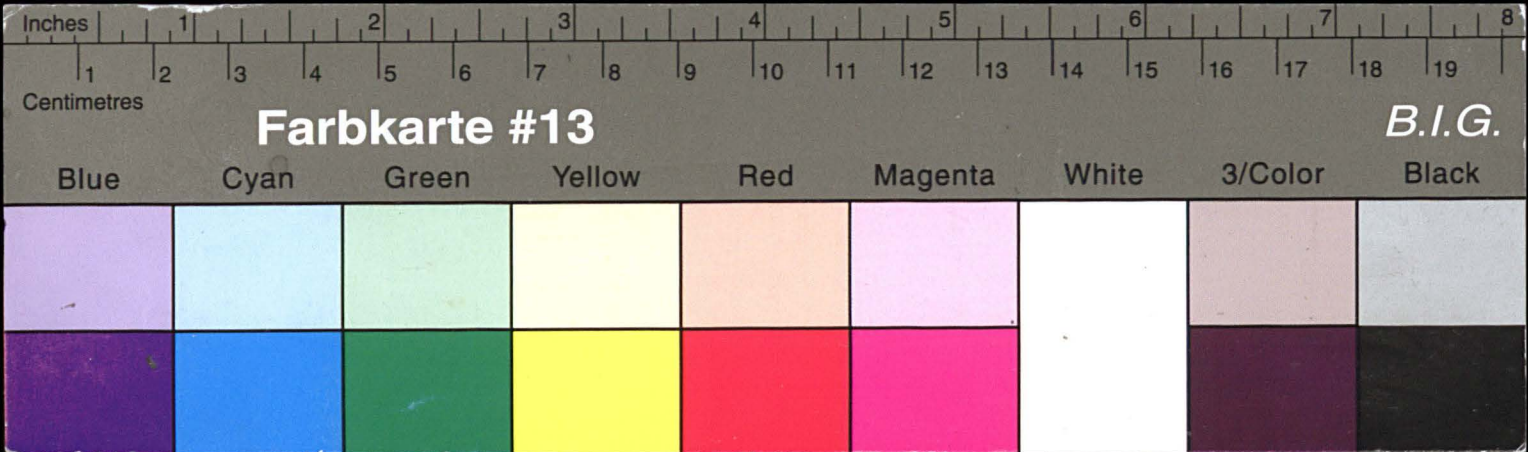
Herr Diercks schlug vor, den Antrag auf die bereits an die Hamburger Sparkassen abgegebenen Zweigstellen aus Wiedergutmachungsgründen zu erweitern. Dieser Vorschlag ist dann aber im Laufe der Diskussion fallen gelassen worden, um keine zusätzlichen Reibungspunkte mit Hamburg zu schaffen. Es wurde weiter erwogen, ob ein derartiger Antrag sich nachteilig auf die anderen schleswig-holsteinischen Sparkassen auswirken könne, weil dann etwa die Hamburger Sparkassen eine Zweigstelle in Wedel beantragen könnten. Dieses Argument wurde aber nicht als stichhaltig angesehen, weil es sich bei der Stormarner Sparkasse nicht um eine Ausweitung sondern um das Festhalten an einem seit langen bestehenden Geschäftsbereich handelt. Die Kreissparkasse Stormarn wird in ihrem Antrag u.a. darauf hinweisen, dass auch in Schleswig-Holstein Hamburger Bankinstitute noch in allerjüngster Zeit zugelassen wurden, z.B. Übernahme der Filiale der Ahlmann-Bank in Itzehoe durch die Norddeutsche Bank und Übernahme der Thode Bank in Kiel.

Zeitlich soll so vorgegangen werden, dass zunächst Berufung eingelegt wird, alsdann wird die Berufungsbegründung übersandt. Der Antrag auf Eröffnung der Nebenzweigstellen soll gestellt werden, sobald der Herr Ministerpräsident vom Urlaub zurückgekehrt ist, damit Antrag und Schreiben etwa zur gleichen Zeit herausgehen.

gez. Kujat  
Beauftragt:  
Beauftragte

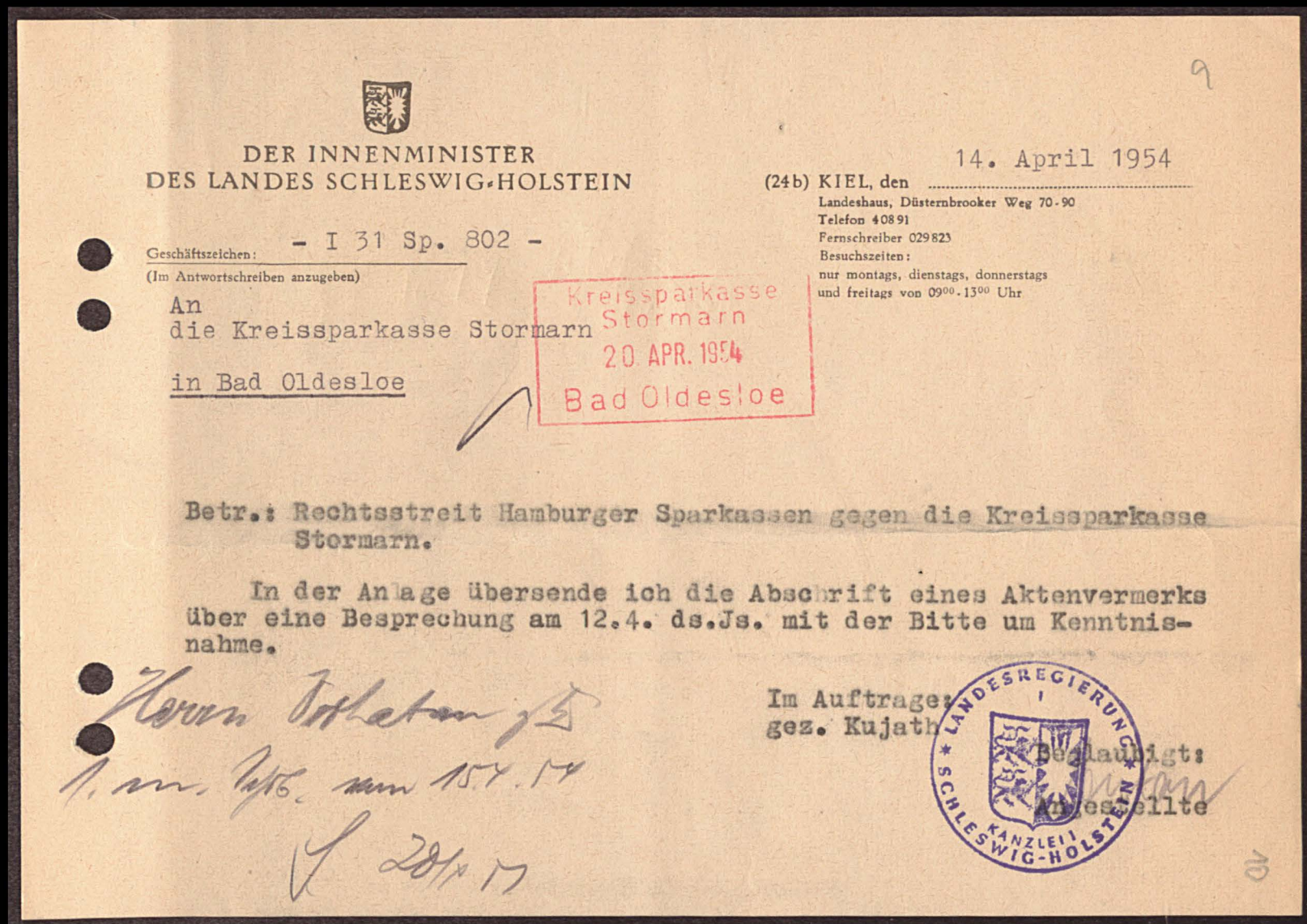




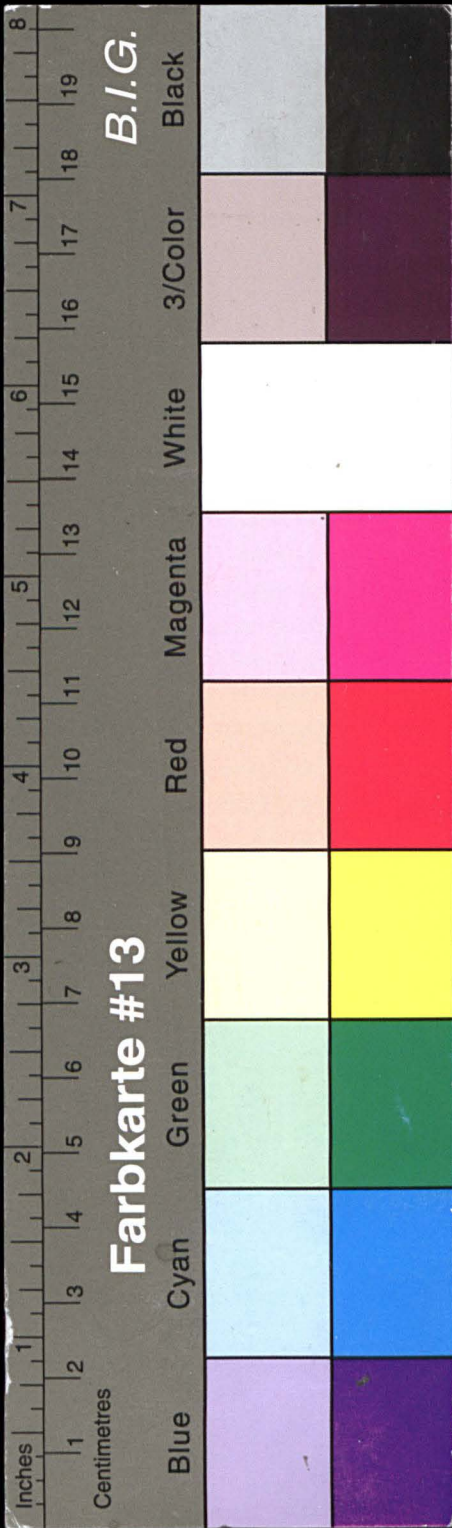


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

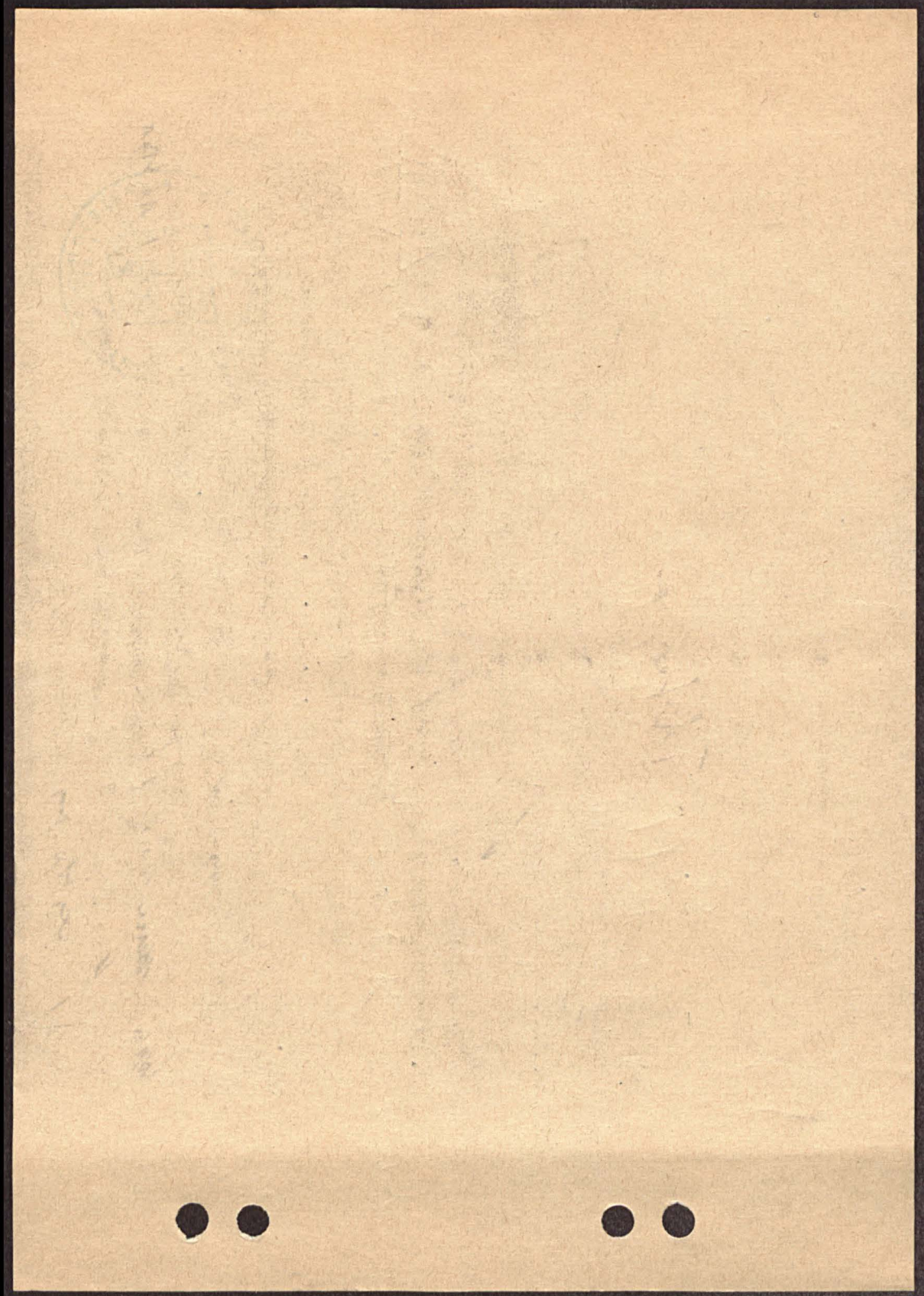






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



20  
11

SPARKASSEN- UND GIROVERBAND FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN  
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

*Handwritten:* die Sparkassen  
Legal am 4/5.54  
Stormarn.  
kein  
parteller werden  
4/5.54

An die  
Direktion  
der Kreissparkasse Stormarn  
(24b) Bad Oldesloe  
.....

KIEL, SCHEVENBRÜCKE 2-6  
POSTFACH 62  
RUF 10981

Ihr Zeichen  
-./Rr.

Ihr Schreiben vom  
15.4.1954

Unser Zeichen  
Scha/Lg.

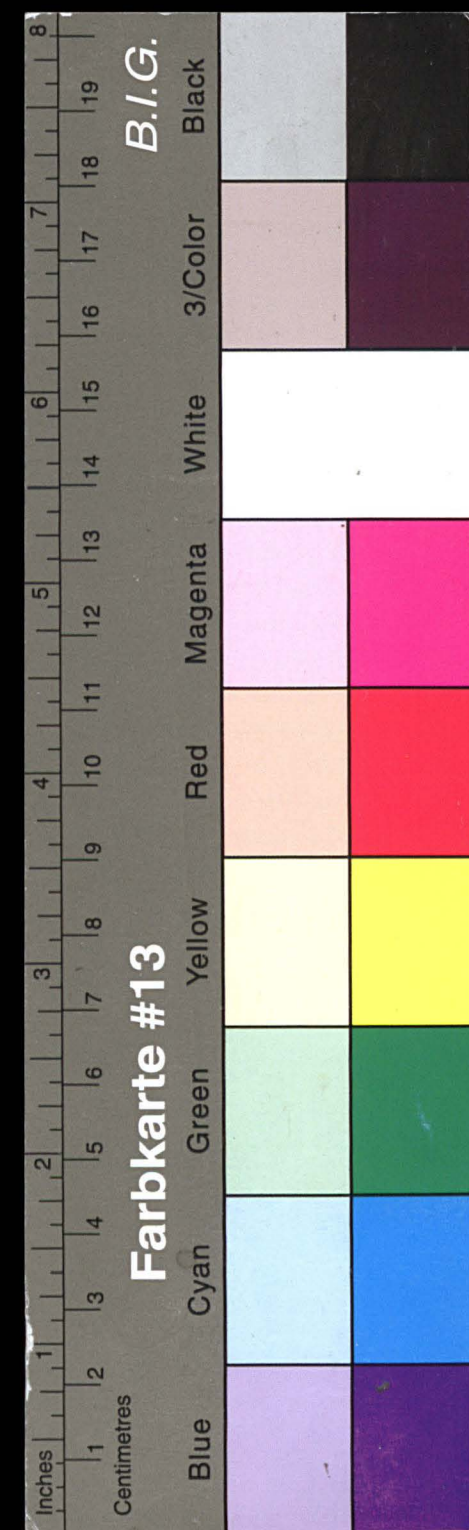
Tag  
27. April 1954

Betr.: Hamburger Sparkassenprozeß.

Den uns übersandten Entwurf Ihres Schreibens an die Bankaufsichts-  
behörde in Hamburg haben wir durchgesehen. Gleichzeitig haben wir  
uns noch einmal eingehend mit der Frage befaßt, ob ein solcher An-  
trag nach Lage der Dinge überhaupt angebracht und zweckmäßig ist.

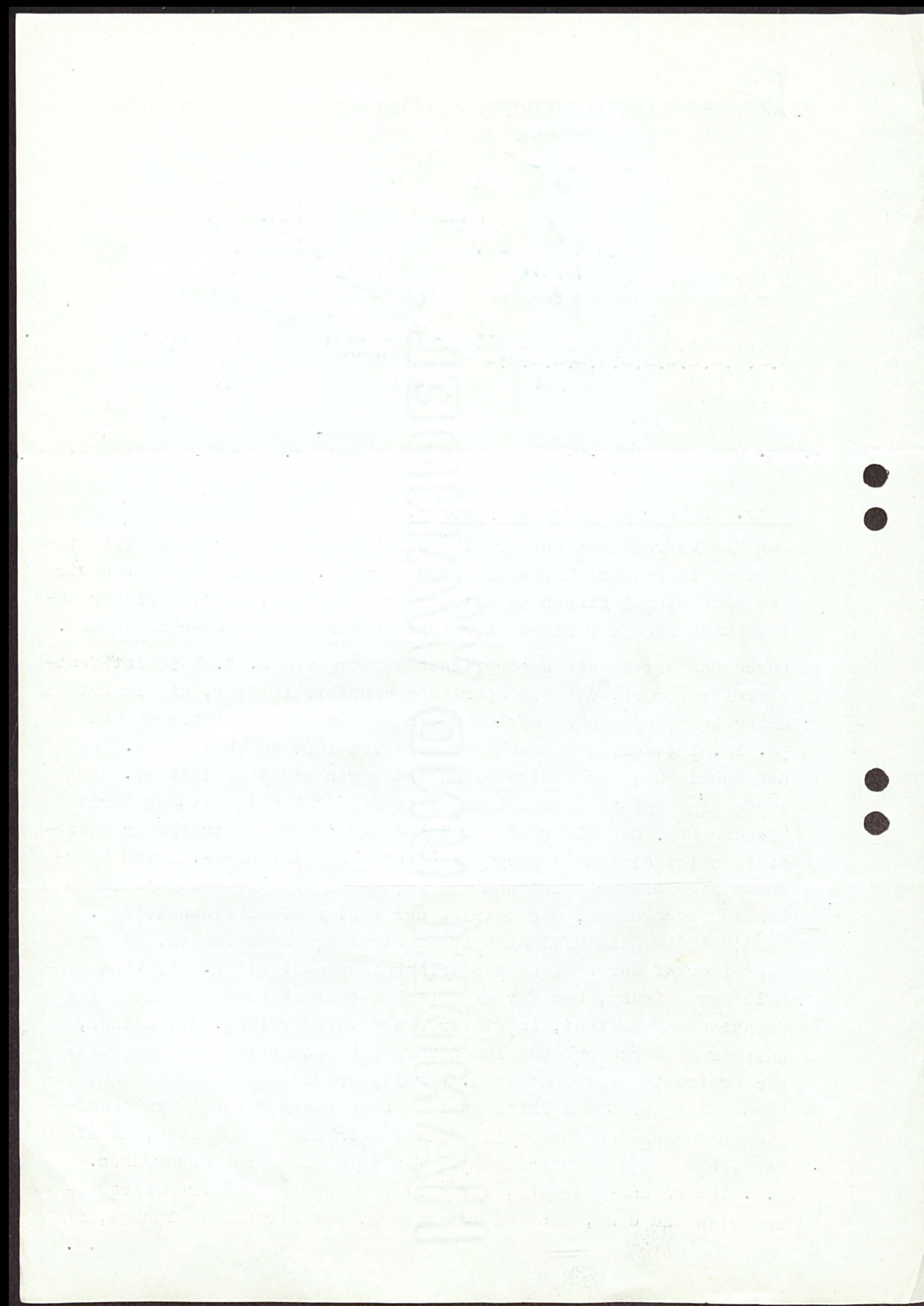
Durch das Urteil des Landgerichts Hamburg vom 2. 3. 1954 ist fest-  
gestellt worden, daß die Sparkasse verpflichtet ist, die im Urteil  
näher bezeichneten Niederlassungen auf Grund des Vertrages vom  
30. 12. 1944 auf die Neue Sparkasse von 1864 zu übertragen. Über  
die Schließung der Zweigstellen ist darin nichts enthalten. Auch  
würde eine solche Entscheidung über die Zuständigkeit des Gerichts  
hinausgehen. Der Widerruf der Zulassung für den Betrieb der Zweig-  
stellen ist eindeutig Sache der Bankaufsichtsbehörde. Ihrer Spar-  
kasse sind bisher keine Anordnungen der Hamburger Bankaufsichts-  
behörde zugegangen, den Betrieb der Zweigstellen einzustellen.  
Auch hat die Bankaufsichtsbehörde nicht erkennen lassen, daß sie  
den Widerruf der bestehenden Erlaubnis beabsichtige. Wir sind des-  
halb der Meinung, daß für die Sparkasse überhaupt zunächst keine  
Veranlassung besteht, in dieser Frage vorzuprellen. Wir meinen,  
daß gerade durch den von Ihnen vorgesehenen Antrag das Gegenteil  
des Erstrebten erreicht wird. Vermutlich wird die Bankaufsichtsbe-  
hörde sich auf Grund Ihrer Ausführungen näher mit dem Fragenkom-  
plex befassen und ihrerseits Schritte in die Wege leiten, um die  
Fortführung des Sparkassenbetriebes in Hamburg zu beschränken.  
U.E. ist es das gegebene, zunächst den Ausgang des Prozesses ab-  
zuwarten und dann, wenn die Sparkasse, was wir nicht glauben, in  
./. .





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



12

- 2 -

letzter Instanz unterliegen sollte, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, für die Kreissparkasse noch irgendwie zu retten, was zu retten ist. Ihre Andeutungen in dem obigen Schreiben gehen bereits einen Anhalt dafür, daß für einen solchen Fall durchaus noch strittig sein könnte, welche Einlagen und Verbindlichkeiten auf die Neue Sparkasse zu überführen wären. Zwangsläufig würde sich damit, wenn dieser Punkt nicht in dem Verfahren geklärt wird, die Frage ergeben, in welcher Höhe die Neue Sparkasse eine Entschädigung zu zahlen hätte. Dies sind Probleme, die erst später auftauchen werden und deren Erörterung nach unserer Ansicht im Augenblick noch nicht zweckmäßig ist. Immerhin spricht auch diese Überlegung dafür, die Frage der Erlaubniserteilung für die Niederlassungen in Hamburg jetzt nicht zu erörtern, da nach der gegebenen Sachlage das Vorliegen der Erlaubnis für den Betrieb der Stellen nicht zweifelhaft sein kann. Wir verweisen hierzu auf die entsprechenden Vorschriften des KWG. *mitget.*

Der mit dem Antrag erstrebte Zweck, die Hamburger Bankaufsichtsbehörde zu einer bindenden Äußerung dahingehend zu veranlassen, daß gegen den Betrieb der Niederlassungen keine Bedenken erhoben werden, dürfte u.E. nicht erreicht werden. Wir befürchten, daß die Bankaufsichtsbehörde bei Eingang Ihres Antrages mit den Hamburger Sparkassen Fühlung aufnimmt und alsdann gerade solche Schritte einleiten wird, die der Entwicklung der Sache, vom Standpunkt der Kreissparkasse Stormarn aus gesehen, abträglich sind.

Nach reiflicher Abwägung aller Fragen möchten wir Ihnen deshalb dringend vorschlagen, von dem beabsichtigten Antrag Abstand zu nehmen, das um so mehr, als auch die Bemühungen des Herrn Ministerpräsidenten, wie aus dem Vermerk von Herrn Oberregierungsrat K u j a t h vom 14. 4. 1954 hervorgeht, bisher ergebnislos geblieben sind.

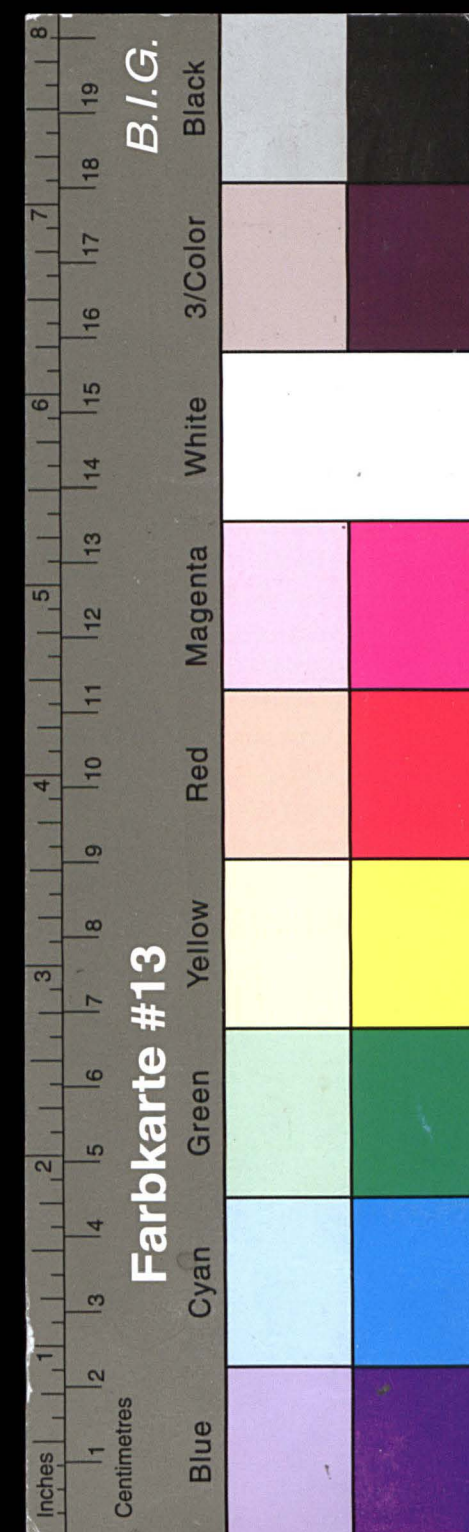
Da sich Herr Oberregierungsrat Kujath z. Z. in Urlaub befindet, haben wir die vorstehende Stellungnahme leider nicht mit der Aufsichtsbehörde abstimmen können.

Im übrigen nehmen wir auf die Besprechung mit Ihrem sehr geehrten Herrn Direktor S a n d e r Bezug.

Hochachtungsvoll  
Sparkassen- und Giroverband  
für Schleswig-Holstein

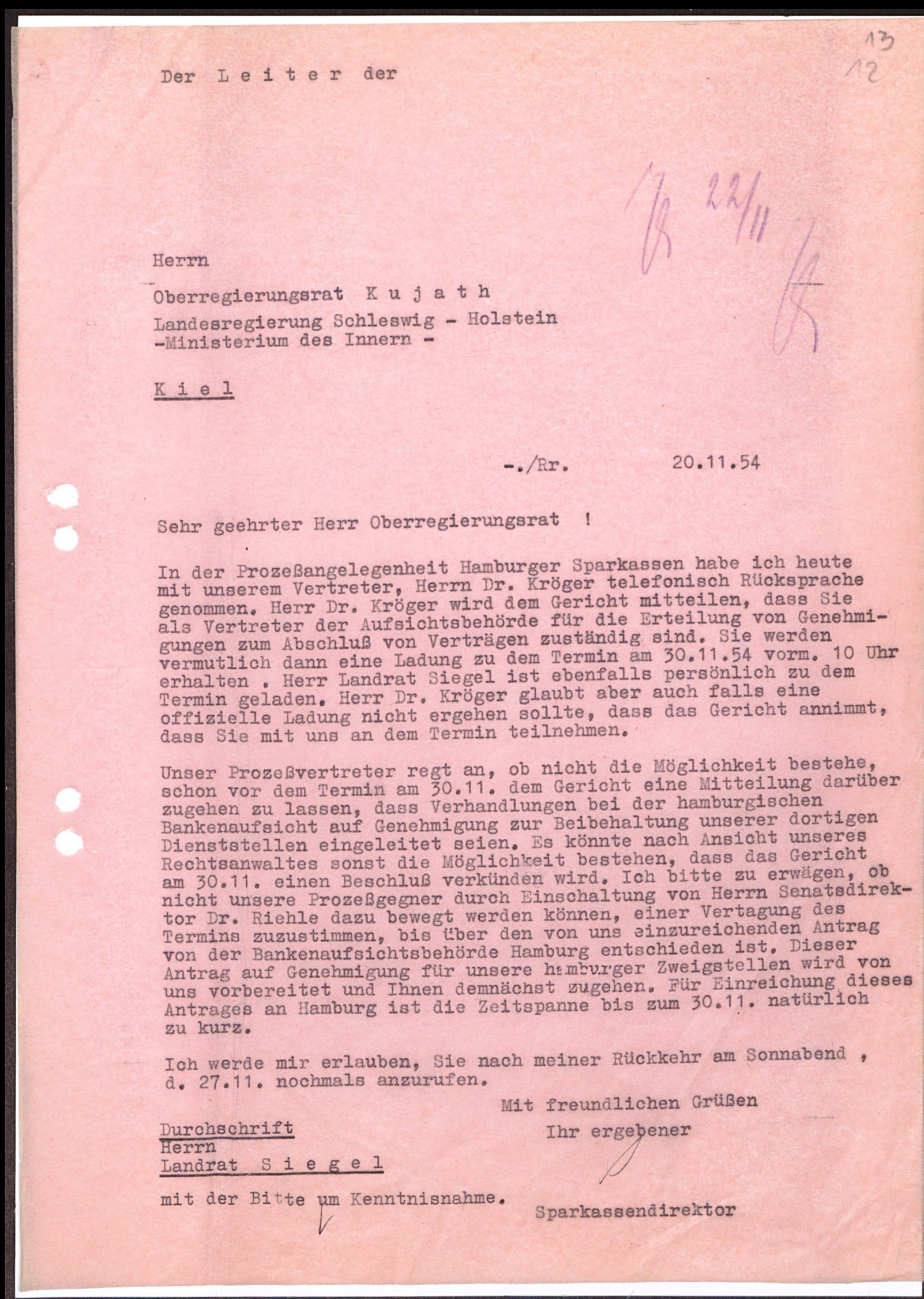
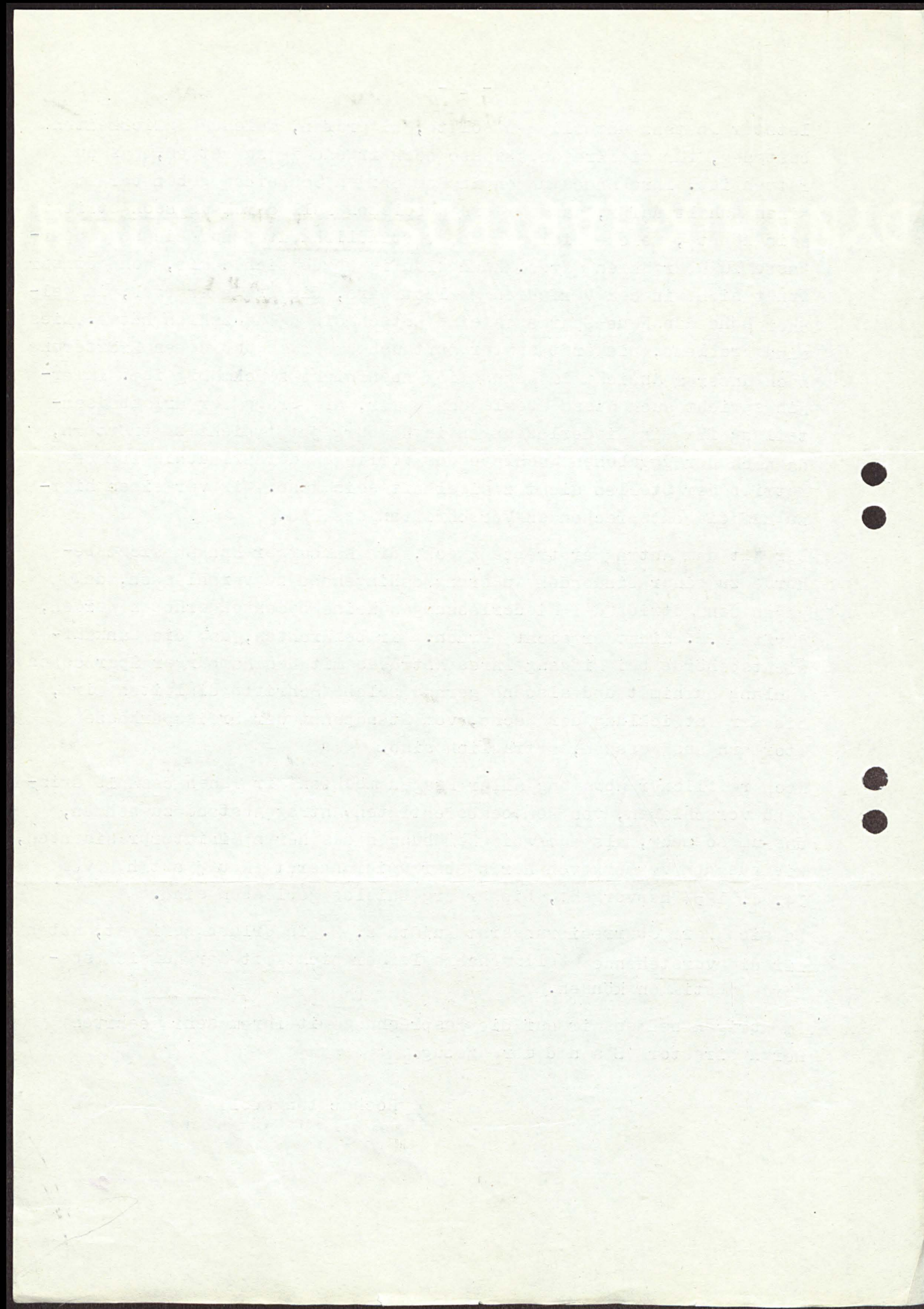
*[Signature]*



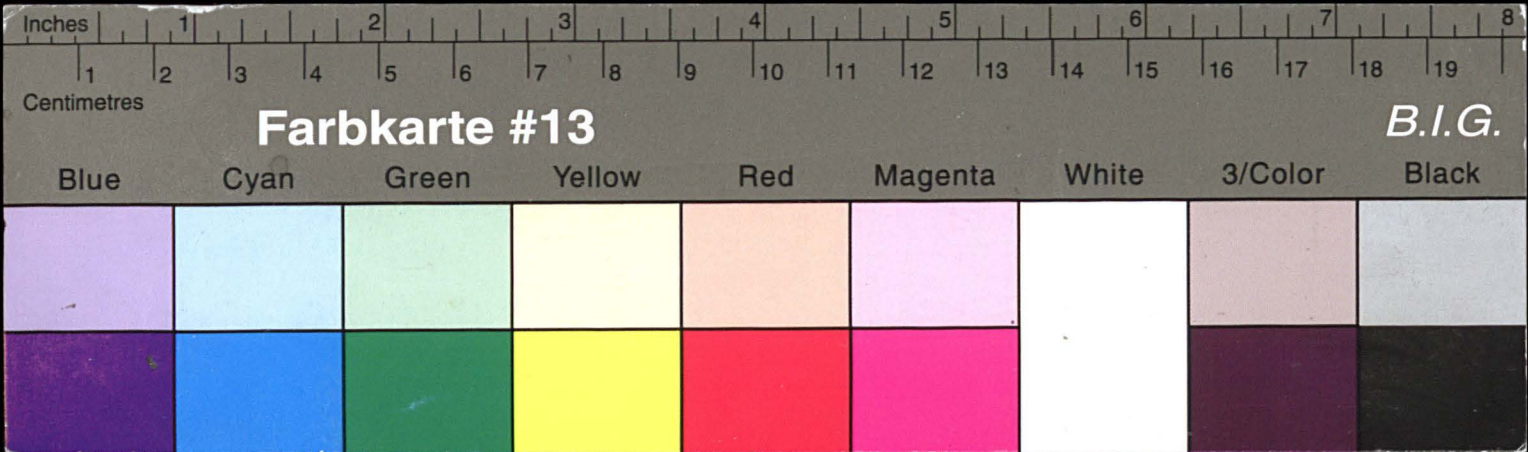


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

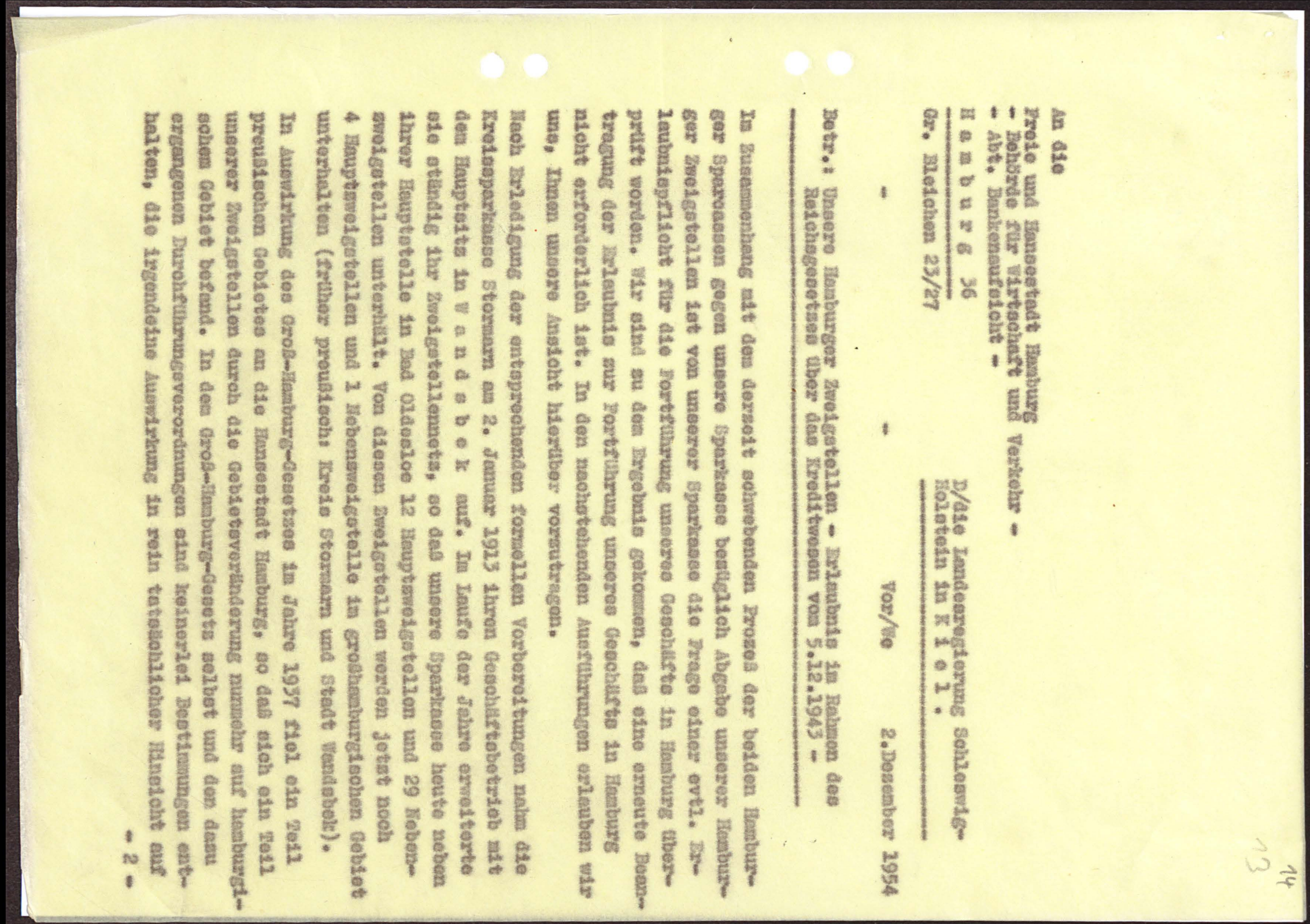
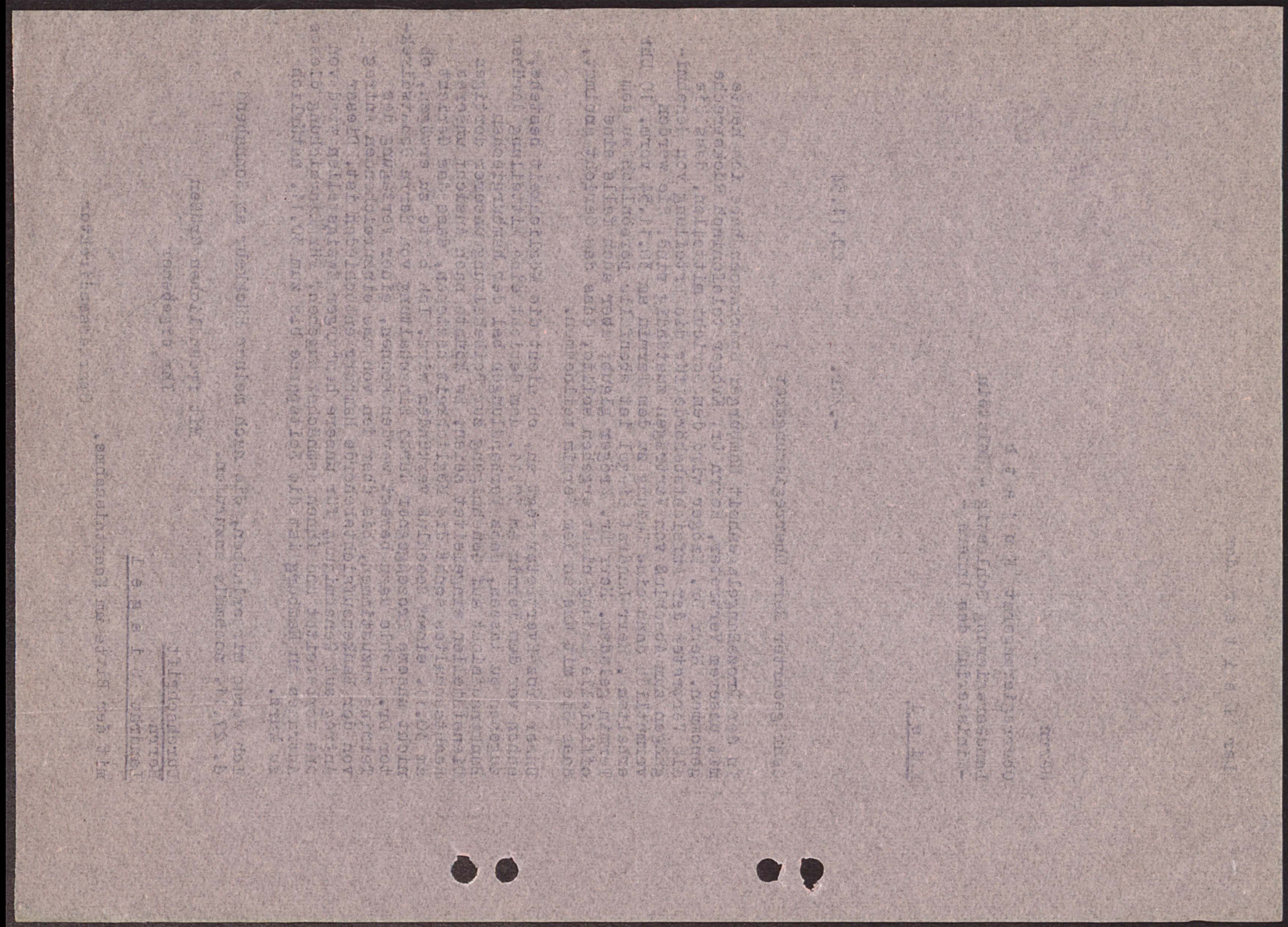




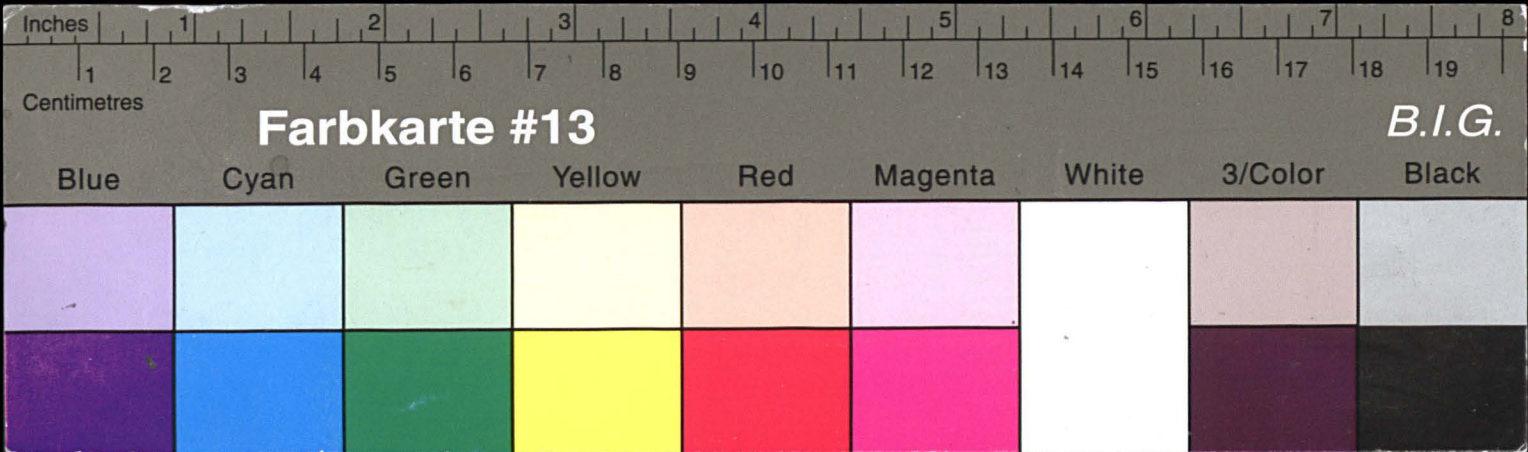


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

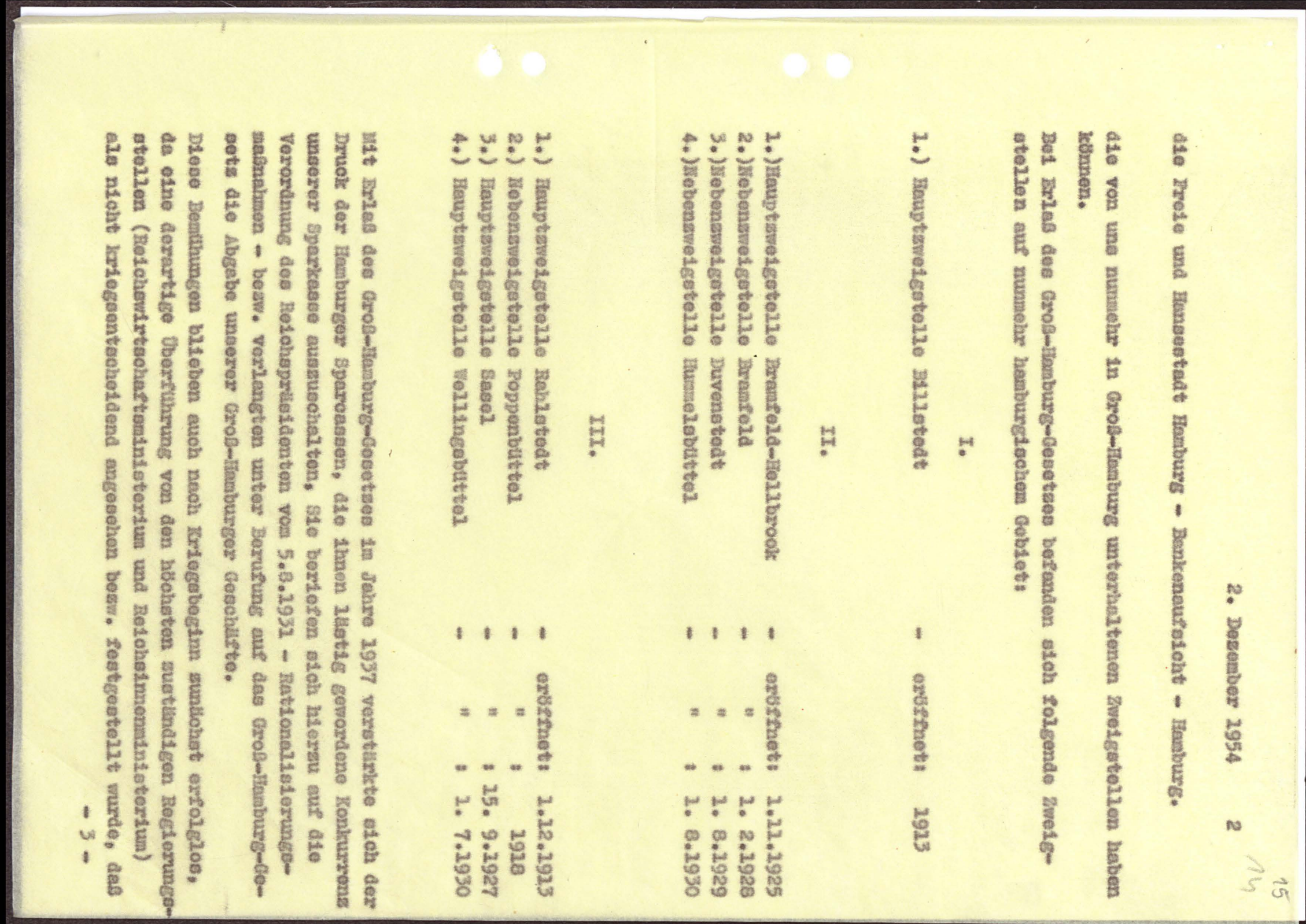
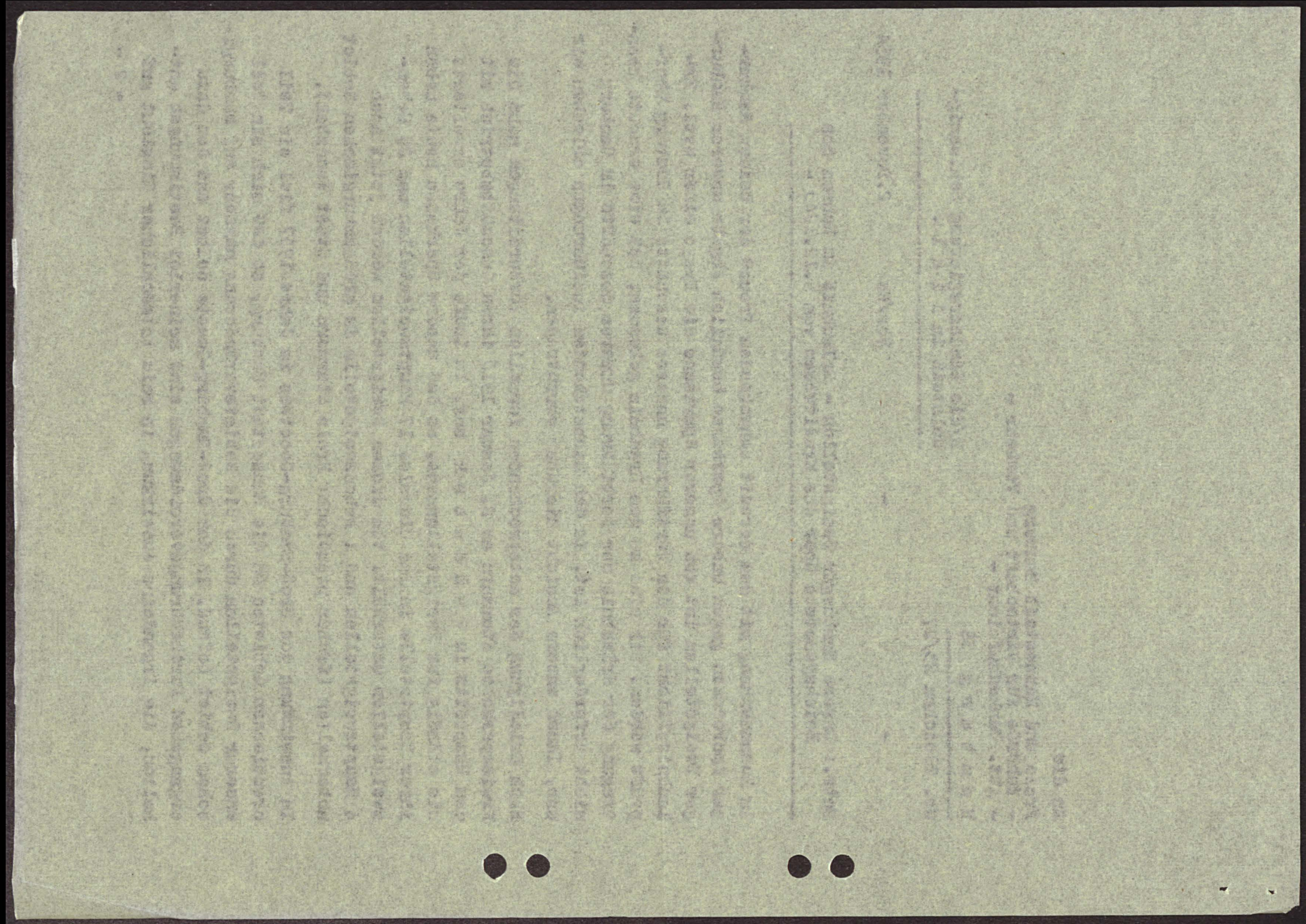




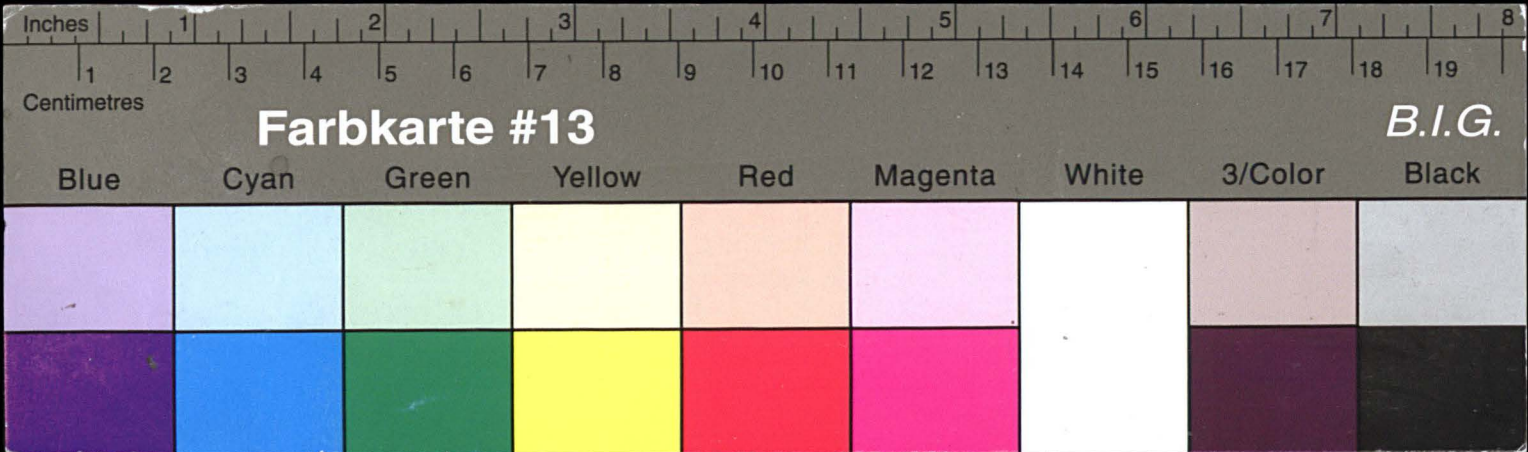


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

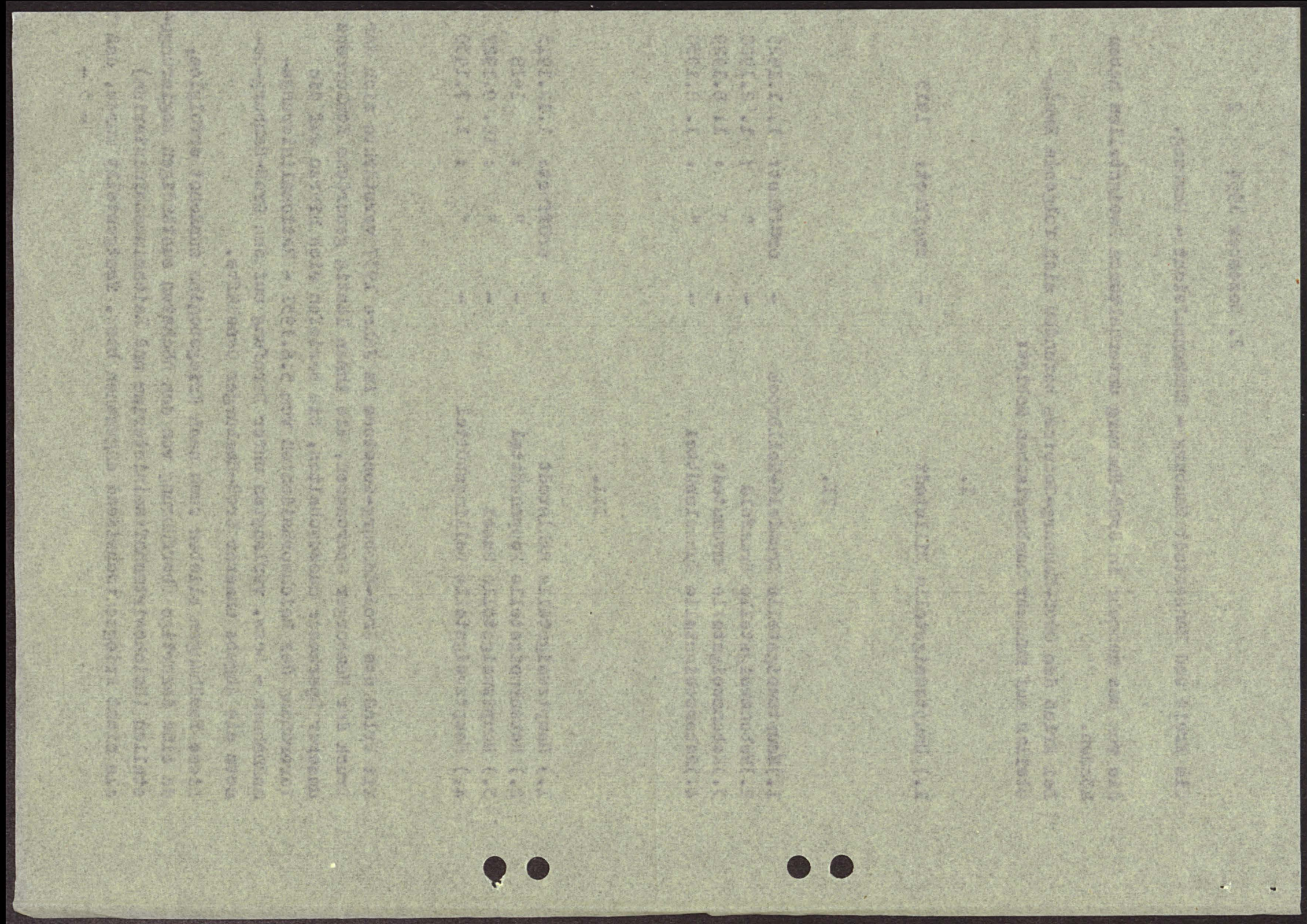






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



16  
75

2. Dez. 1954 3

die Freie und Hansestadt Hamburg - Bankenaufsicht - Hamburg.

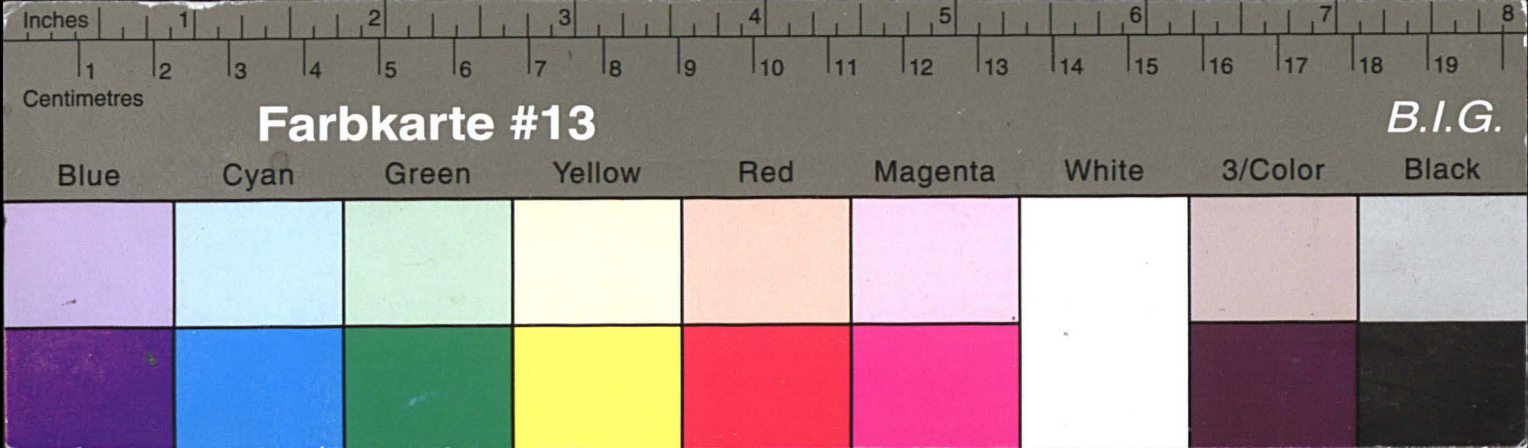
diese Angelegenheit hinsichtlich ihrer endgültigen Entscheidung bis nach Kriegsende zurückzustellen sei. Im Gegensatz zu diesen Meinungen der höchsten Regierungstellen hatte der Reichsverteidigungskommissar von Hamburg unterm 7. Mai 1945 verfügt, daß sämtliche Zweigstellen unseres Institute auf die Hamburger Sparkassen - entschädigungslos - überführt werden sollten. Ein entsprechender Protest unserer Sparkasse über die ausstehenden höchsten Regierungstellen hatte zur Folge, daß diese Verfügung des Reichsverteidigungskommissars Hamburg unter dem 16. Juni 1945 aufgehoben wurde, wobei die Überführung unserer Hauptweigestelle Bilstedt auf die Neue Sparkasse von 1964 aber von den höchsten Regierungstellen als zulässig erachtet wurde. Durch eine erneute Verfügung des Reichsverteidigungskommissars Hamburg vom 25. Juni 1945 wurde alsdann unsere Hauptweigestelle Bilstedt mit Wirkung vom 1. Januar 1944 auf die Neue Sparkasse von 1964 zwangswise - ohne jede Entschädigung - überführt. Von uns erhobene Gegenvorstellungen blieben unter den damaligen politischen Verhältnissen völlig ergebnislos.

Das Zerschellen der Hamburger Sparkassen, unsere restlichen auf Hamburger Gebiet noch befindlichen Zweigstellen auf die beiden Hamburger Sparkassen überführen zu lassen, setzte nach ihrem Teilerfolg hinsichtlich unserer Hauptweigestelle Bilstedt verfehlt ein. Sie gaben sich mit der unter dem 16. Juni 1945 erfolgten Rücknahme der Verfügung des Reichsverteidigungskommissars nicht zufrieden und verstärkten auf politischer Ebene ihren Druck auf die zuständigen Reichsstellen. Unter dem dann erneut einsetzenden Druck der politischen Stellen sah sich die Sparkasse des Kreises Stormarn unter dem 30.12. 1944 - der Vertrag wurde jedoch erst am 6.2.1945 schriftlich vollzogen - gezwungen, einen Übergabevertrag hinsichtlich ihrer noch in Hamburg verbliebenen Zweigstellen zu schließen.

In diesem Vertrag waren verschiedene Übergabetermini vorgesehen, so u.a. die Übergabe der unter II. aufgeführten Zweigstellen zum 1. Januar 1945. Unserer Sparkasse blieb unter den damals obwaltenden Umständen nichts anderes übrig, als sich diesem widerrechtlichen politischen Druck zu fügen und die unter II. aufgeführten Zweigstellen mit Wirkung vom 1. Januar 1945 auf die Neue Sparkasse von 1964 zu überführen, trotzdem zu diesem Zeitpunkt ein Vertrag überhaupt noch nicht vorlag.

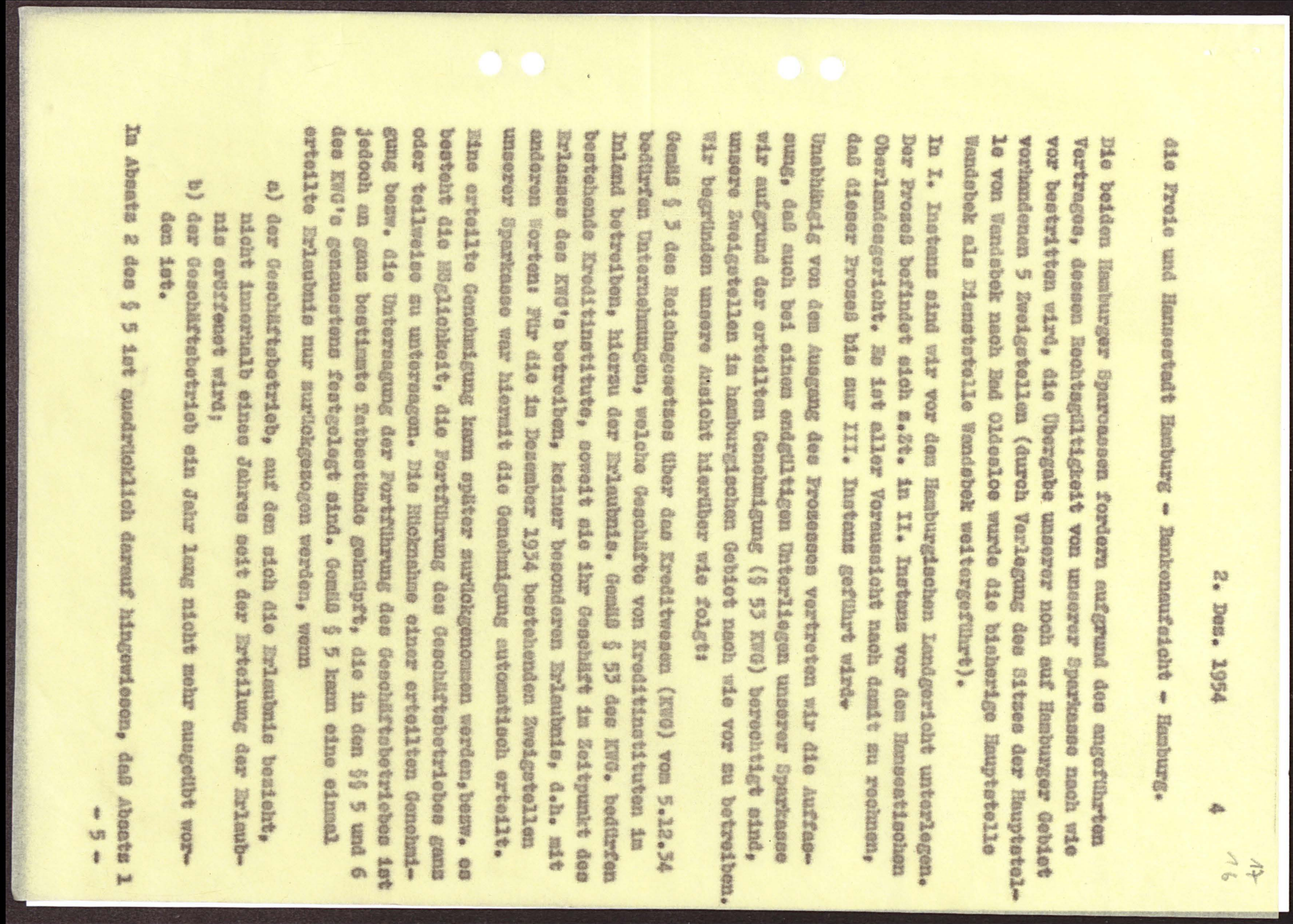
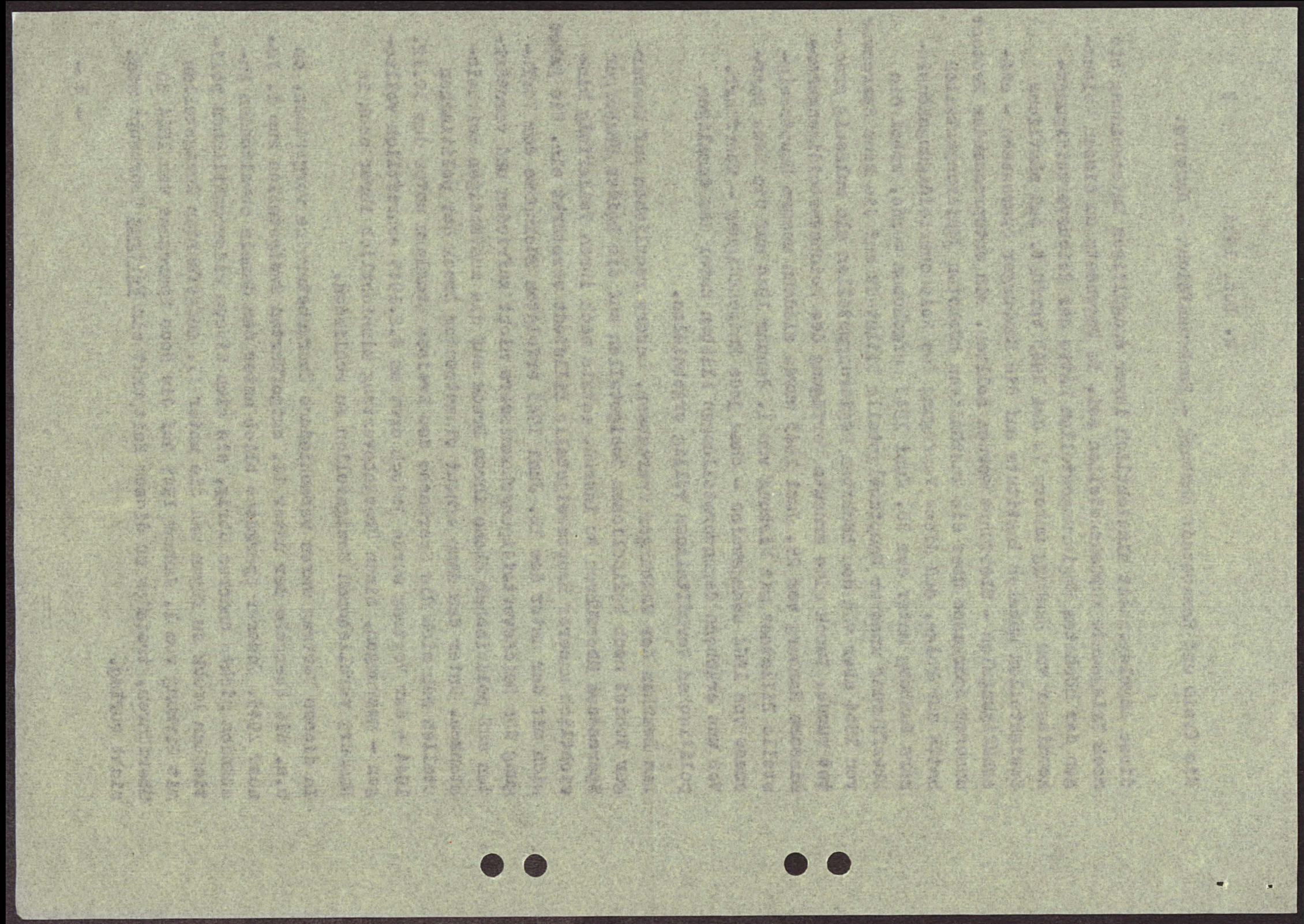
- 4 -



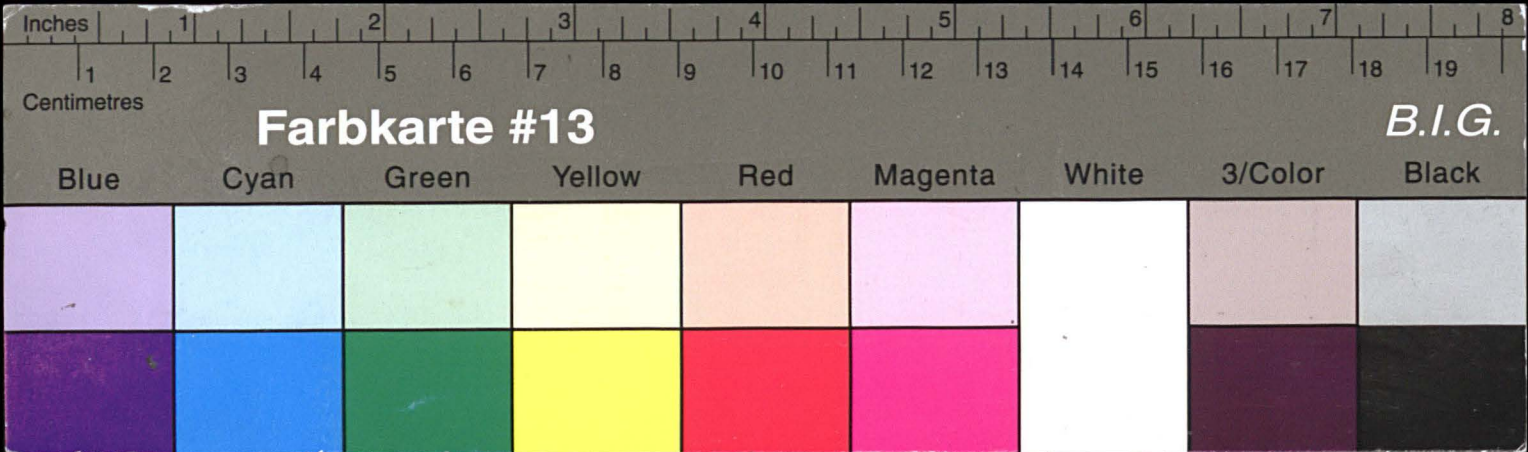


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

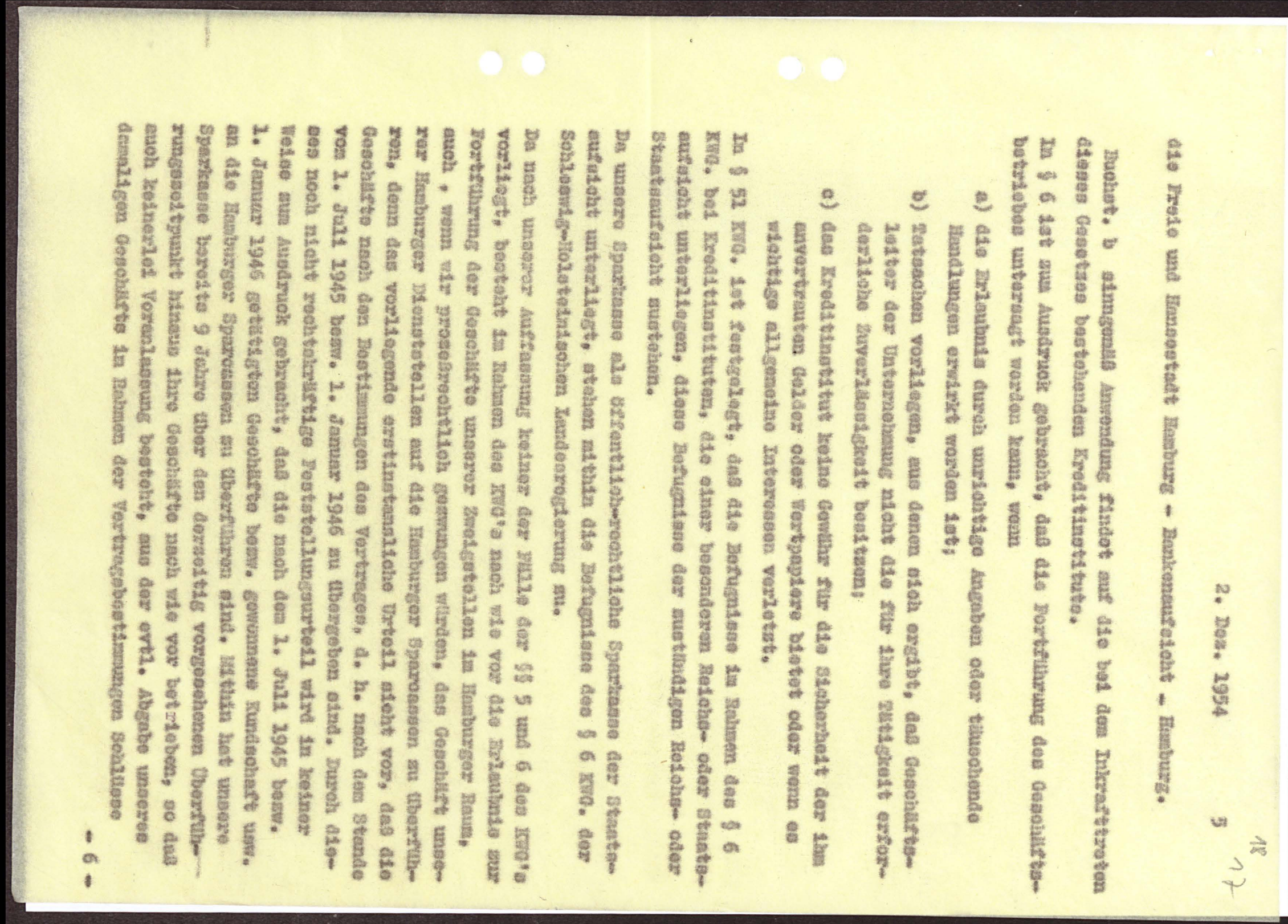
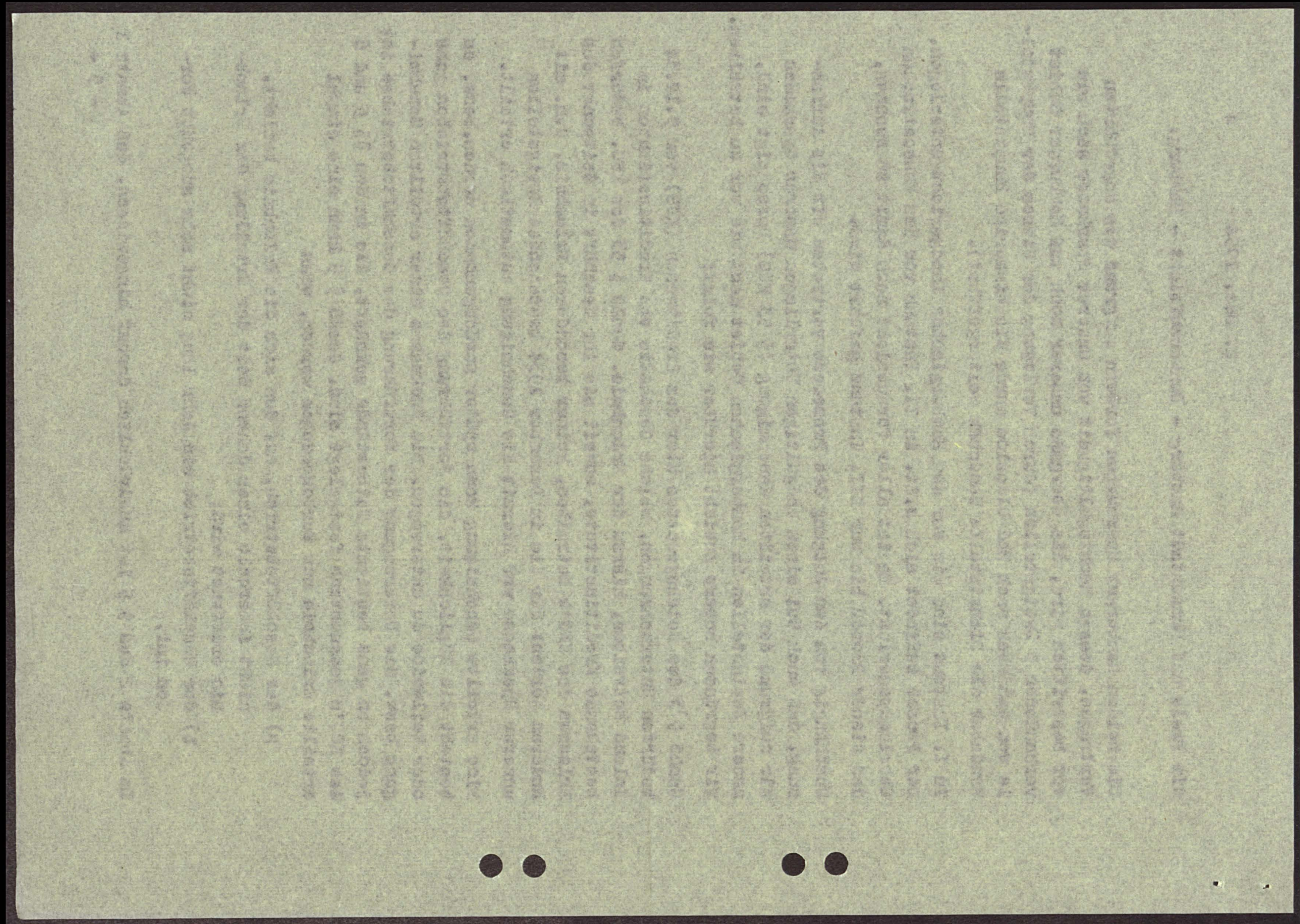




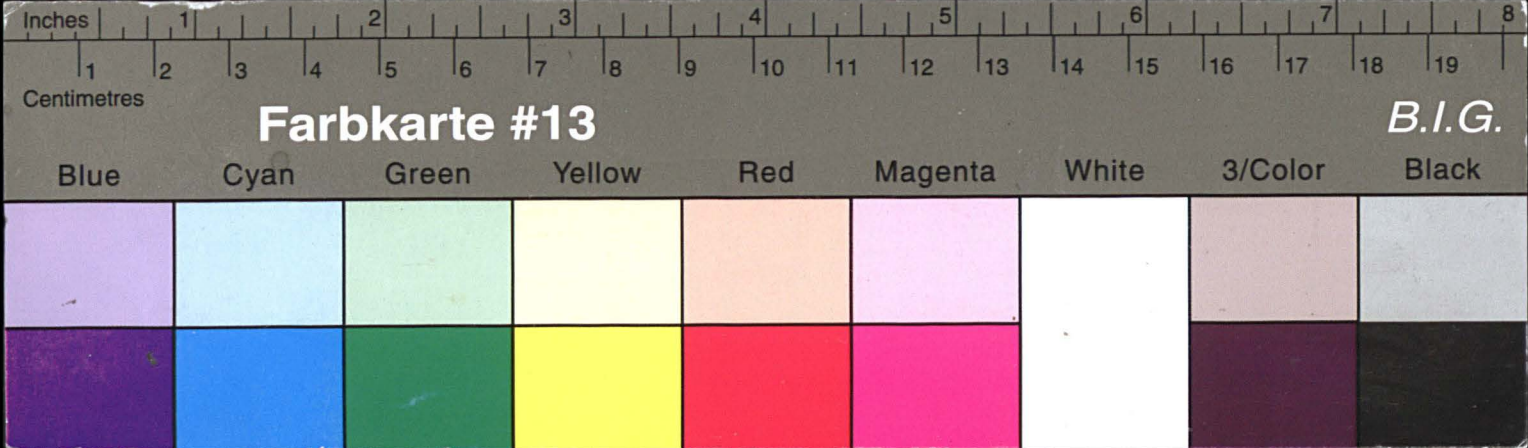


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

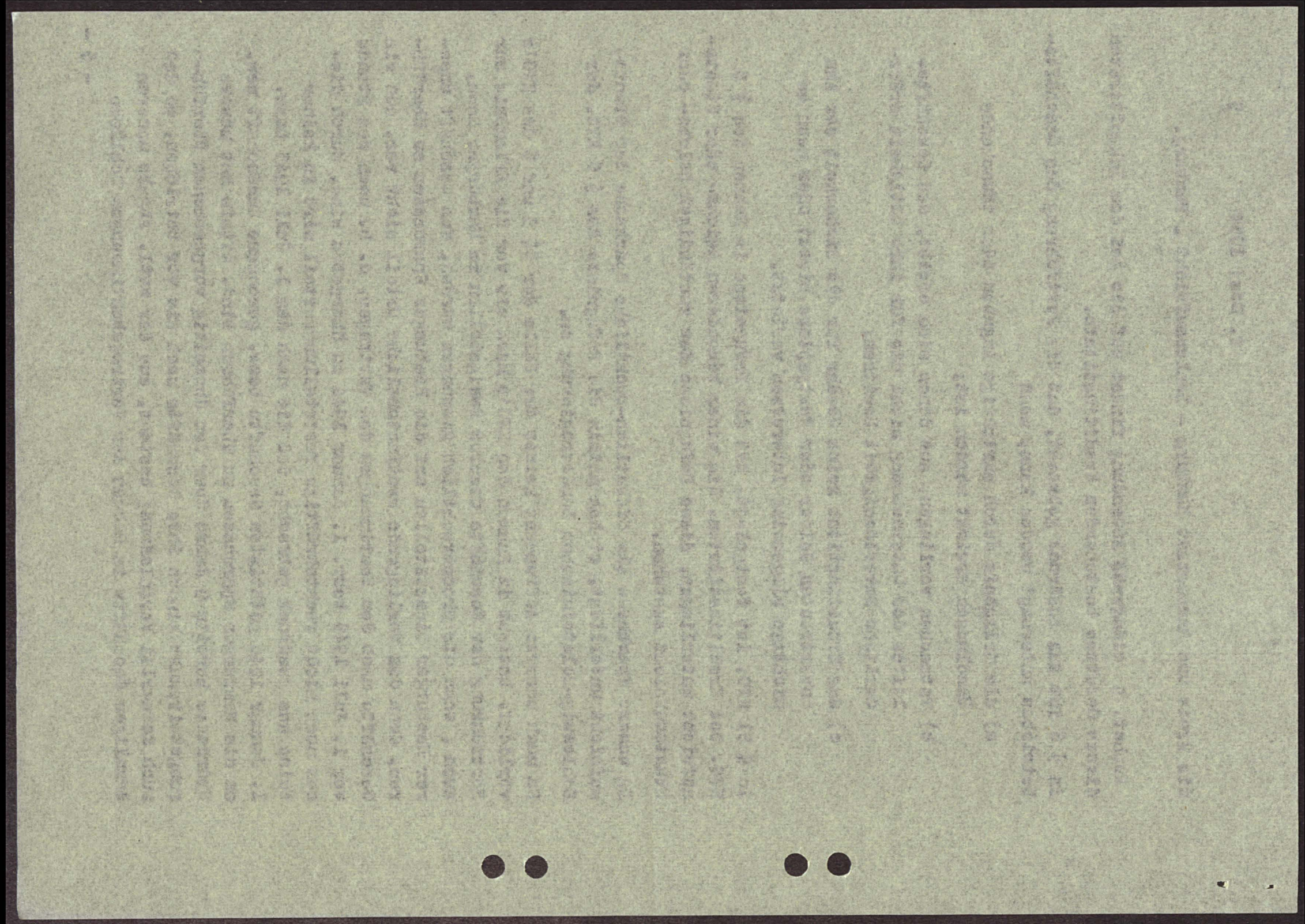






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



19  
18

2. Dez. 1954 6

die Freie und Hansestadt Hamburg – Bankenaufsicht – Hamburg!

darüber zu sehen, daß unsere Sparkasse in Hamburger Raum überhaupt nicht mehr tätig sein darf.

Unsere Sparkasse verwaltete per 31. Oktober 1954 50,098 Mill. M Einlagen, von denen auf das Groß-Hamburger-Geschäft 15,508 Mill. M entfielen. Es entfällt also mithin rd. 1/3 unseres Geschäfts auf unseren Hamburger Bezirk. – Bei unserer Sparkasse werden u.n. geführt:

74.725 Sparkonten,  
15.560 Kontokorrentkonten.

Hiervon entfallen auf unser Hamburger Geschäft:

25.178 Sparkonten,  
3.694 Kontokorrentkonten.

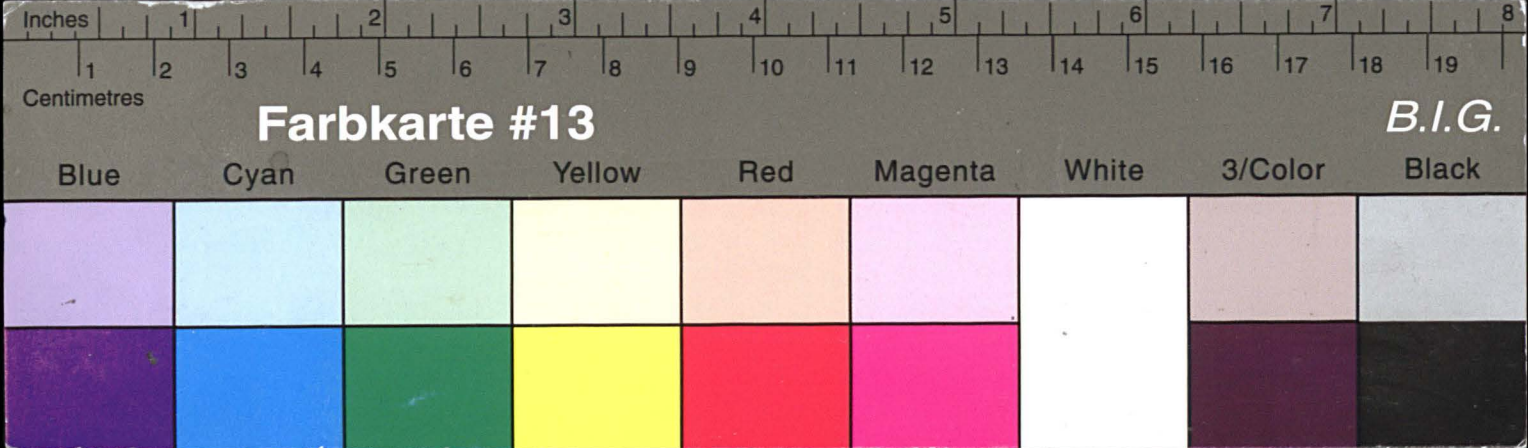
Es dürfte keinen Zweifel unterliegen, daß bei dem bedeutenden Anteil unseres Hamburger Geschäfts und unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Zustandekommens des unserer Ansicht nach rechtungstl- tigen Vertrages wir auf unser Hamburger Geschäft ohne weiteres nicht verzichten können, da der Verlust von 1/3 unseres Volumens von ausschlaggebender Bedeutung für unser Unternehmen ist. Sollten wir durch Urteil dazu gezwungen werden, unser Hamburger Geschäft nach dem Stande von 1945 bzw. 1946 abzugeben, werden wir nicht nur ver- suchen, sondern auch durch die besonderen Verhältnisse gezwungen, unser Geschäft in Hamburg neu aufzubauen.

Die von uns angeschnittene Frage ist für die Beurteilung bzw. Fortführung des Prozesses natürlich von erheblicher Bedeutung. Wir wären Ihnen daher sehr dankbar, wenn wir von Ihnen Ihre Stellungnahme zu dem angeschnittenen Fragenkomplex bekommen könnten bzw. Sie uns die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigen würden.

Sollten Sie – im Gegensatz zu uns – die Ansicht vertreten, daß für die Richtigkeit unseres Hamburger Geschäfts eine Neuassung erfor- derlich sei, so bitten wir – vorsorglich – unser heutiges Schreiben als Zulassungsantrag für unsere Zweigstellen Wandsbek, Rahlstedt, Seeel, Wellingsbüttel und Poppenbüttel einzusehen, über den wir schnellmöglichst eine Entscheidung herbeiführen bitten. Unter den besonderen Umständen des Falles glauben wir, von dem sonst geforder- ten Zahlungsmaterial absehen zu können.

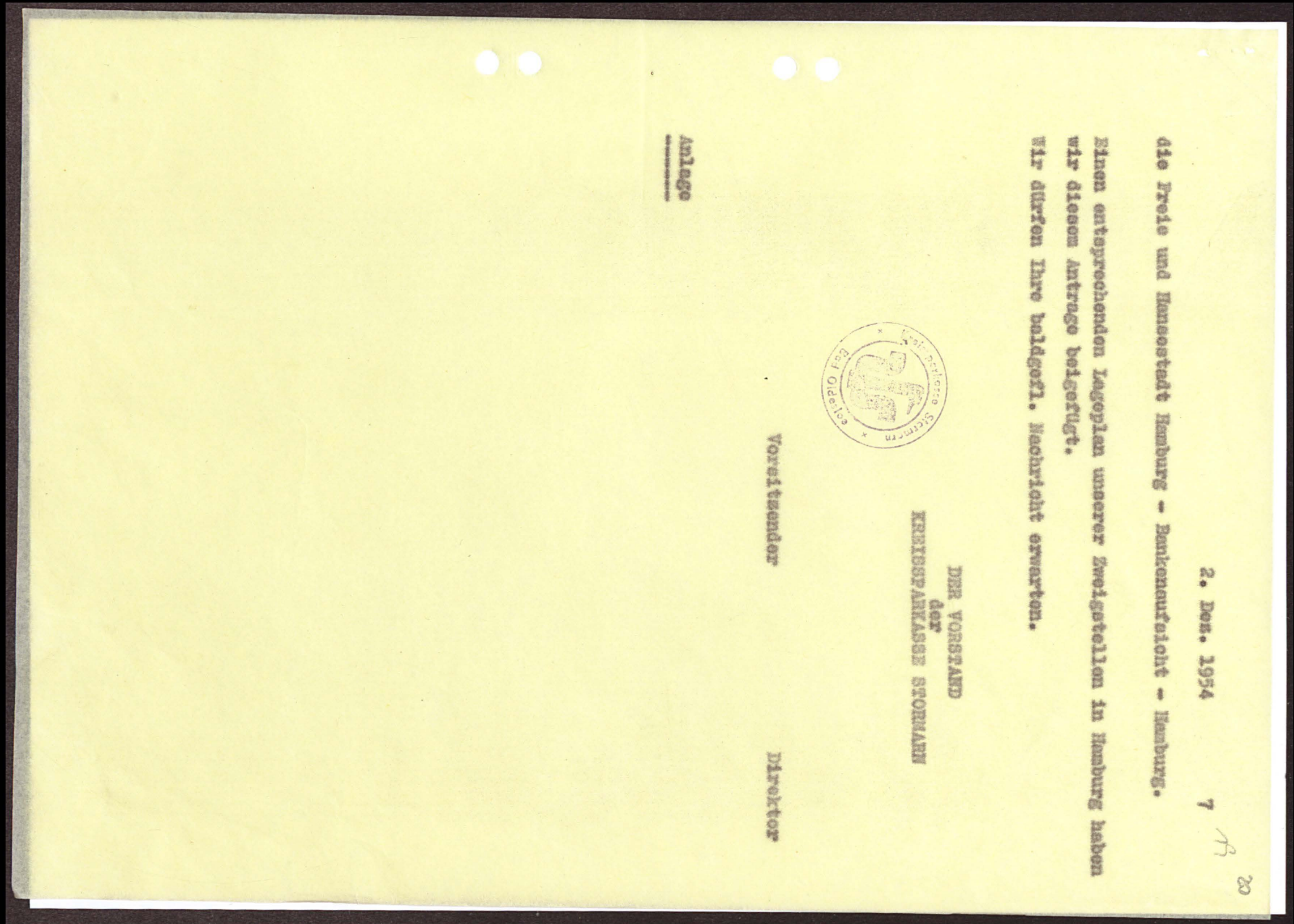
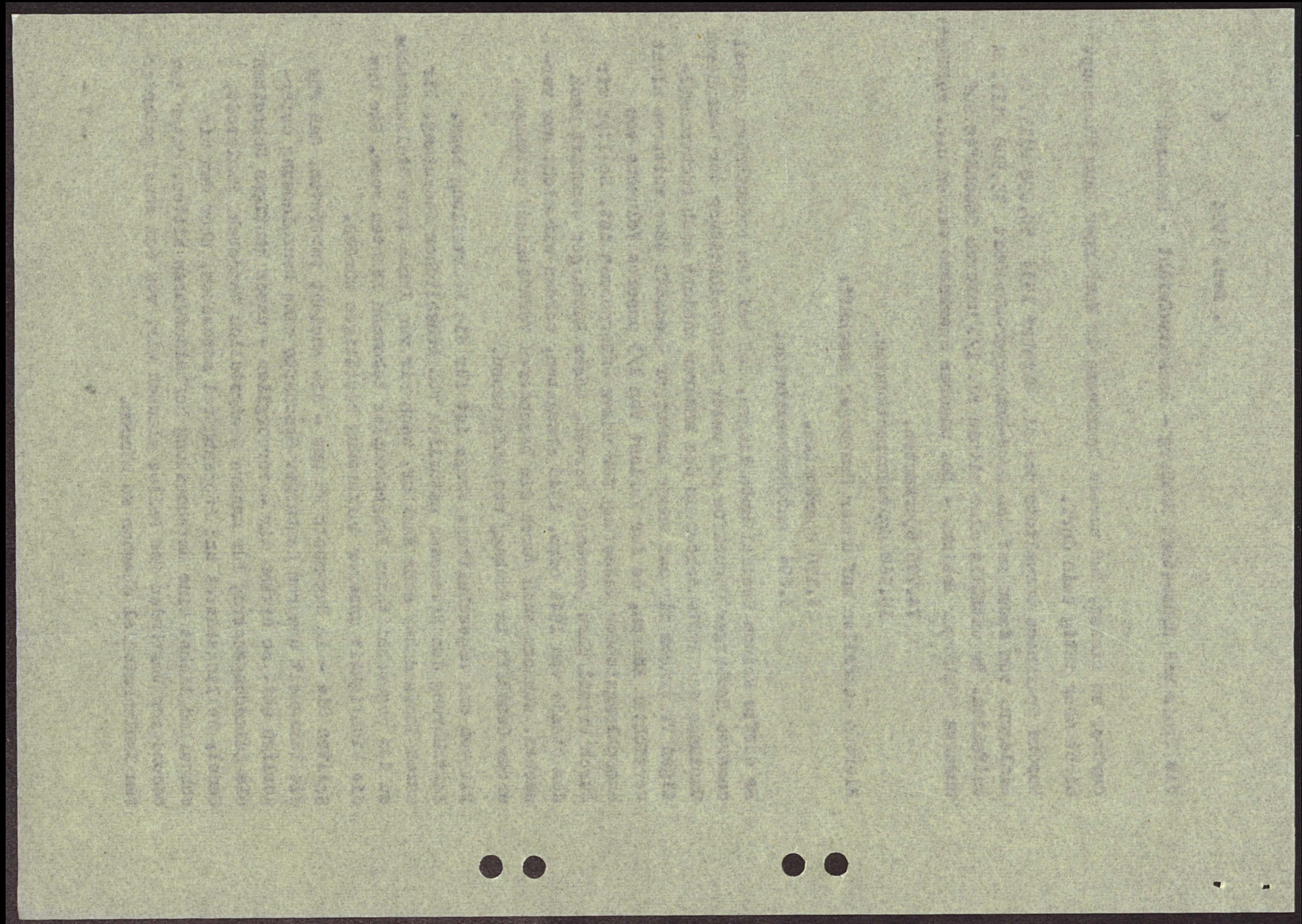
- 7 -



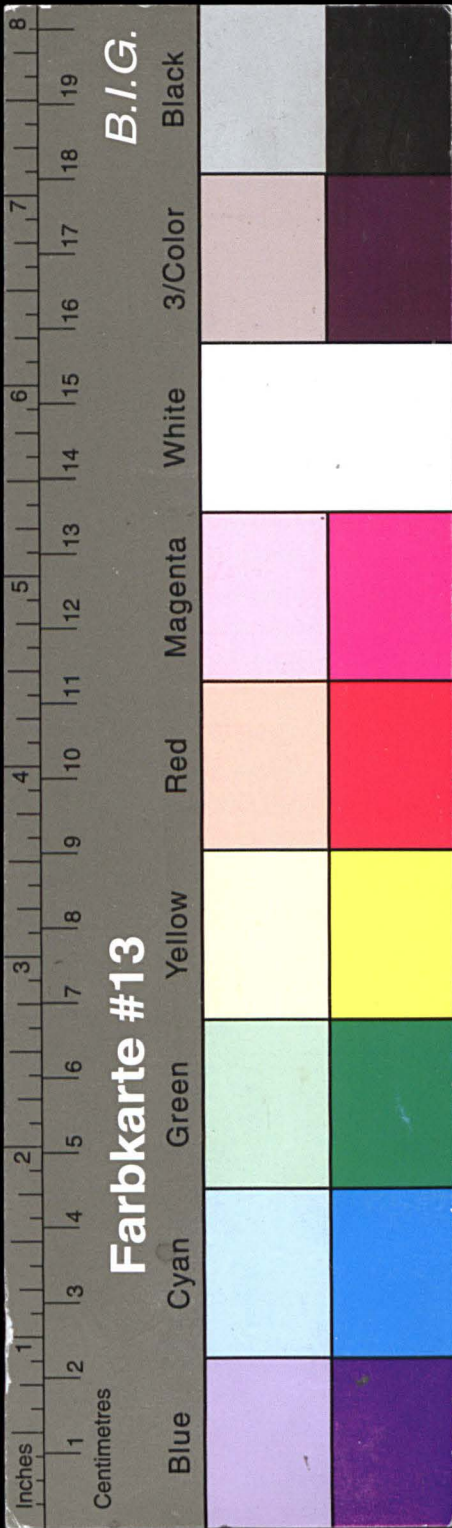


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

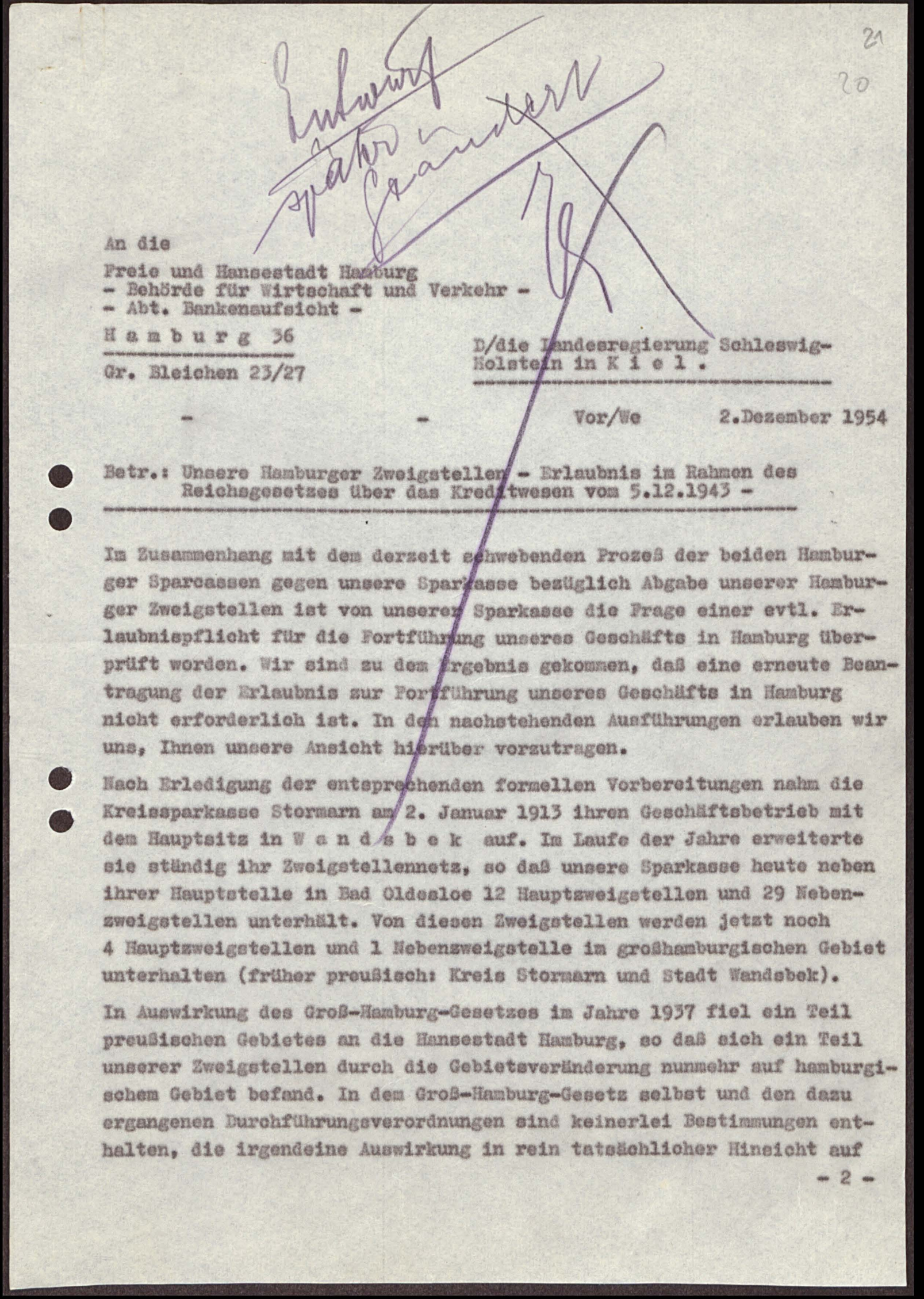
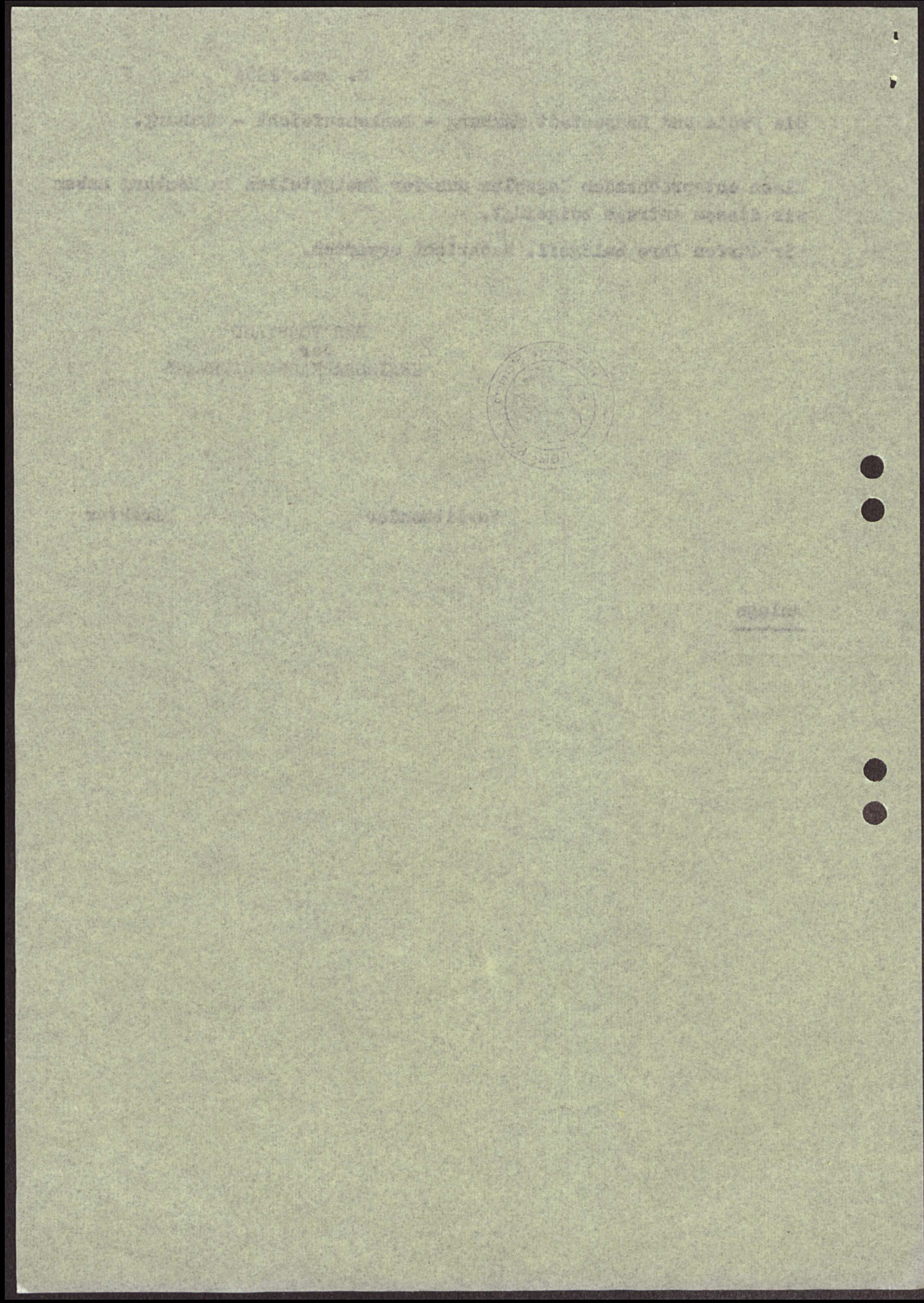




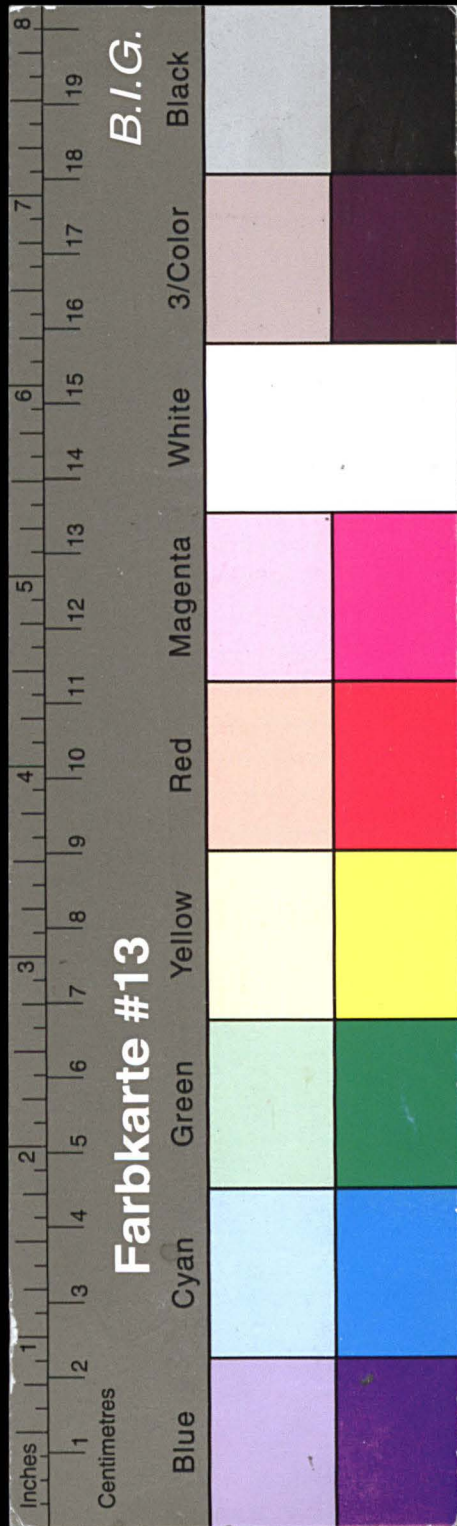


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

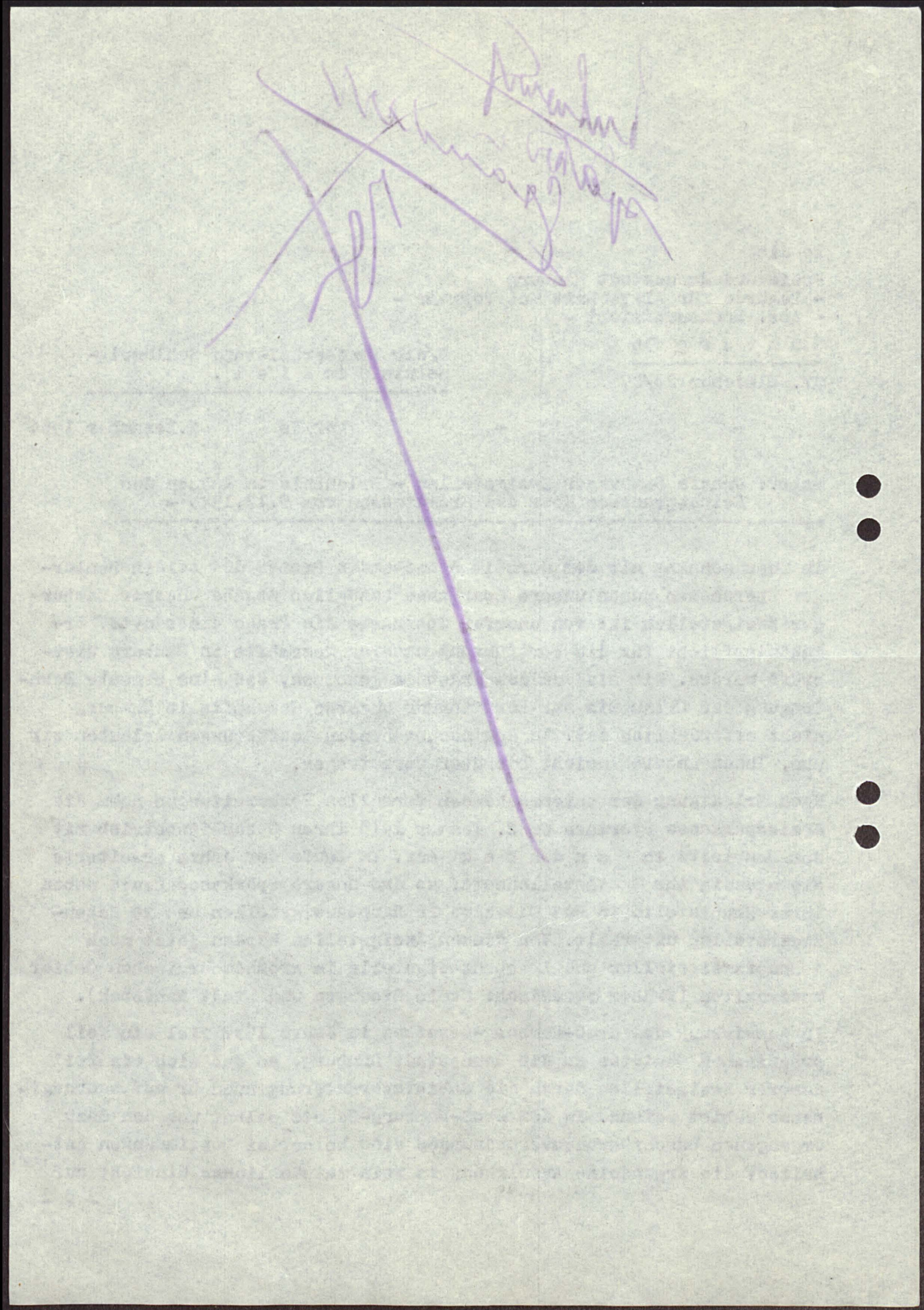






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



2. Dezember 1954 2 <sup>22</sup> 27

die Freie und Hansestadt Hamburg - Bankenaufsicht - Hamburg.

die von uns nunmehr in Groß-Hamburg unterhaltenen Zweigstellen haben können.

Bei Erlass des Groß-Hamburg-Gesetzes befanden sich folgende Zweigstellen auf nunmehr hamburgischen Gebiet:

I.

1.) Hauptzweigstelle Billstedt	- eröffnet:	1913
--------------------------------	-------------	------

II.

1.) Hauptzweigstelle Bramfeld-Hellbrook	- eröffnet:	1.11.1925
2.) Nebenzweigstelle Bramfeld	- "	: 1. 2.1928
3.) Nebenzweigstelle Duvenstedt	- "	: 1. 8.1929
4.) Nebenzweigstelle Hummelsbüttel	- "	: 1. 8.1930

III.

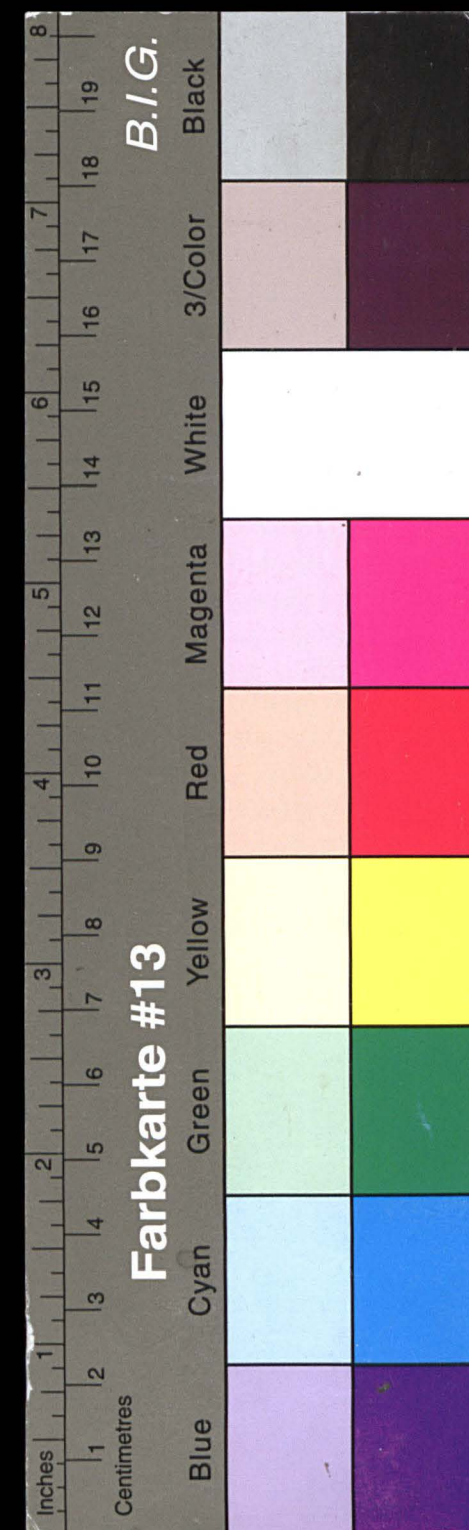
1.) Hauptzweigstelle Rahlstedt	- eröffnet:	1.12.1913
2.) Nebenzweigstelle Poppenbüttel	- "	: 1918
3.) Hauptzweigstelle Sasel	- "	: 15. 9.1927
4.) Hauptzweigstelle Wellingsbüttel	- "	: 1. 7.1930

Mit Erlass des Groß-Hamburg-Gesetzes im Jahre 1937 verstärkte sich der Druck der Hamburger Sparkassen, die ihnen lästig gewordene Konkurrenz unserer Sparkasse auszuschalten. Sie beriefen sich hierzu auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 5.8.1931 - Rationalisierungsmaßnahmen - bzw. verlangten unter Berufung auf das Groß-Hamburg-Gesetz die Abgabe unserer Groß-Hamburger Geschäfte.

Diese Bemühungen blieben auch nach Kriegsbeginn zunächst erfolglos, da eine derartige Überführung von den höchsten zuständigen Regierungsstellen (Reichswirtschaftsministerium und Reichsinnenministerium) als nicht kriegsentscheidend angesehen bzw. festgestellt wurde, daß

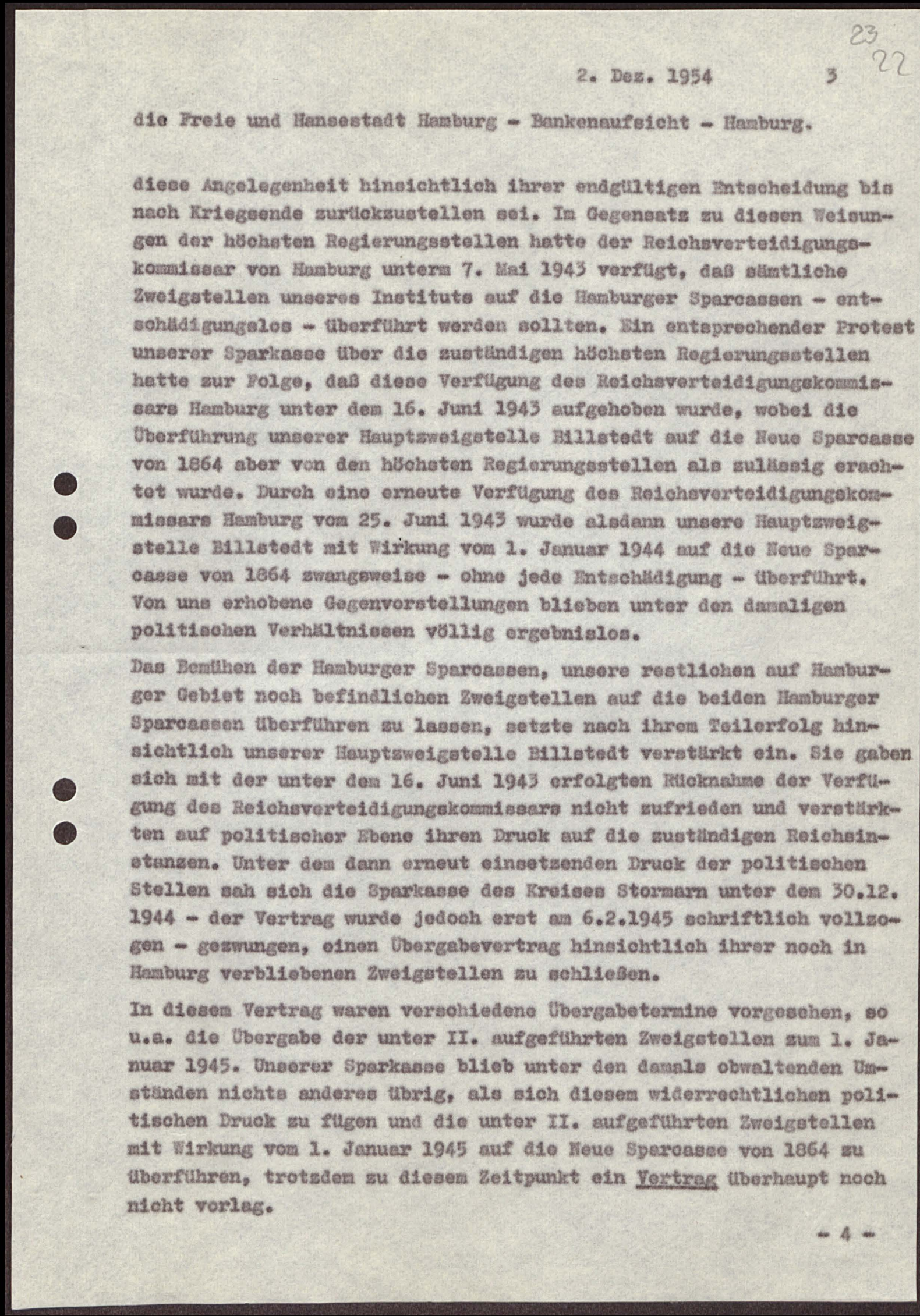
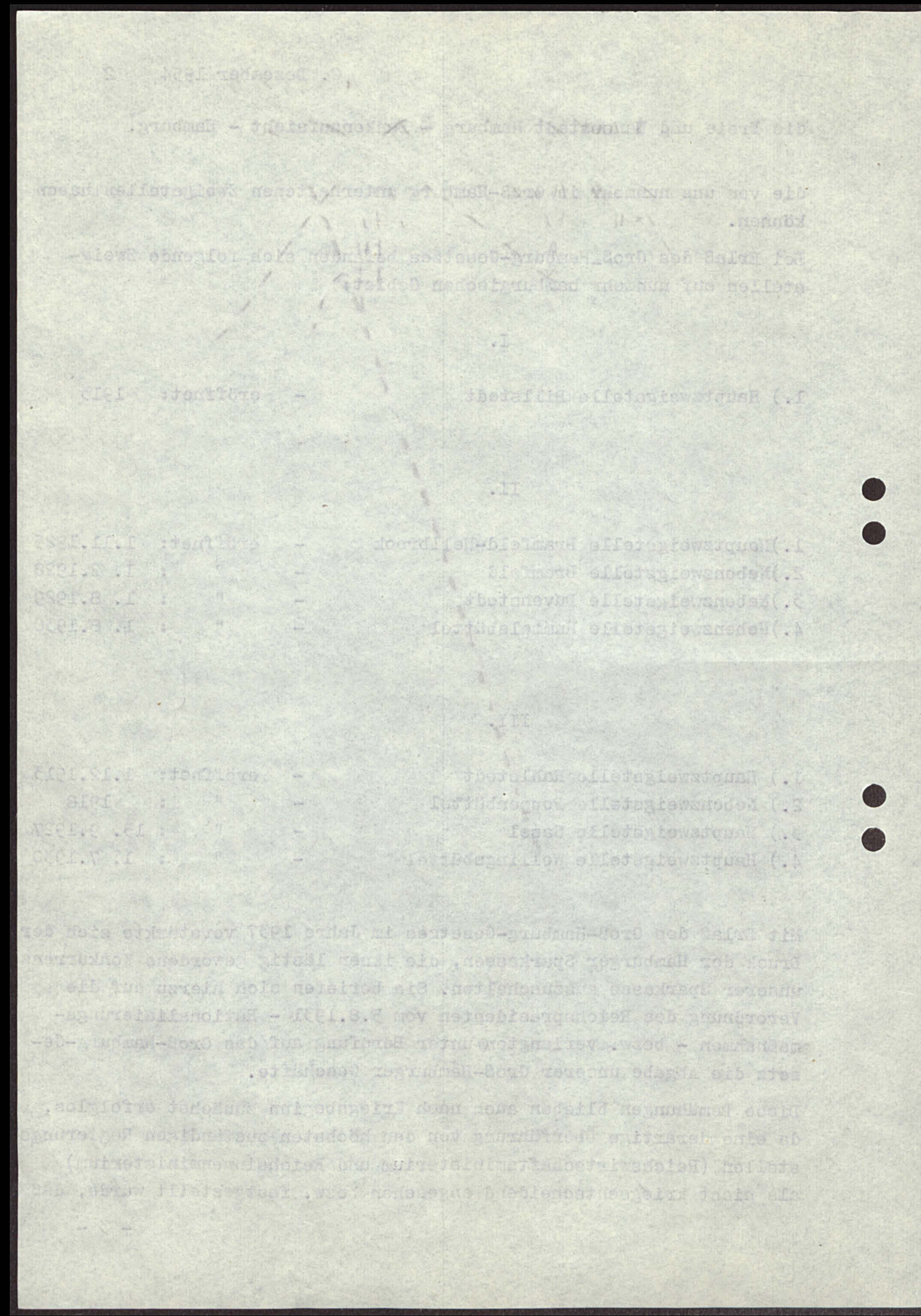
- 3 -



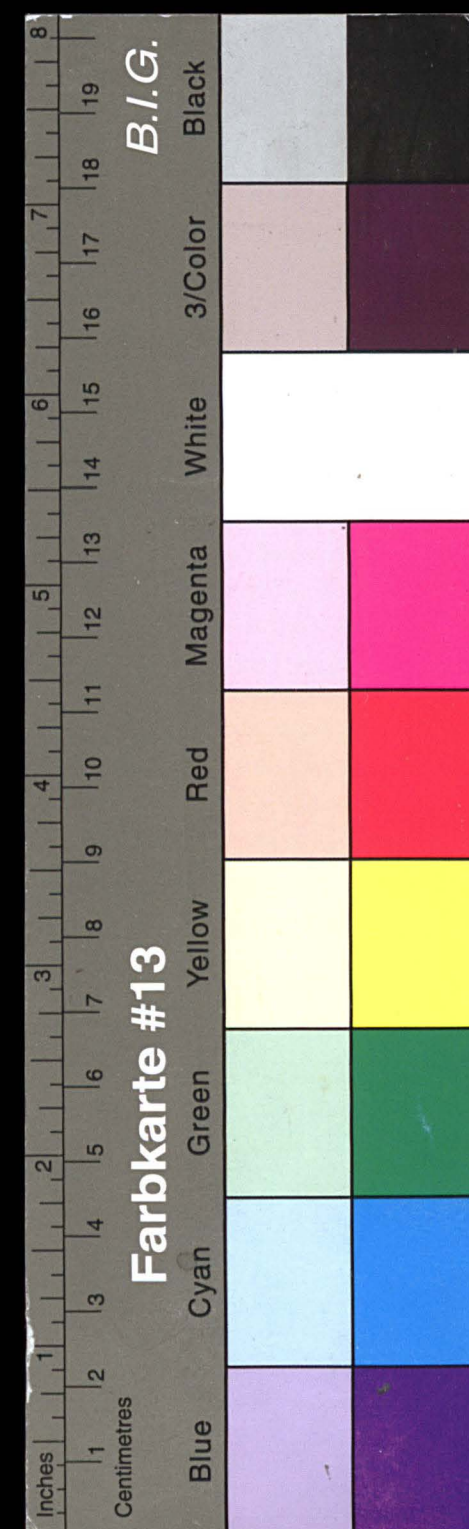


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

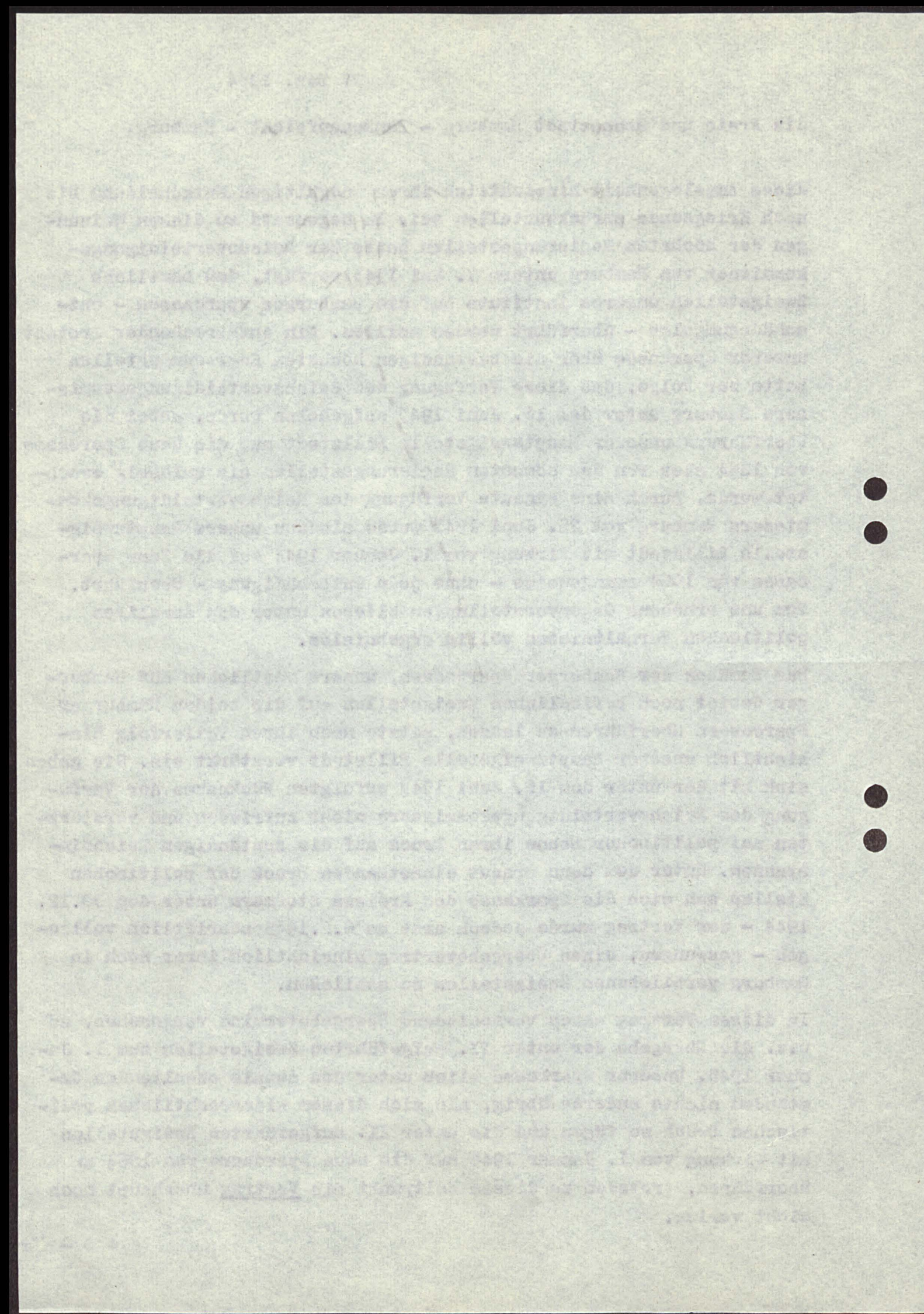






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



24  
23

2. Dez. 1954 4

die Freie und Hansestadt Hamburg -- Bankenaufsicht -- Hamburg.

Die beiden Hamburger Sparkassen fordern aufgrund des angeführten Vertrages, dessen Rechtsgültigkeit von unserer Sparkasse nach wie vor bestritten wird, die Übergabe unserer noch auf Hamburger Gebiet vorhandenen 5 Zweigstellen (durch Verlegung des Sitzes der Hauptstelle von Wandsbek nach Bad Oldesloe wurde die bisherige Hauptstelle Wandsbek als Dienststelle Wandsbek weitergeführt).

In I. Instanz sind wir vor dem Hamburgischen Landgericht unterlegen. Der Prozeß befindet sich s.Zt. in II. Instanz vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht. Es ist aller Voraussicht nach damit zu rechnen, daß dieser Prozeß bis zur III. Instanz geführt wird.

Unabhängig von dem Ausgang des Prozesses vertreten wir die Auffassung, daß auch bei einem endgültigen Unterliegen unserer Sparkasse wir aufgrund der erteilten Genehmigung (§ 53 KWG) berechtigt sind, unsere Zweigstellen im hamburgischen Gebiet nach wie vor zu betreiben. Wir begründen unsere Ansicht hierüber wie folgt:

Gemäß § 3 des Reichsgesetzes über das Kreditwesen (KWG) vom 5.12.34 bedürfen Unternehmungen, welche Geschäfte von Kreditinstituten im Inland betreiben, hierzu der Erlaubnis. Gemäß § 53 des KWG. bedürfen bestehende Kreditinstitute, soweit sie ihr Geschäft im Zeitpunkt des Erlasses des KWG's betreiben, keiner besonderen Erlaubnis, d.h. mit anderen Worten: Für die im Dezember 1934 bestehenden Zweigstellen unserer Sparkasse war hiermit die Genehmigung automatisch erteilt.

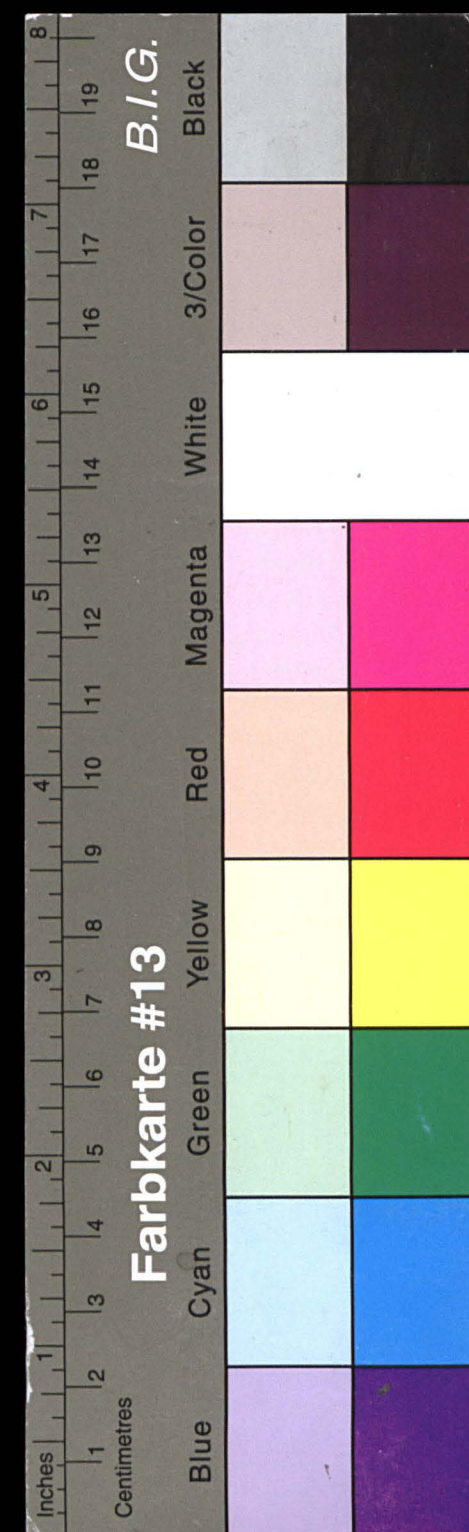
Eine erteilte Genehmigung kann später zurückgenommen werden, bzw. es besteht die Möglichkeit, die Fortführung des Geschäftsbetriebes ganz oder teilweise zu untersagen. Die Rücknahme einer erteilten Genehmigung bzw. die Untersagung der Fortführung des Geschäftsbetriebes ist jedoch an ganz bestimmte Tatbestände geknüpft, die in den §§ 5 und 6 des KWG's genauestens festgelegt sind. Gemäß § 5 kann eine einmal erteilte Erlaubnis nur zurückgezogen werden, wenn

- a) der Geschäftsbetrieb, auf den sich die Erlaubnis bezieht, nicht innerhalb eines Jahres seit der Erteilung der Erlaubnis eröffnet wird;
- b) der Geschäftsbetrieb ein Jahr lang nicht mehr ausgeübt worden ist.

Im Absatz 2 des § 5 ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Absatz 1

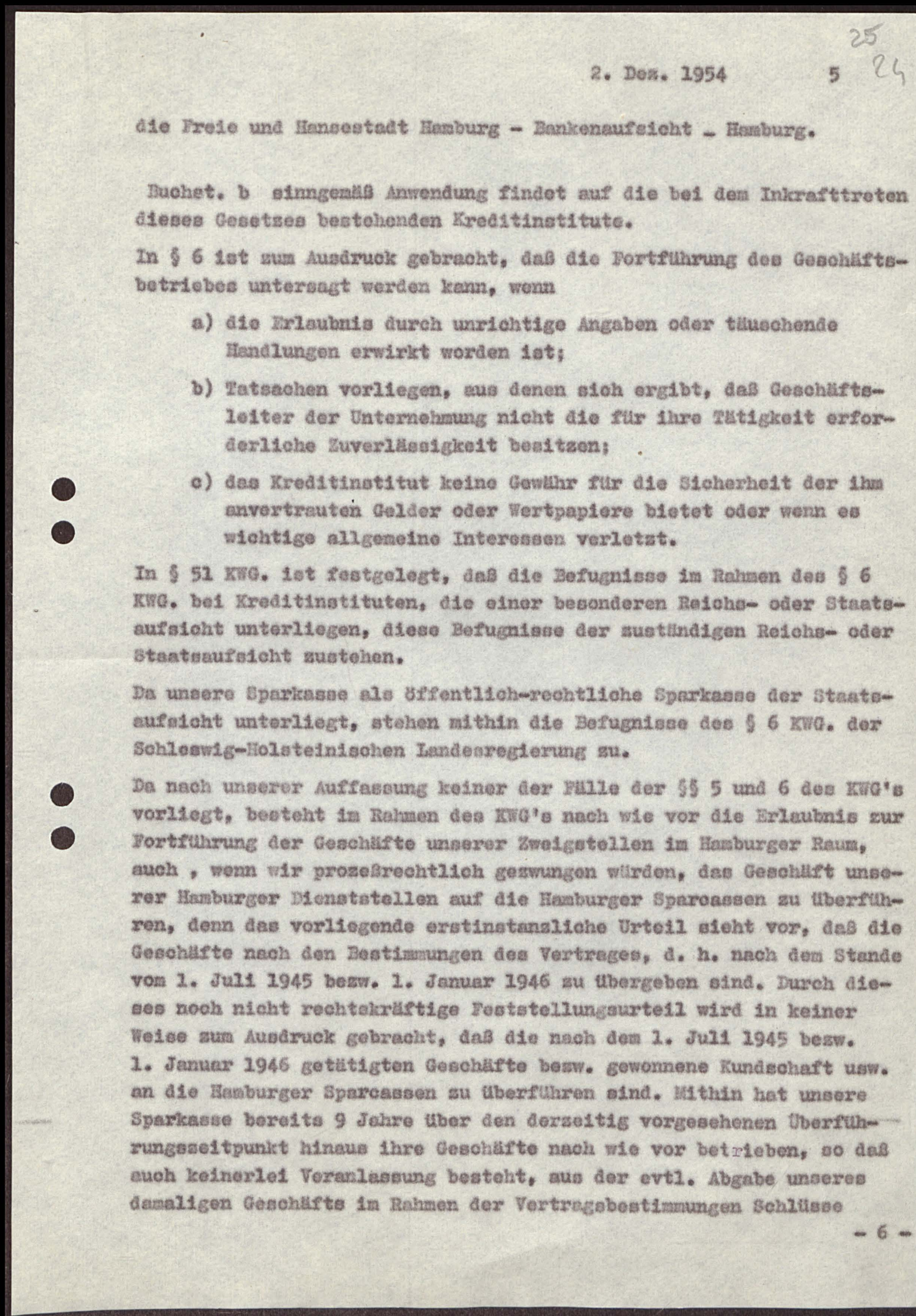
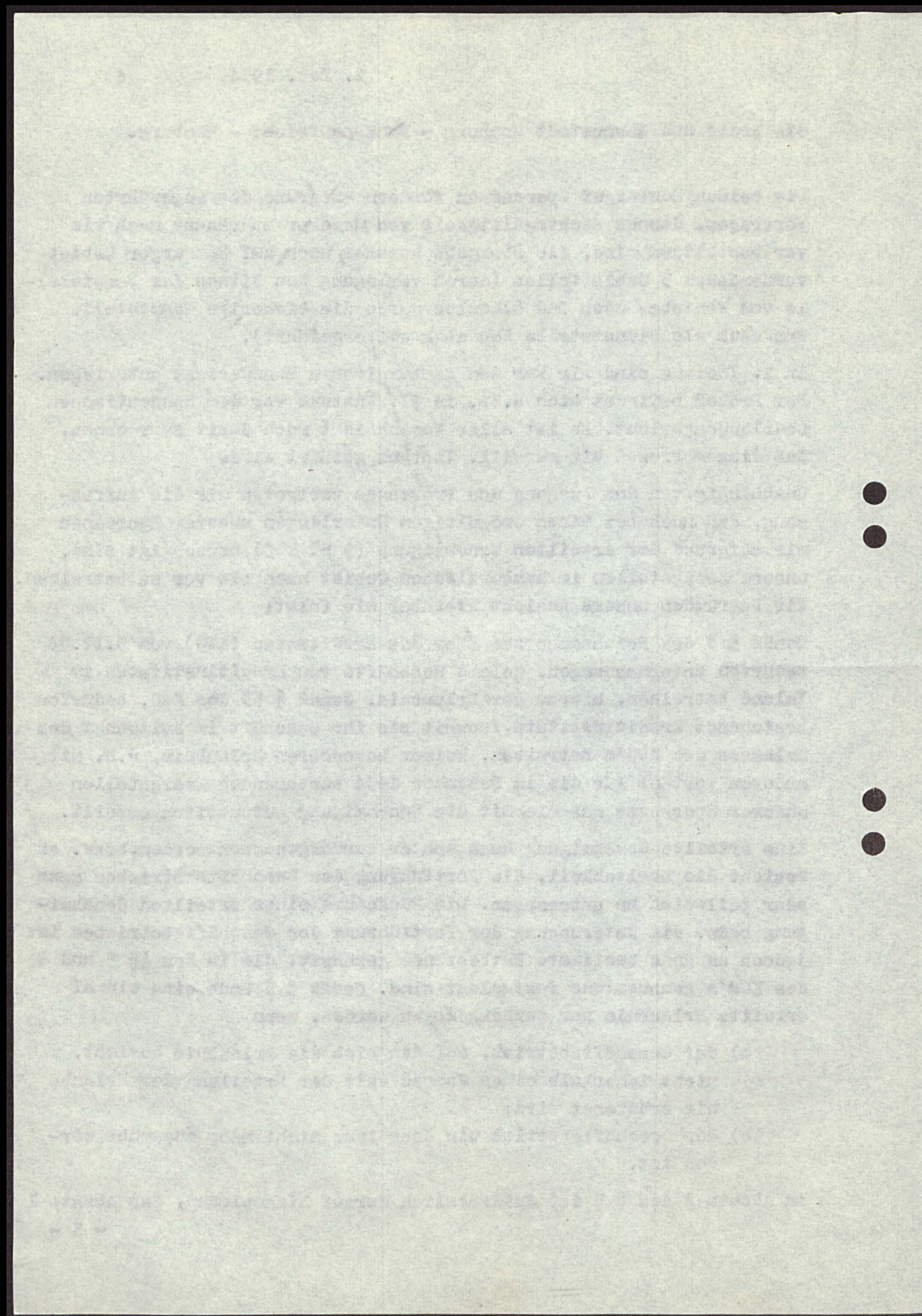
- 5 -



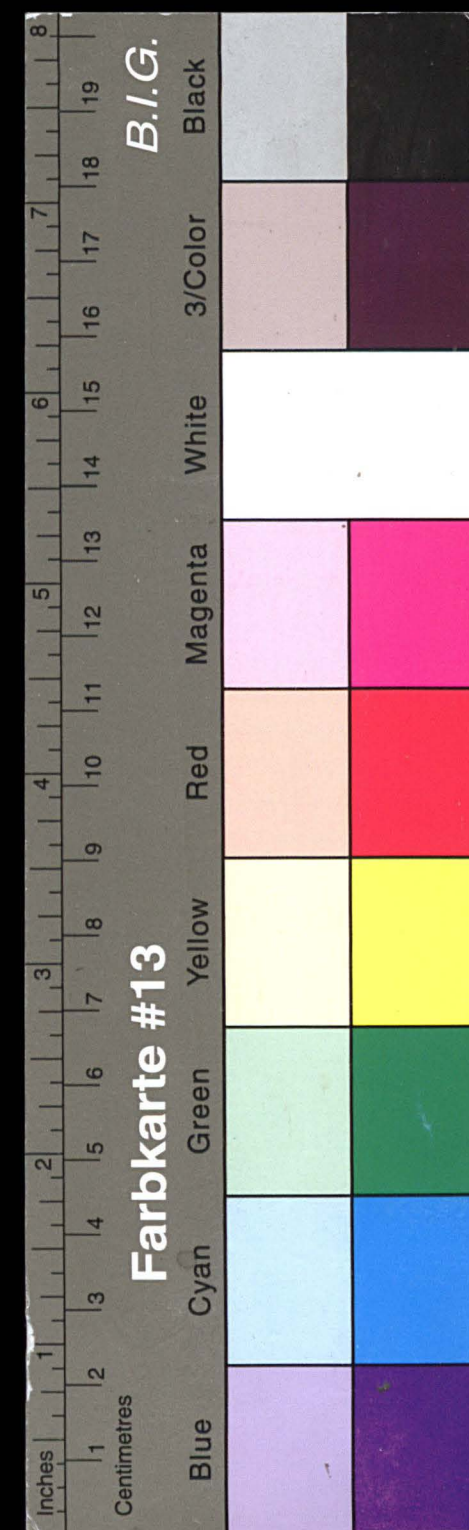


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

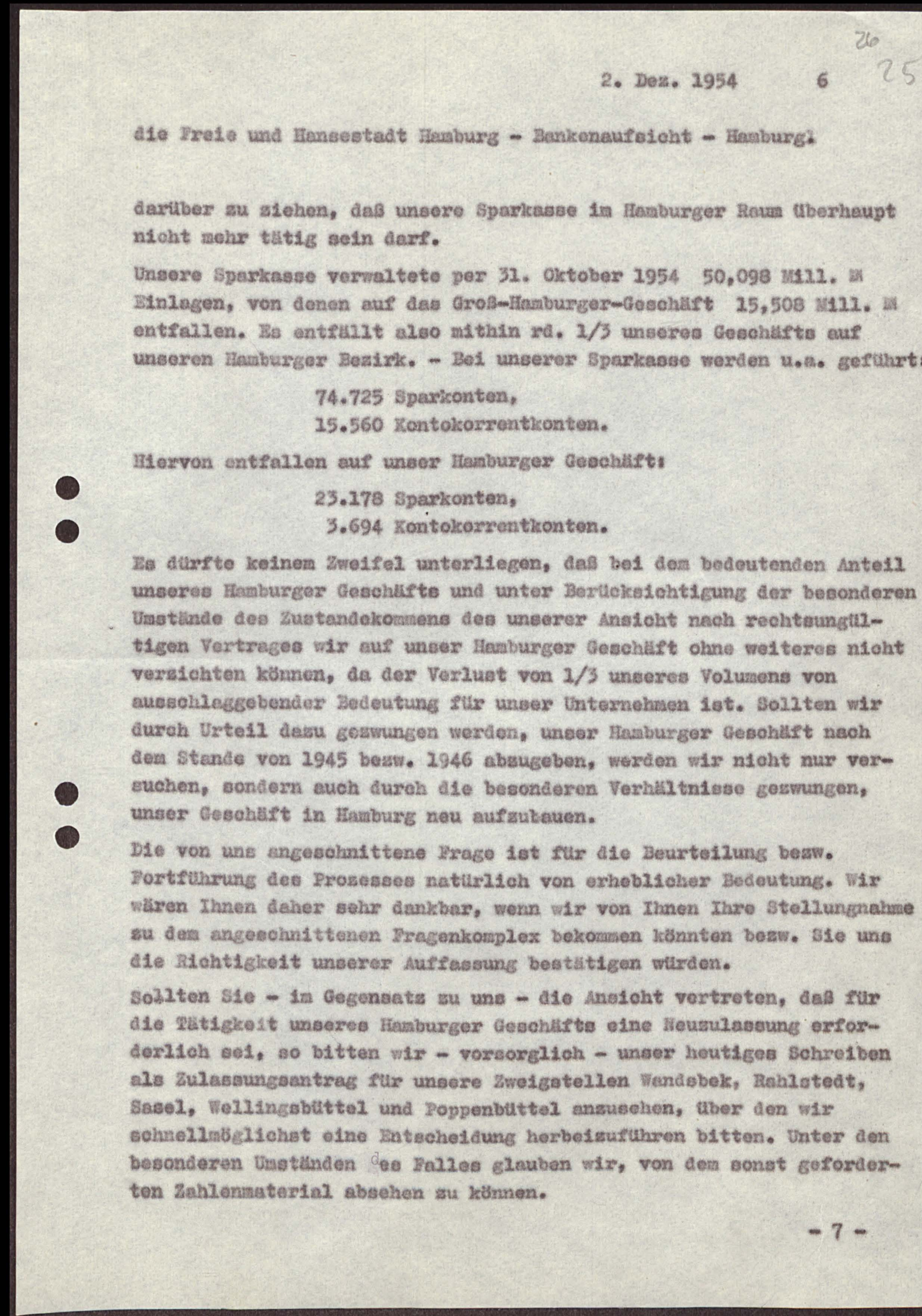
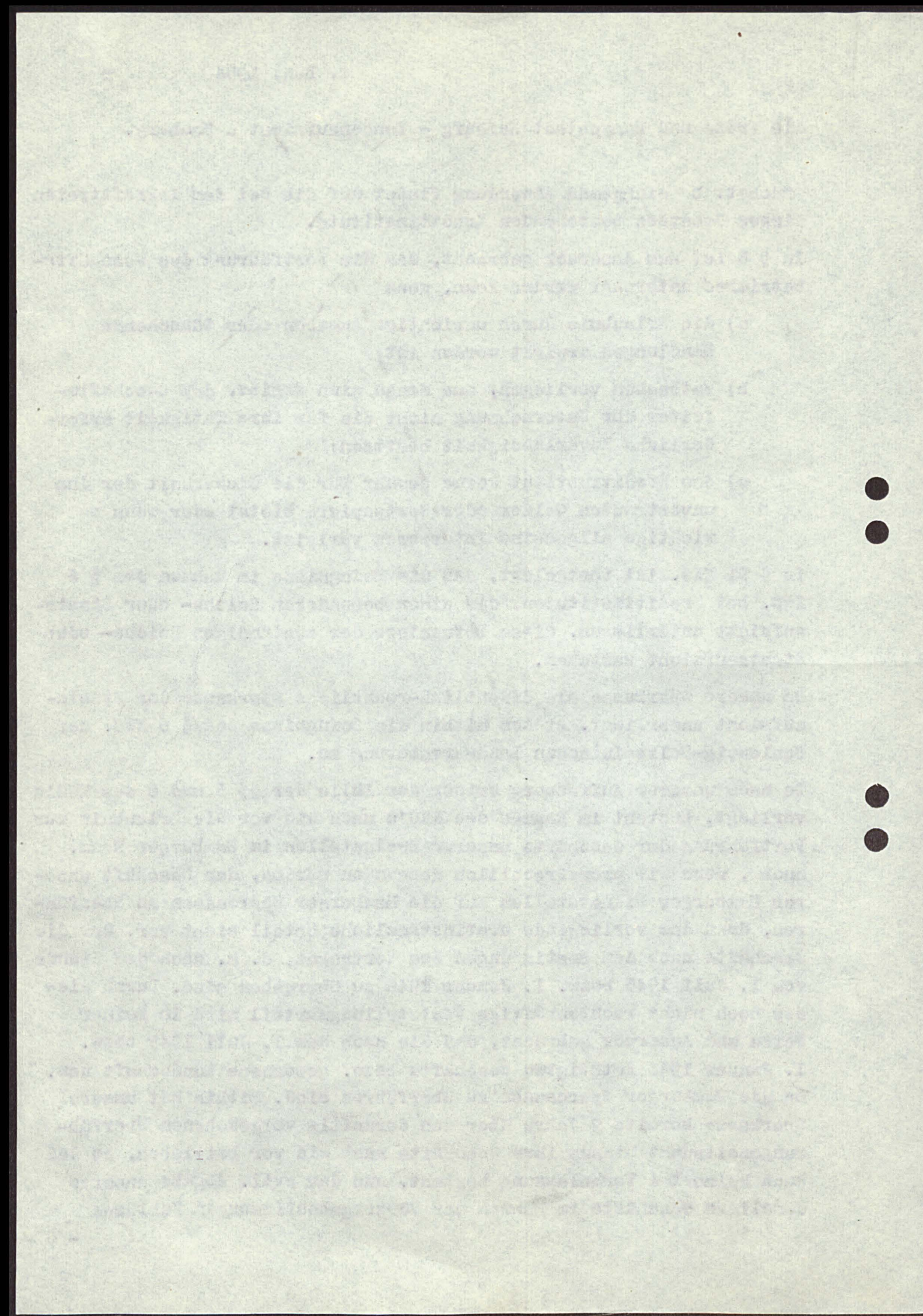




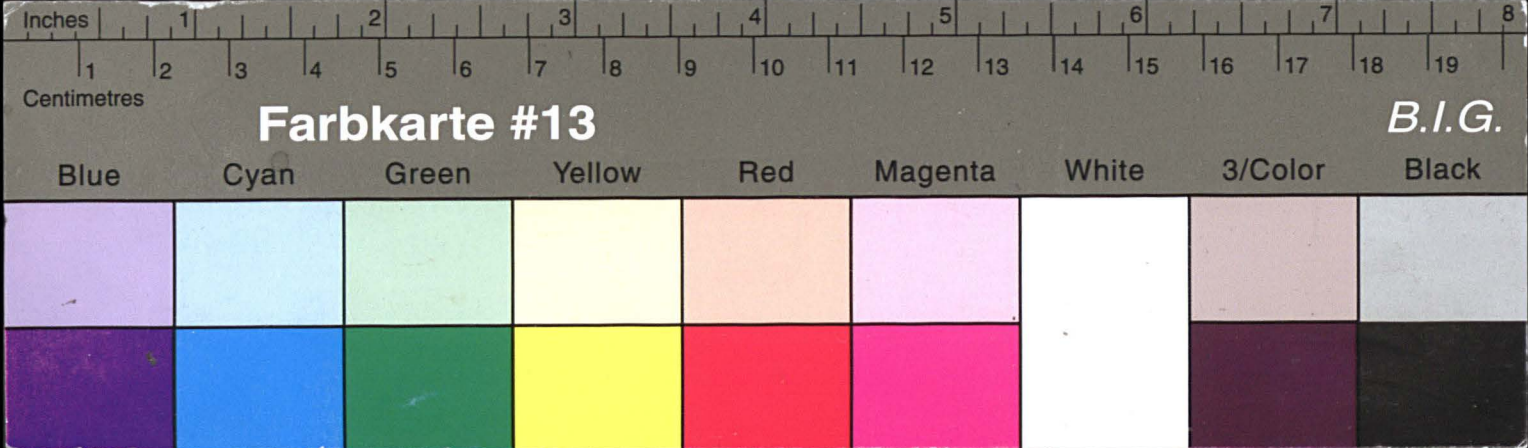


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

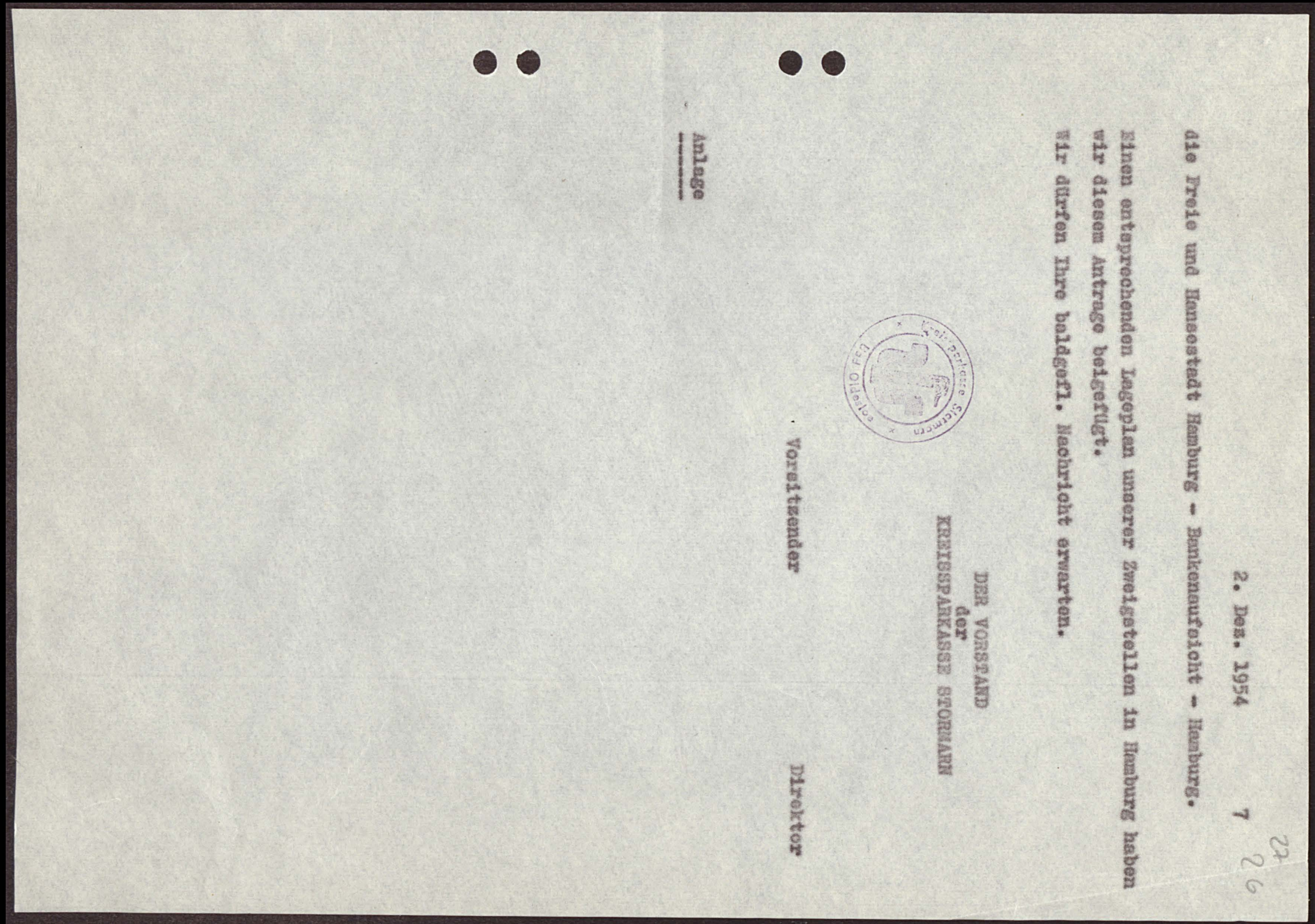
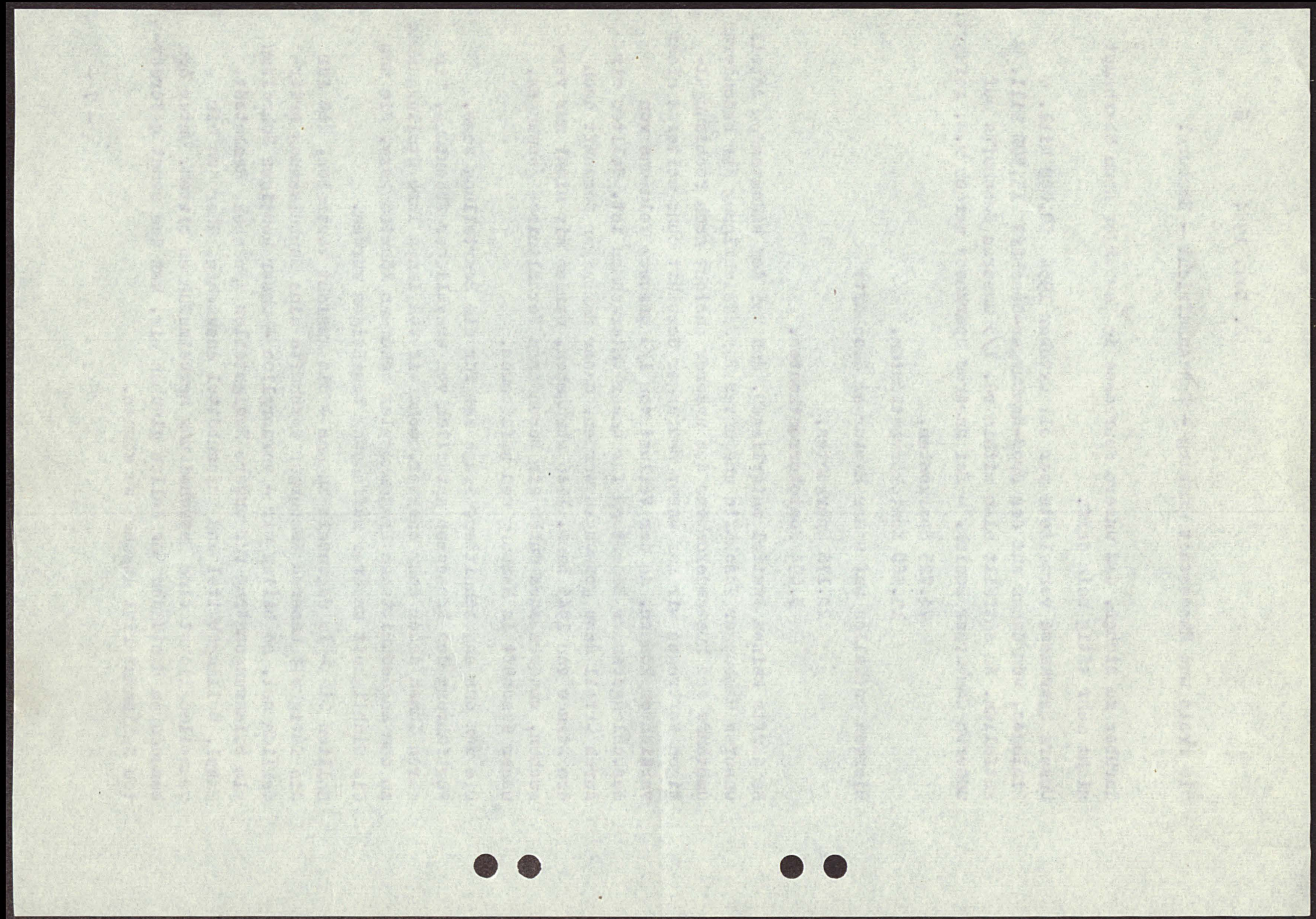




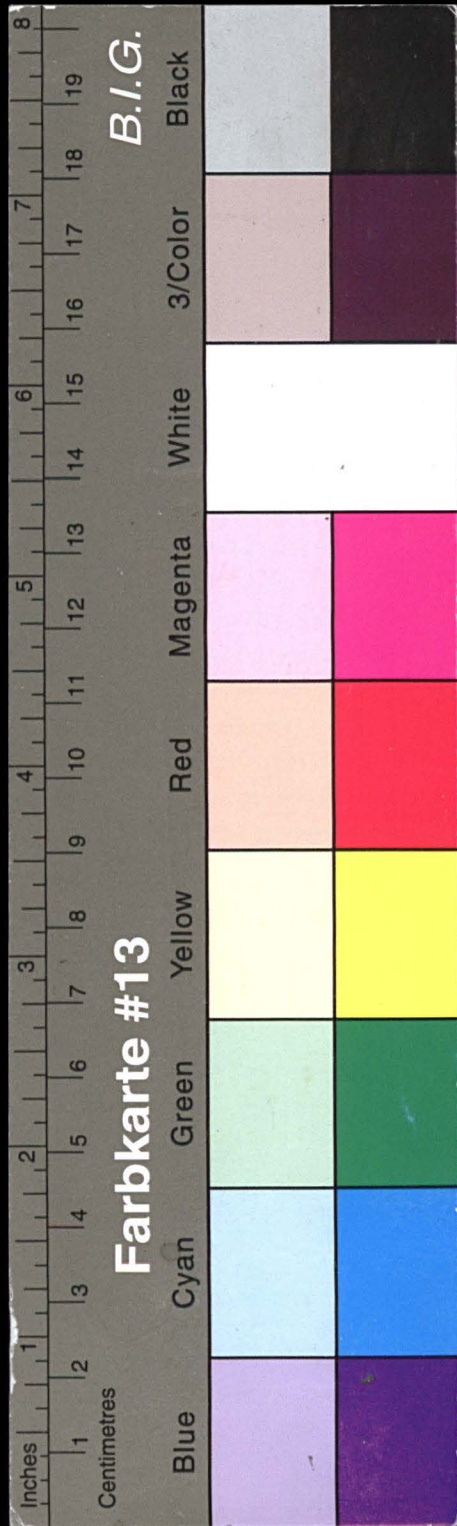


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

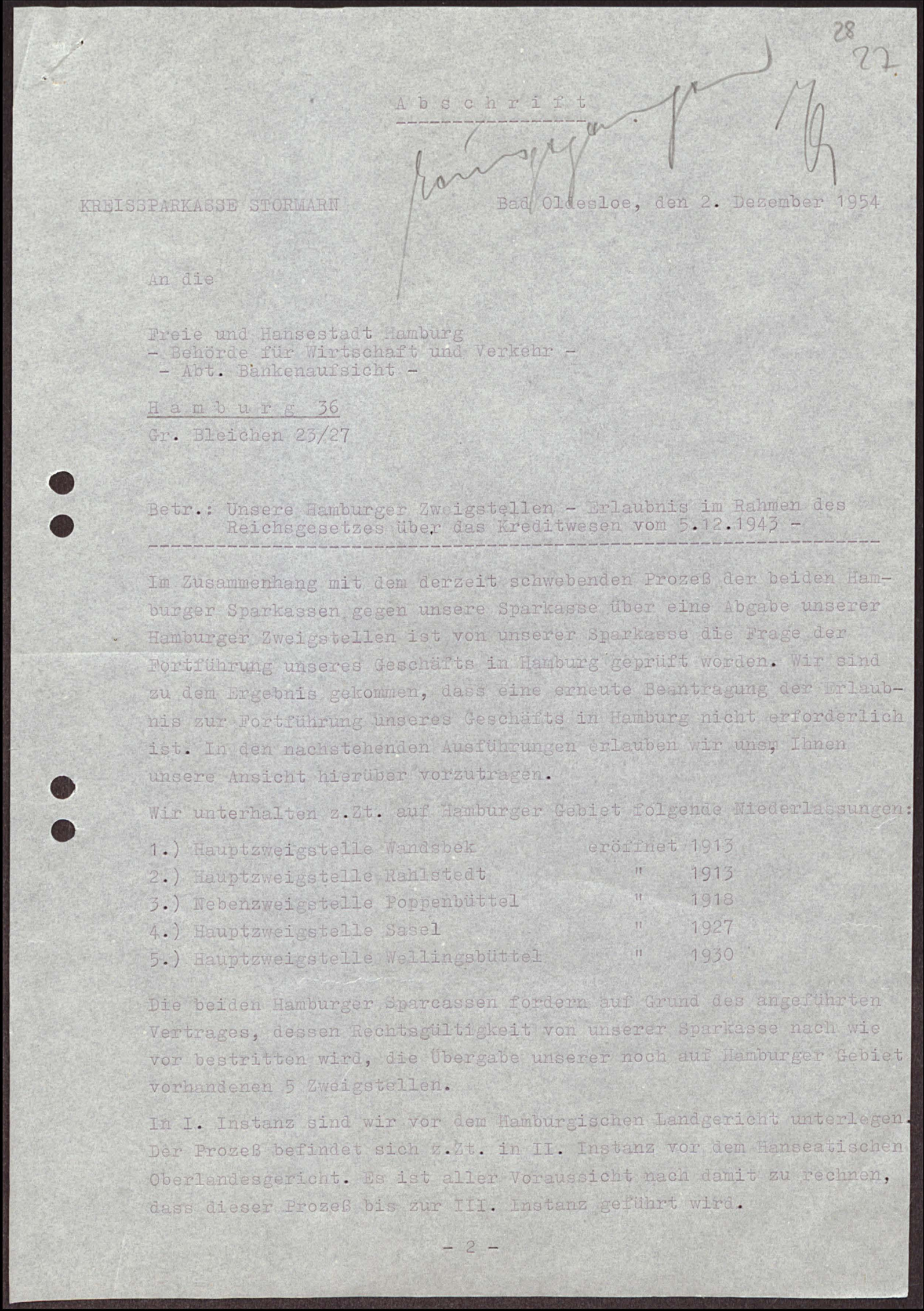
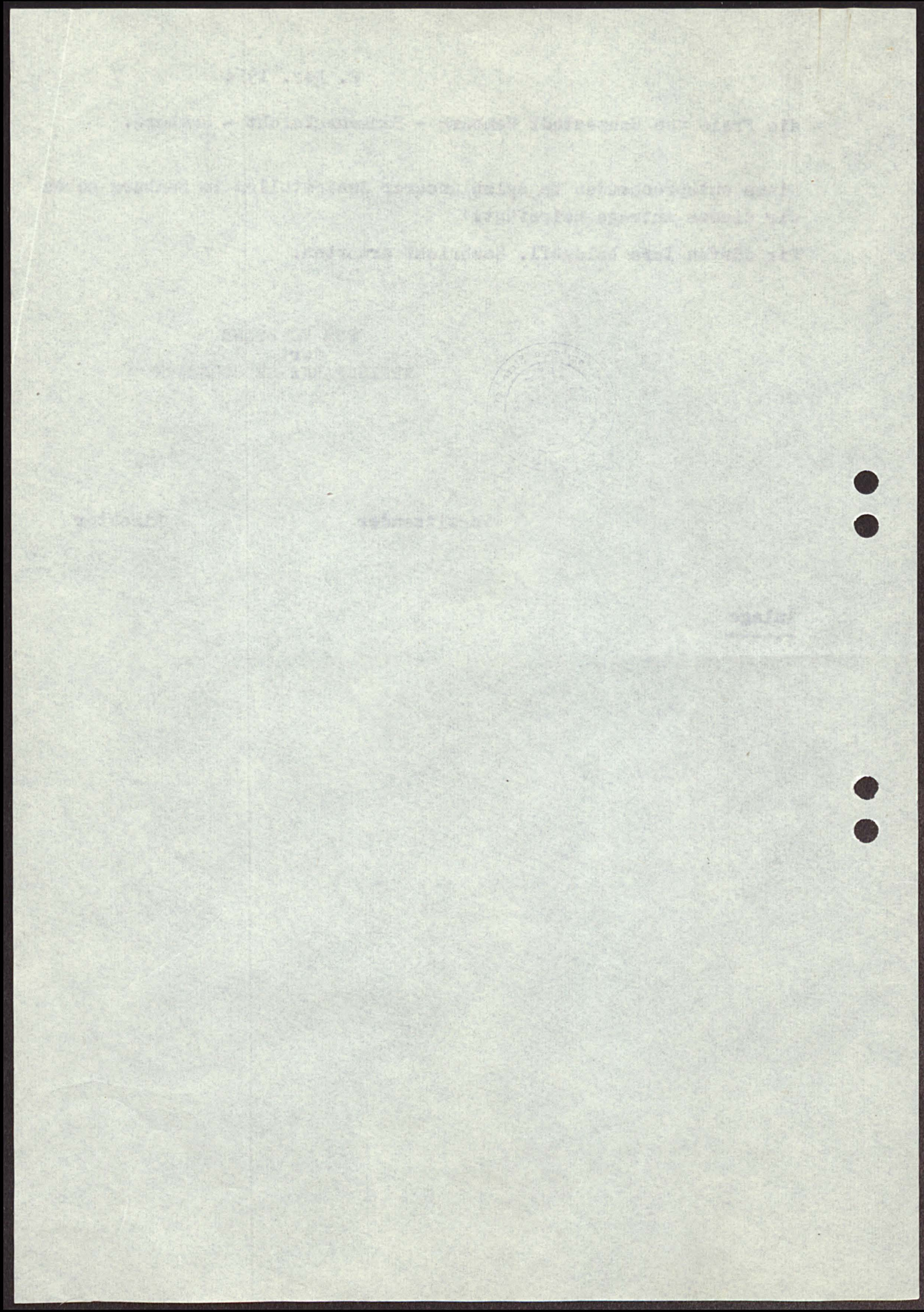




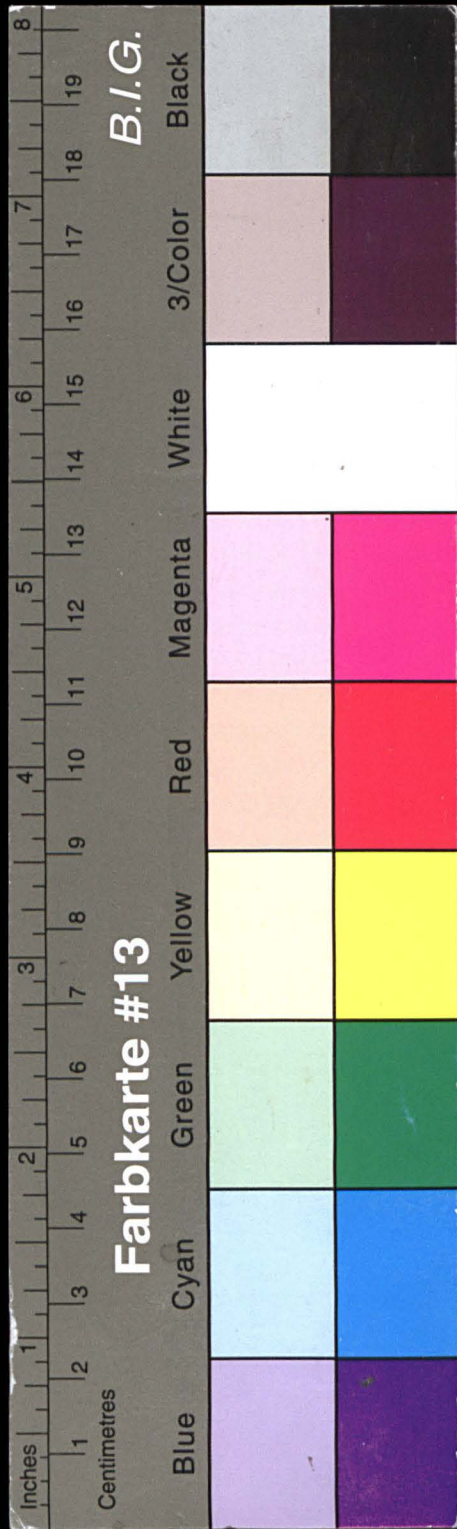


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

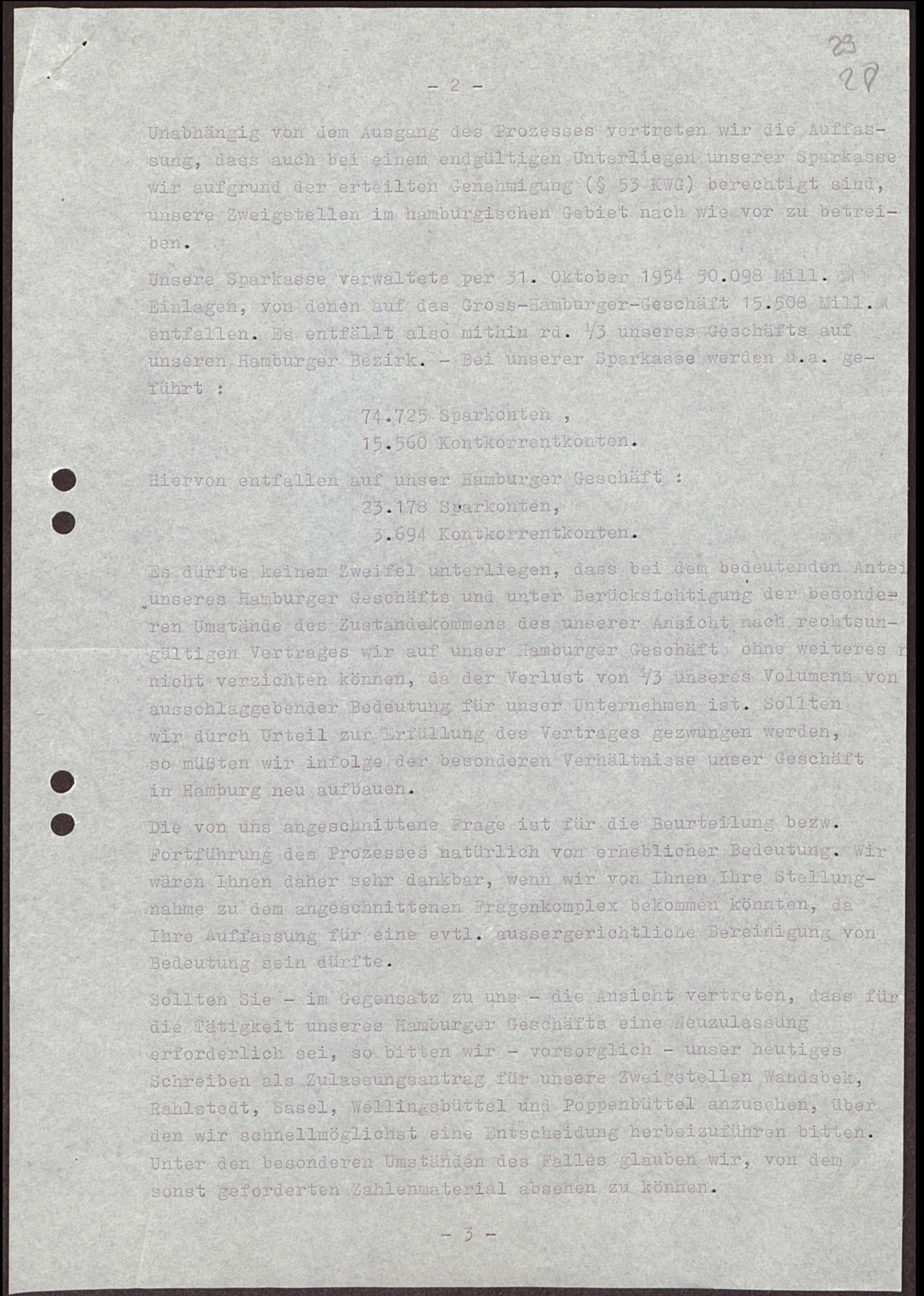
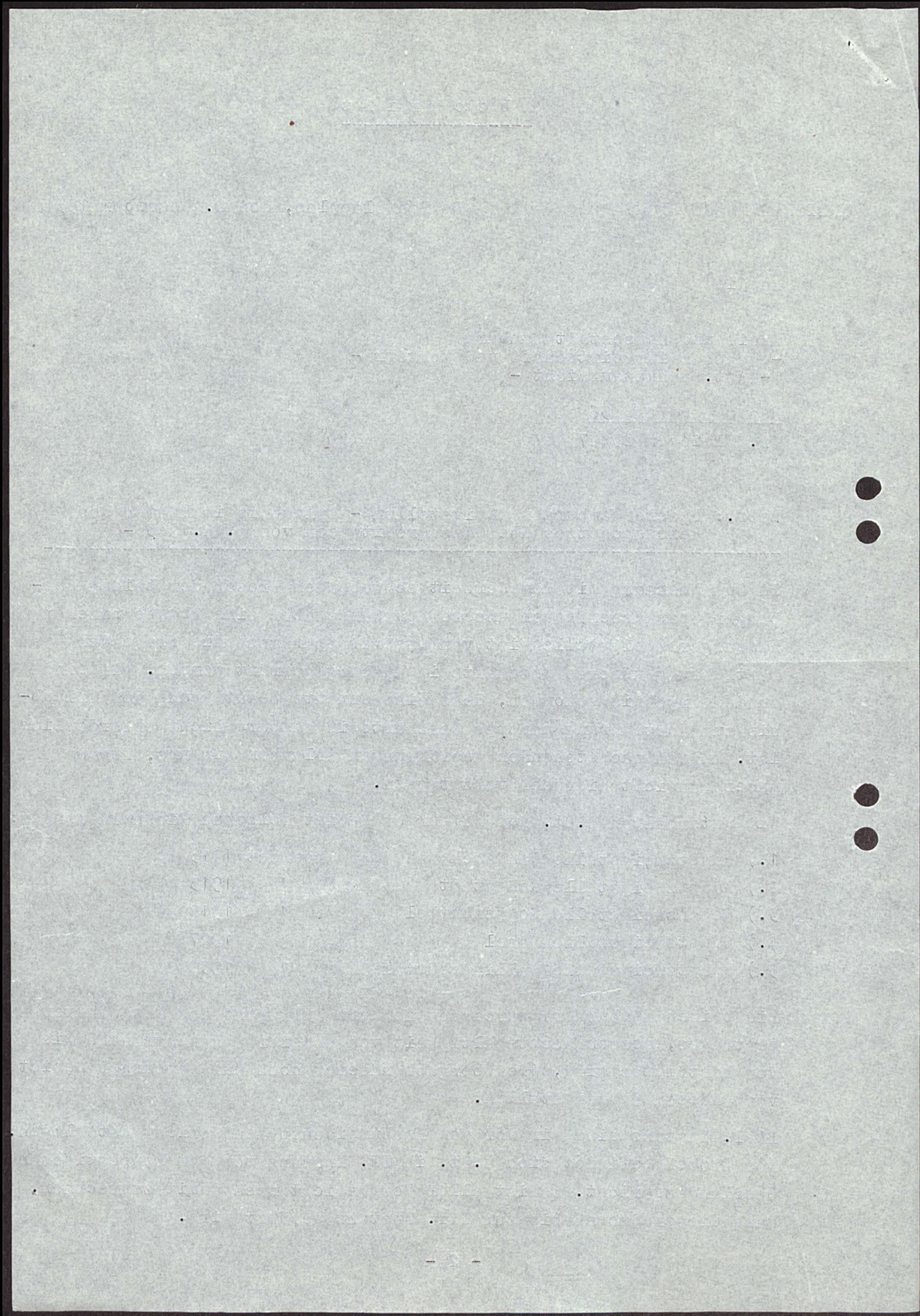




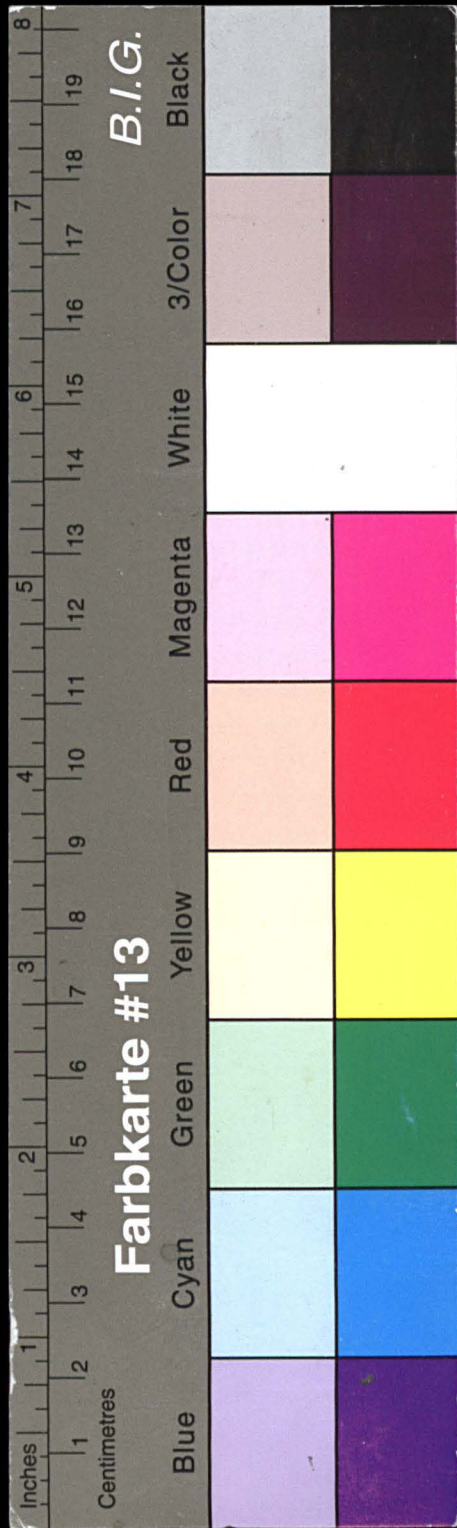


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

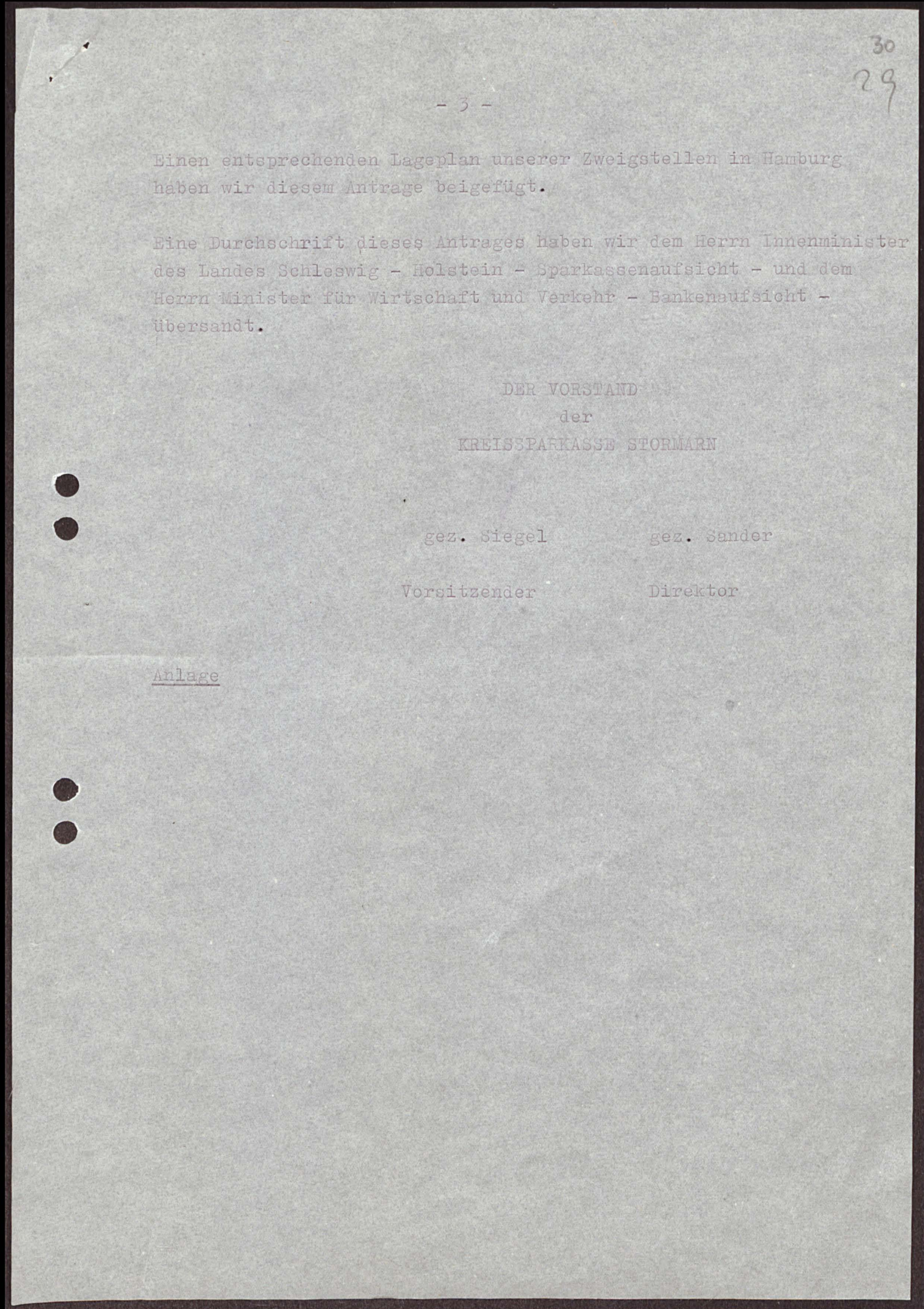
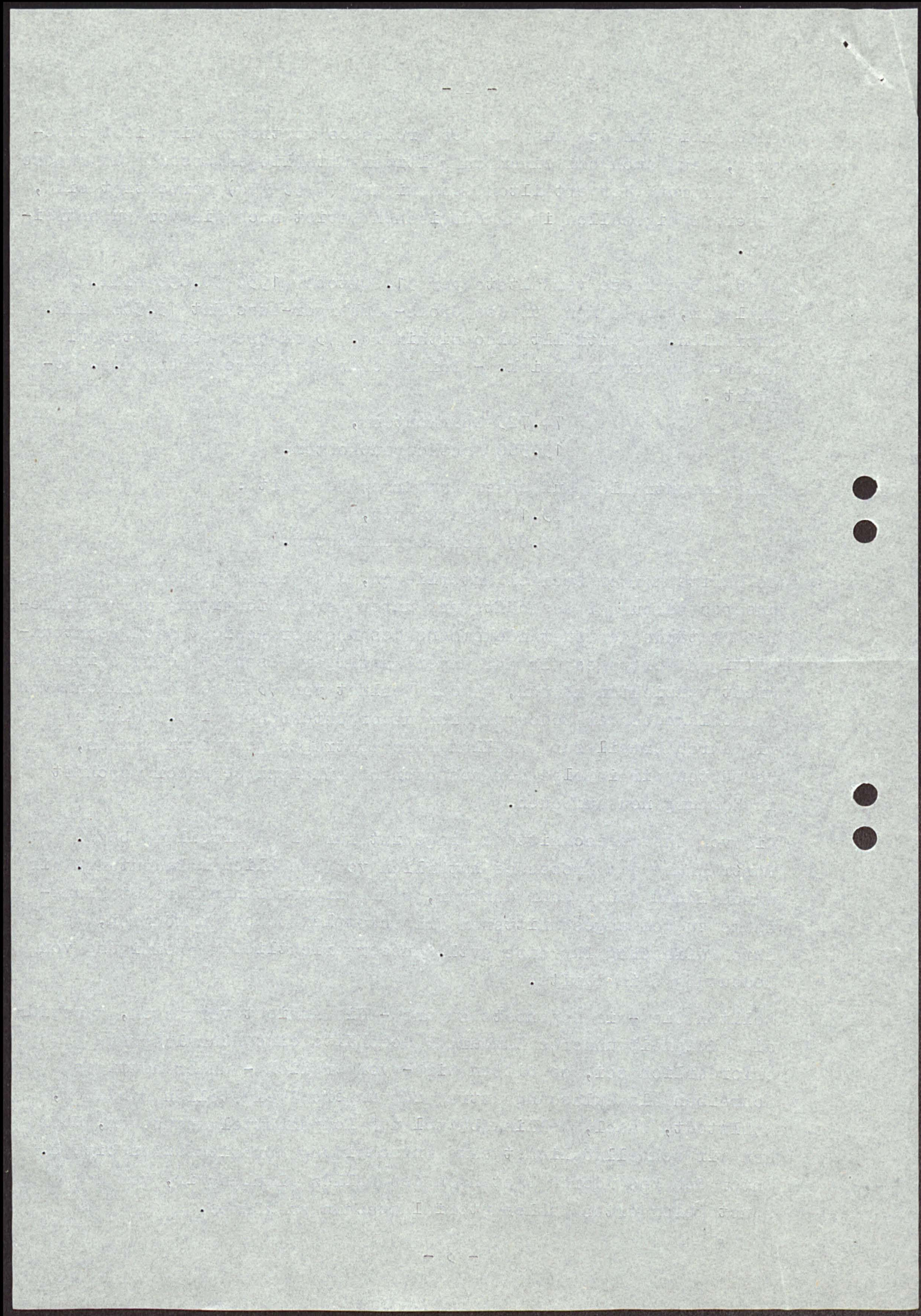




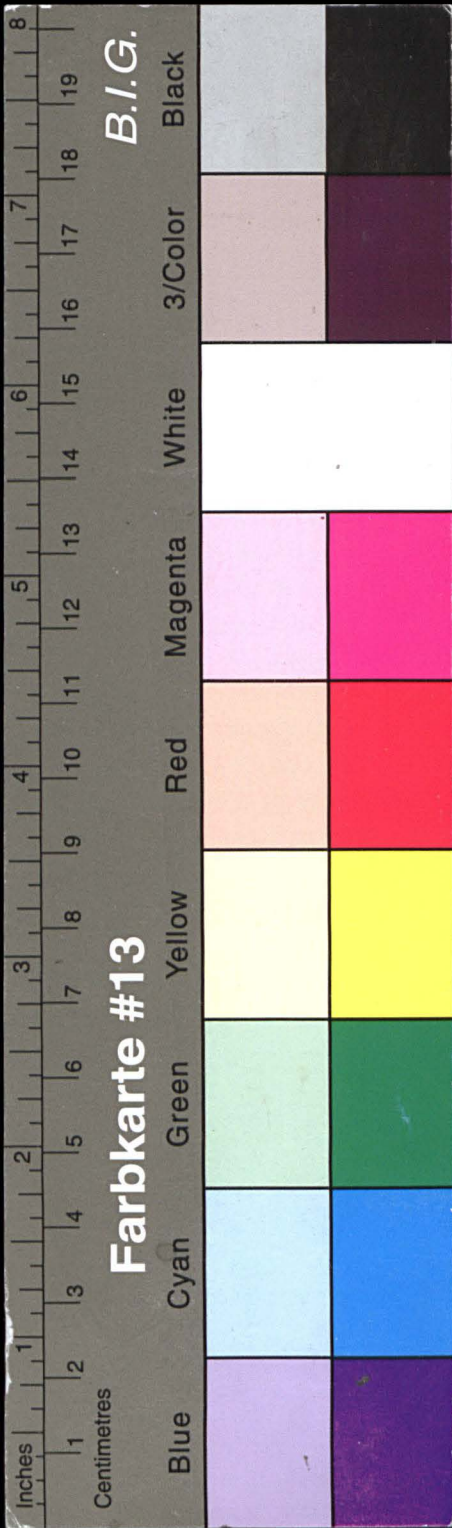


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

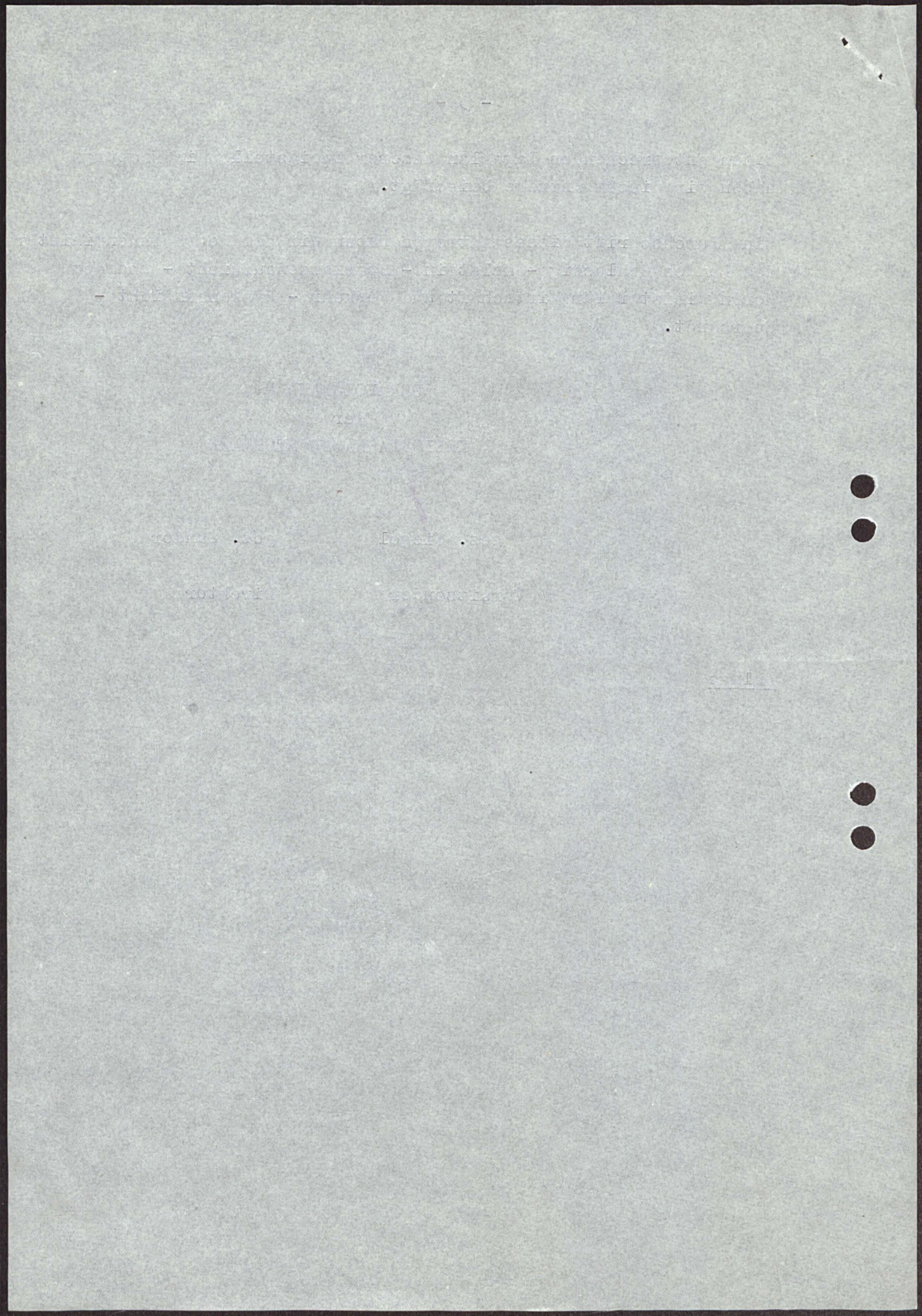






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



KREISSPARKASSE

STORMARN

MUNDELSICHER · BAD OLDESLOE · AM MARKT · FERNRUF-SAMMEL-NR. 2021

Kreissparkasse Stormarn, Bad Oldesloe

Banken: Hamburgische Landesbank, Hamburg  
Landeszentralbank Hamburg und Lübeck  
Landesbank und Girozentrale Schlesw.-Holst.  
Kiel u. Lübeck · Postscheck: Hamburg 9552

An die

Freie und Hansestadt Hamburg  
- Behörde für Wirtschaft und Verkehr -  
- Abt. Bankenaufsicht -

H a m b u r g 36  
Gr. Bleichen 23/27

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Tag 2. Dezember 1954

Betr.: Unsere Hamburger Zweigstellen - Erlaubnis im Rahmen des  
Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 5.12. 1943 -

Im Zusammenhang mit dem derzeit schwebenden Prozess der beiden Hambur-  
ger Sparcassen gegen unsere Sparkasse über eine Abgabe unserer Hambur-  
ger Zweigstellen ist von unserer Sparkasse die Frage der Fortführung  
unseres Geschäfts in Hamburg geprüft worden. Wir sind zu dem Ergebnis  
gekommen, dass eine erneute Beantragung der Erlaubnis zur Fortführung  
unseres Geschäfts in Hamburg nicht erforderlich ist. In den nachste-  
henden Ausführungen erlauben wir uns, Ihnen unsere Ansicht hierüber  
vorzutragen.

Wir unterhalten z.Zt. auf Hamburgere Gebiet folgende Niederlassungen:

1.) Hauptzweigstelle Wandsbek

eröffnet 1913

2.) Hauptzweigstelle Rahlstedt

" 1913

3.) Nebenzweigstelle Poppenbüttel

" 1918

4.) Hauptzweigstelle Sasel

" 1927

5.) Hauptzweigstelle Wellingsbüttel

" 1930

Die beiden Hamburger Sparcassen fordern aufgrund des angeführten  
Vertrages, dessen Rechtsgültigkeit von unseren Sparkasse nach wie  
vor bestritten wird, die Übergabe unserer noch auf Hamburger Gebiet  
vorhandenen 5 Zweigstellen,

In I. Instanz sind wir vor dem Hamburgischen Landgericht unterlegen.  
Der Prozess befindet sich z.Zt. in II. Instanz vor dem Hanseatischen  
Oberlandesgericht. Es ist aller Voraussicht nach damit zu rechnen,  
dass dieser Prozess bis zur III. Instanz geführt wird.

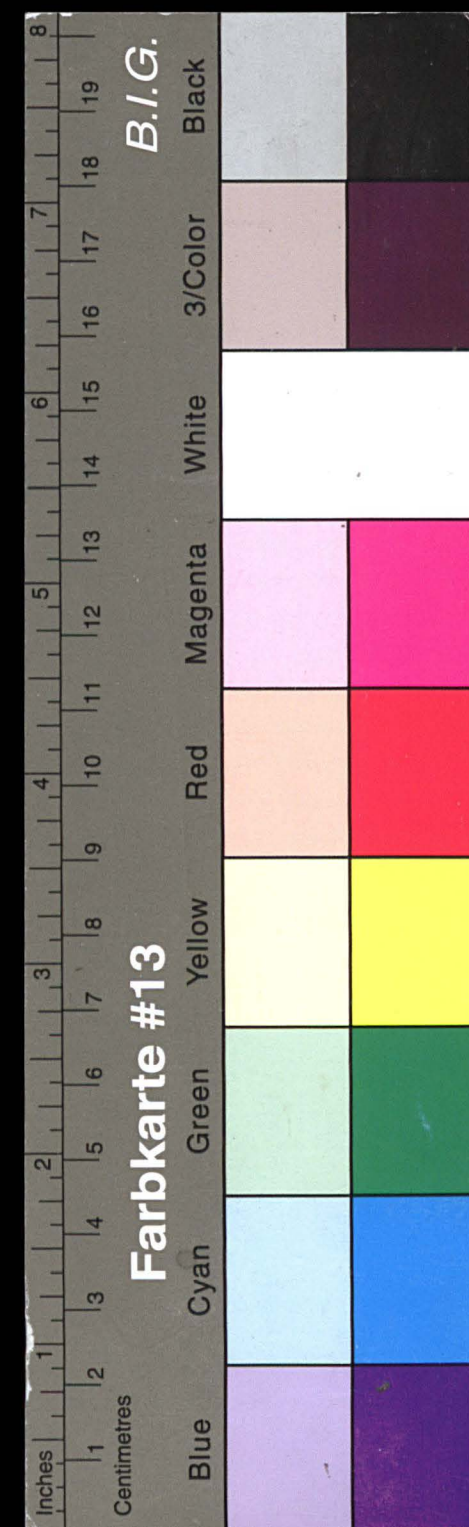
Hauptzweigstellen: Hamburg-Rahlstedt, Reinbek, Hamburg-Sasel, Zarpn, Rethwisch, Hamburg-Wellingsbüttel, Ahrensburg, Harksheide,  
Reinfeld, Trittau, Bargteheide, Hamburg-Wandsbek

Form. 5

Friedrich Kindt, Buchdruckerei, Bad Oldesloe 10 000 7. 54

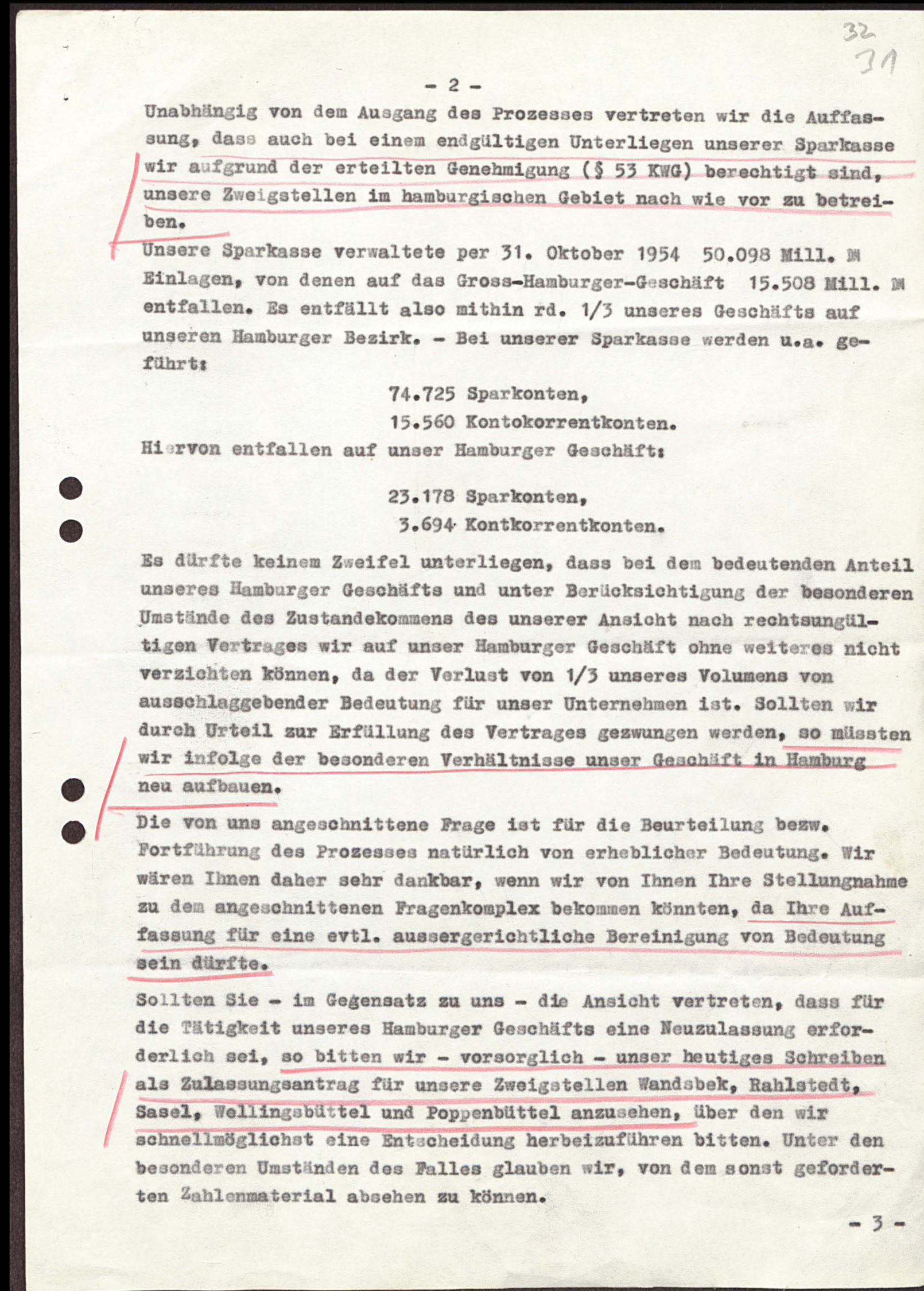
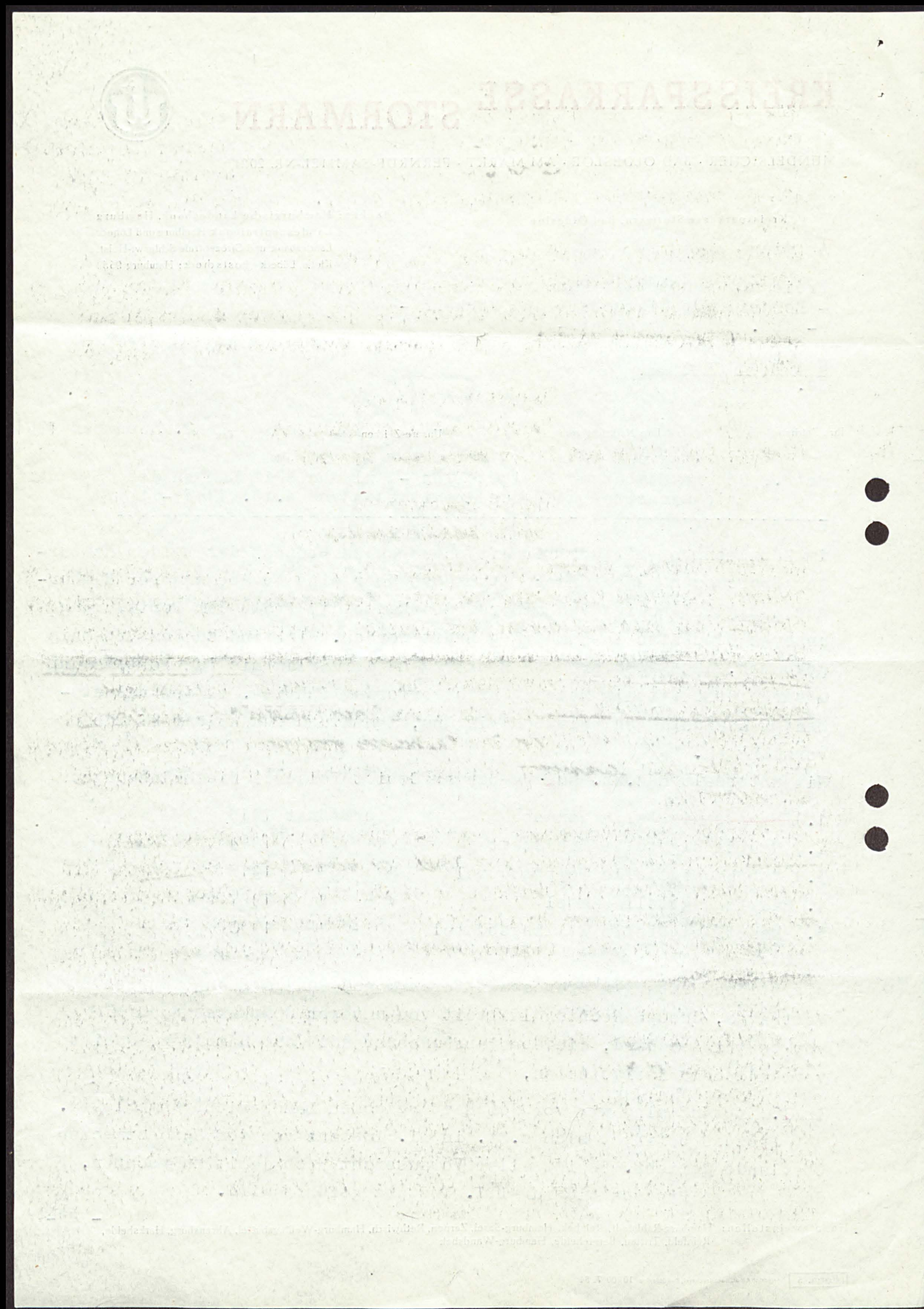
- 2 -





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



- 2 -

Unabhängig von dem Ausgang des Prozesses vertreten wir die Auffassung, dass auch bei einem endgültigen Unterliegen unserer Sparkasse wir aufgrund der erteilten Genehmigung (§ 53 KWG) berechtigt sind, unsere Zweigstellen im hamburgischen Gebiet nach wie vor zu betreiben.

Unsere Sparkasse verwaltete per 31. Oktober 1954 50.098 Mill. DM Einlagen, von denen auf das Gross-Hamburger-Geschäft 15.508 Mill. DM entfallen. Es entfällt also mithin rd. 1/3 unseres Geschäfts auf unseren Hamburger Bezirk. - Bei unserer Sparkasse werden u.a. geführt:

74.725 Sparkonten,

15.560 Kontokorrentkonten.

Hiervon entfallen auf unser Hamburger Geschäft:

23.178 Sparkonten,

3.694 Kontokorrentkonten.

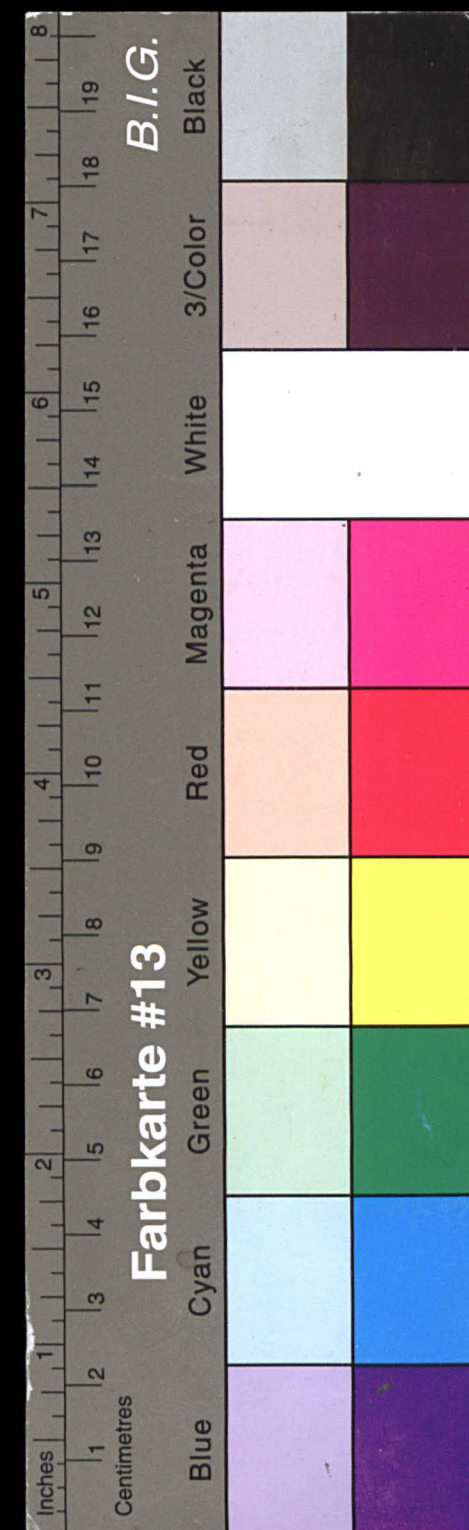
Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, dass bei dem bedeutenden Anteil unseres Hamburger Geschäfts und unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Zustandekommens des unserer Ansicht nach rechtsungültigen Vertrages wir auf unser Hamburger Geschäft ohne weiteres nicht verzichten können, da der Verlust von 1/3 unseres Volumens von ausschlaggebender Bedeutung für unser Unternehmen ist. Sollten wir durch Urteil zur Erfüllung des Vertrages gezwungen werden, so müssten wir infolge der besonderen Verhältnisse unser Geschäft in Hamburg neu aufbauen.

Die von uns angeschnittene Frage ist für die Beurteilung bzw. Fortführung des Prozesses natürlich von erheblicher Bedeutung. Wir wären Ihnen daher sehr dankbar, wenn wir von Ihnen Ihre Stellungnahme zu dem angeschnittenen Fragenkomplex bekommen könnten, da Ihre Auffassung für eine evtl. aussergerichtliche Bereinigung von Bedeutung sein dürfte.

Sollten Sie - im Gegensatz zu uns - die Ansicht vertreten, dass für die Tätigkeit unseres Hamburger Geschäfts eine Neuzulassung erforderlich sei, so bitten wir - vorsorglich - unser heutiges Schreiben als Zulassungsantrag für unsere Zweigstellen Wandsbek, Rahlstedt, Sasel, Wellingsbüttel und Poppenbüttel anzusehen, über den wir schnellmöglichst eine Entscheidung herbeizuführen bitten. Unter den besonderen Umständen des Falles glauben wir, von dem sonst geforderten Zahlenmaterial absehen zu können.

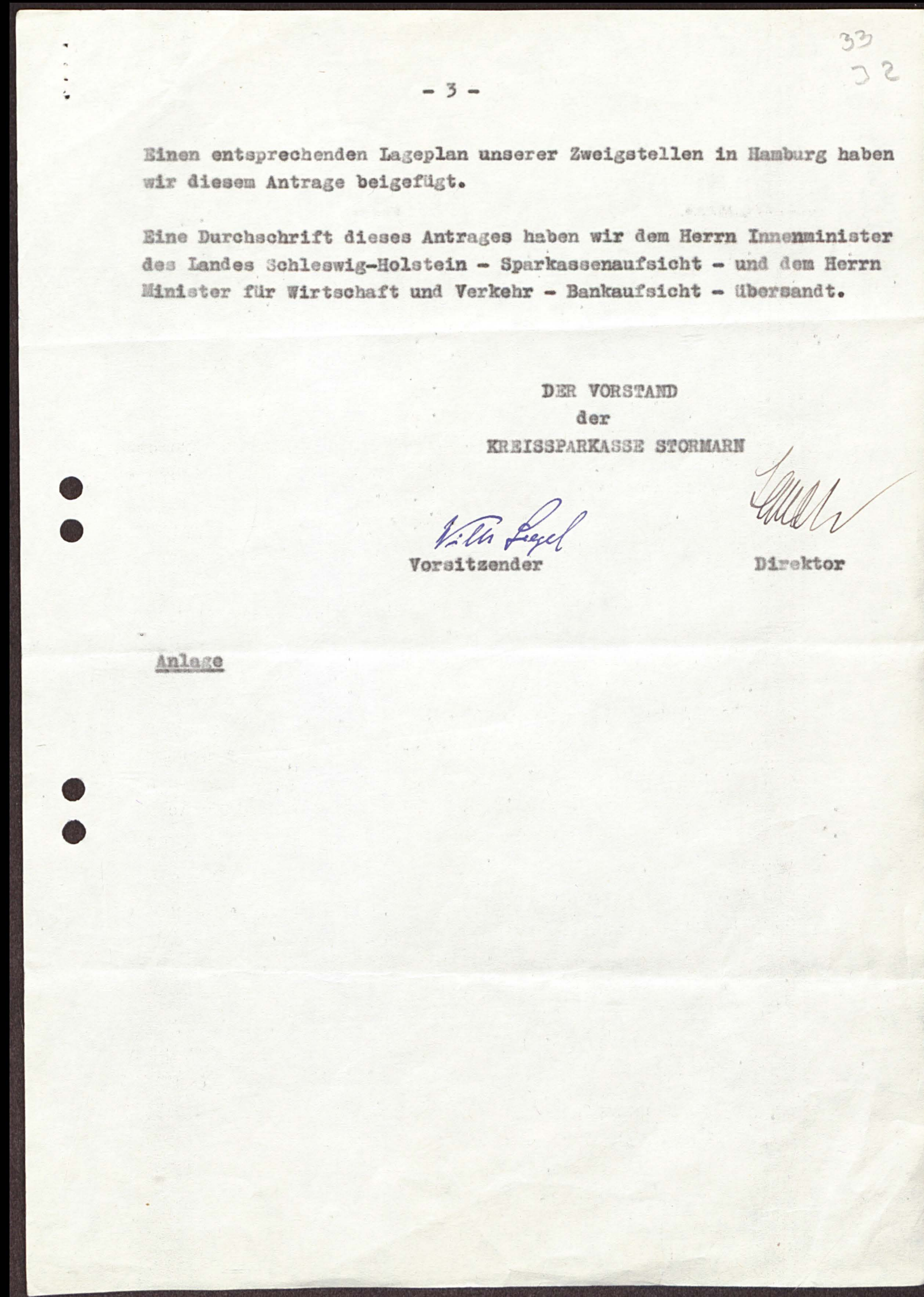
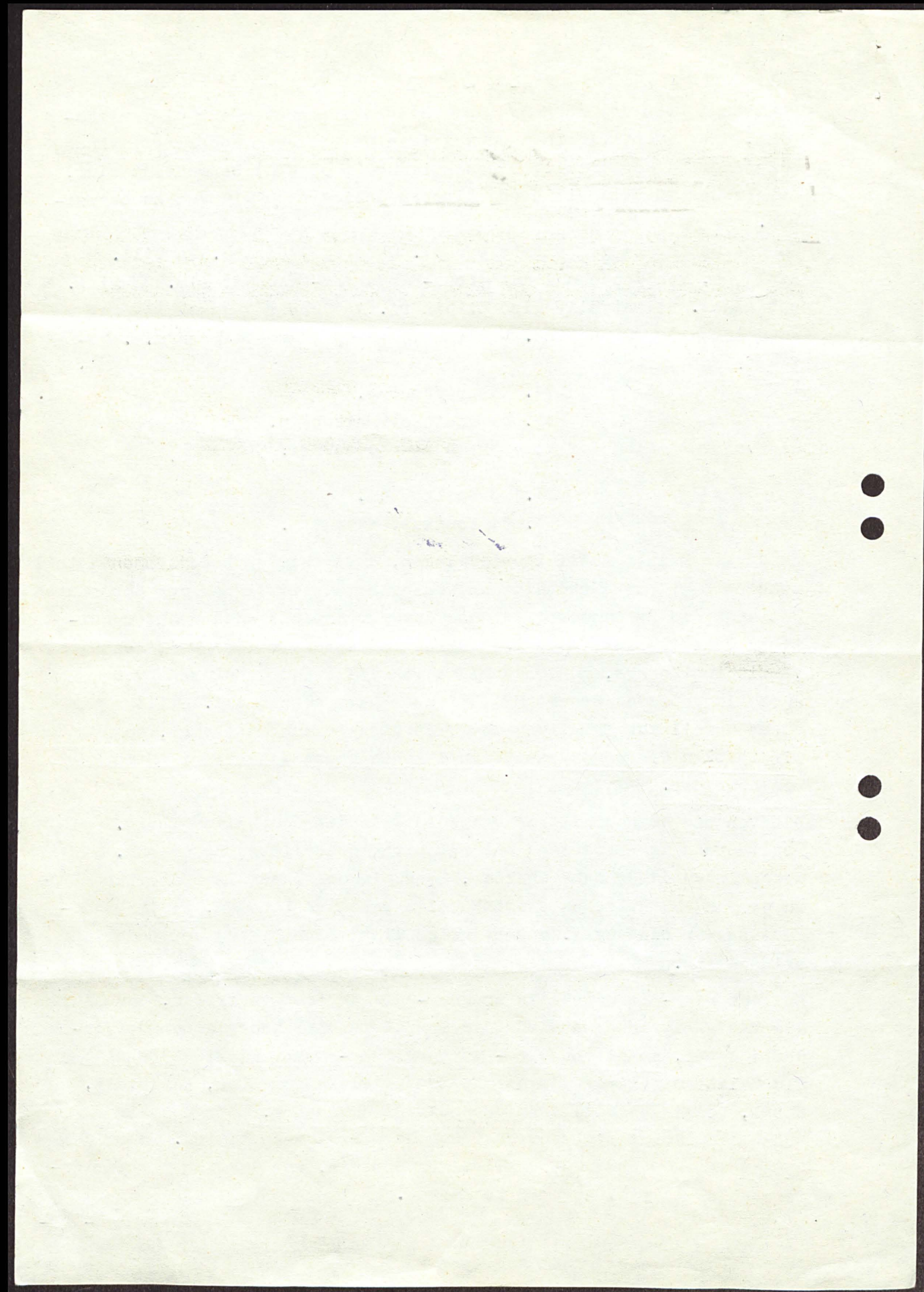
- 3 -



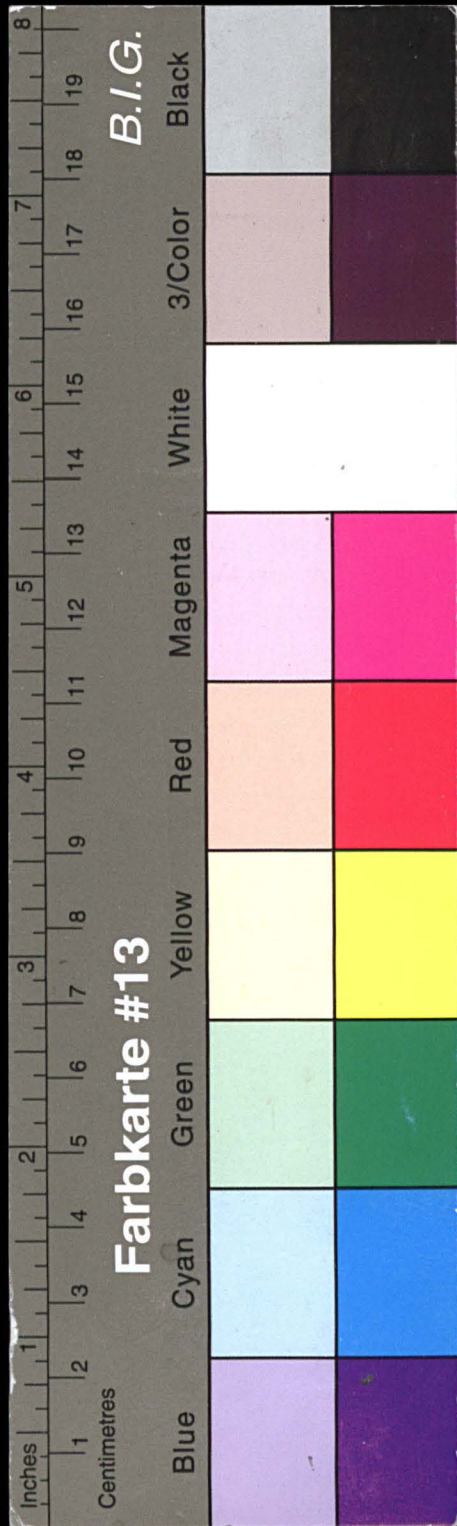


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

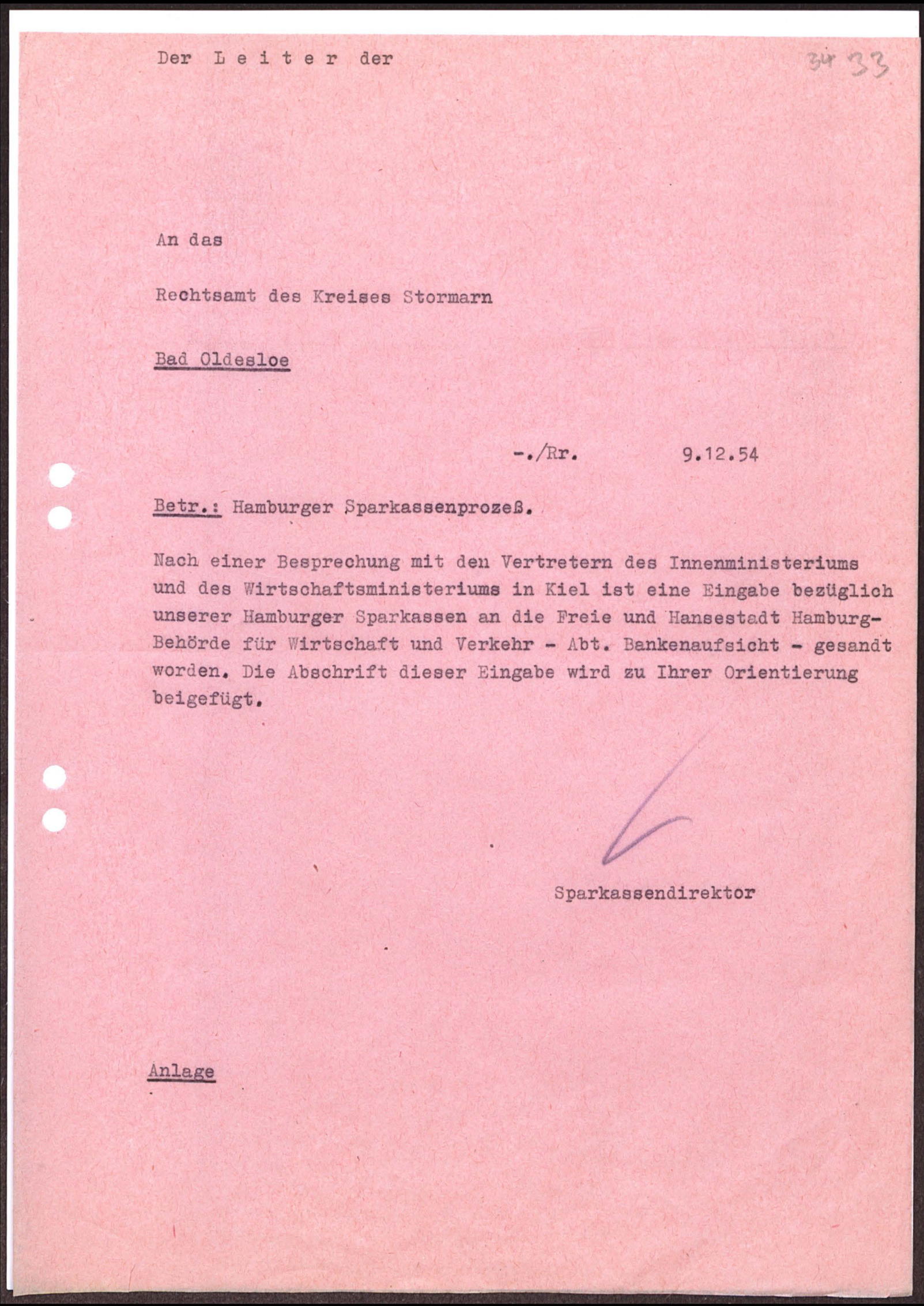
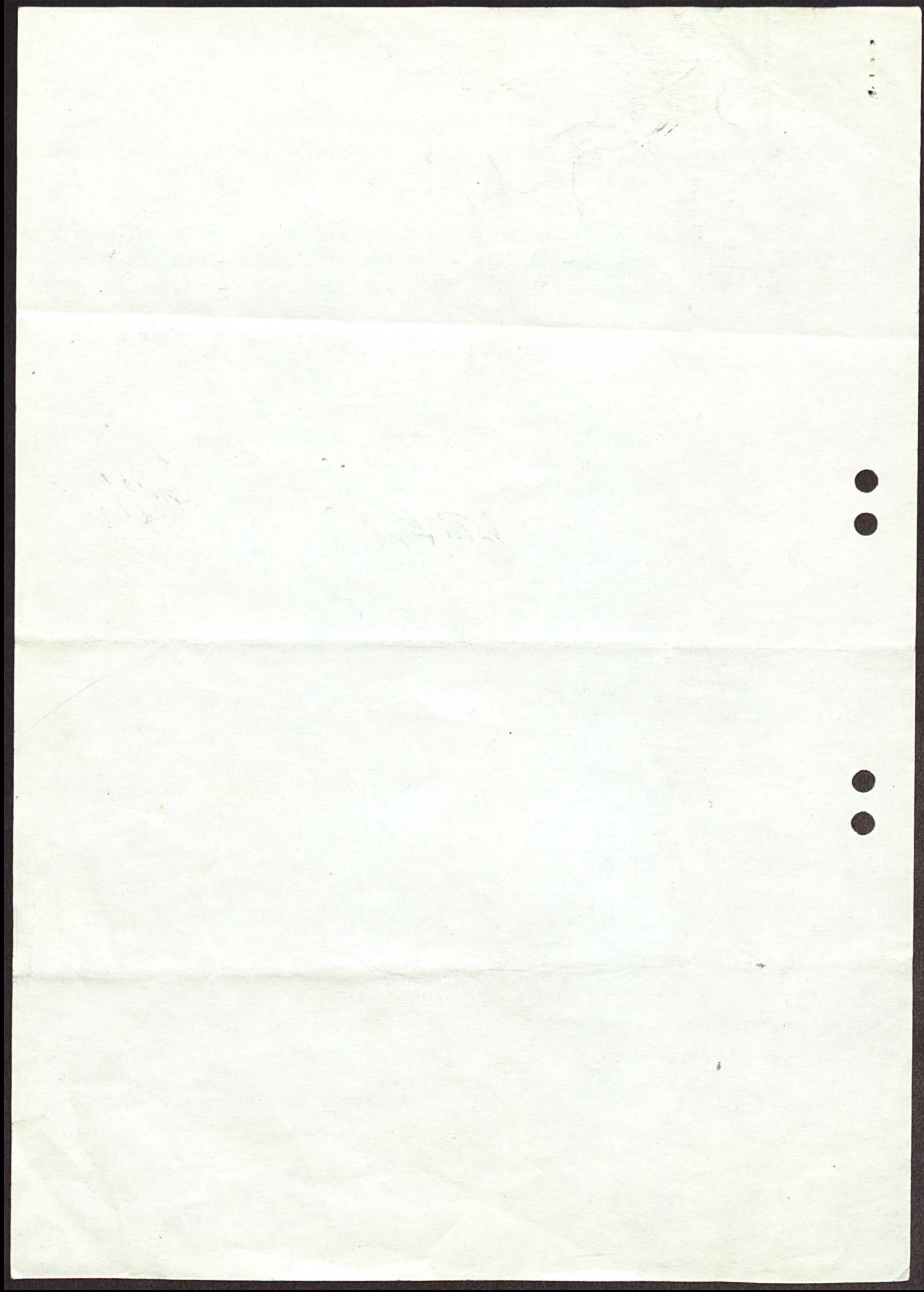




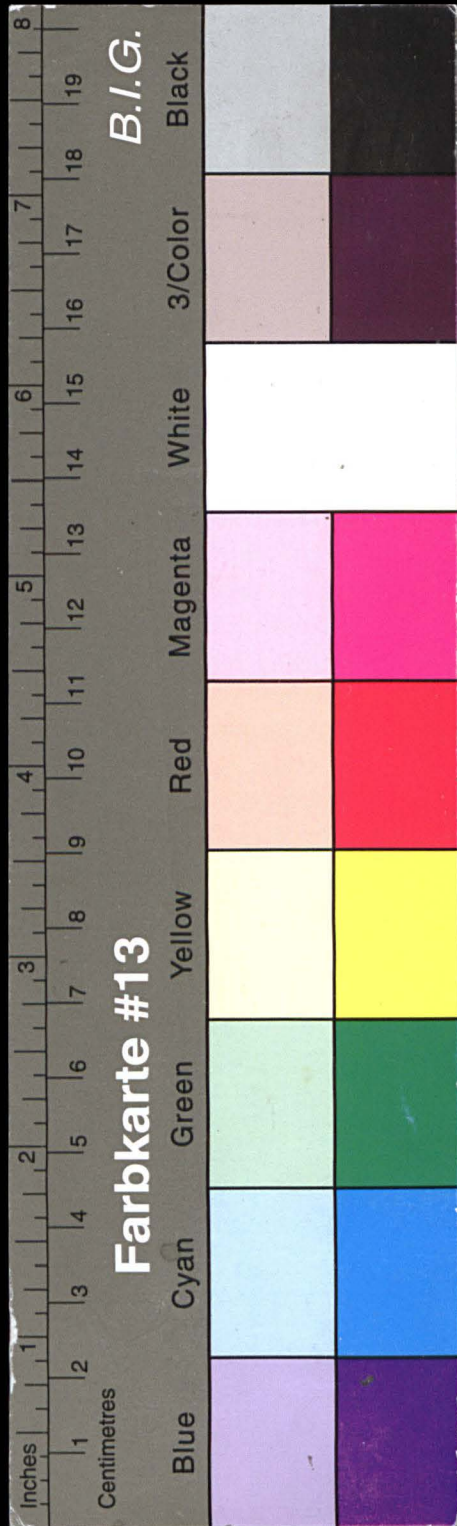


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

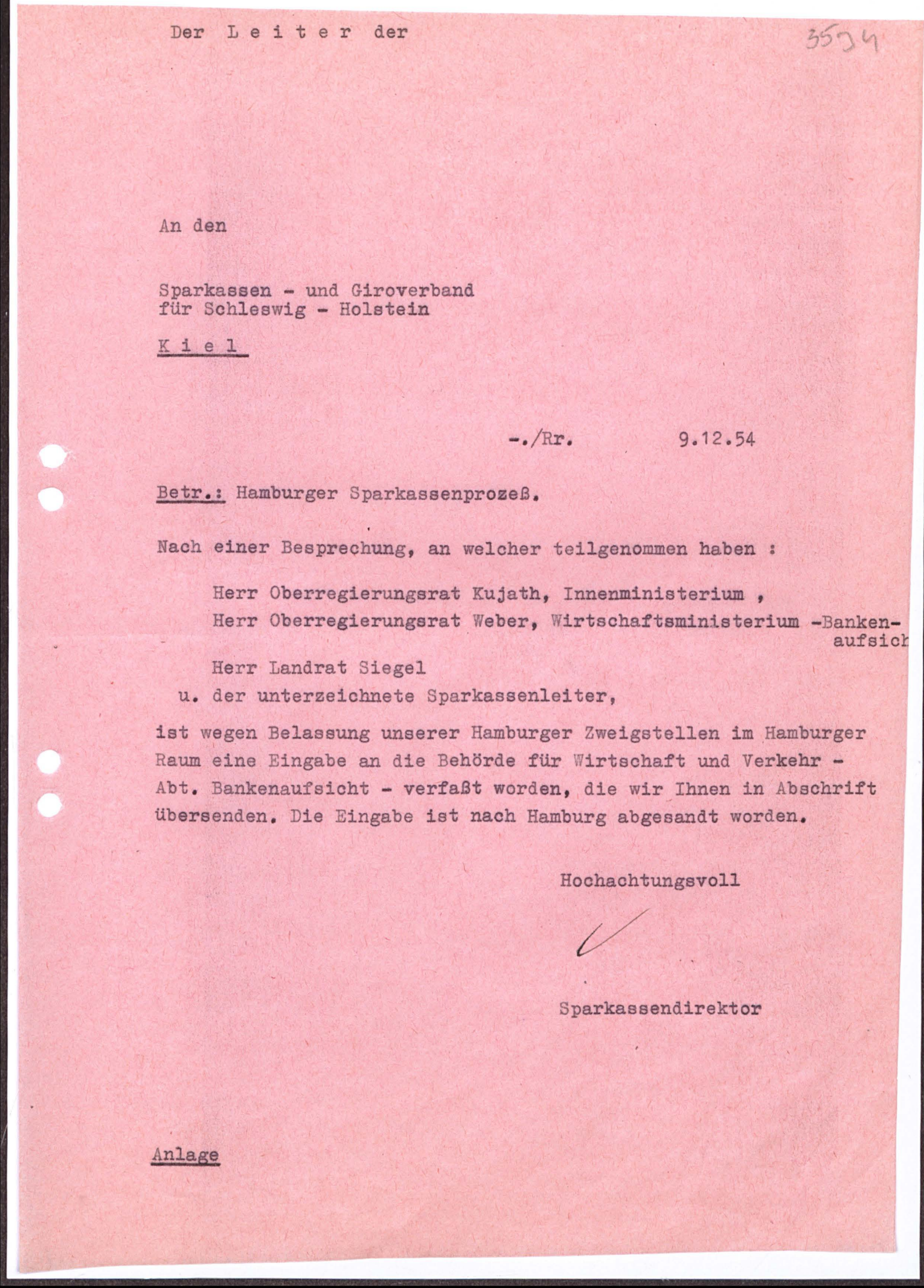
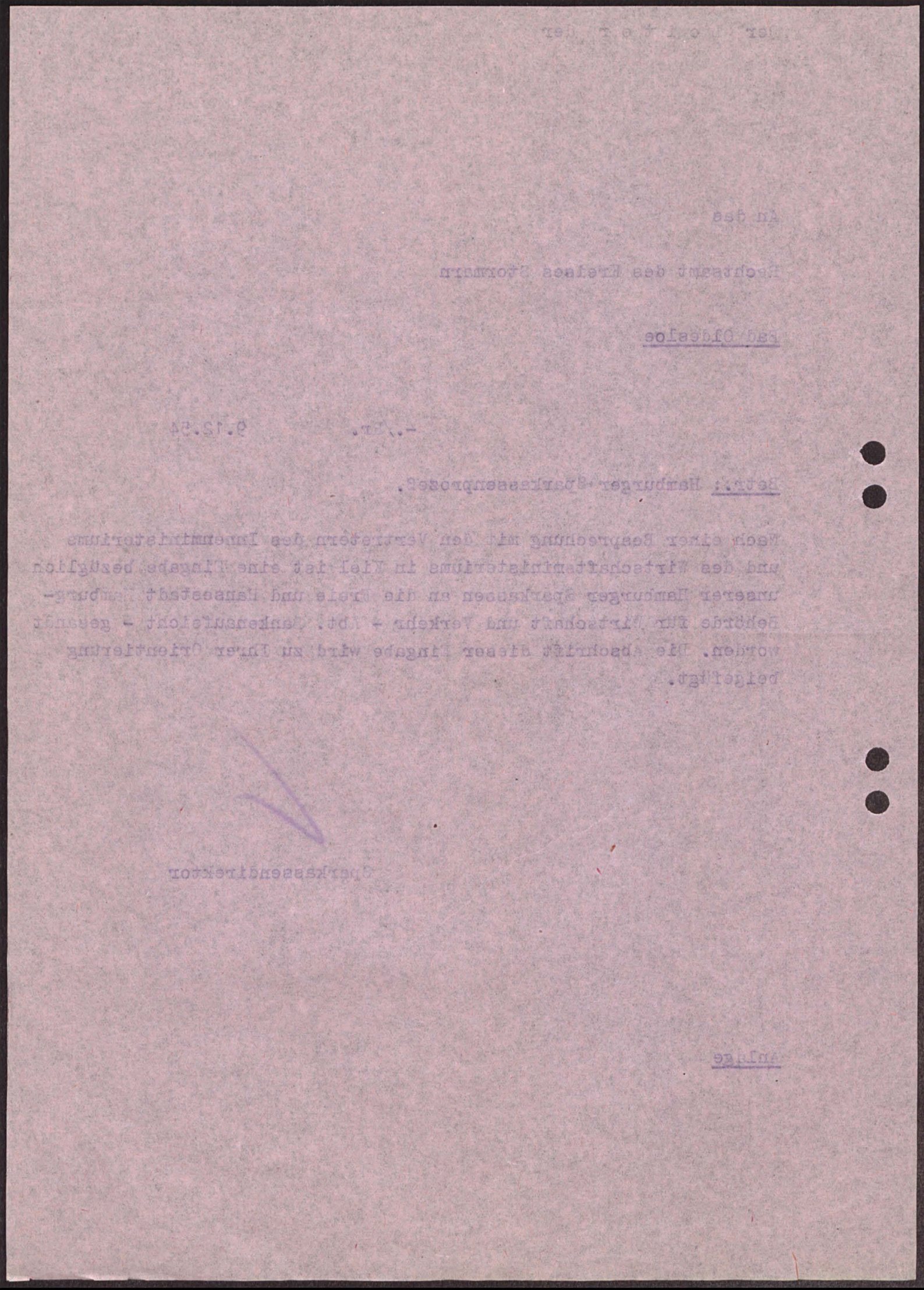






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Der Leiter der

3574

An den

Sparkassen - und Giroverband  
für Schleswig - Holstein

K i e l

-./Rr.

9.12.54

Betr.: Hamburger Sparkassenprozeß.

Nach einer Besprechung, an welcher teilgenommen haben :

Herr Oberregierungsrat Kujath, Innenministerium ,  
Herr Oberregierungsrat Weber, Wirtschaftsministerium -Banken-  
aufsicht

Herr Landrat Siegel

u. der unterzeichnete Sparkassenleiter,

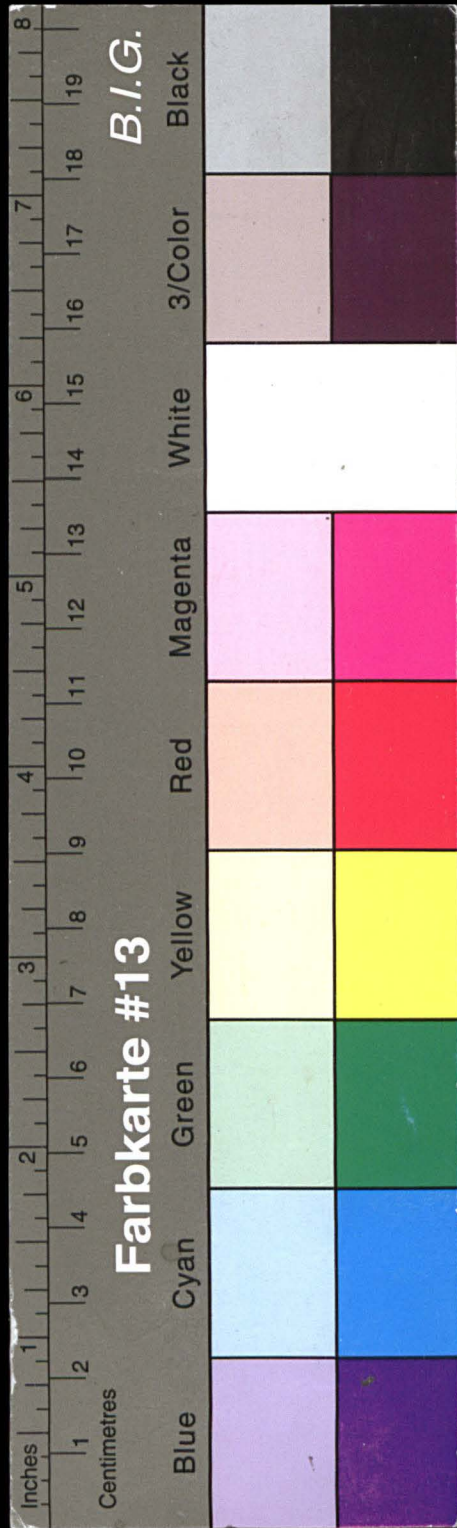
ist wegen Belassung unserer Hamburger Zweigstellen im Hamburger  
Raum eine Eingabe an die Behörde für Wirtschaft und Verkehr -  
Abt. Bankenaufsicht - verfaßt worden, die wir Ihnen in Abschrift  
übersenden. Die Eingabe ist nach Hamburg abgesandt worden.

Hochachtungsvoll

✓  
Sparkassendirektor

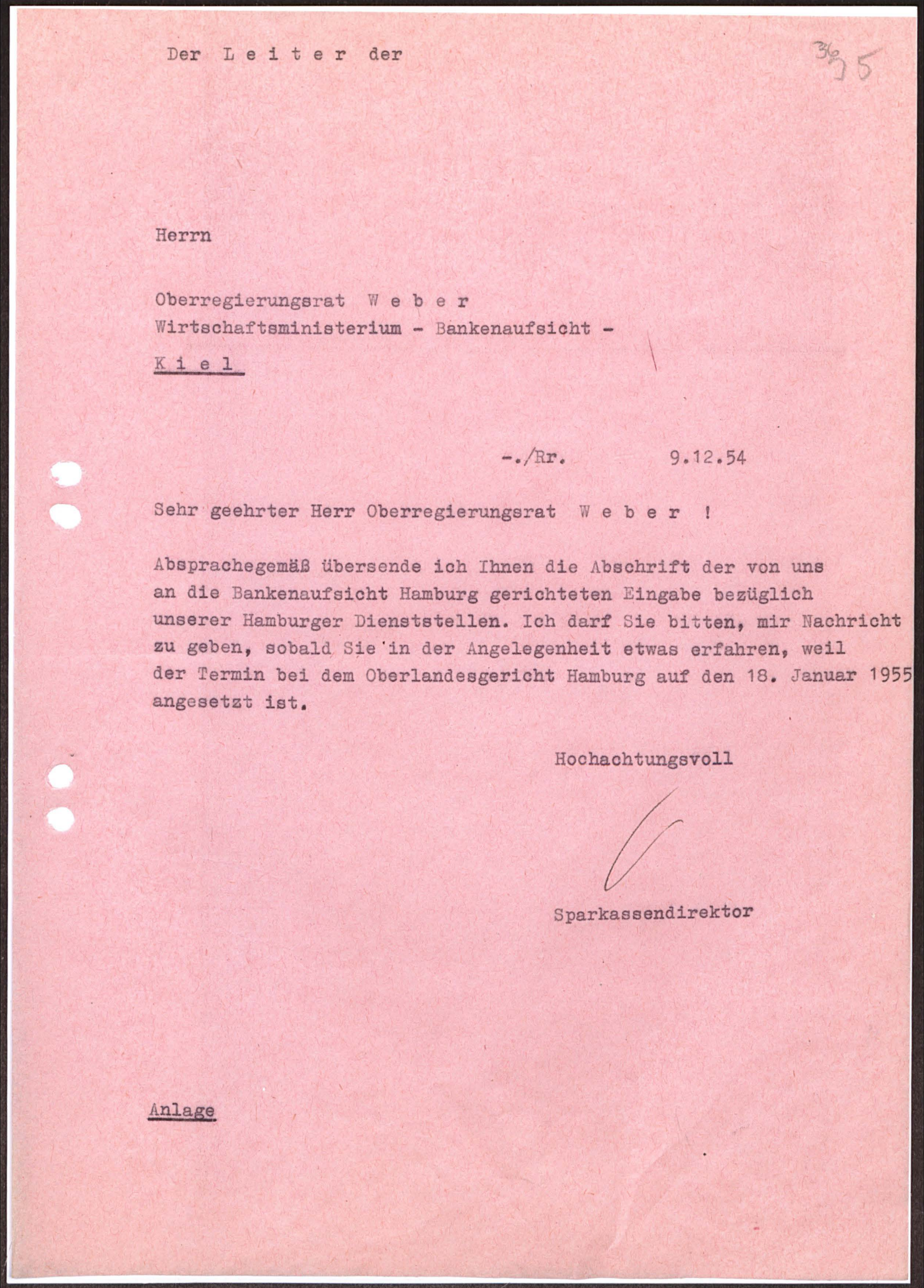
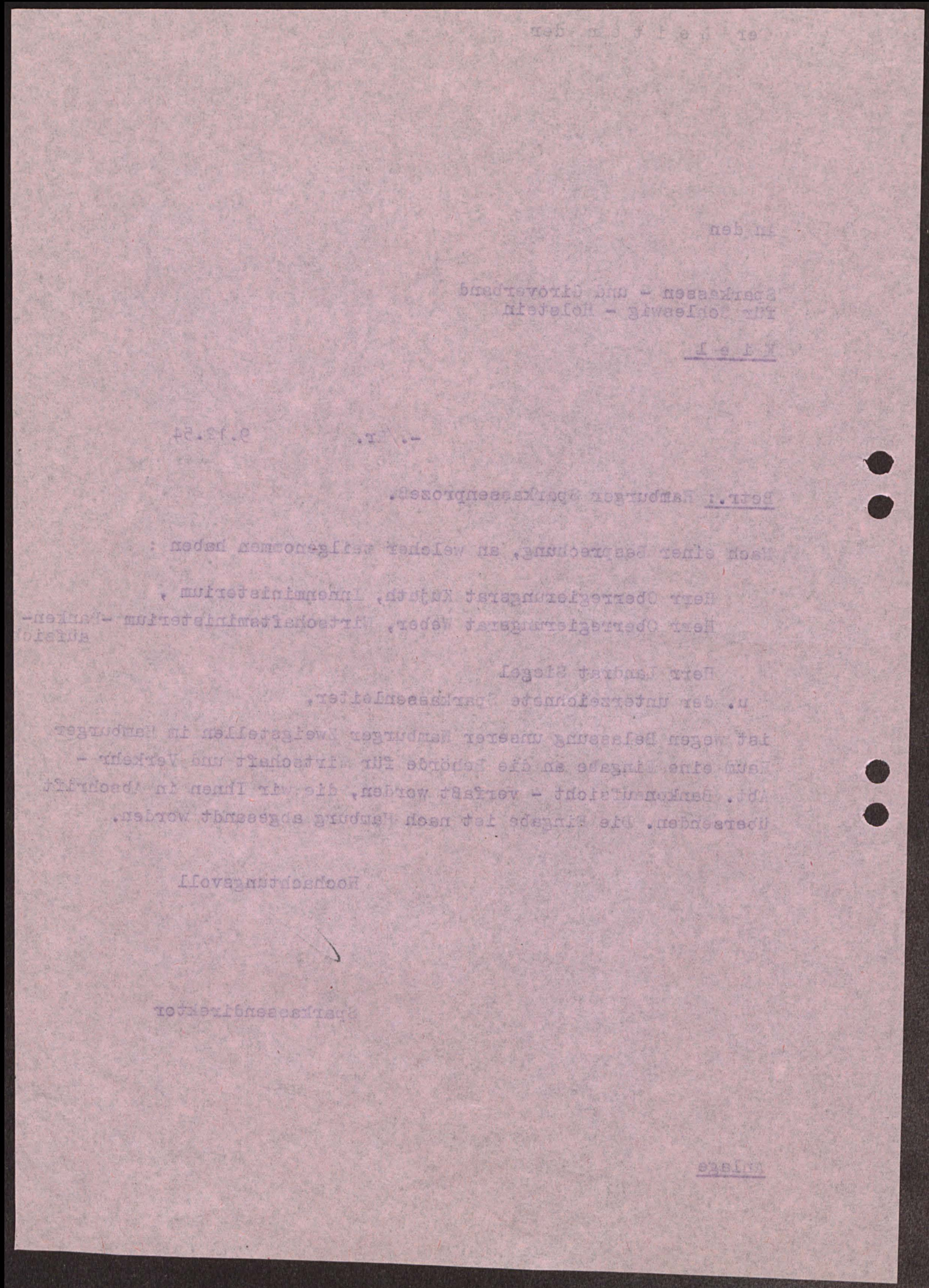
Anlage





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Der Leiter der

3/5

Herrn

Oberregierungsrat W e b e r  
Wirtschaftsministerium - Bankenaufsicht -  
K i e l

-./Rr. 9.12.54

Sehr geehrter Herr Oberregierungsrat W e b e r !

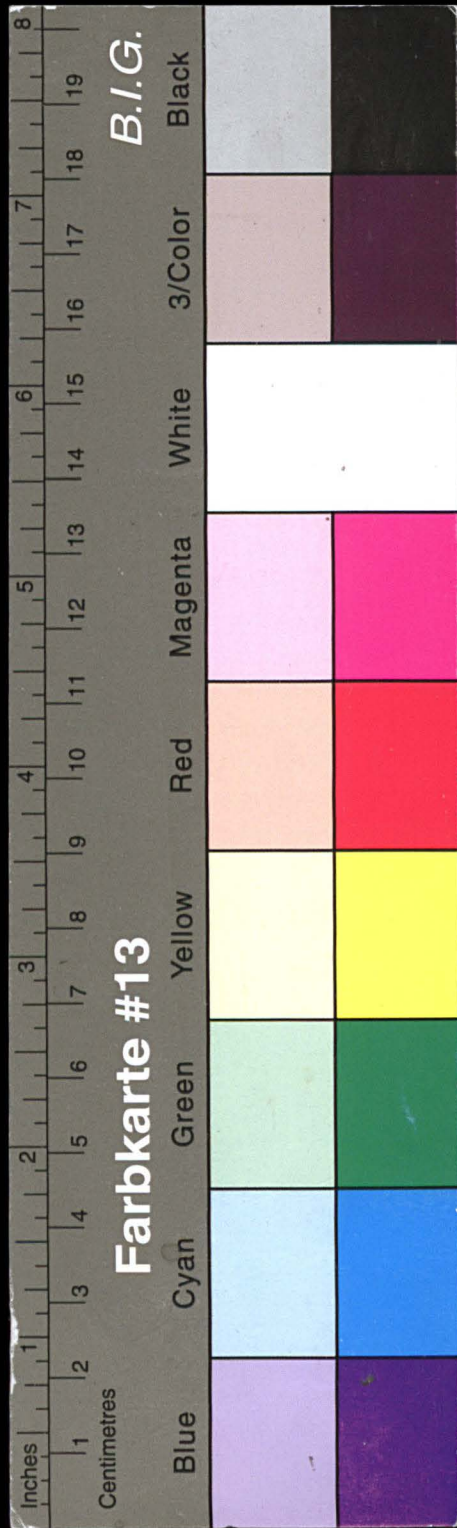
Absprachegemäß übersende ich Ihnen die Abschrift der von uns  
an die Bankenaufsicht Hamburg gerichteten Eingabe bezüglich  
unserer Hamburger Dienststellen. Ich darf Sie bitten, mir Nachricht  
zu geben, sobald Sie in der Angelegenheit etwas erfahren, weil  
der Termin bei dem Oberlandesgericht Hamburg auf den 18. Januar 1955  
angesetzt ist.

Hochachtungsvoll

Sparkassendirektor

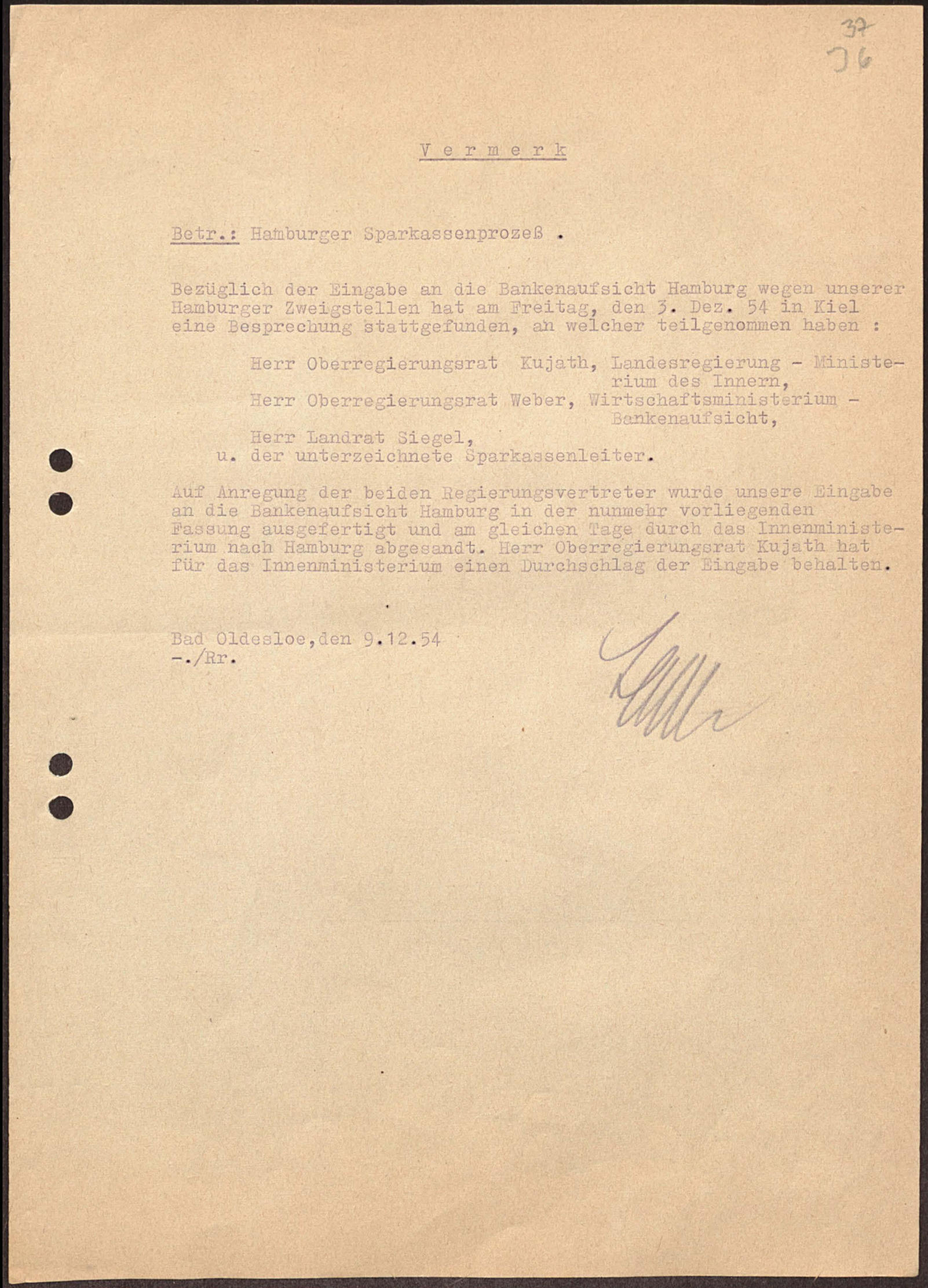
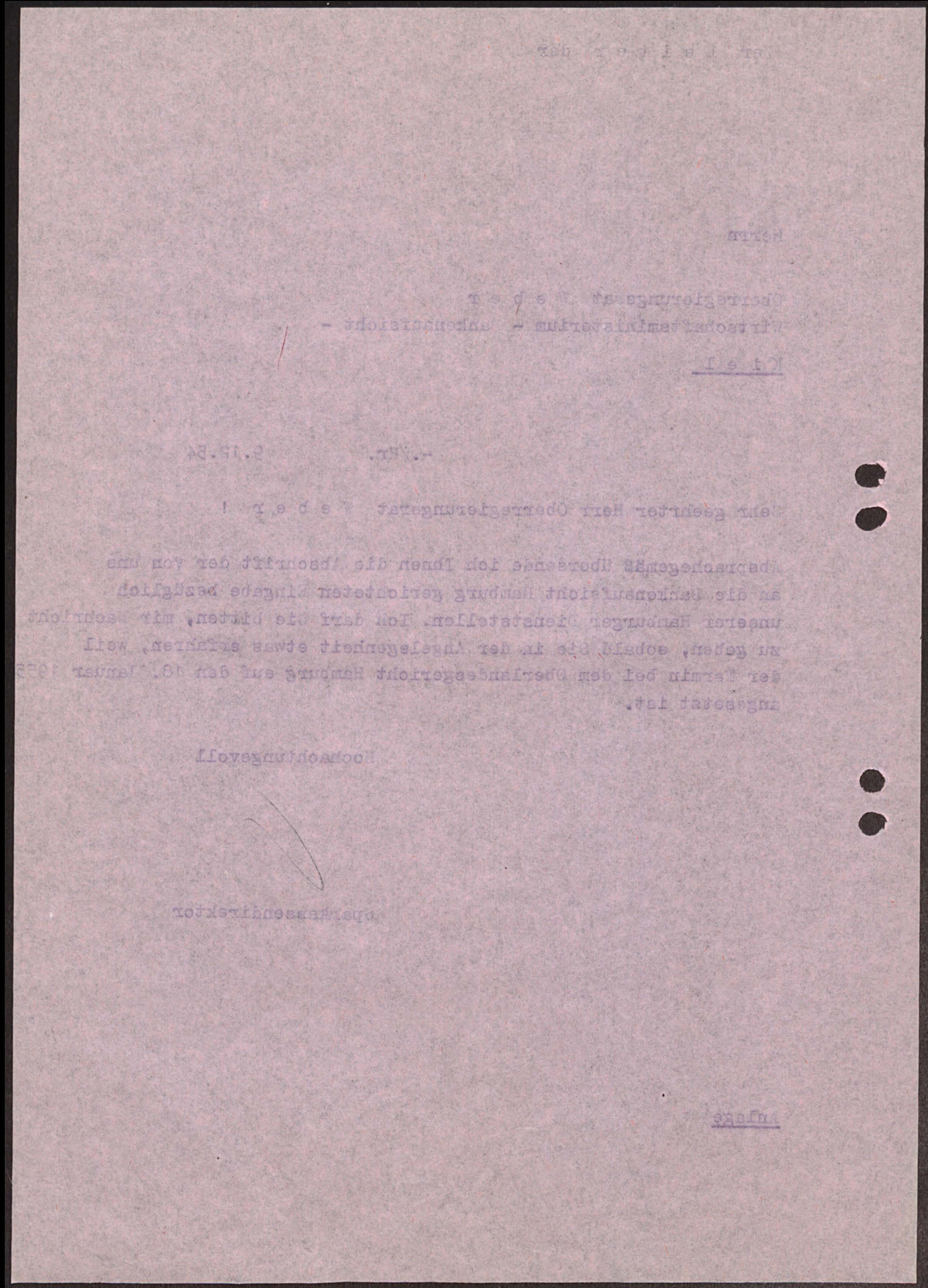
Anlage





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



37  
76

## Vermerk

Betr.: Hamburger Sparkassenprozeß .

Bezüglich der Eingabe an die Bankenaufsicht Hamburg wegen unserer  
Hamburger Zweigstellen hat am Freitag, den 3. Dez. 54 in Kiel  
eine Besprechung stattgefunden, an welcher teilgenommen haben :

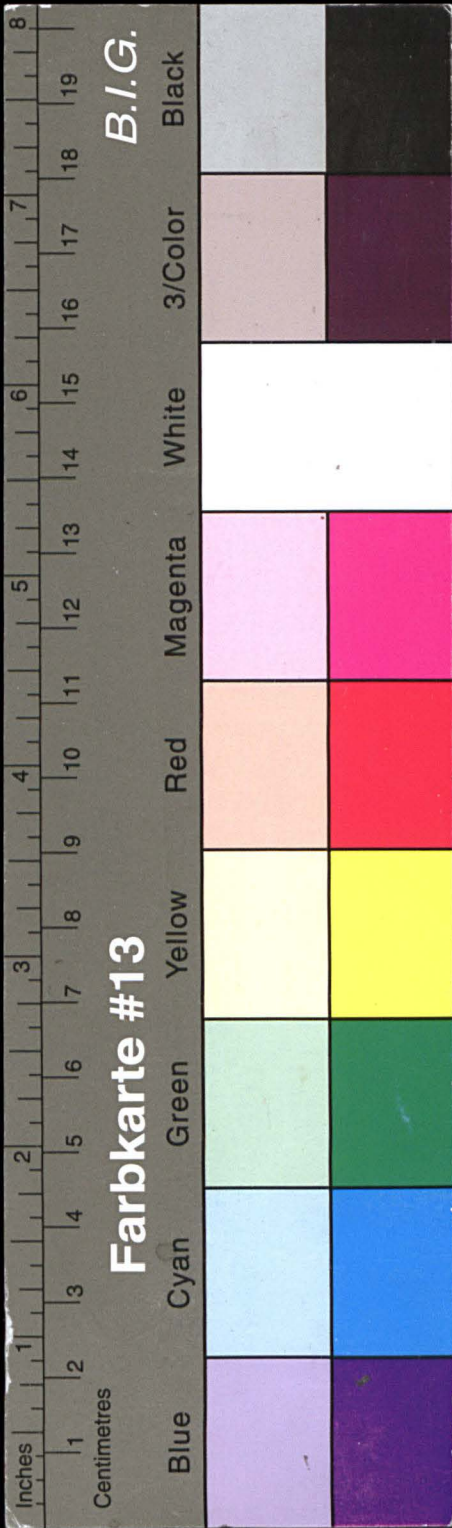
Herr Oberregierungsrat Kujath, Landesregierung - Ministe-  
rium des Innern,  
Herr Oberregierungsrat Weber, Wirtschaftsministerium -  
Bankenaufsicht,

Herr Landrat Siegel,  
u. der unterzeichnete Sparkassenleiter.

Auf Anregung der beiden Regierungsvertreter wurde unsere Eingabe  
an die Bankenaufsicht Hamburg in der nunmehr vorliegenden  
Fassung ausgefertigt und am gleichen Tage durch das Innenministe-  
rium nach Hamburg abgesandt. Herr Oberregierungsrat Kujath hat  
für das Innenministerium einen Durchschlag der Eingabe behalten.

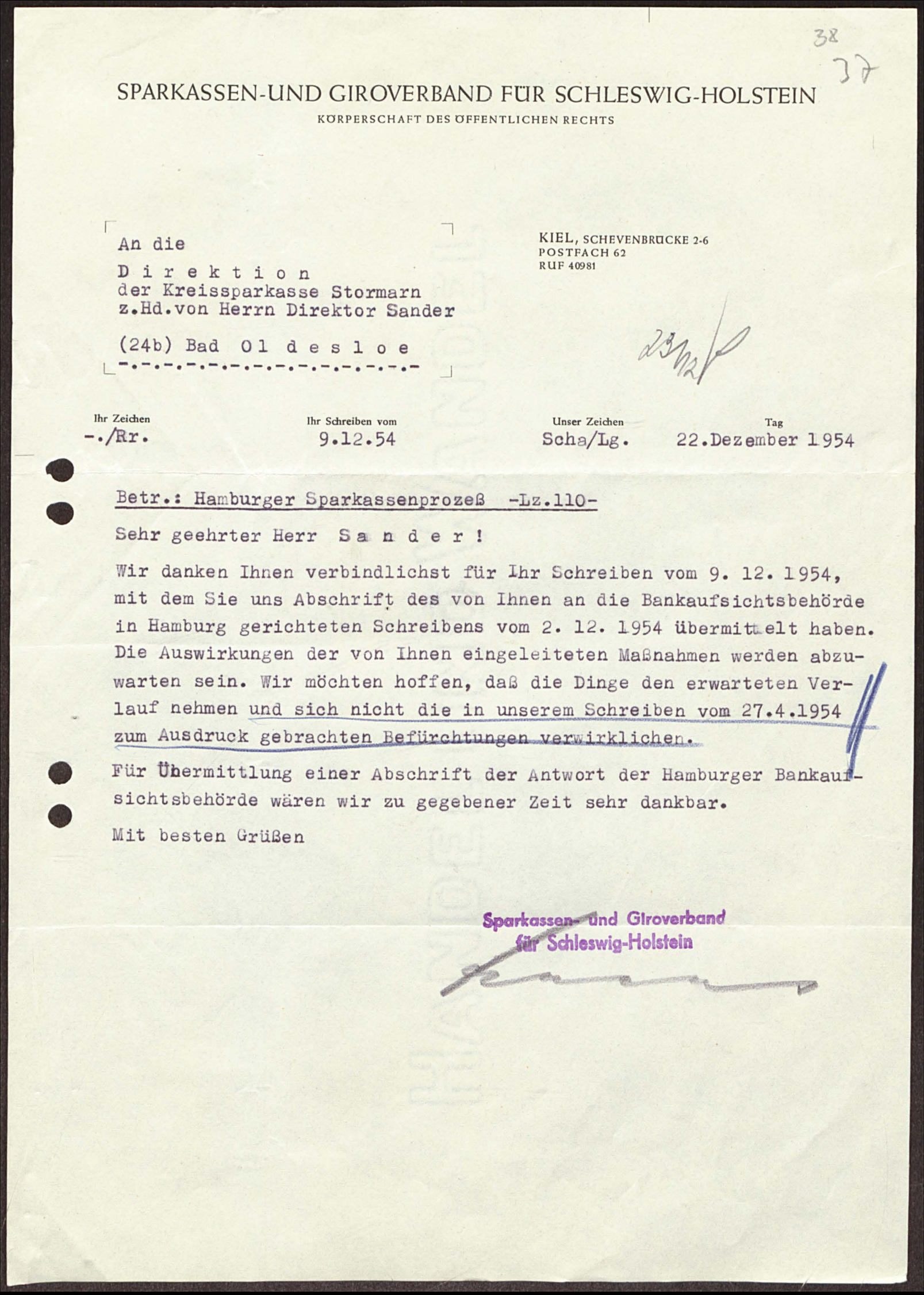
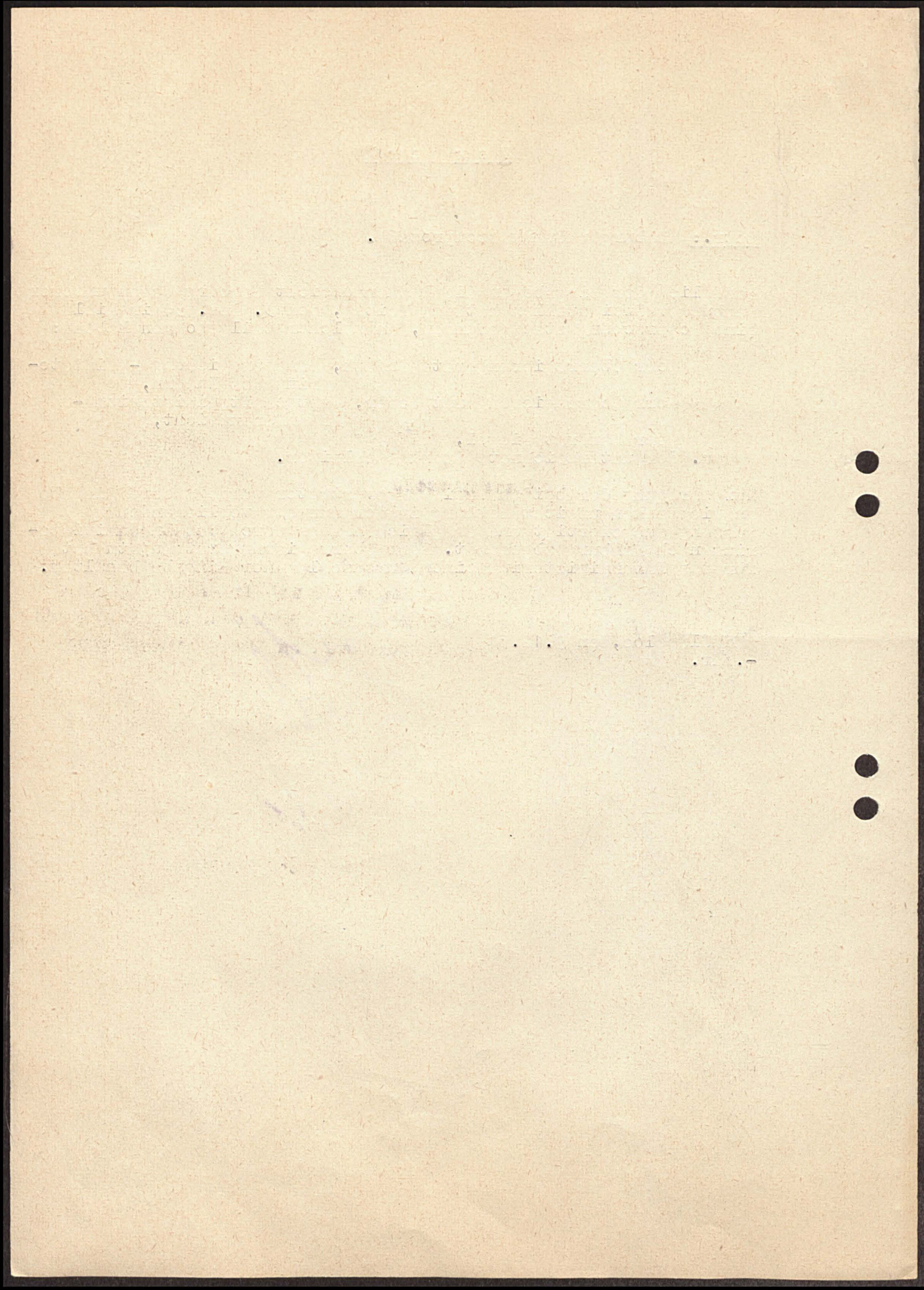
Bad Oldesloe, den 9.12.54  
-./Rr.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



SPARKASSEN-UND GIROVERBAND FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN  
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

An die  
D i r e k t i o n  
der Kreissparkasse Stormarn  
z.Hd.von Herrn Direktor Sander  
(24b) Bad Ol des l o e  
-.....-

KIEL, SCHEVENBRÜCKE 2-6  
POSTFACH 62  
RUF 40981

Ihr Zeichen                      Ihr Schreiben vom                      Unser Zeichen                      Tag  
-./Rr.                              9.12.54                              Scha/Lg.                      22.Dezember 1954

Betr.: Hamburger Sparkassenprozeß -Lz.110-

Sehr geehrter Herr S a n d e r !

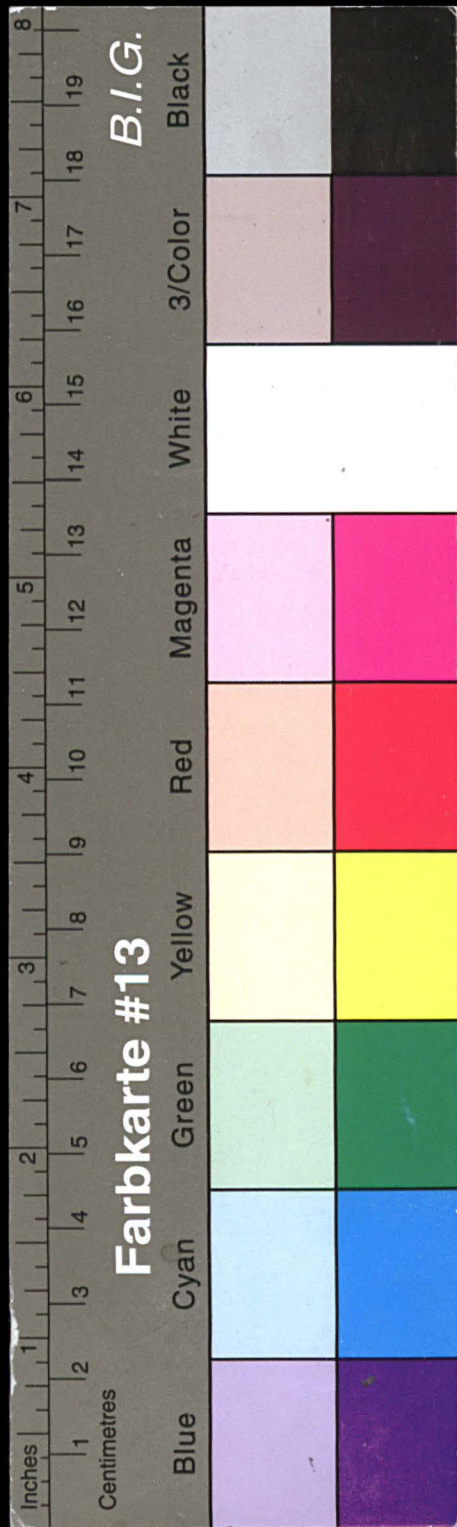
Wir danken Ihnen verbindlichst für Ihr Schreiben vom 9. 12. 1954,  
mit dem Sie uns Abschrift des von Ihnen an die Bankaufsichtsbehörde  
in Hamburg gerichteten Schreibens vom 2. 12. 1954 übermittelt haben.  
Die Auswirkungen der von Ihnen eingeleiteten Maßnahmen werden abzu-  
warten sein. Wir möchten hoffen, daß die Dinge den erwarteten Ver-  
lauf nehmen und sich nicht die in unserem Schreiben vom 27.4.1954  
zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen verwirklichen.

Für Übermittlung einer Abschrift der Antwort der Hamburger Bankauf-  
sichtsbehörde wären wir zu gegebener Zeit sehr dankbar.

Mit besten Grüßen

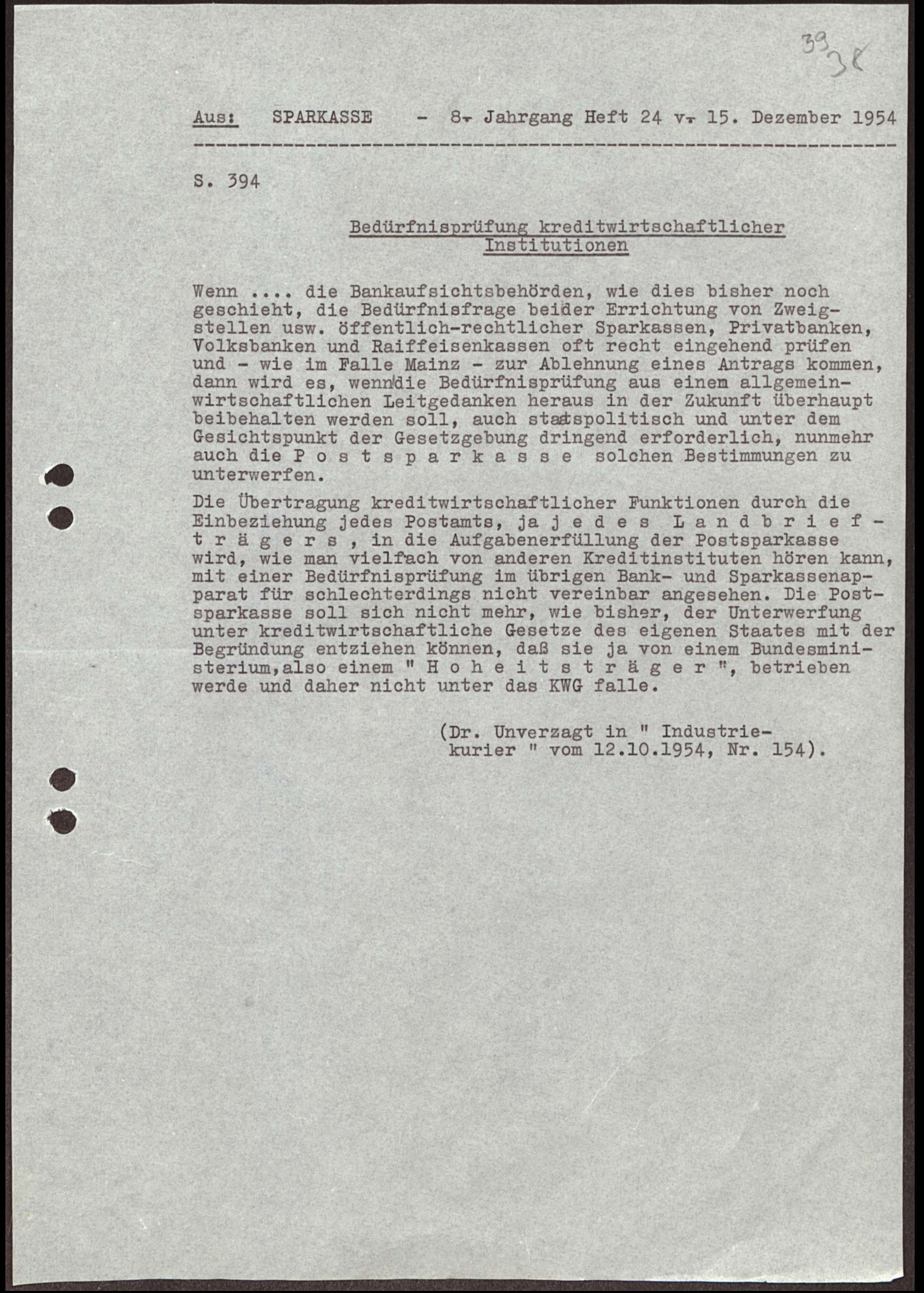
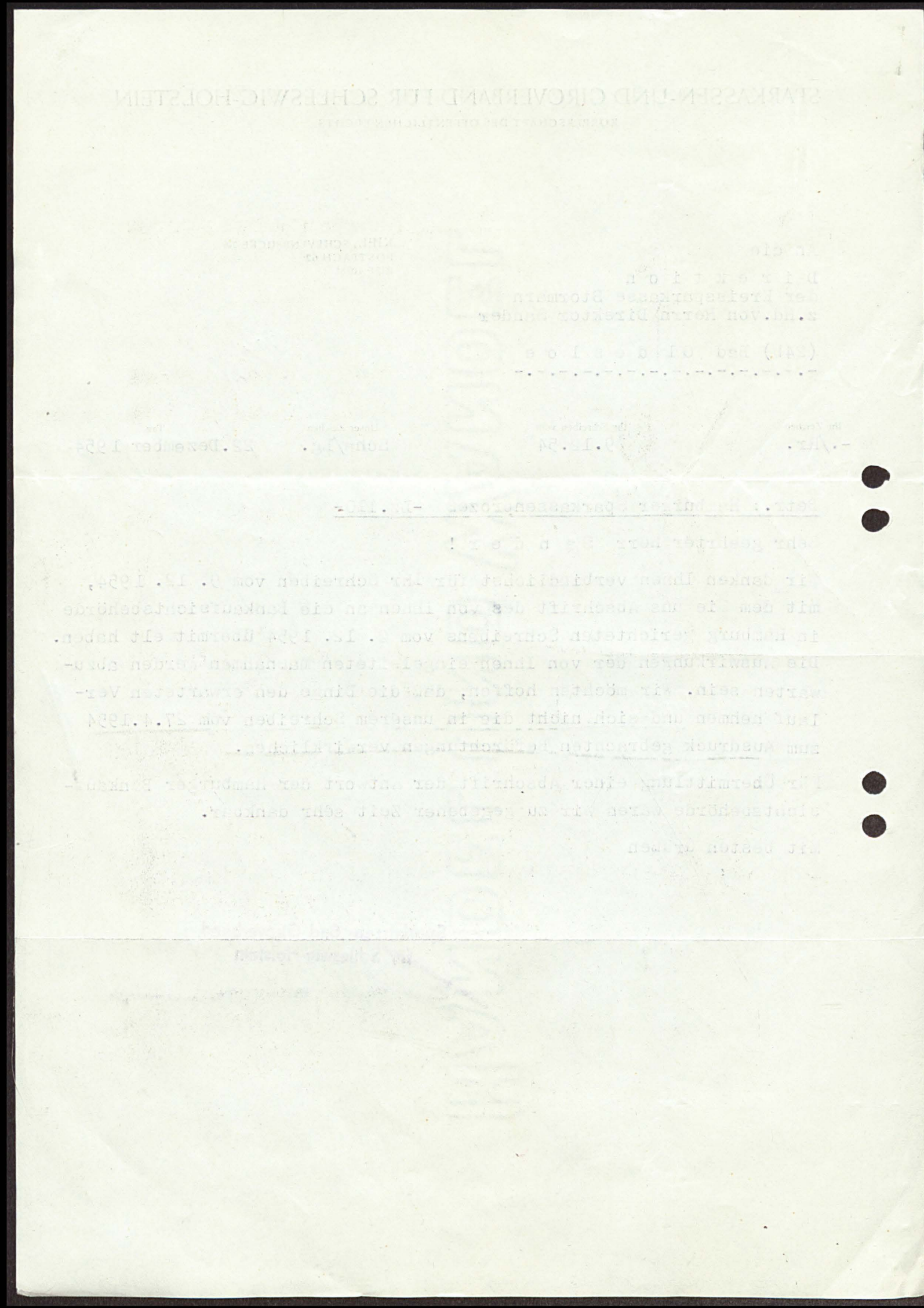
Sparkassen- und Giroverband  
für Schleswig-Holstein



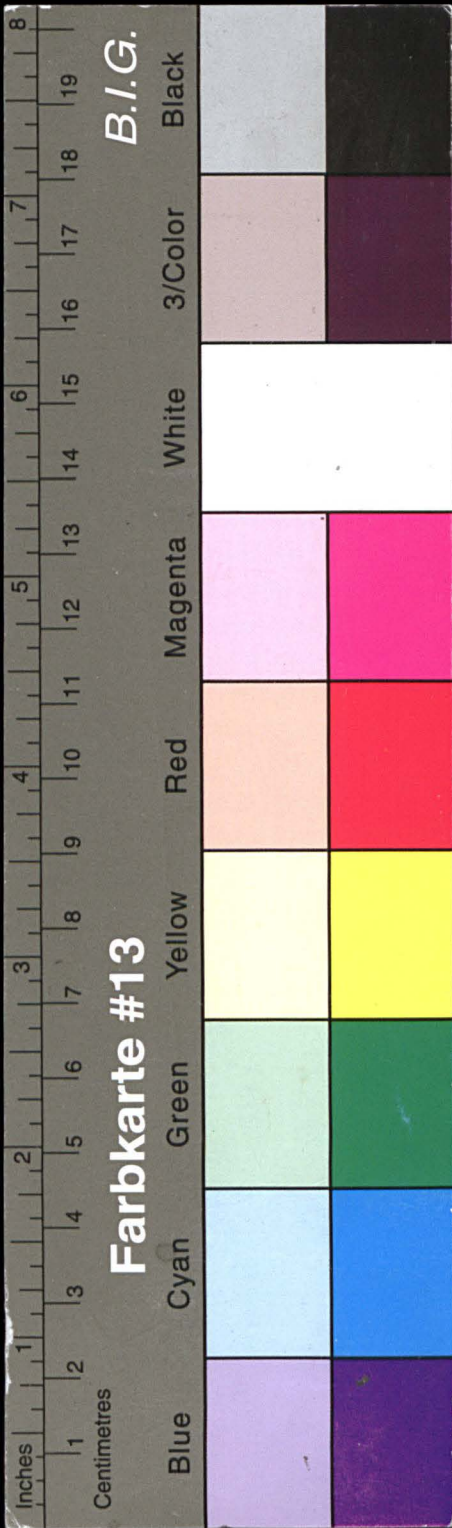


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

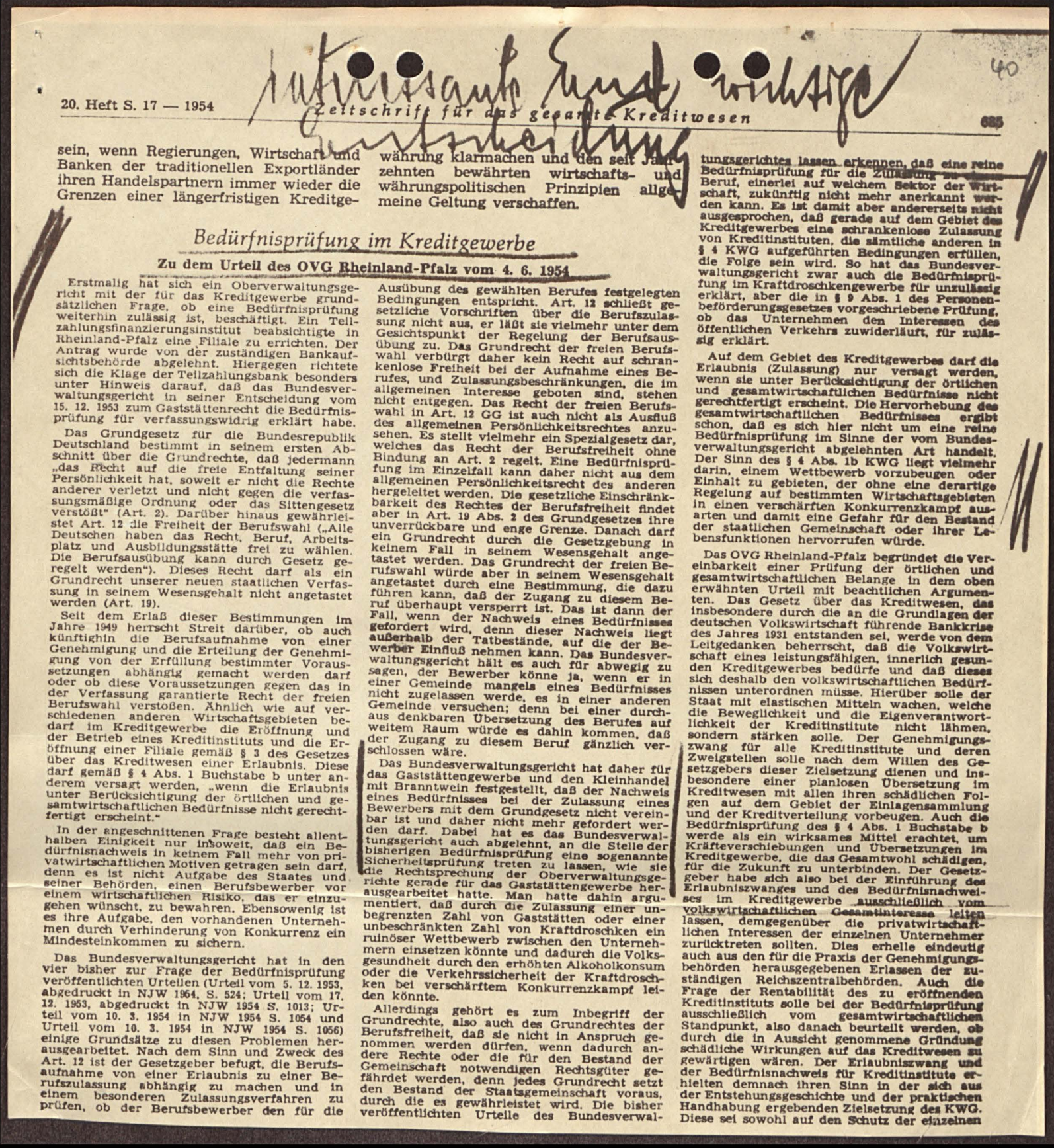
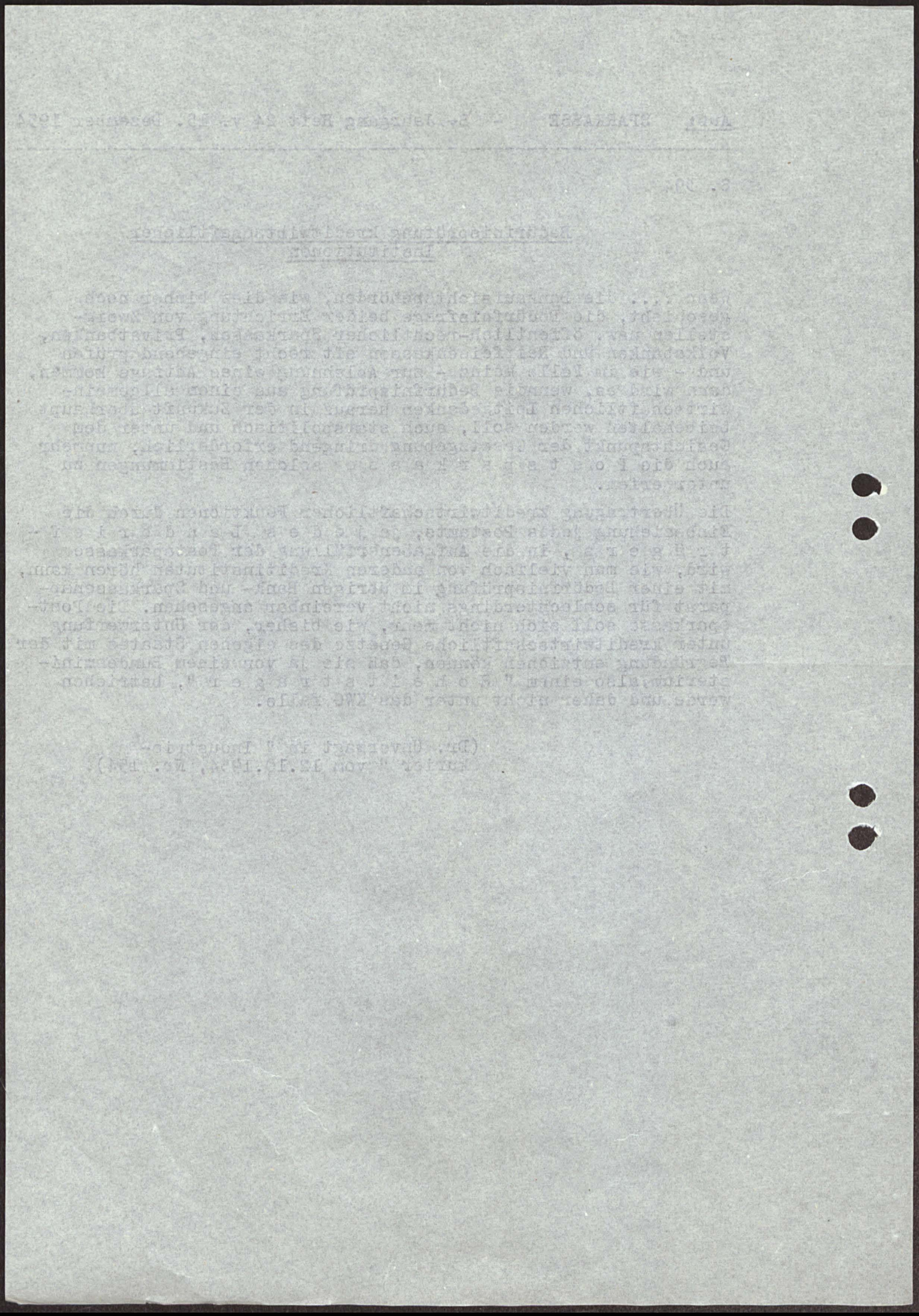




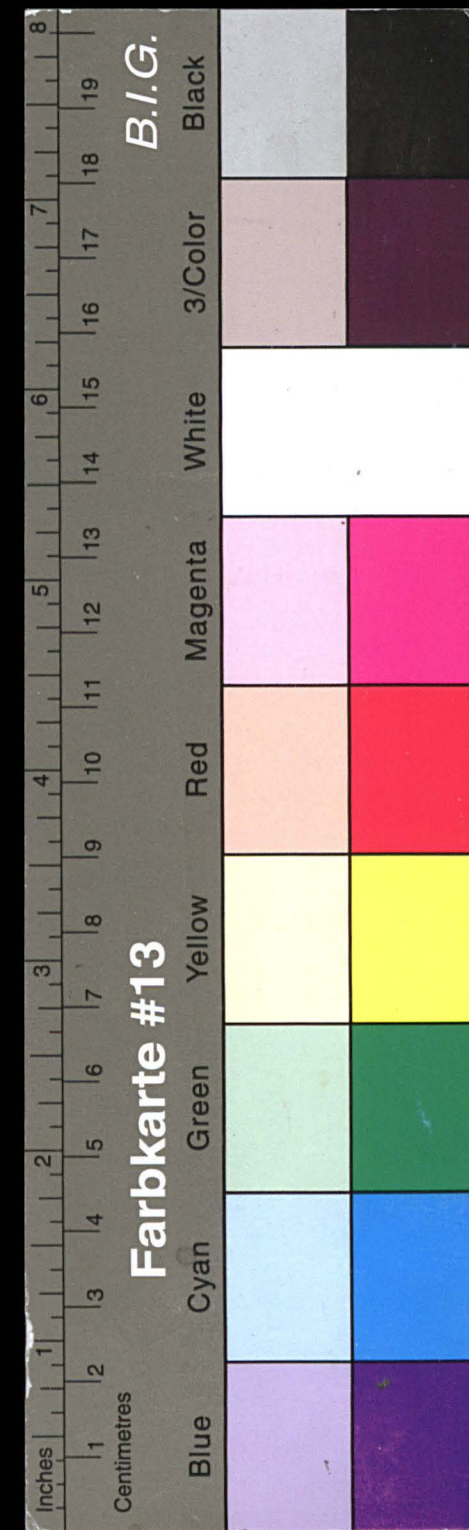


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

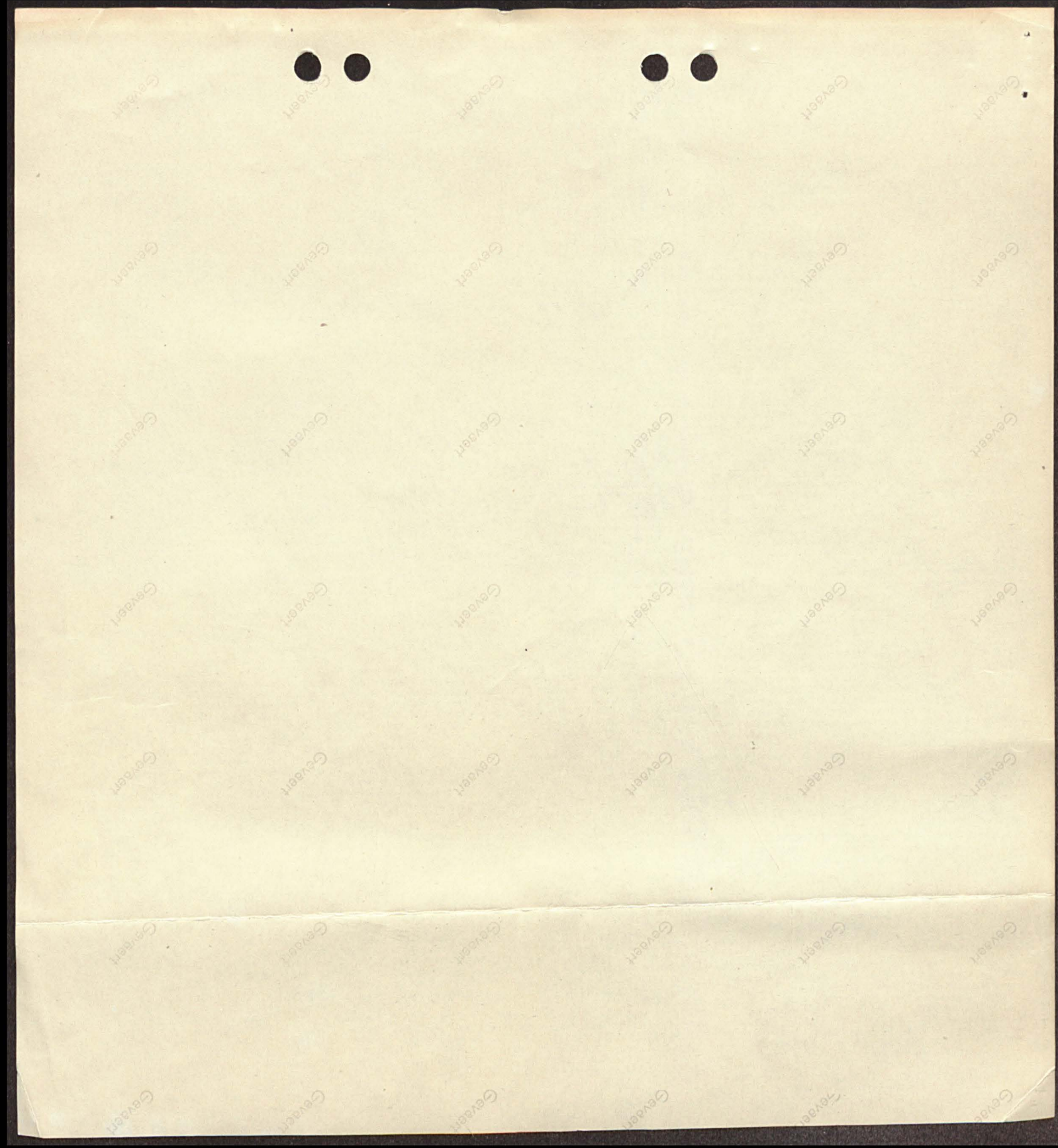






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Bank- und Kreditkunden als auch auf den Schutz der Allgemeinheit vor Funktionsstörungen im Zahlungs- und Kreditverkehr gerichtet. Ferner wolle das KWG auch die Kreditinstitute selbst gegen eine vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht zu verantwortende Störung ihrer Arbeit schützen und das Vertrauen des Publikums zu den Kreditinstituten stärken. Der Bundesgerichtshof führte daher in einem Urteil (NJW 1953 S. 1680) aus, daß der Schutz der Geldgeber und das öffentliche Interesse an einer gesunden Entwicklung des Kapitalmarktes der Grund seien, aus dem die Kreditinstitute den Beschränkungen des KWG unterliegen würden. Das KWG habe also nach dem ihm vom Gesetzgeber zugedachten Zweck die Funktion, die Sicherheit und Ordnung in der Kreditwirtschaft als Voraussetzung eines geordneten Kapitalmarktes zu gewährleisten.

Es bedürfe keiner näheren Ausführungen darüber, daß durch eine zahlenmäßig unbeschränkte Zulassung von Kreditinstituten und deren Zweigstellen konkrete Gefahren für die Volkswirtschaft, insbesondere für die Währung, die Geld- und Kreditversorgung entstehen würden. Wie bereits die aus der Bankenkrisis 1931 gewonnenen Erfahrungen zeigten, wäre die Folge hiervon eine gesamtwirtschaftlich nicht zu verantwortende Übersetzung des Kreditgewerbes, ein verschärfter Konkurrenzkampf der einzelnen Kreditinstitute, eine unangemessene Ausdehnung des Kreditvolumens, die Gefahr unvorsichtiger Geld- und Kreditmanipulation, schließlich der wirtschaftliche Zusammenbruch leistungsschwach gewordener Mißtrauen weiterer Kreise des Publikums gegenüber dem innerstaatlichen Geld- und Währungssystem. Es handele sich hier um besondere krisenempfindliche Bereiche des gesamtsstaatlichen Wirtschaftsgefüges, zu deren Ordnung der Staat nicht nur befugt, sondern im Interesse des überragenden Gemeinwohls sogar verpflichtet sei; denn die Sicherheit der Geld- und Kreditversorgung sei stets eine Frage der Währung, deren Stabilhaltung zweifellos eine gesamtsstaatliche Aufgabe und Lebensnotwendigkeit sei. Es sei zwar nicht verkennen, daß die Prüfung des § 4 Abs. 1 Buchst. b KWG — wie jede andere vergleichbare Zulassungsbeschränkung — sich im Ergebnis auch als eine gewisse Wirtschaften- kung darstelle und mittelbar als Schutz der bereits vorhandenen Unternehmen vor einem überhandnehmenden Wettbewerb wirke. Aus dieser zwangsläufig eintretenden Reflexwirkung könne aber nicht die verfassungsrechtliche Unzulässigkeit einer Prüfung der gesamtwirtschaftlichen und örtlichen Umstände hergeleitet werden; denn ausschlaggebend sei, daß die gesetzliche Regelung des KWG nicht durch diesen Umstand, sondern allein durch das überwiegende öffentliche Interesse an der Erhaltung eines geordneten Geld- und Kreditwesens gerechtfertigt sei.

Die so betrachtete Prüfung der gesamtwirtschaftlichen und örtlichen Umstände hält sich in den Schranken, die das Bundesverwaltungsgericht als Grenze des Inbegriffs der Grundrechte aufgezeigt hat, weil sie ein notwendiges Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf einem für den Bestand der Volkswirtschaft und damit der staatlichen Gemeinschaft lebenswichtigen Sektor ist. Das OVG Rheinland-Pfalz hält aus den vorstehend angezeigten Gründen im Gegensatz zum Bundesverwaltungsgericht eine reine Bedürfnisprüfung für zulässig und begründet ihre verfassungsmäßige Zulässigkeit mit Art. 2 Abs. 1 GG. Wenn auch diese Begründung abzulehnen ist, weil das Recht der freien Berufswahl (Art. 12 GG) ein selbständiges Recht ist und nicht nur eine Erläuterung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts (Art. 2 GG) darstellt, so läßt sich das Ergebnis doch mit anderer rechtlicher Begründung halten. Die Prüfung, ob die nachgesuchte Erlaubnis zur Eröffnung eines Kreditinstituts oder einer Zweigstelle mit den örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Umständen vereinbar ist und keine schutzwürdigen Belange der Allgemeinheit gefährdet werden, stellt die auch dem Grundrecht der freien Berufswahl (Art. 12 GG) immanente Schranke dar, daß die für den Bestand der Gemeinschaft notwendigen Rechtsgüter nicht angetastet werden.

Das OVG Rheinland-Pfalz vertritt in seinem Urteil ferner die Ansicht, daß die Standortwahl, also die Möglichkeit der Eröffnung der Hauptniederlassung oder einer Filiale, die Berufswahl und nicht die Berufsausübung betreffe. Diese Frage ist deshalb von Bedeutung, weil die Berufsausübung im Gegensatz zur Berufswahl jederzeit durch Gesetz geregelt werden kann (Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG), ohne gegen das Grundgesetz zu verstoßen. Das Gericht weist darauf hin, daß die Berufswahl im Sinne des Art. 12 Abs. 1 Satz 2 nicht eine abstrakt theoretische Entscheidung, sondern die Wahl eines bestimmten Schaffensplatzes im Wirtschaftsleben sei, zu der zwangsläufig auch die Wahl des bestimmten beruflichen Standortes gehöre.

In diesem Punkt kann der Entscheidung des OVG Rheinland-Pfalz nicht zugestimmt werden, denn es handelt sich bei der Einrichtung der Hauptniederlassung, nicht aber bei der Errichtung von Zweigstellen, um die Wahl des Berufes. Die Errichtung von Zweigstellen stellt dagegen lediglich eine Ausübung des

Berufes dar, da eine Art räumlicher Ausweitung der schon aufgenommenen gewerblichen Tätigkeit in Frage steht. Der Ansicht des Gerichts kann nur für die Standortwahl bei der Errichtung einer Zweigstelle, nicht aber für die Errichtung einer Zweigstelle gefolgt werden. Häufig werden einer Zweigstelle jedoch gleich bei der Eröffnung eines Kreditinstituts, sondern erst dann eingerichtet, wenn sich das Hauptinstitut gut entwickelt hat und die wirtschaftliche Bedeutung auf weitere Gebiete ausgedehnt werden soll. Das zeigt sich insbesondere in dem entschiedenen Fall, in dem eine Teilzahlungsbank aus Baden-Württemberg nunmehr ihre Geschäfte auf das Land Rheinland-Pfalz ausdehnen wollte.

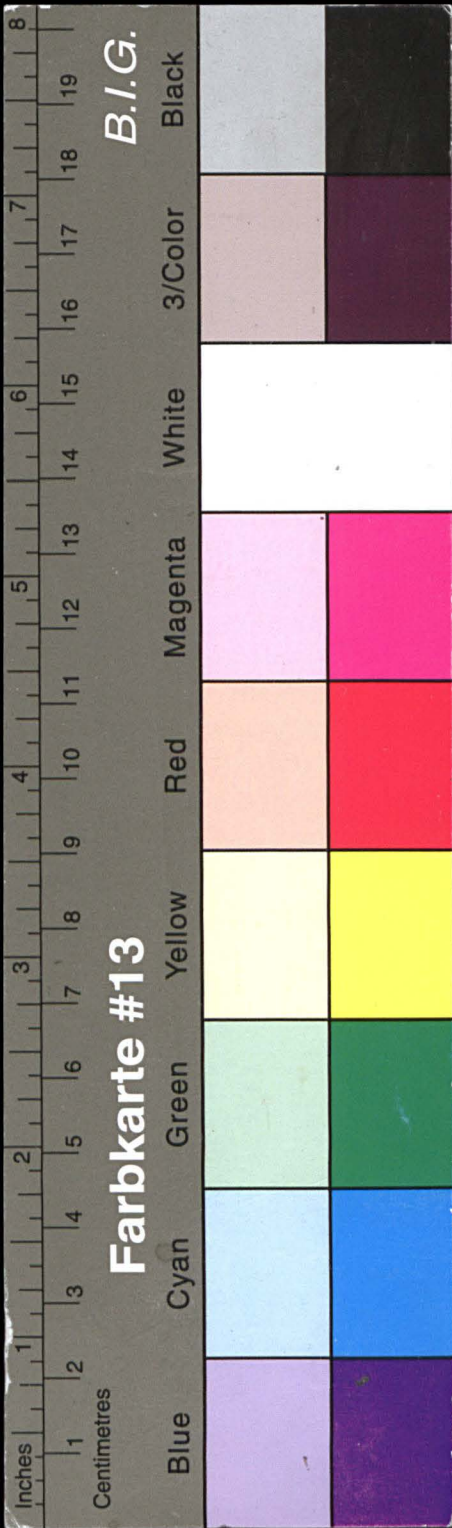
Schließlich wird in dem Urteil des OVG Rheinland-Pfalz noch eine für die Kreditinstitute grundsätzlich interessante Frage behandelt. Das Gericht vertritt die Ansicht, daß die Prüfung des örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisses für die Zulassung eines Kreditinstituts oder einer Zweigstelle eine in vollem Umfange der verwaltungsgerichtlichen Nachprüfung unterliegende Tatsachen- und Rechtsfrage darstelle, daher nicht nur nachgeprüft werden kann, ob die Bankaufsichtsbehörde als Genehmigungsbehörde ihr Ermessen richtig angewandt hat oder nicht. Auch in die richtige Anwendung der Entscheidung des OVG nicht gefolgt werden. Die Beurteilung, ob im Einzelfall den Interessen der Volkswirtschaft und insbesondere des Geld- und Kapitalverkehrs Genüge geleistet ist, richtet sich nach den gesamtwirtschaftlichen oder örtlichen Gesichtspunkten. Sie muß deshalb im Ermessen der Verwaltungsbehörden bei ihren in dieser Beziehung zu treffenden Entscheidungen sich keiner Ermessensfehler schuldig machen. Wie das neue, z. Zt. vom Bundeswirtschaftsministerium vorbereitete Gesetz über das Kreditwesen diesem Problemkreis Rechnung tragen wird, ist vorläufig noch offen.

— wenn man die in den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts zugrundegelegte Ansicht entsprechend anwendet — richtet sich nicht allein nach dem Umfang der Bevölkerungszahl und der wirtschaftlichen Struktur des kreditmäßig zu betreuenden Gebietes. Hinzu kommt vielmehr die die Verwaltung besonders interessierende Frage, mit welchen Mitteln die Interessen der kreditnehmenden Wirtschaft befriedigt werden sollen, ob durch Einrichtung neuer Institute oder den Ausbau bereits bestehender, etwa durch Zulassung von Zweigstellen. Die Entscheidung hierüber muß dem Willensentschluß der Verwaltungsbehörden überlassen bleiben, wie es das Bundesverwaltungsgericht auch bereits in seinem Urteil vom 10. 3. 1954 (NJW 1954 S. 1065) entgegen der bisher herrschenden Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte ausgesprochen hat.

Die Verwaltungsgerichte sind danach nicht befugt, Erwägungen darüber anzustellen, welche Zahl von Kreditinstituten und Zweigstellen in den jeweiligen Gebieten notwendig und ausreichend ist, um die Anforderungen des Geld- und Kapitalverkehrs zu erfüllen. Eine solche Prüfung würde auch weit über die Aufgaben eines Gerichts hinaus und könnte insbesondere bei der derzeitigen Dezentralisierung der Bankaufsichtsbehörden nicht für die gesamte deutsche Kreditwirtschaft befriedigend gelöst werden. Die Verwaltungsgerichte haben lediglich darüber zu wachen, daß die Verwaltungsbehörden bei ihren in dieser Beziehung zu treffenden Entscheidungen sich keiner Ermessensfehler schuldig machen. Wie das neue, z. Zt. vom Bundeswirtschaftsministerium vorbereitete Gesetz über das Kreditwesen diesem Problemkreis Rechnung tragen wird, ist vorläufig noch offen.

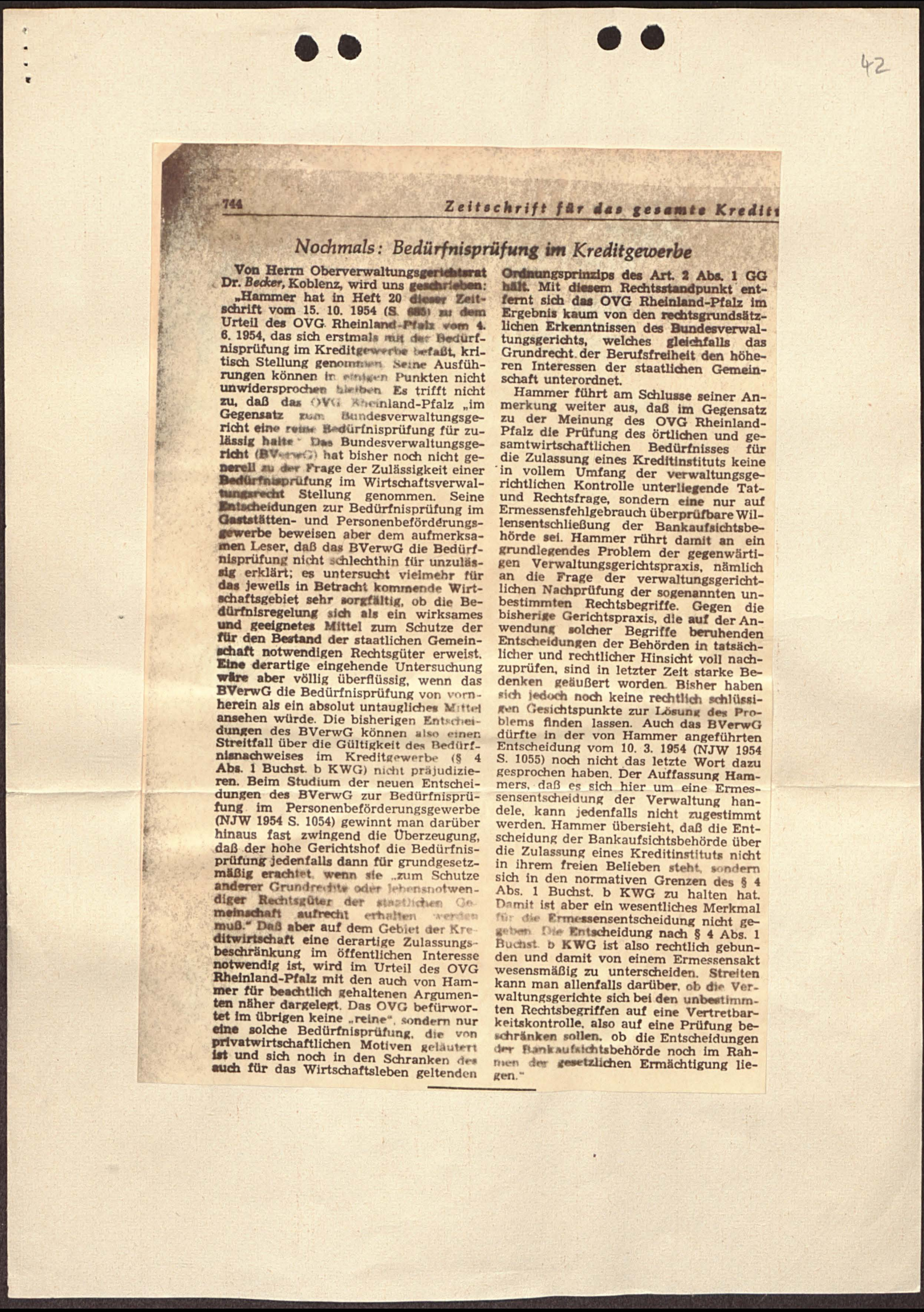
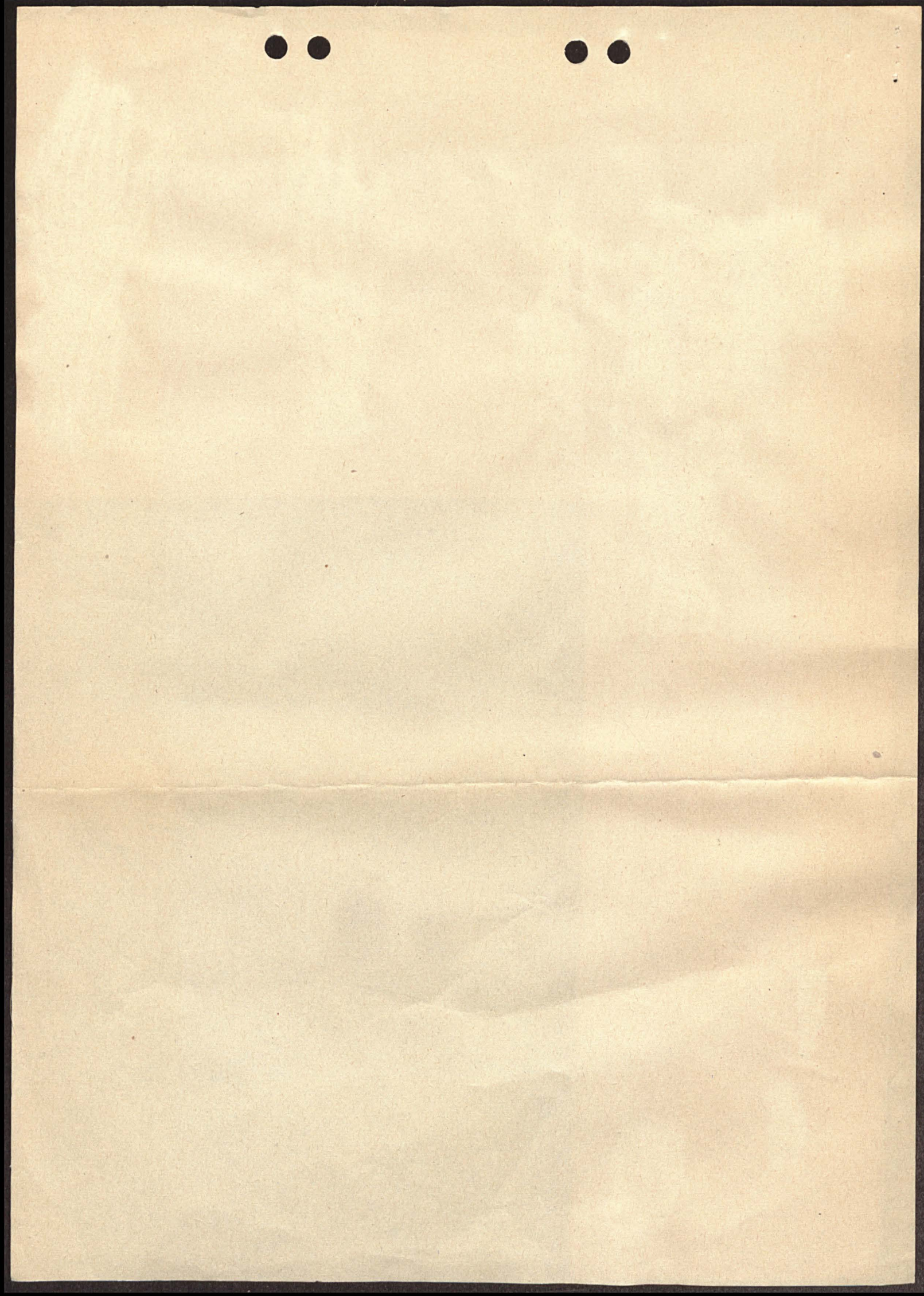
Dr. Klaus Hammer



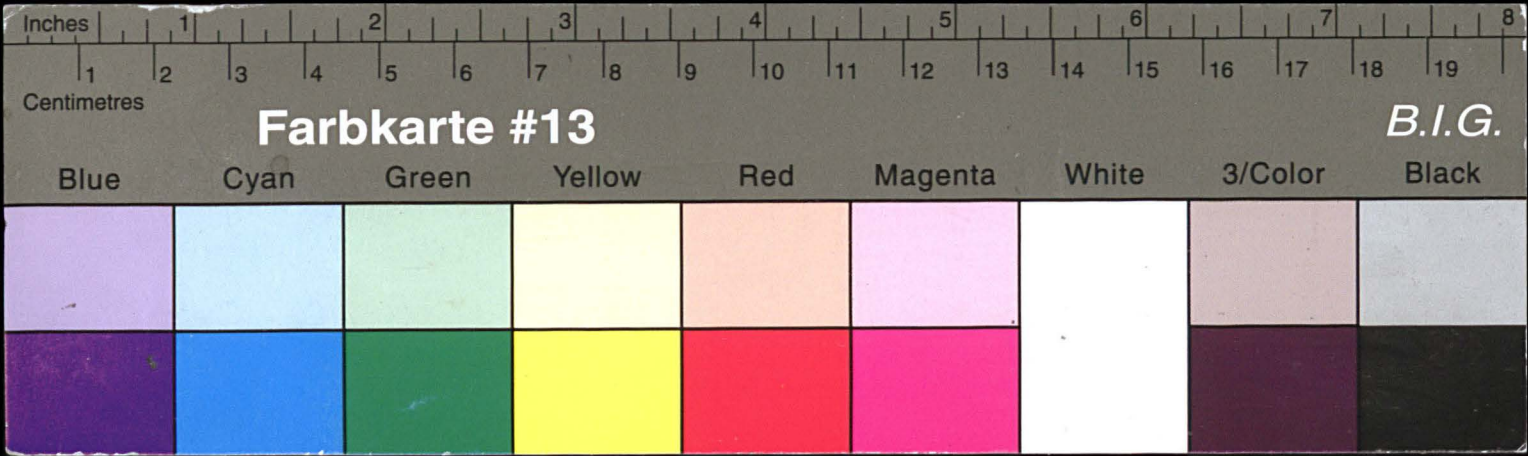


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

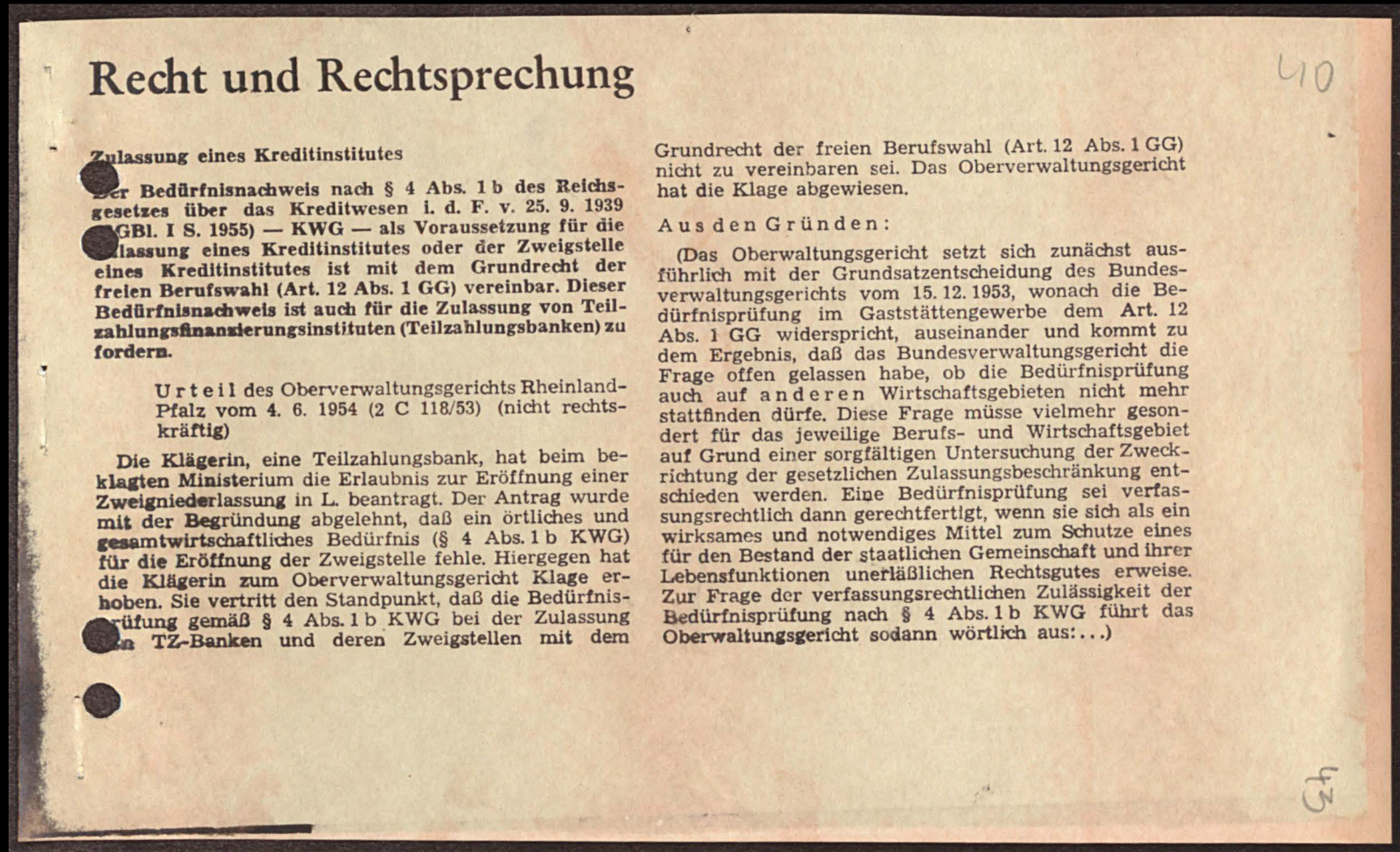
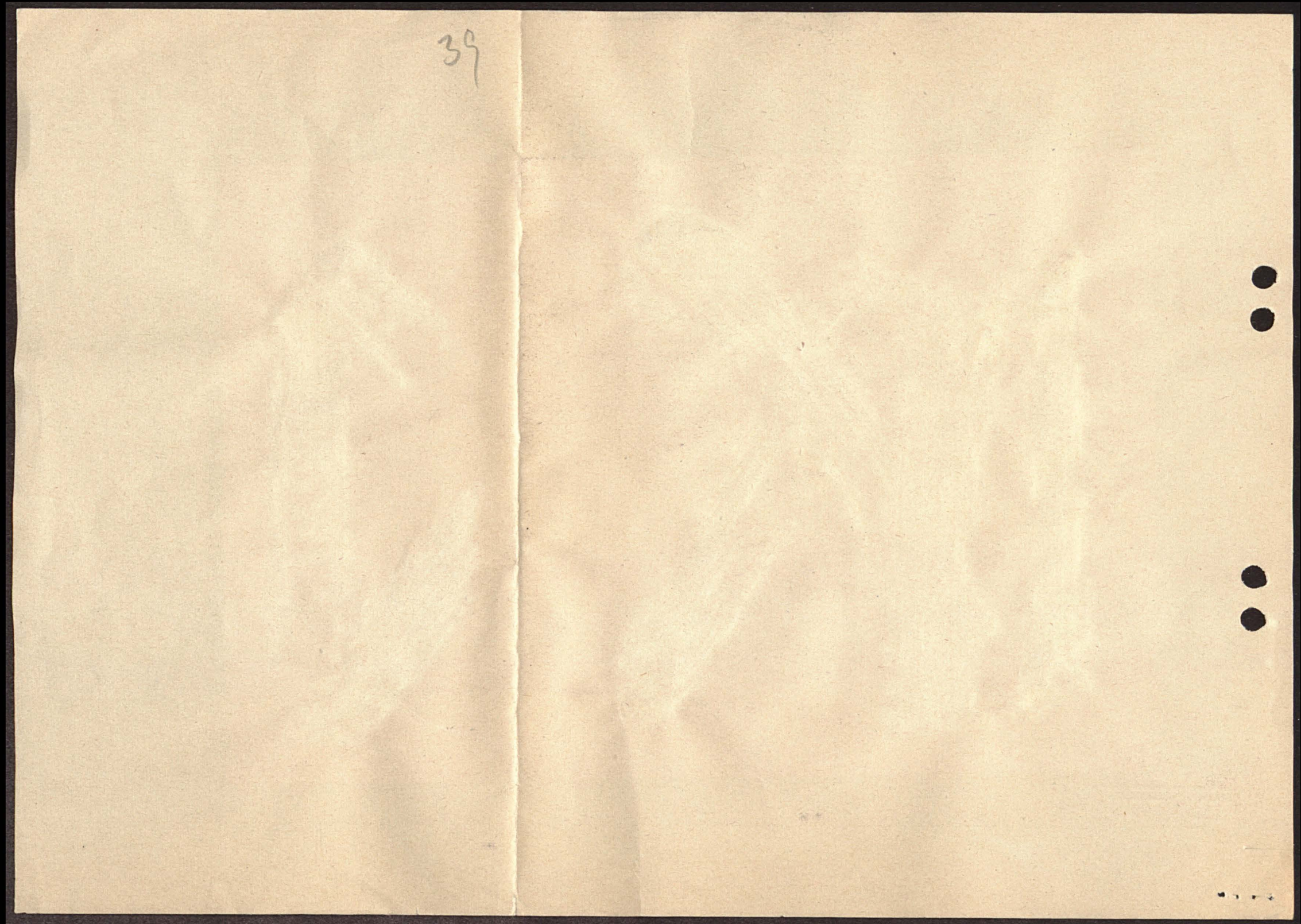




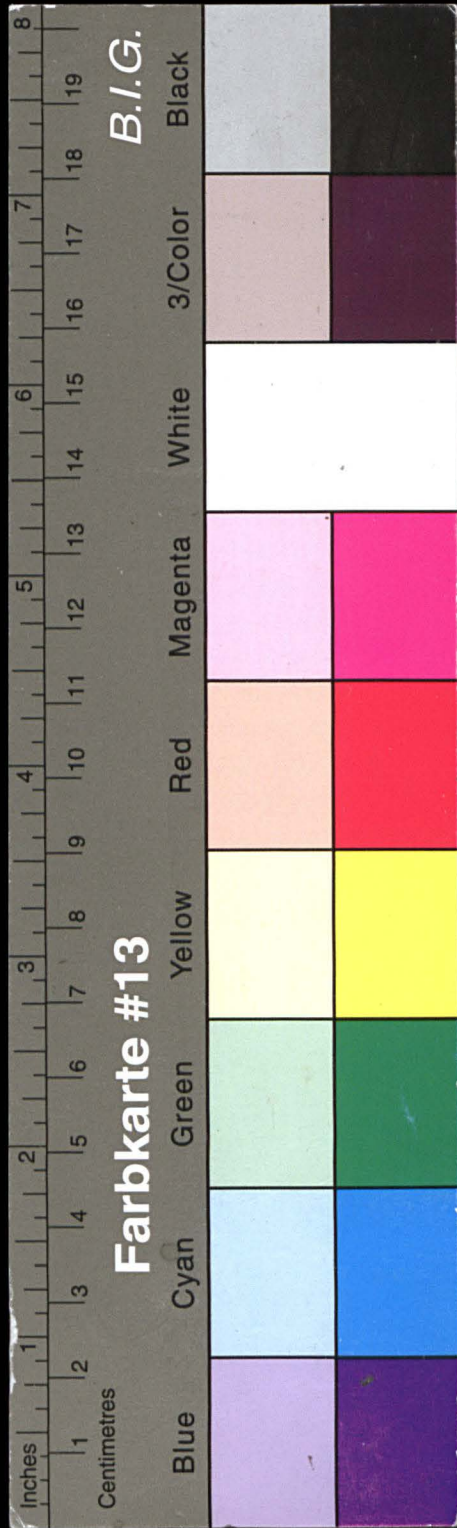


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

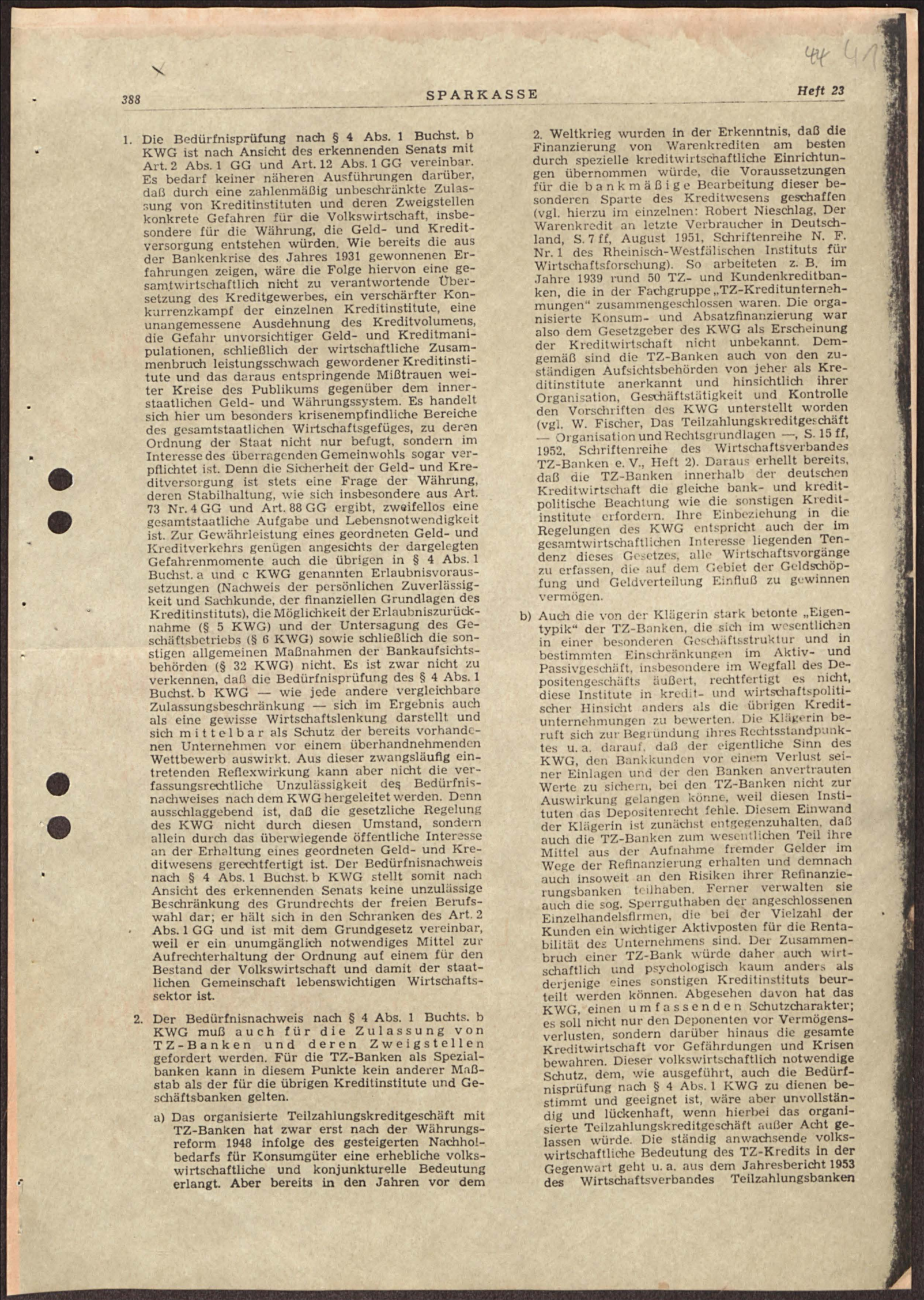
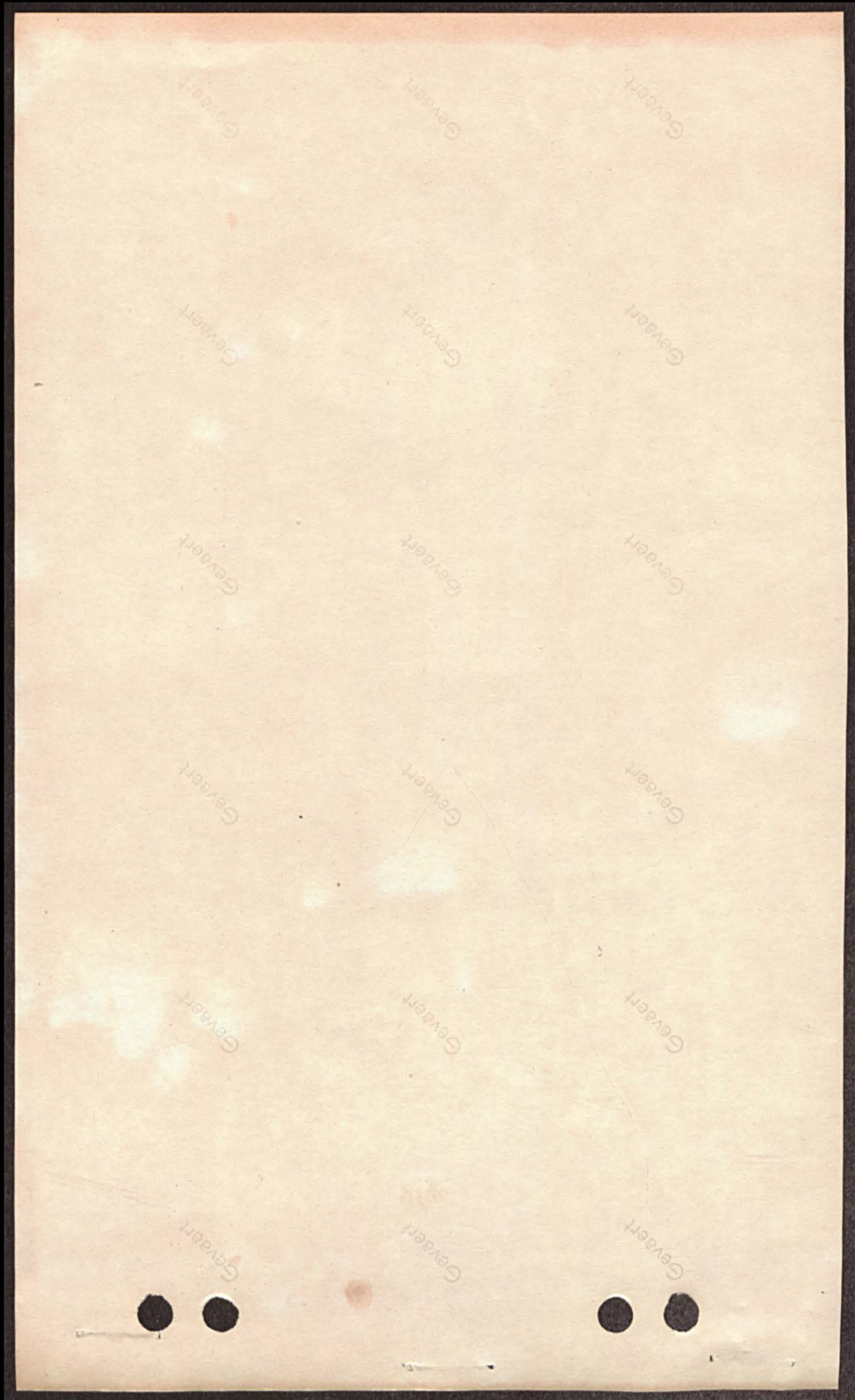




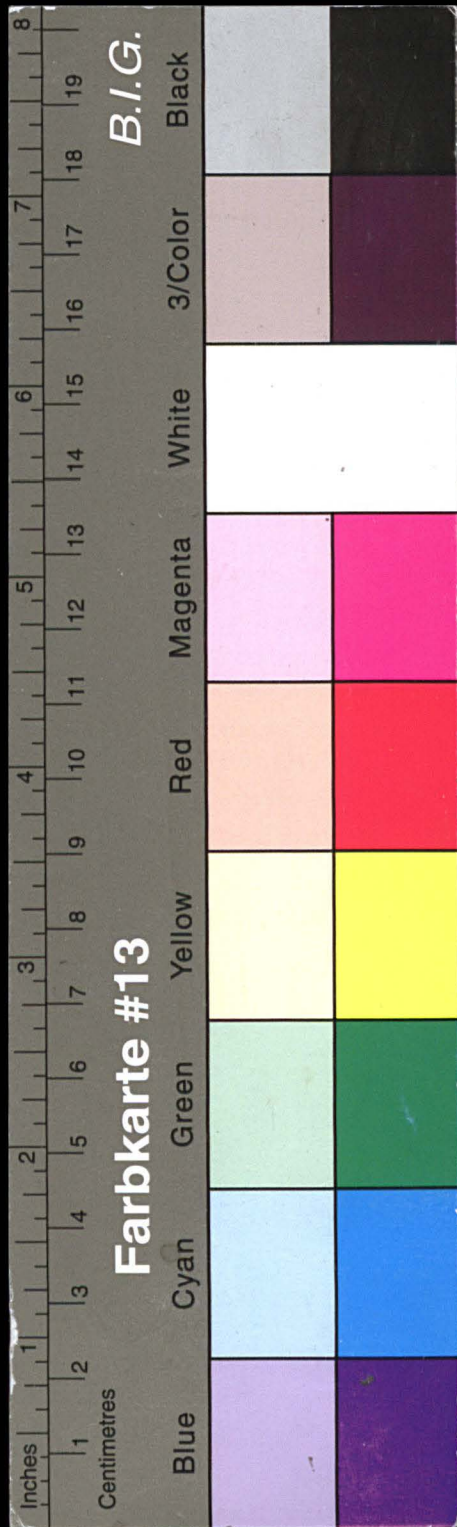


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

e. V. hervor, demzufolge durch die privaten TZ-Banken im Jahre 1953 Warenverkäufe im Werte von ca. 1,5 Milliarden DM finanziert worden sind. An dieser Finanzierung waren am 31. Dezember 1953 105 Institute beteiligt (vgl. hierzu auch die Ergebnisse der Teilzahlungskreditstatistik der BDL im Monatsbericht November 1953). Es ist zwar nicht zu bestreiten, daß der organisierte Teilzahlungskredit in seinen verschiedenen Formen sich bisher in der Bundesrepublik als krisenfest erwiesen hat und auch den Zielen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, die auf eine Förderung der Verbrauchsgüter-Konjunktur ausgerichtet ist, entgegenkommt. Diese auch vom erkennenden Senat nicht verkannnten, bisher günstigen Erfahrungen rechtfertigen es aber mit Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen dieses Zweiges der Kreditwirtschaft nicht, für ihn die Bedürfnisprüfung nach § 4 Abs. 1 Buchst. b KWG fallen zu lassen. Gerade die TZ-Banken haben im Hinblick auf das ständige Anwachsen des TZ-Geschäftes eine bedeutsame Ordnungsfunktion innerhalb der Volkswirtschaft zu erfüllen (vgl. Fischer, S. 33). Sie vermögen durch die Steuerung der Kreditgewährung an Industrie und Handel auf das Angebot sowie über die Kreditierung des Konsumenten unmittelbar auch auf die Nachfrage Einfluß zu nehmen und damit den Umfang des TZ-Geschäfts der Gesamtwirtschaftslage anzupassen. Die zahlenmäßig unbeschränkte Zulassung von TZ-Instituten würde eine wirtschafts- und konjunkturpolitisch bedenkliche Ausdehnung des Kreditvolumens mit allen seinen nachteiligen Folgen für das gesamte Wirtschaftsgefüge, wie z. B. Konsumentenverschuldung infolge unwirtschaftlicher Käufe, konjunkturelle Übersteigerung, Preisschwankungen, Erschwerung der Konsumbeschränkung bei einer Änderung der Wirtschaftslage usw., mit sich bringen. Auch währungs- und notenbankpolitische Erwägungen sprechen gegen eine unbeschränkte Zulassung von TZ-Instituten.

c) Aus der dargelegten volkswirtschaftlichen Bedeutung des TZ-Kreditgeschäfts folgt nach Ansicht des erkennenden Senats auch die Berechtigung, bei der Zulassung von TZ-Instituten auf die „örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse“ im Sinne des § 4 Abs. 1 Buchst. b KWG Rücksicht zu nehmen (so offenbar auch Nöll v. d. Nahmer in einem Gutachten zu der Frage „Wie ist unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten der Teilzahlungskredit zu beurteilen?“ S. 51, 1954, Heft 4 der Schriftenreihe des Wirtschaftsverbandes TZ-Banken e. V.). Ein Wegfall der Bedürfnisprüfung würde den nach den Ausführungen der Klägerin bereits jetzt zu verzeichnenden erheblichen Wettbewerb der TZ-Banken untereinander und mit den anderen das bankmäßige TZ-Kreditgeschäft gleichfalls betreibenden Gruppen des Bankgewerbes nur noch verschärfen und im Endergebnis Auswirkungen bedingen, die volkswirtschaftlich nicht verantwortet werden könnten. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß heute auch die Geschäftsbanken und Sparkassen die TZ-Finanzierung nahezu in dem gleichen Umfang und mit dem gleichen Kreditvolumen wie die TZ-Banken betreiben. Mit Rücksicht darauf, daß auf diesem Gebiet TZ-Banken, Geschäftsbanken und Sparkassen, ferner auch Einzelhändler und Herstellerfirmen sich als Konkurrenten gegenüberstehen und mit sehr verschiedenen Konditionen arbeiten, würde eine weitere Verschärfung der Wettbewerbslage auch die Gefahr leichtfertiger Kreditgewährungen mit sich bringen. Dabei ist hinsichtlich eines Überangebots von Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere in Betracht zu ziehen, daß es sich bei den Kreditnehmern im TZ-Kreditgeschäft hauptsächlich um unselbststän-

dige und wirtschaftlich schwache Erwerbspersonen handelt, die häufig das Ausmaß der mit dem Abschluß von TZ-Verträgen eingegangenen Verpflichtungen von vornherein nicht voll übersehen können. Es fällt daher dem Staat nicht zuletzt auch aus sozialpolitischen Überlegungen die Aufgabe zu, einen verschärften Wettbewerbskampf und die sich daraus zwangsläufig entwickelnden Mißstände im TZ-Kreditgeschäft zu verhindern.

Der erkennende Senat kommt zu dem Ergebnis, daß die Vorschrift des § 4 Abs. 1 b KWG, wonach die Erlaubnis nur versagt werden darf, wenn sie unter Berücksichtigung der örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse nicht gerechtfertigt erscheint, mit dem Grundrecht der freien Berufswahl (Art. 12 Abs. 1 GG) vereinbar ist und für alle Kreditinstitute im Sinne des KWG, mithin auch für die TZ-Banken Geltung beansprucht.

3. Die Entscheidung über die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 b KWG ist entgegen der insoweit überholten Ansicht von Reichardt (Komm. KWG, Berlin 1942, Anm. 8 zu § 4 KWG) nicht mehr in das Ermessen der Erlaubnisbehörde gestellt. Die Frage, ob örtliche oder gesamtwirtschaftliche Bedürfnisse der Zulassung eines Kreditinstitutes entgegenstehen, stellt eine in vollem Umfang der verwaltungsgerichtlichen Nachprüfung unterliegende Tat- und Rechtsfrage dar. Entgegen der Ansicht der Klägerin gibt der Wortlaut des § 4 Abs. 1 b KWG auch keinen Anhaltspunkt dafür, daß der Gesetzgeber grundsätzlich die Eröffnung eines Kreditinstitutes als gesamtwirtschaftlich gerechtfertigt anerkennen und die Ablehnung eines Zulassungsantrags nur in Ausnahmefällen gutheißen wolle. Die Fassung der erwähnten Vorschrift („... darf nur versagt werden, wenn...“) läßt nur den Schluß zu, daß bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 a bis c KWG ein Rechtsanspruch auf Erteilung der beantragten Erlaubnis besteht, die Erlaubnis also dann nicht als Ermessensakt anzusehen ist.

Das beklagte Ministerium hat auch aus zutreffenden Erwägungen angenommen, daß die Eröffnung einer Filiale der Klägerin in L. mit Rücksicht auf die örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse nicht gerechtfertigt erscheint. (Wird im Einzelnen ausgeführt).

#### 1. Anmerkung:

Das Oberverwaltungsgericht hat wegen der grundsätzlichen Rechtsfrage die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen. Die Klägerin hat inzwischen Revision eingelegt. Das Bundesverwaltungsgericht wird sich demnach letztinstanzlich mit der Bedürfnisprüfung nach § 4 Abs. 1 b KWG zu befassen haben.

Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Becker, Koblenz

#### 2. Anmerkung:

Die vorliegende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz ist im Ergebnis zu begrüßen, weil sie sich erstmalig mit der Frage der Bedürfnisprüfung im Kreditgewerbe eingehend auseinandersetzt. Insbesondere können die Ausführungen des Gerichtes unter Ziffer 1 nur unterstrichen werden. Wenn auch dem Ergebnis voll zuzustimmen ist, so gibt die Entscheidung doch zu folgenden kritischen Bemerkungen Anlaß:

1. Das Oberverwaltungsgericht begründet die Vereinbarkeit der Bedürfnisprüfung nach § 4 Abs. 1 Buchst. b KWG mit dem Grundgesetz — dieser Teil der Entscheidungsgründe ist oben nicht abgedruckt — damit, daß das in Artikel 12 Abs. 1 GG erwähnte Grundrecht der Berufsfreiheit nur als ein Ausfluß des allgemeinen Grundrechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit zu werten und deshalb an die in Artikel 2 Abs. 1 GG vorgesehenen Schranken gebunden sei. Artikel 2 GG macht

einen ausdrücklichen Vorbehalt dahin, daß in das allgemeine Persönlichkeitsrecht auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden darf. Aus dieser Bestimmung leitet dann das OVG aus den unter 1. der abgedruckten Entscheidung dargelegten überzeugenden Gründen die Zulässigkeit der Bedürfnisprüfung im Kreditgewerbe her (Anmerkung: Artikel 12 sieht dagegen nicht vor, daß von dem Grundsatz der freien Berufswahl Einschränkungen durch ein Gesetz gemacht werden können).

Diese Begründung des Oberverwaltungsgerichtes steht im Gegensatz zu der nunmehr bereits in verschiedenen Urteilen des Bundesverwaltungsgerichtes zum Ausdruck gekommenen Rechtsauffassung. Das Bundesverwaltungsgericht hat sowohl in dem in der „Sparkasse“ Heft 15 vom 1. August 1954 S. 219 veröffentlichten Gaststättenurteil als auch in den Urteilen vom 17. 12. 1953 betreffend die Bedürfnisprüfung im Kleinhandel mit Branntwein — abgedruckt in NJW 1954 S. 1013 — und in den beiden Urteilen vom 10. 3. 1954 betreffend die Bedürfnisprüfung im Kraftroschken- und Mietwagengewerbe — abgedruckt in NJW 1954 S. 1054 und S. 1056 — ausgeführt, daß der Gesetzgeber nach dem Sinn und Zweck des Artikel 12 Abs. 1 GG befügt sei, die Berufsaufnahme von einer Berufszulassung abhängig zu machen und in einem besonderen Zulassungsverfahren zu prüfen, ob der Berufsbewerber den für die Ausübung des gewählten Berufes festgelegten Bedingungen entspreche. Artikel 12 Abs. 1 stelle ein Spezialgesetz ohne Bindung an Artikel 2 GG dar. Denn wäre der Gesetzgeber der Auffassung gewesen, daß die Freiheit der beruflichen Betätigung, die einen wesentlichen Teil der freien Entfaltung der Persönlichkeit bildet, schon von Artikel 2 Abs. 1 miteingefügt würde, so wäre es für ihn überflüssig gewesen, in Artikel 12 GG noch besondere Bestimmungen zu treffen. Damit hält das Bundesverwaltungsgericht die Einschränkung des Rechtes der Berufsfreiheit durch ein Gesetz für unzulässig. Jedes Grundrecht findet jedoch nach seinem Wesensgehalt eine für alle Grundrechte immanente geltende Schranke, nämlich die Rücksichtnahme auf die für den Bestand der Gemeinschaft notwendigen Rechtsgüter. Wenn dieser Bestand gefährdet ist, dann kann auch das Grundrecht der Berufsfreiheit nicht in Anspruch genommen werden.

Eine solche Gefährdung für den Bestand der Gemeinschaft läge aber vor, wenn Kreditinstitute zukünftig ohne jede Berücksichtigung der örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Umstände zugelassen würden, wie das Oberverwaltungsgericht unter Ziffer 1 der abgedruckten Entscheidung zutreffend ausführt. Einigkeit besteht insoweit, daß der Bedürfnisnachweis in keinem Fall mehr von privatwirtschaftlichen Motiven getragen sein darf. Es kann nicht Aufgabe des Staates und seiner Behörden sein, einen Berufsbewerber vor einem wirtschaftlichen Risiko, das er einzugehen wünscht, zu bewahren oder den vorhandenen Unternehmen durch Verhinderung von Konkurrenz ein Mindesteinkommen zu sichern. Da mit dem Wort „Bedürfnis“ im hergebrachten Sinne auch die Vorstellung von privatwirtschaftlichen Motiven verbunden ist, erscheint es unzweckmäßig, von der weiteren Zulässigkeit des „Bedürfnisnachweises“ zu sprechen. Das Bundesverwaltungsgericht hat in dem oben bereits geschilderten Kraftroschkenurteil überzeugend ausgeführt, daß der im § 9 Abs. 2 Personenbeförderungsgesetz vorgesehene Bedürfnisnachweis als gegen das Grundgesetz verstoßend nicht mehr zulässig ist. Es hat jedoch demgegenüber die in § 9 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes in Verbindung mit § 11 der Durchführungsverordnung vorgesehene Prüfung, ob das Unternehmen den Interessen des öffentlichen Verkehrs nicht zuwiderläuft, als weiterhin zulässig angesehen. Wenn man diese Gedankengänge des Bundesverwaltungsgerichtes auf das Kreditgewerbe anwendet, so muß auch weiterhin die Prüfung, ob die Erlaubnis unter Berücksichtigung der örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Umstände gerechtfertigt erscheint, zulässig sein. Wenn man die Prüfung nach § 4 Abs. 1

Buchst. b KWG in diesem Sinne auffaßt, dürften gegen ihre verfassungsrechtliche Gültigkeit keine Bedenken bestehen, da lediglich einem Wettbewerb vorgebeugt oder Einhalt geboten werden soll, der ohne eine derartige Regelung in einen verschärften Konkurrenzkampf ausarten und damit eine Gefahr für den Bestand der staatlichen Gemeinschaft oder ihrer Lebensfunktionen hervorrufen würde.

Um die verfassungsrechtliche Lage unter Berücksichtigung der in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes herausgearbeiteten Gesichtspunkte bei der Zulassung von Kreditinstituten in dem neuen Bundesgesetz über das Kreditwesen einen gesetzgeberischen Ausdruck finden zu lassen, könnte die Zulassung von Kreditinstituten unter anderem von folgender Voraussetzung abhängig gemacht werden:

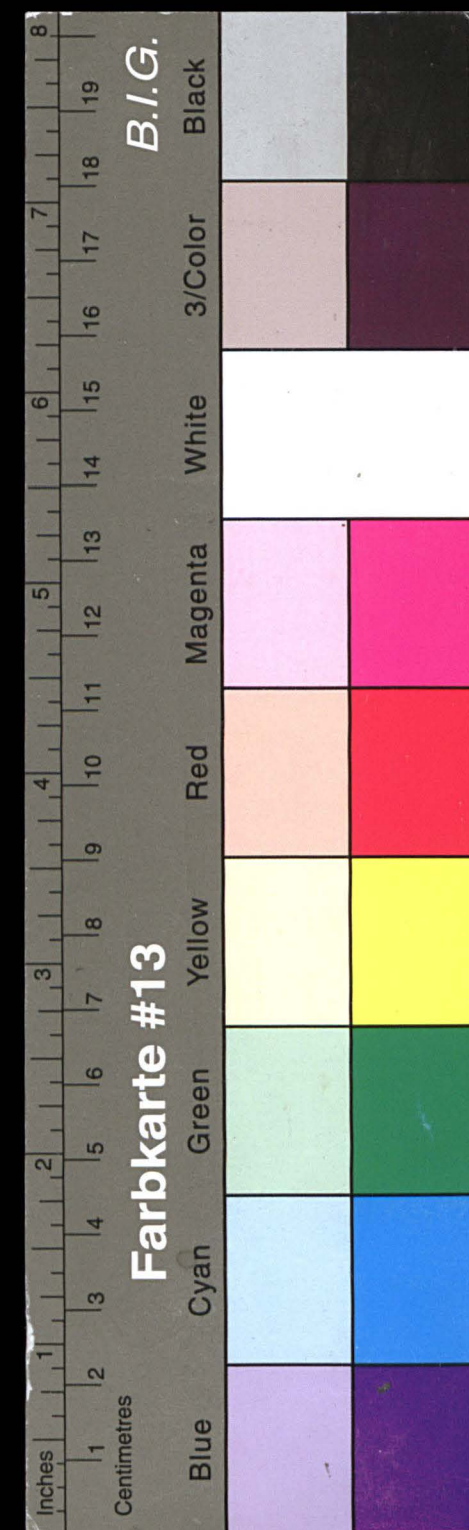
„Die Erlaubnis darf (unter anderem) nur versagt werden, wenn gesamtwirtschaftliche oder örtliche Umstände erwarten lassen, daß bei Erteilung der Erlaubnis schutzwürdige Belange der Allgemeinheit gefährdet werden würden.“

2. In einem hier nicht abgedruckten Teil beschäftigt sich das Oberverwaltungsgericht noch mit der gerade für Sparkassen besonders interessanten Frage der Zulassung einer Niederlassung oder Filiale. Das Oberverwaltungsgericht vertritt dabei die Meinung, daß die Standortwahl, also die Möglichkeit der Eröffnung einer Niederlassung oder Filiale, die Berufswahl (Artikel 12 Abs. 1 Satz 1 GG) betreffe und nicht die Berufsausübung (Artikel 12 Abs. 1 Satz 2 GG). Sie stehe daher unter der Verfassungsgarantie des Artikel 12 Abs. 1 Satz 1. Die Berufswahl im Sinne dieser Bestimmung sei nicht eine abstrakt theoretische Entscheidung, sondern die Wahl eines bestimmten Schaffensplatzes im Wirtschaftsleben, zu der zwangsläufig auch die Wahl eines bestimmten beruflichen Standortes gehöre.

Diesen Ausführungen des Oberverwaltungsgerichtes kann nicht gefolgt werden. Bei der Gründung von Niederlassungen und Zweigstellen handelt es sich nicht um eine Frage der Berufswahl, sondern der Berufsausübung. Das Oberverwaltungsgericht trennt nicht die Standortwahl bei der Eröffnung einer Hauptniederlassung eines Kreditinstitutes und die Standortwahl bei der Eröffnung einer Niederlassung oder Filiale. Zweifellos gehört die Standortwahl bei der Eröffnung der Hauptniederlassung eines Institutes zur Berufswahl, da es abwegig ist zu sagen — wie auch das Bundesverwaltungsgericht in dem Kraftroschkenurteil ausgeführt hat — der Bewerber könne ja, wenn er in einer Gemeinde mangels eines Bedürfnisses nicht zugelassen werde, es in einer anderen Gemeinde versuchen. Denn bei einer durchaus denkbaren Übersetzung des Berufes auf weitem Raum würde es dahin kommen, daß der Zugang zu diesem Beruf gänzlich verschlossen würde. Die Eröffnung einer Niederlassung oder Zweigstelle erfolgt dagegen im allgemeinen erst zeitlich nach der Eröffnung der Hauptniederlassung, nämlich dann, wenn sich das neu gegründete Kreditinstitut gut entwickelt hat und auf weitere wirtschaftliche Räume zur besseren Bedienung seiner Kundschaft übergreifen will. Schon daraus geht hervor, daß nicht mehr die Wahl des Berufes, sondern vielmehr die Art seiner Ausübung in Frage steht. Rechtlich hat diese Unterscheidung insofern Bedeutung, als die Berufsausübung gemäß Artikel 12 Abs. 1 Satz 2 durch Gesetz geregelt werden kann. Im Gegensatz zur Ansicht des Oberverwaltungsgerichtes tauchen daher die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Prüfung der örtlichen gesamtwirtschaftlichen Umstände bei der Zulassung einer Niederlassung oder Zweigstelle überhaupt nicht auf. Die Bestimmungen der §§ 4 Abs. 1 Buchst. b und 3 Abs. 2 Buchst. a sind bei der Eröffnung von Niederlassungen oder Zweigstellen unbedenklich gültig.

3. Der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes kann auch im Punkt 3 nicht zugestimmt werden. Das OVG vertritt die Ansicht, daß die Frage, ob örtliche und gesamtwirtschaftliche Bedürfnisse der Errichtung der Zweigstelle eines Kreditinstitutes entgegenstehen,





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

einen sogenannten unbestimmten Rechtsbegriff im Sinne der ständigen Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz (vgl. DVBl. 1952 S. 187 und Bayer. OGH in DVBl. 1952 S. 178) zu anderen vergleichbaren gewerbe- und wirtschaftsrechtlichen Vorschriften und nicht eine nur auf einen Fehlgebrauch nachprüfbare Ermessensentscheidung darstellt. Die von dem Oberverwaltungsgericht in den hier nicht veröffentlichten Gründen des Urteils vorgenommene Nachprüfung des örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisses beschränkt sich praktisch darauf, die Ausführungen des beklagten Ministeriums (Bankaufsichtsbehörde) zum Gegenstand der Entscheidungsgründe zu machen, da ein Gericht naturgemäß die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge kaum aus eigener Anschauung kennen und prüfen kann. Praktisch gesehen, bedeutet diese Art der Nachprüfung keine echte Entscheidung der Sach- und Rechtslage, sondern vielmehr die Prüfung, ob die von der Bankaufsichtsbehörde angestellten Ermittlungen und Erwägungen in sich schlüssig sind. Wenn sich das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes damit praktisch als eine Prüfung darstellt, ob die Behörde ihr Ermessen richtig gebraucht hat und kein Ermessensfehler vorliegt, so sollte das den Parteien gegenüber auch ganz klar ausgesprochen werden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich offenbar in Erkenntnis der praktisch im Gerichtsverfahren nicht durchzuführenden Nachprüfbarkeit von volkswirtschaftlichen Tatbeständen in dem oben erwähnten Kraftdroschkenurteil dahin ausgesprochen, daß die Beurteilung der Frage, ob im Einzelfall den Interessen des öffentlichen Verkehrs Genüge geleistet ist, sich nach verkehrspolitischen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten richte. Sie liege deshalb im Ermessen der Verwaltung. Bei dem Begriff „Interessen des öffentlichen Verkehrs“ versagten objektive Maßstäbe und Erfahrungssätze. Was im Einzelfall den Interessen des

öffentlichen Verkehrs entspreche oder widerspreche, richte sich nicht allein nach Umfang, Bevölkerungszahl und wirtschaftlicher Struktur des zu betreibenden Verkehrsbetriebes. Hinzu komme die von der Verwaltung zu lösende Frage, mit welchen Verkehrsmitteln die Interessen des öffentlichen Verkehrs befriedigt werden sollten, ob durch Einrichtung oder Ausbau von Schienen-, Bahn- oder sonstigen Linien-Verkehrsmitteln oder durch Zulassung anderer öffentlicher Verkehrsmittel. Die Entscheidung hierüber müsse dem Willensentschluß der Verwaltungsbehörde überlassen bleiben. Schon ihrer Struktur nach könne es sich dabei nicht um eine Rechtsfrage handeln. Danach, so führt das Bundesverwaltungsgericht weiter aus, seien die Verwaltungsgerichte nicht befugt, Erwägungen darüber anzustellen, welche Zahl von Kraftdroschken in jeder Gemeinde notwendig und ausreichend sei, um die Anforderungen des öffentlichen Verkehrs unter Berücksichtigung der sonst vorhandenen Verkehrsmittel zu erfüllen. Sie hätten lediglich darüber zu wachen, daß die Verwaltungsbehörden bei ihren in dieser Beziehung zu treffenden Entscheidungen sich keiner Ermessensfehler schuldig machten.

Diese Grundsätze des Bundesverwaltungsgerichtes müssen auf die Frage, ob örtliche und gesamtwirtschaftliche Umstände der Zulassung eines Kreditinstitutes entgegenstehen, entsprechend angewandt werden, denn es handelt sich bei dem Begriff des örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Umstandes um einen ähnlichen volkswirtschaftlichen Begriff wie „die Interessen des öffentlichen Verkehrs“ in dem vom Bundesverwaltungsgericht entschiedenen Fall.

Die Kreditinstitute werden daher zukünftig damit zu rechnen haben, daß die Verwaltungsgerichte nur prüfen können, ob die Bankaufsichtsbehörde ihr Ermessen richtig ausgeübt hat. RA Dr. Hammer, Bonn

## Zur Glaubhaftmachung des Sicherungseigentums der Sparkasse gegenüber einem pfändenden Gläubiger des Sicherungsgebers

### I

Die von Capeller („Sparkasse“ 1954/253 ff.) in der Anmerkung zum Beschluß des Landgerichts Bielefeld vom 28.5.1953 vertretene Ansicht, daß die Sparkasse im Falle einer Pfändung von ihr zur Sicherung übereigneten Gegenständen dem pfändenden Gläubiger des Sicherungsgebers lediglich den Sicherungsübereignungsvertrag vorzulegen brauche, um das Bestehen ihres die Veräußerung hindernden Rechts nach § 771 ZPO wahrscheinlich zu machen, vermag in dieser allgemeinen Formulierung nicht zu überzeugen und bedarf einer wesentlichen Einschränkung. An die Wahrscheinlichmachung des Sicherungseigentums sind in bestimmten Fällen andere Anforderungen zu stellen als bei der Geltendmachung gewöhnlichen Eigentums. Es ist nämlich eine Differenzierung insofern vorzunehmen, als die Bestellung des Sicherungseigentums in zwei Formen erfolgen kann: Einmal auflösend bedingt durch die Erfüllung der Ansprüche des Kreditgebers, so daß bei Erfüllung von dessen Forderungen der Kreditnehmer automatisch wieder das Eigentum an dem sicherungsübereigneten Gegenstand erlangt, und zum anderen durch eine unbedingte Übereignung unter Übernahme einer Verpflichtung des Kreditgebers, nach Tilgung seiner Forderung das Eigentum auf den Kreditnehmer zurückzuübertragen. Hieraus folgt, daß in der ersten Alternative der Bestand der Forderung, zu deren Sicherung die Sicherungsübereignung vorgenommen worden ist, eine ausschlaggebende Bedeutung für die Existenz des Sicherungseigentums besitzt, da eine Erfüllung der Forderung ohne weiteres Dazutun der Vertragsparteien den Eigentumsrückübergang auf den Sicherungsgeber

zur Folge hat. In diesem Falle kann es daher keineswegs als genügend angesehen werden, wenn die Sparkasse als Kreditgeberin dem pfändenden Gläubiger den Sicherungsübereignungsvertrag zur Wahrscheinlichmachung ihres Sicherungseigentums vorlegt; denn aus der Vorlage des Vertrages allein kann der Gläubiger noch nicht den Schluß ziehen, daß der Forderungsbetrag nicht zurückgezahlt worden ist. Die Möglichkeit, daß ein Eigentumswechsel infolge Zahlung des Forderungsbetrages — ohne daß die Sparkasse sich dessen bewußt zu sein brauchte — erfolgt ist, läßt die bloße Behauptung der Kasse, ihr Sicherungseigentum bestehe noch, als zur Wahrscheinlichmachung des Sicherungseigentums nicht ausreichend erscheinen. Die Abhängigkeit der Existenz des Sicherungseigentums von dem Bestand der Forderung ist in diesem Falle so stark, daß die Wahrscheinlichmachung Angaben über den Forderungsbestand mit umfaßt. Der pfändende Gläubiger kann somit — insofern ist die von Capeller aufgestellte These einzuschränken — bei auflösend bedingter Sicherungsübereignung verlangen, daß die Sparkasse selbstverständlich im Rahmen des zu wahrenen Bankgeheimnisses — ausdrückliche Angaben über den Bestand der Forderung macht, die in Verbindung mit dem vorgelegten Sicherungsübereignungsvertrag das Sicherungseigentum der Kasse als wahrscheinlich erscheinen lassen.

Anders ist die Rechtslage dagegen bei einer vereinbarten unbedingten Sicherungsübereignung. Da hier die Rückzahlung des gewährten Kredits nicht die automatische Rückübertragung des Eigentums auf den Kreditnehmer zur Folge hat, sondern vielmehr eine er-

An den

Sparkassen - und Giroverband  
für Schleswig - Holstein

K i e l

Scha./Lg.

16.12.54

Vor./Rr.

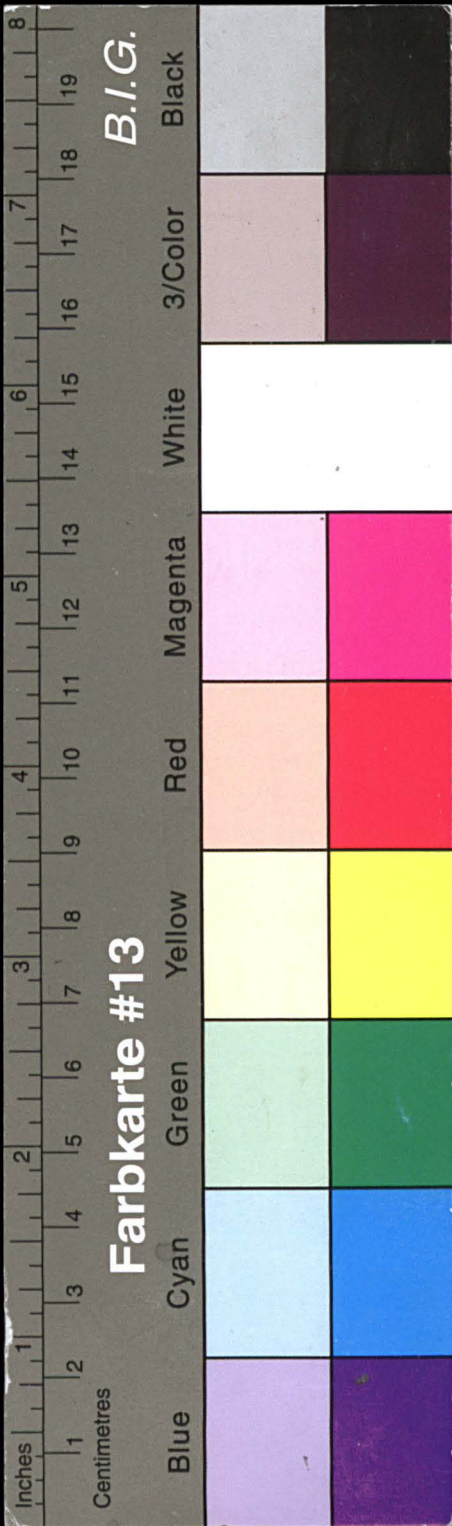
24.12.54

Betr.: Bundesgesetz über das Kreditwesen/Regelung der Bankaufsicht.

Wir danken Ihnen für den uns zur Kenntnisnahme übersandten "Entwurf eines Bundesgesetzes über das Kreditwesen" und geben Ihnen diesen in der Anlage wieder zurück.

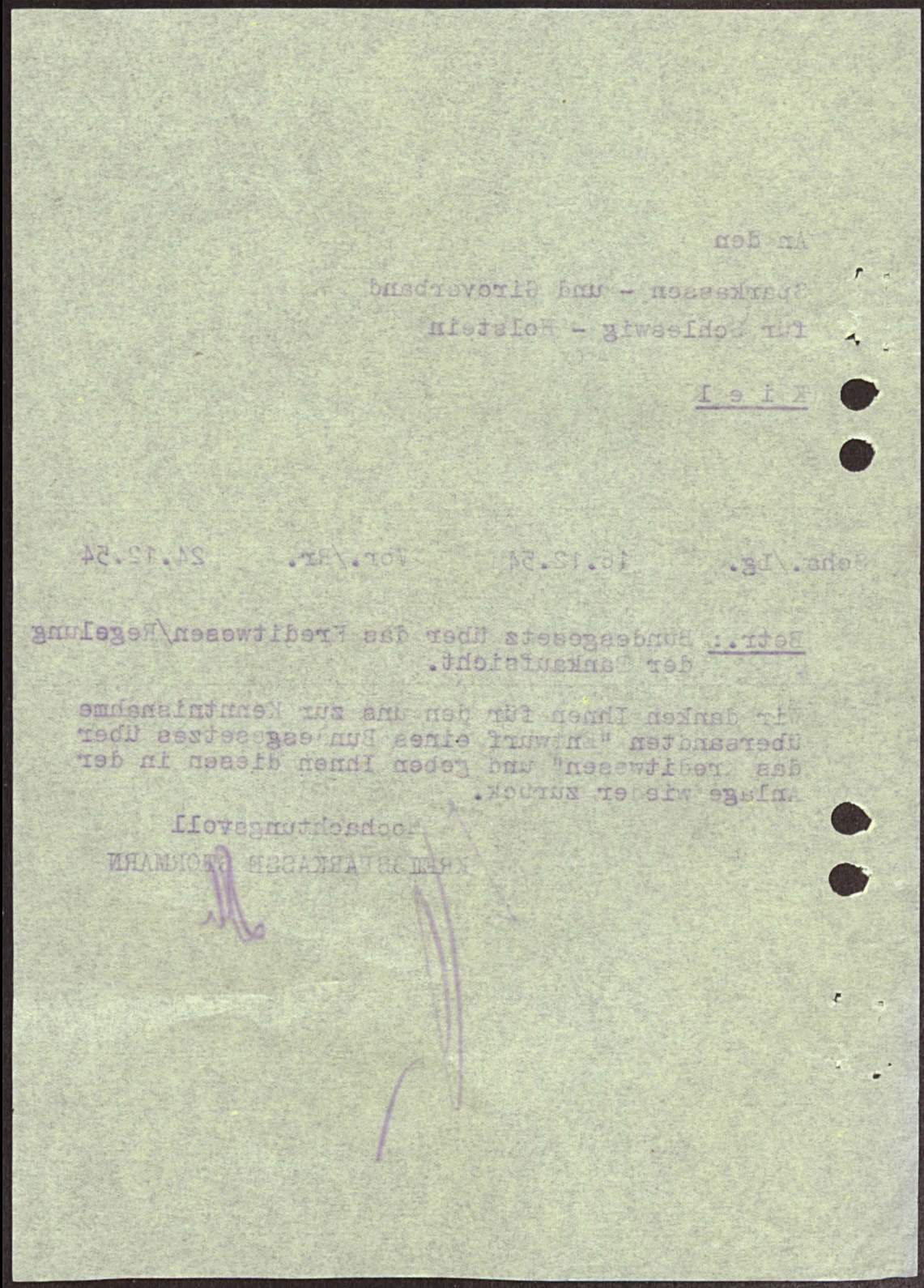
Hochachtungsvoll  
KREISSPARKASSE STORMARN





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



44  
47

SPARKASSEN- UND GIROVERBAND FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN  
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

An die  
Kreissparkasse Stormarn  
(24b) Bad O l d e s l o e  
-----

KIEL, SCHEVENBRÜCKE 2-6  
POSTFACH 62  
RUF 40981

Ihr Zeichen  
--/Rr.

Ihr Schreiben vom  
11.12.54

Kreissparkasse  
Stormarn  
17. DEZ. 1954  
Bad Oldesloe

Unser Zeichen  
Scha/Lg.

Tag  
16. Dezember 1954

Betr.: Bundesgesetz über das Kreditwesen / Regelung der Bankauf-  
sicht.

Nach dem uns zuletzt bekanntgewordenen Entwurf des neuen KWG ist  
von der zentralen Bankaufsicht abgegangen und an deren Stelle vor-  
gesehen, daß die Bankaufsicht bei den Ländern liegen soll.

Wir fügen den uns vorliegenden Entwurf zu Ihrer vertraulichen Kennt-  
nisnahme bei. Für Rückgabe wären wir dankbar, da uns nur ein Exemplar  
zur Verfügung steht.

Hochachtungsvoll  
Sparkassen- und Giroverband  
für Schleswig-Holstein

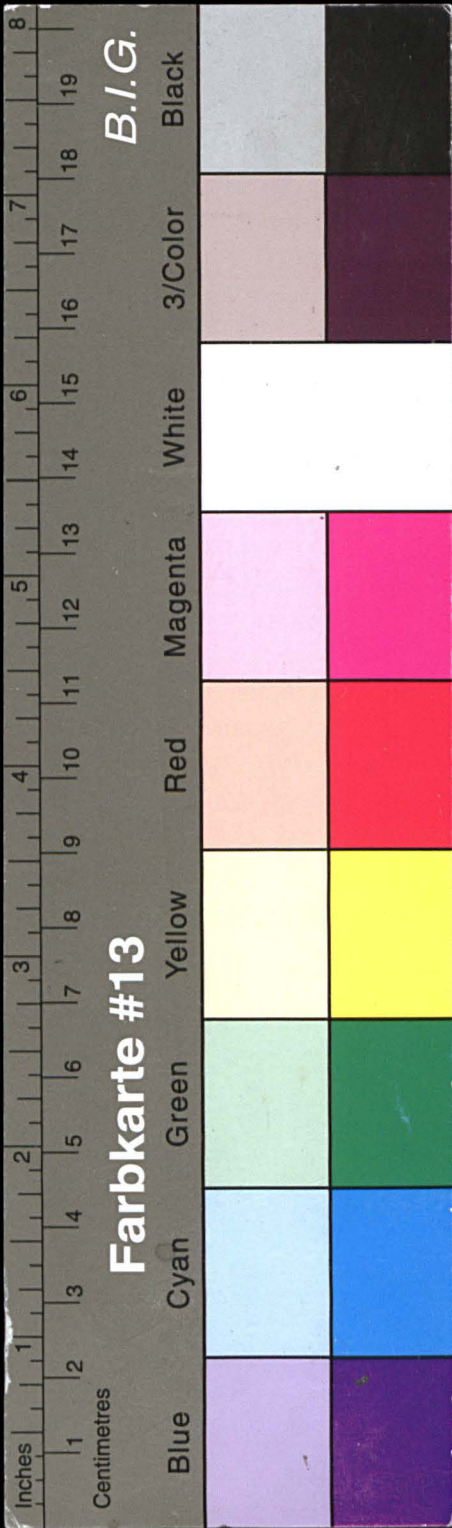
Kam Vorhaben

Anlage § 9. ✓

Kam Buchter Lander

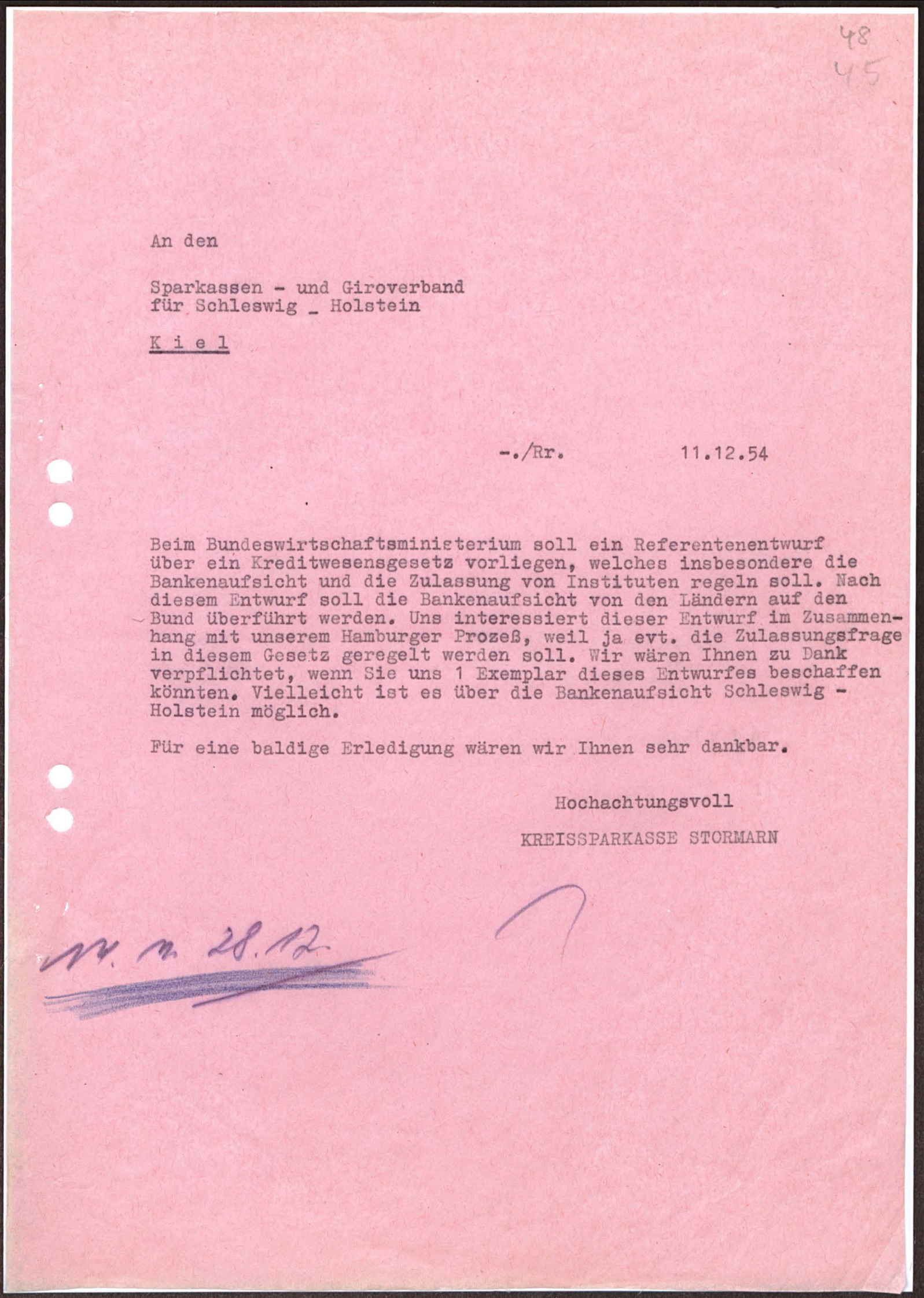
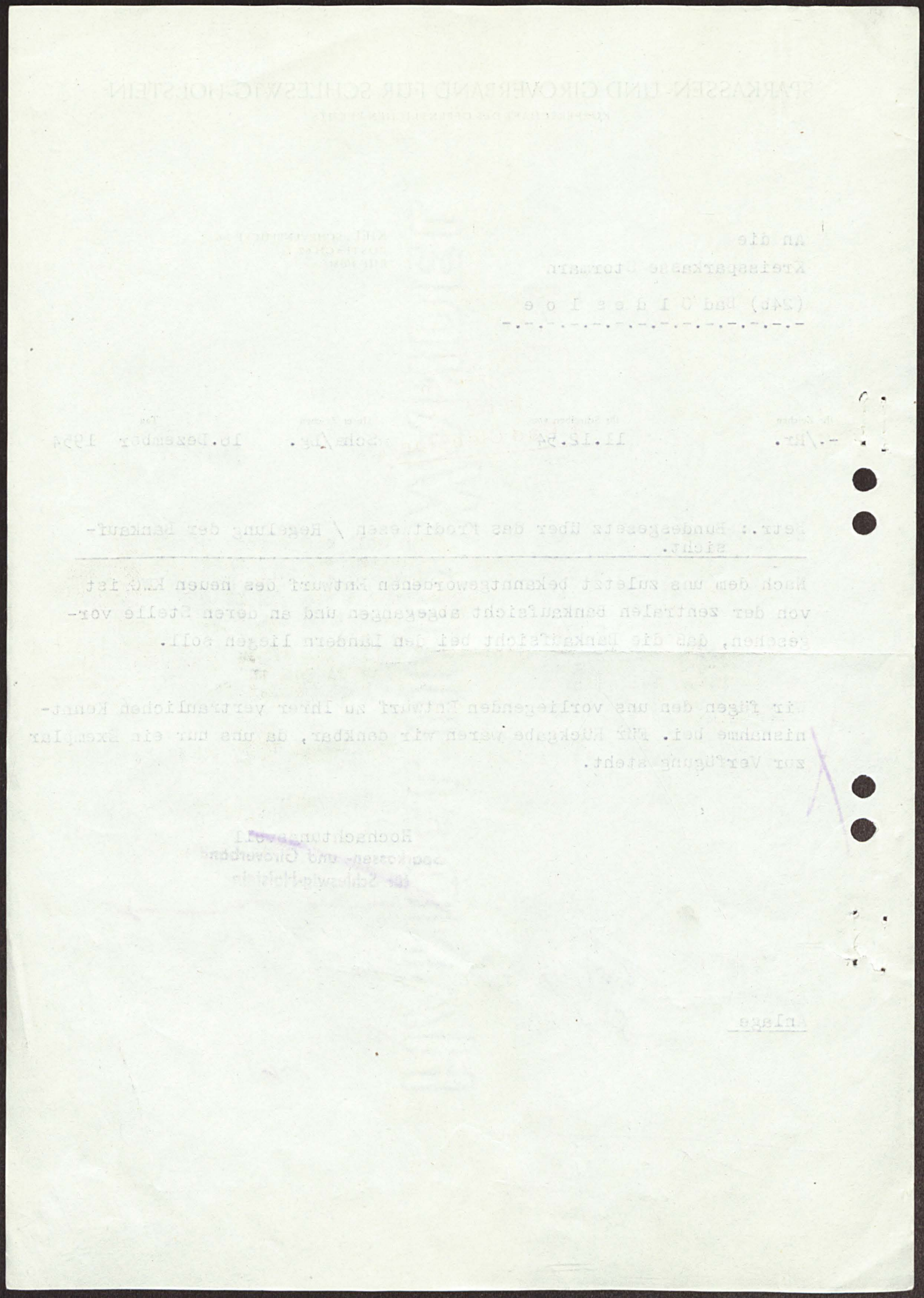
Die Anlage fehlt bei diesem Schreiben 24/12/54



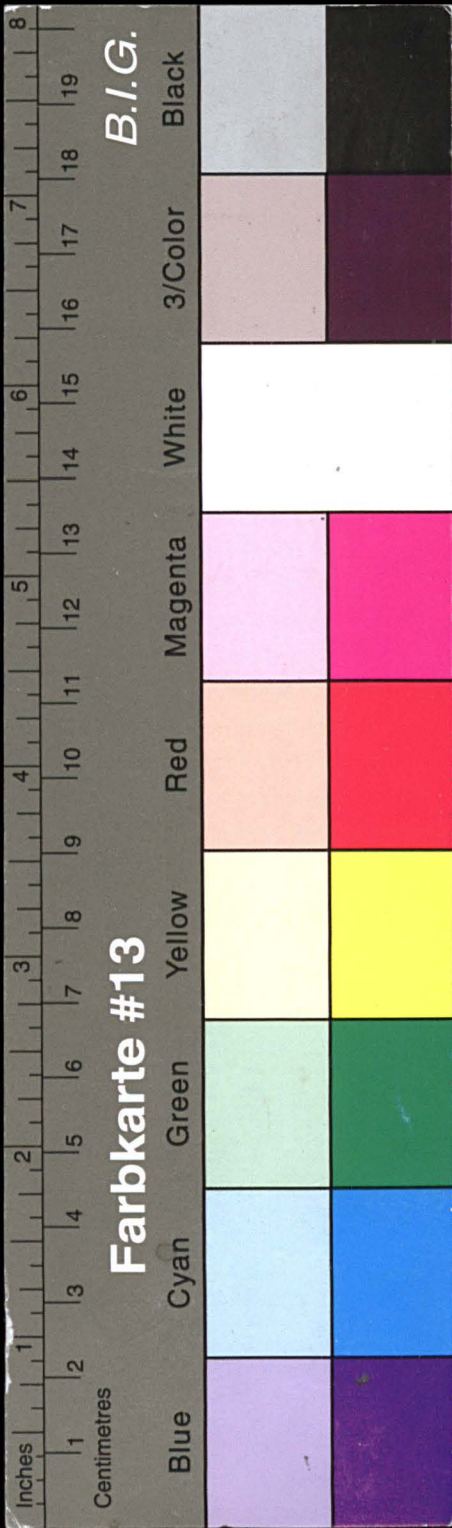


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

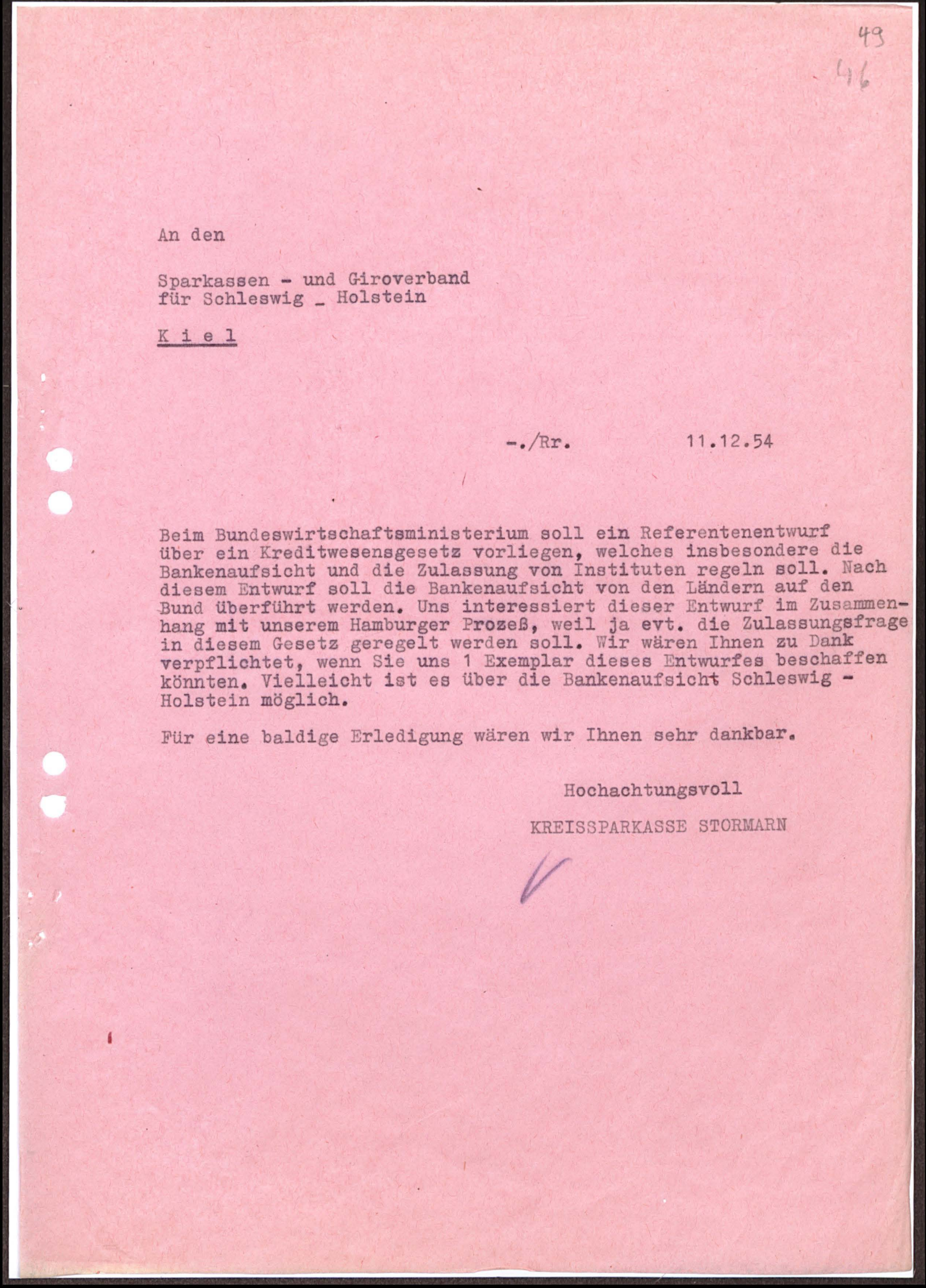
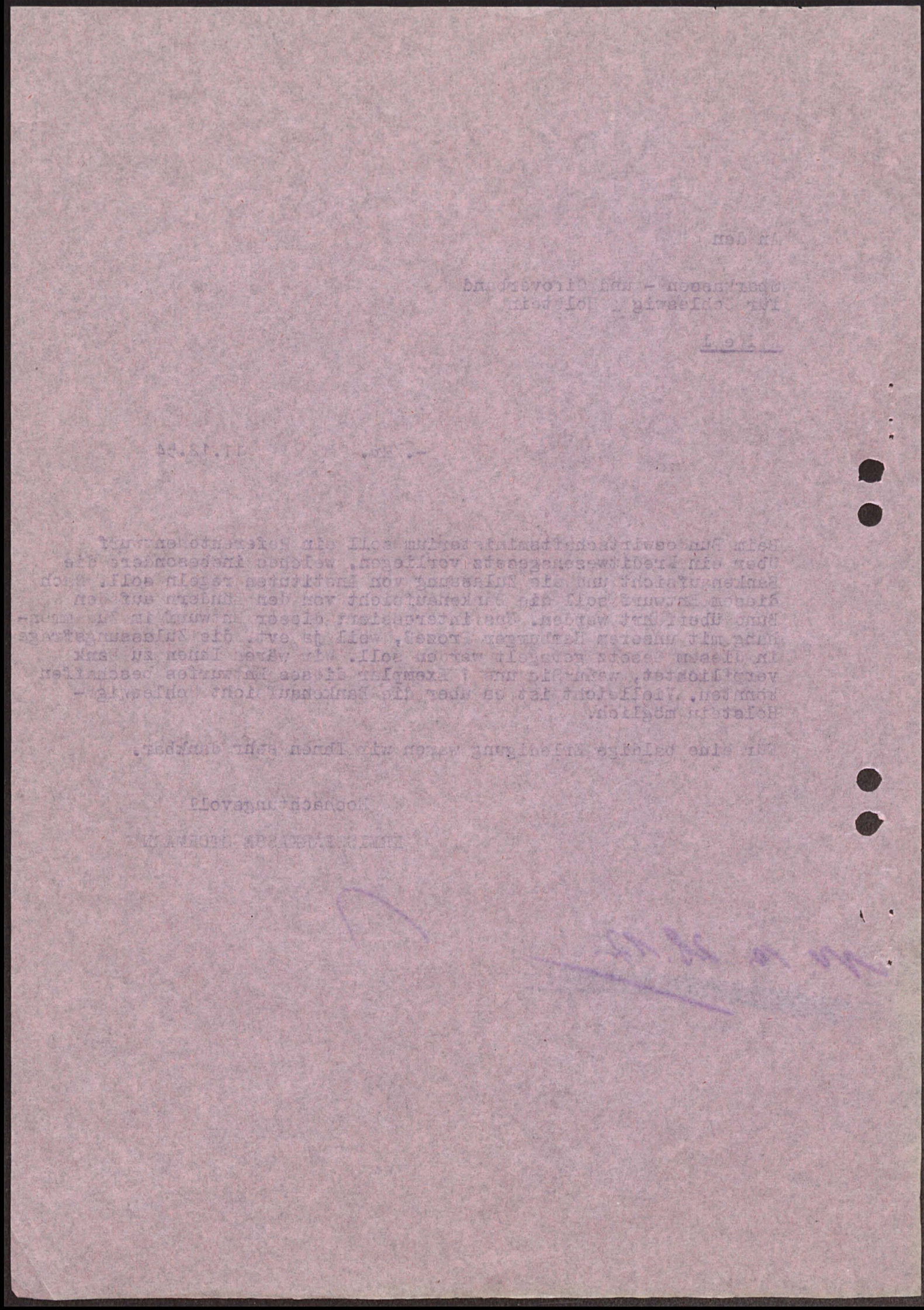






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



An den

Sparkassen - und Giroverband  
für Schleswig - Holstein

K i e l

-. /Rr.

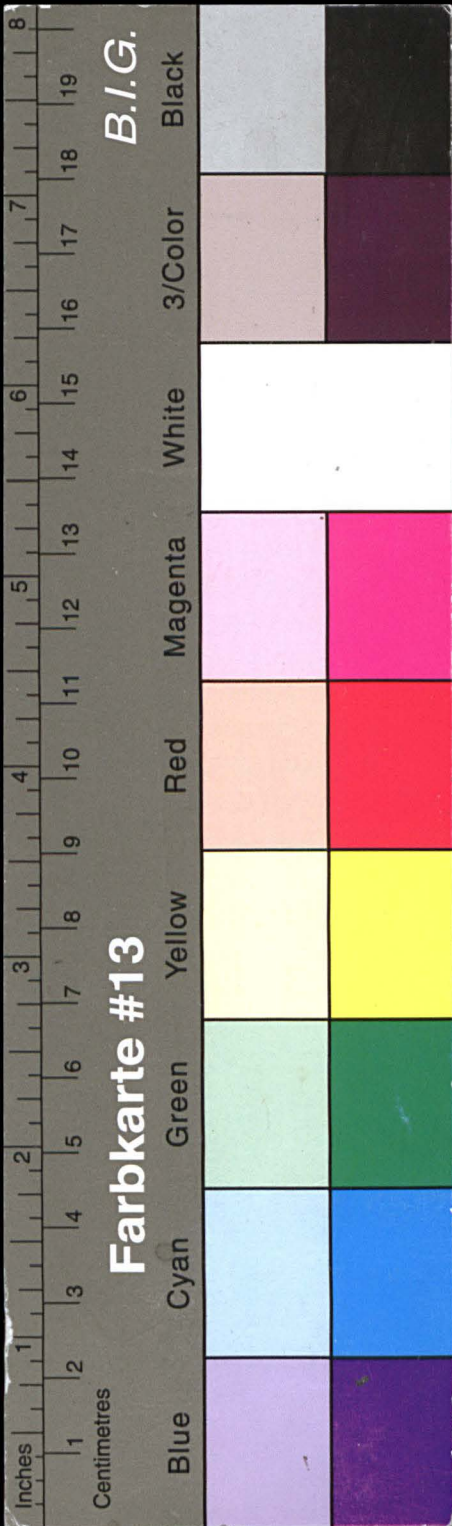
11.12.54

Beim Bundeswirtschaftsministerium soll ein Referentenentwurf über ein Kreditwesengesetz vorliegen, welches insbesondere die Bankenaufsicht und die Zulassung von Instituten regeln soll. Nach diesem Entwurf soll die Bankenaufsicht von den Ländern auf den Bund überführt werden. Uns interessiert dieser Entwurf im Zusammenhang mit unserem Hamburger Prozeß, weil ja evt. die Zulassungsfrage in diesem Gesetz geregelt werden soll. Wir wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie uns 1 Exemplar dieses Entwurfes beschaffen könnten. Vielleicht ist es über die Bankenaufsicht Schleswig - Holstein möglich.

Für eine baldige Erledigung wären wir Ihnen sehr dankbar.

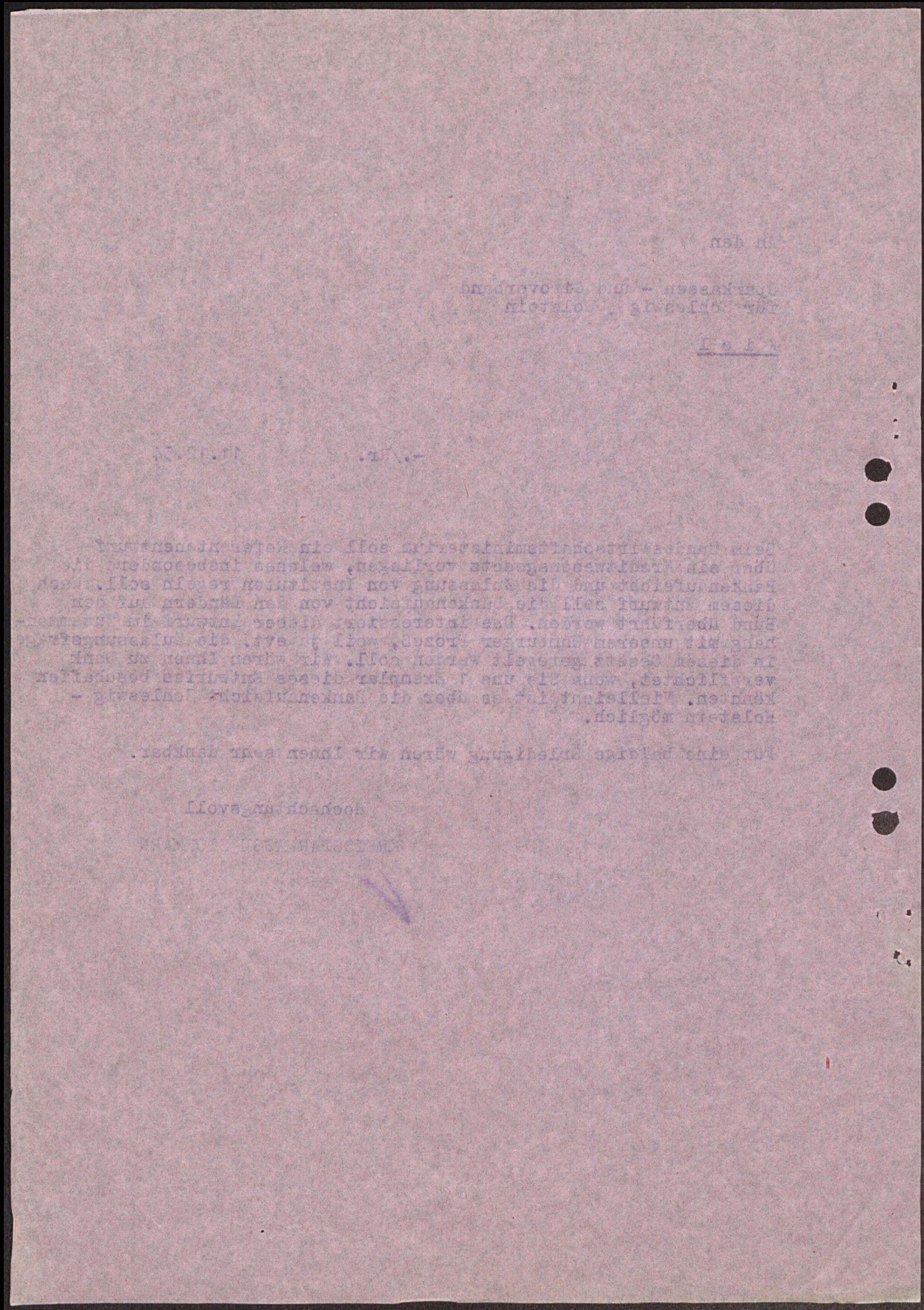
Hochachtungsvoll  
KREISSPARKASSE STORMARN





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



47  
50

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BEHÖRDE FÜR WIRTSCHAFT UND VERKEHR

ALLGEMEINE ABTEILUNG  
BANKENAUF SICHT

- A 40.1 -  
FERNSPRECHER: 34 10 17  
BEHÖRDENNETZ: 36 } App. 330

10. Februar 1955

Kreisarchiv  
Stormarn  
11. FEB. 1955  
Bad Oldesloe

An die  
Kreissparkasse Stormarn

Bad Oldesloe  
Am Markt

Betr.: Ihre Hamburger Zweigstellen  
Bezug: Ihr Schreiben vom 2. Dezember 1954

Da Sie nach den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes gegenwärtig befugt sind, in den von Ihnen auf hamburgischem Gebiet zur Zeit noch unterhaltenen Niederlassungen Sparkassengeschäfte zu betreiben, fehlt es an einem Rechtsschutzbedürfnis für die Erteilung einer vorsorglichen Erlaubnis.

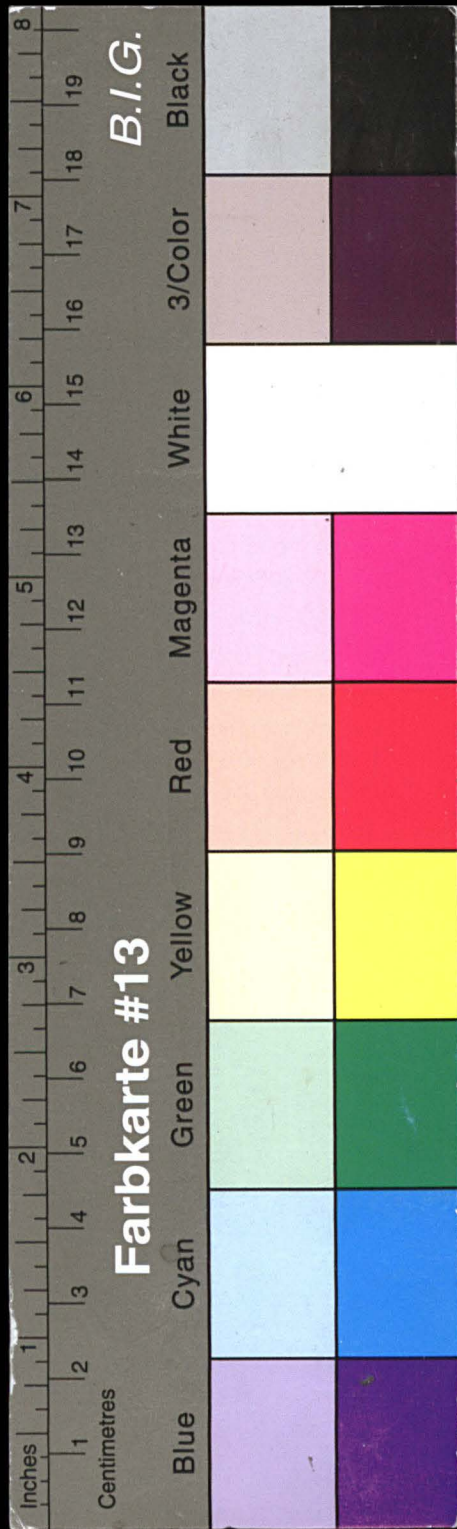
Über Ihren Antrag vom 2. Dezember 1954 kann daher, wie im Einvernehmen mit der Finanzbehörde als Sparkassenaufsichtsbehörde mitgeteilt wird, nicht entschieden werden.

Kuntze  
(Kuntze)  
Bankdirektor

Kuntze  
G. Kuntze  
Kuntze, Kuntze, G. Kuntze  
Kuntze, Kuntze, Kuntze

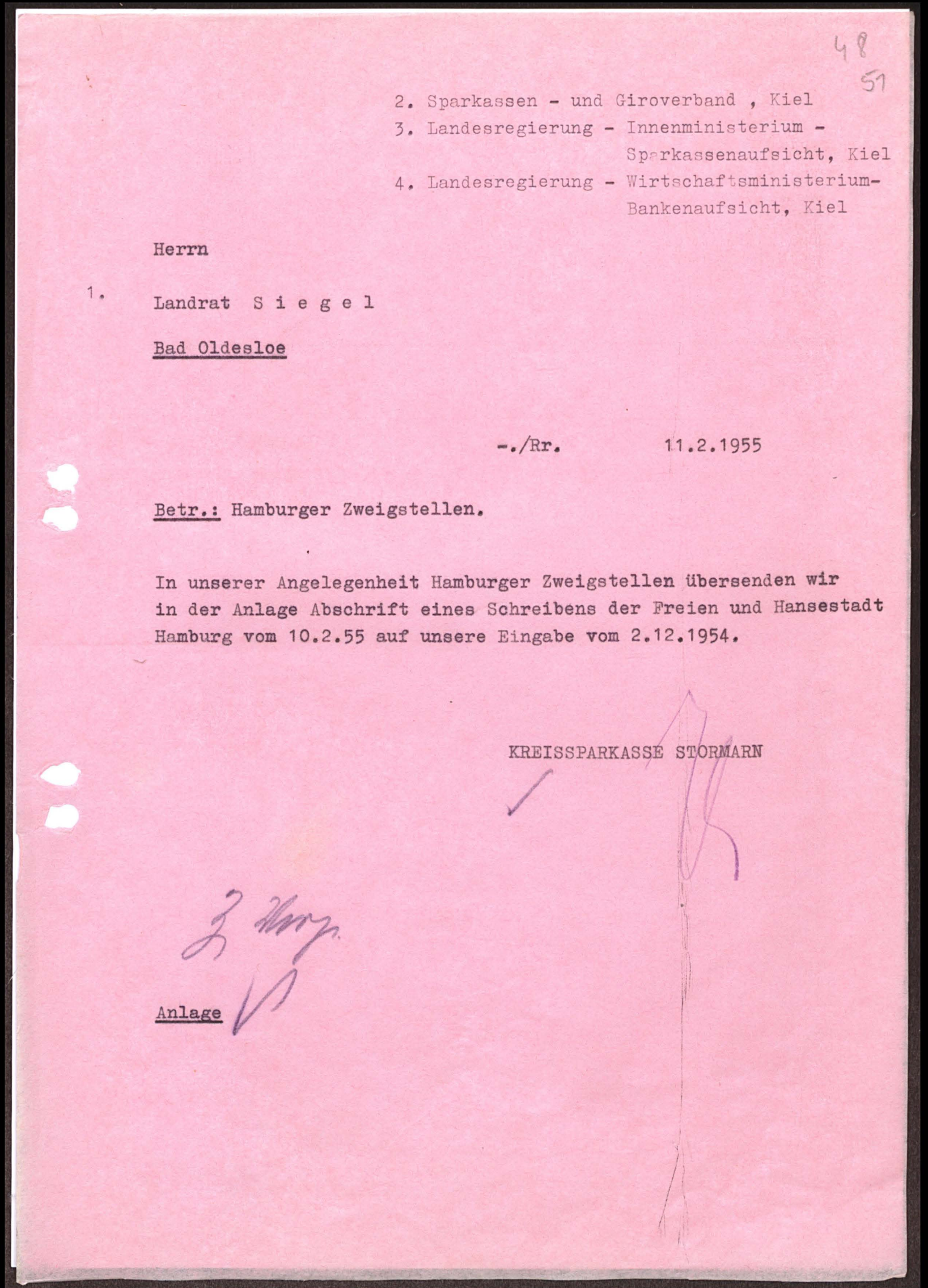
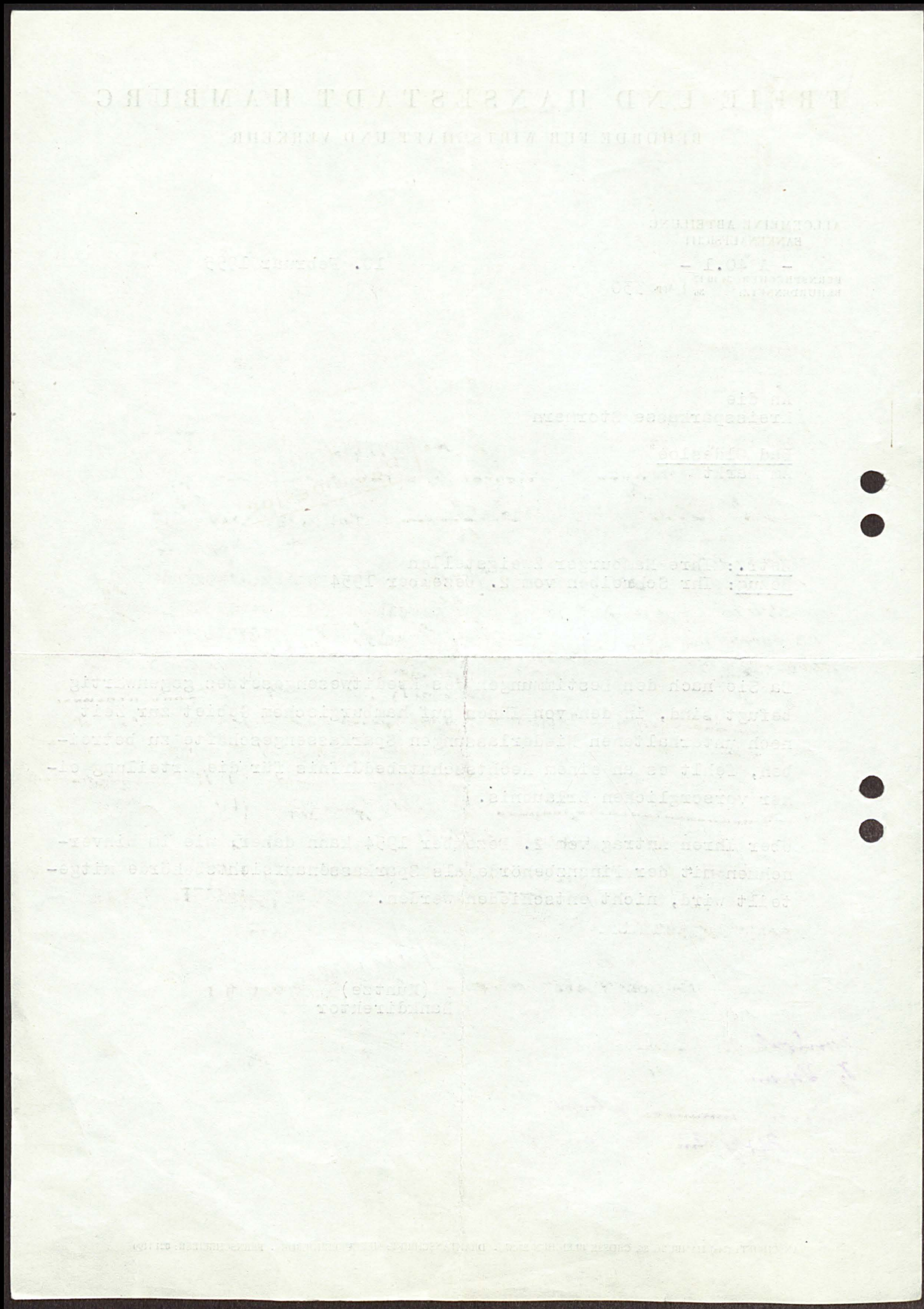
ANSCHRIFT: (24a) HAMBURG 36, GROSSE BLEICHEN 23-27 · DRAHTANSCHRIFT: MERCURBEHÖRDE · FERNSCHREIBER: 021 1100





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



- 48  
57
2. Sparkassen - und Giroverband , Kiel
  3. Landesregierung - Innenministerium -  
Sparkassenaufsicht, Kiel
  4. Landesregierung - Wirtschaftsministerium-  
Bankenaufsicht, Kiel

Herrn

1. Landrat S i e g e l

Bad Oldesloe

-./Rr.

11.2.1955

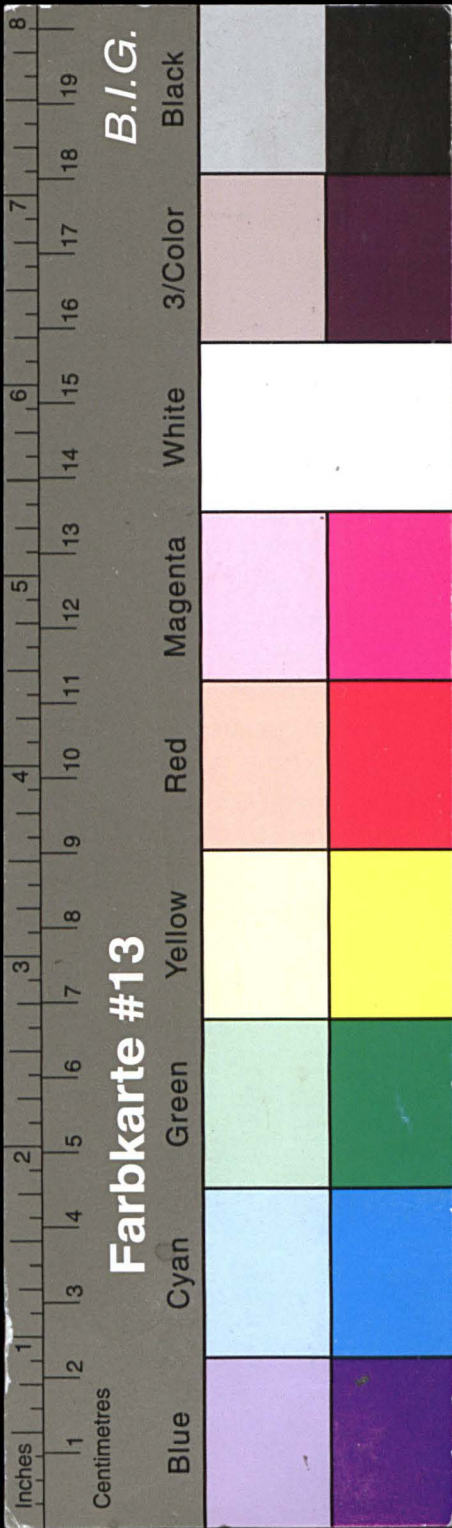
Betr.: Hamburger Zweigstellen.

In unserer Angelegenheit Hamburger Zweigstellen übersenden wir  
in der Anlage Abschrift eines Schreibens der Freien und Hansestadt  
Hamburg vom 10.2.55 auf unsere Eingabe vom 2.12.1954.

KREISSPARKASSE STORMARN

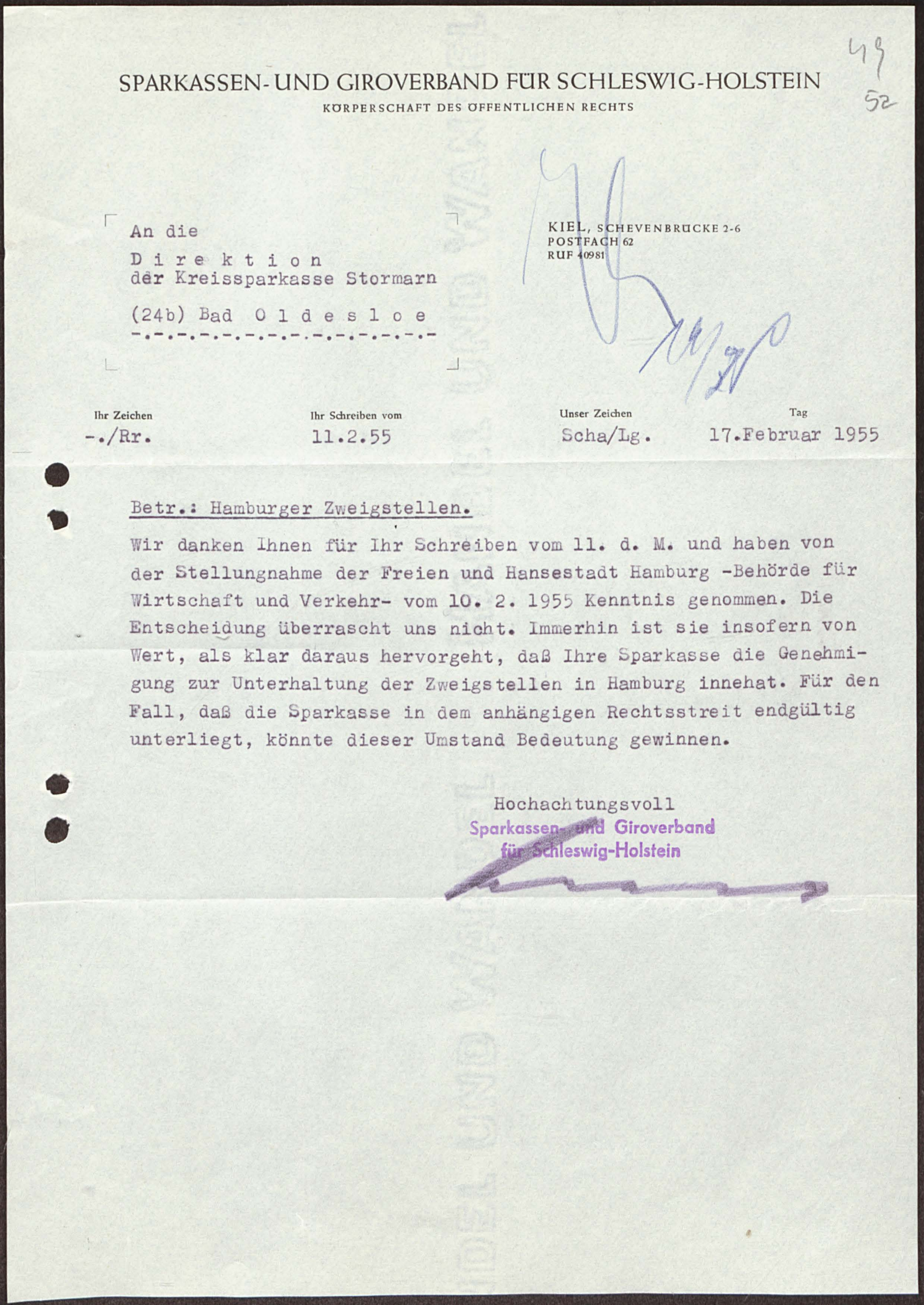
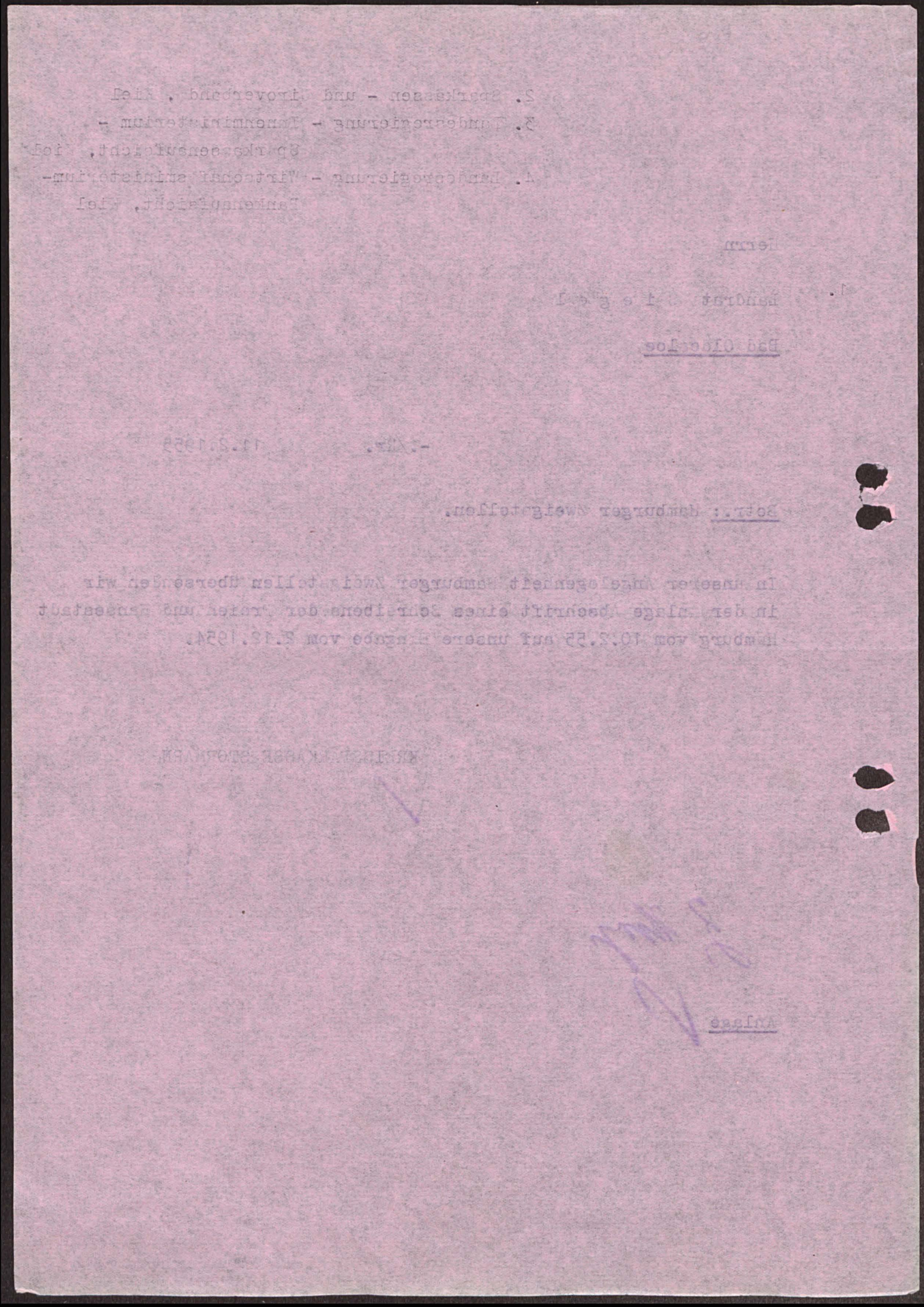
Anlage



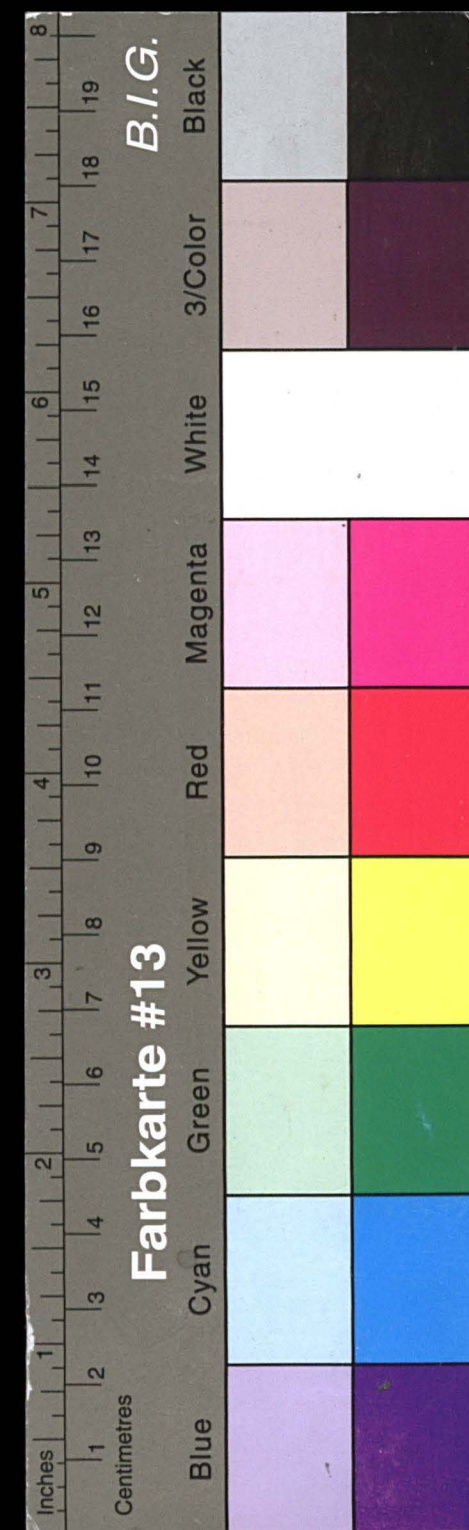


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

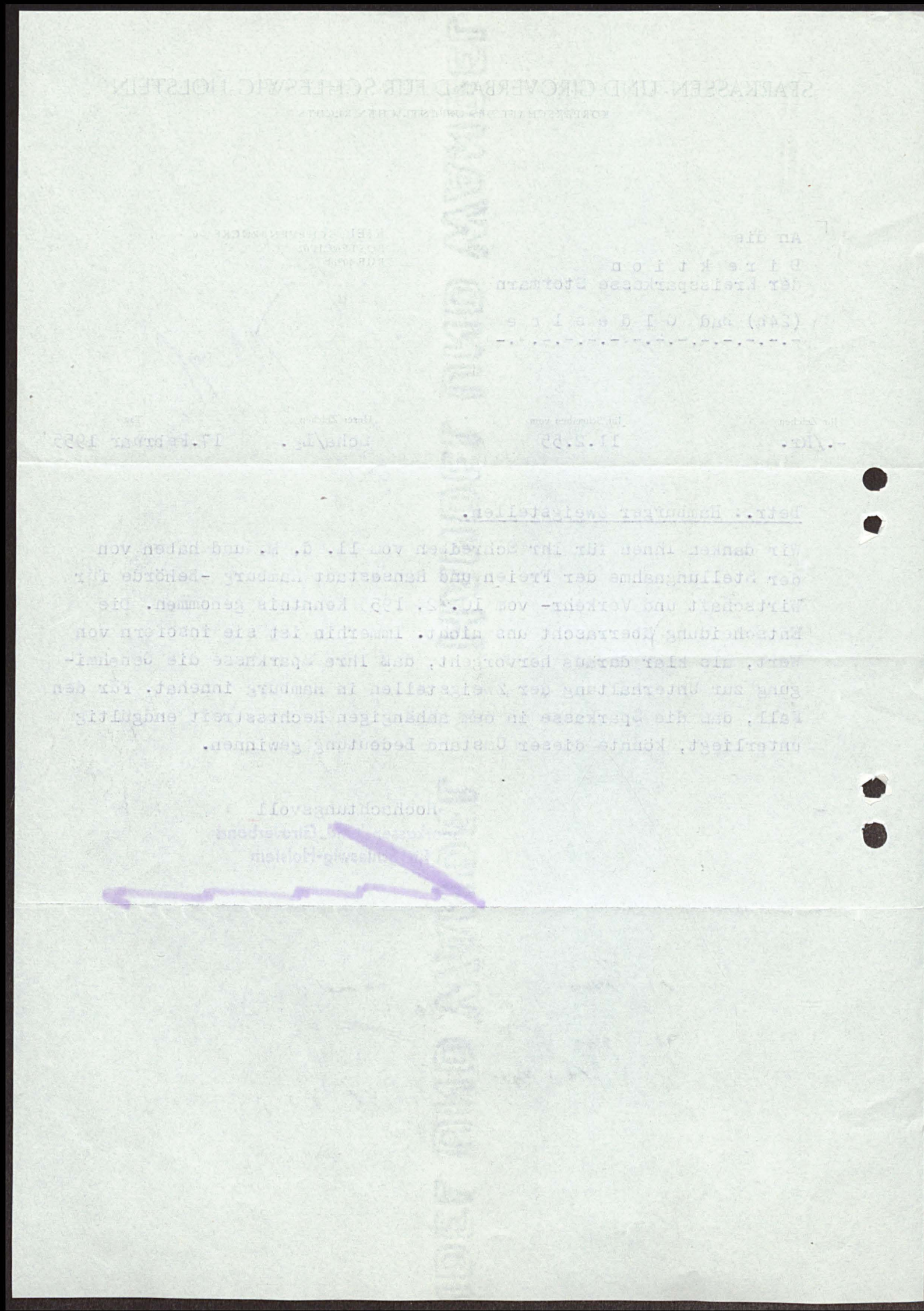






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Verlagsort Hamburg

50  
53

387

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Nr. 91

MITTWOCH, DEN 27. APRIL

1955

Inhalt

Anordnung über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens	387	Straßensperrung	394
Rechtskraft einer Umlegung	388	Wasserstand der Dove-Elbe oberhalb der Tatenberger Schleuse und des Bergedorfer Schleusengrabens oberhalb der Krapphof-Schleuse	394
Verzeichnis der schulpflichtigen Wasserläufe im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg	389	Freihafenverbot	394
Straßensperrung	394		

BEKANTMACHUNGEN

Anordnung  
über die Zuständigkeit auf dem Gebiet  
des Geld- und Kreditwesens.

Zur Ausführung und Ergänzung des Senatsbeschlusses über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens vom 25. Juli 1952 (bekanntgemacht durch das Organisationsamt im Amtlichen Anzeiger Seite 663) wird bestimmt:

§ 1

Für die Aufgaben auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens einschließlich der Bankenaufsicht, insbesondere für die Durchführung der hierzu ergangenen Gesetze und Verordnungen — Anlage — ist die Behörde für Wirtschaft und Verkehr zuständig, soweit nicht die §§ 2 und 3 dieser Anordnung etwas anderes bestimmen.

§ 2

(1) Das Verordnungsrecht auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens verbleibt dem Senat. Die Befugnis der Behörde für Wirtschaft und Verkehr zum Erlaß von allgemeinen Anordnungen gegenüber den Kreditinstituten auf Grund der §§ 32 f und 36 letzter Satz des Gesetzes über das Kreditwesen wird hiervon nicht berührt.

(2) Der Senat nimmt die Aufgaben des Ministerpräsidenten und Fachministers im Sinne der Militärregierungsverordnung Nr. 132 — Landeszentralbanken — wahr. Er genehmigt die Satzung der Landeszentralbank.

(3) Der Senat ist ferner zuständig:

a) für die Bestellung von Staatskommissaren und Treuhändern bei den Kreditinstituten, soweit es sich nicht um eine Maßnahme nach § 32 e des Gesetzes über das Kreditwesen handelt;

b) für Verwaltungsakte auf Grund folgender Bestimmungen:

aa) §§ 29 und 45 Absatz 2 des Gesetzes über das Kreditwesen;

bb) § 1 des Hypothekenbankgesetzes;

cc) §§ 1, 10 Absätze 3 und 12 Absatz 3 des Gesetzes über Schiffspfandbriefbanken;

c) für die Wahrnehmung der in den Satzungen der Hamburger Sparcasse von 1827 und der Neuen Sparcasse von 1864 dem Senat übertragenen Befugnisse.

§ 3

(1) Die Finanzbehörde ist zuständig für das öffentliche Kreditwesen, insbesondere

a) des Wertpapierwesens der öffentlichen Hand,

b) die Verschuldung der öffentlichen Hand (einschließlich der Kreditaufnahme im Zentralbanksystem),

c) Ausgleichsforderungen mit Ausnahme der Prüfung und Bestätigung von Umstellungsrechnungen und Zuteilung von Ausgleichsforderungen bei Geldinstituten.

(2) Die Finanzbehörde ist ferner zuständig für die Ausübung der Staatsaufsicht über die Hamburgische Landesbank und die Wahrnehmung der Rechte, die sich für die Freie und Hansestadt Hamburg aus der Kapitaleinlage bei der Landeszentralbank ergeben.

§ 4

(1) Die Finanzbehörde und die Behörde für Wirtschaft und Verkehr haben sich in allen das Geld- und Kreditwesen berührenden Fragen grundsätzlicher Bedeutung gegenseitig zu beteiligen.

(2) Die Finanzbehörde ist von der Behörde für Wirtschaft und Verkehr bei allen Entscheidungen, die für die Finanzen oder die Finanzverwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg von Bedeutung sind, und die Behörde für Wirtschaft und Verkehr ist von der Finanzbehörde bei allen Entscheidungen, die kapitalmarktpolitisch von Bedeutung sind, zu beteiligen.

§ 5

(1) Für die Aufgaben der in der Anlage Ziffer 11 und 18 zitierten Gesetze bleiben die bisherigen Zuständigkeitsanordnungen vom 27. August 1954 (Amtlicher Anzeiger Seite 739) und vom 28. November 1950 (Amtlicher Anzeiger Seite 871) aufrechterhalten.

(2) Die Stiftungsaufsicht über die Sparkassen wird durch diese Anordnung nicht berührt.

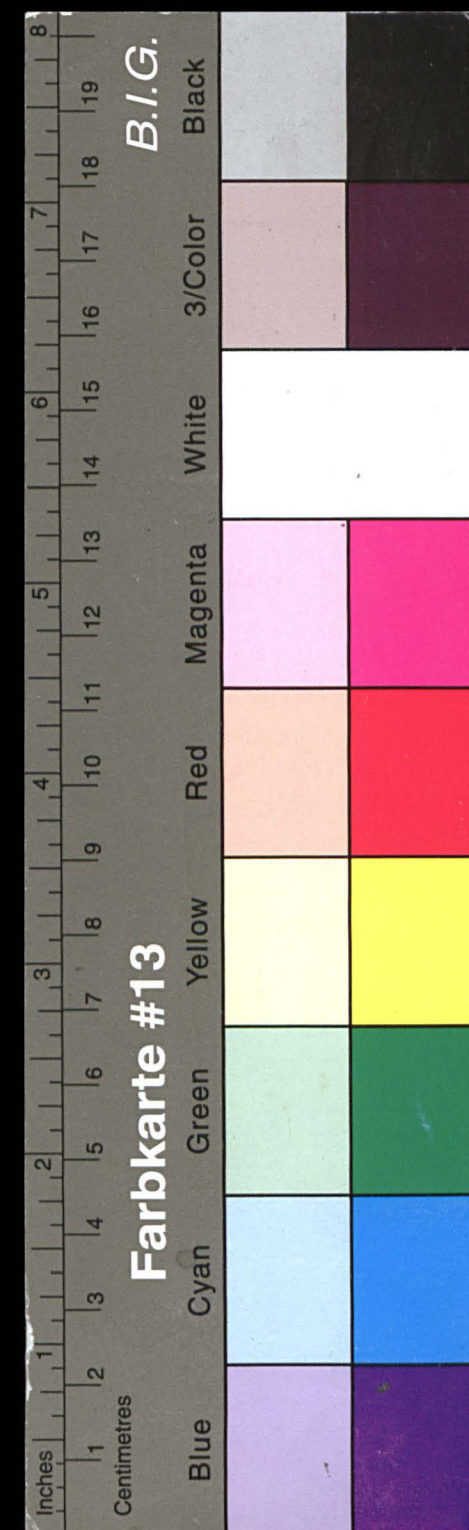
§ 6

§ 1 Absatz 4 des Gesetzes über Verwaltungsbehörden in der Fassung vom 30. Juli 1952 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 163) bleibt unberührt.

Gegeben in der Versammlung des Senats,  
Hamburg, den 22. April 1955.

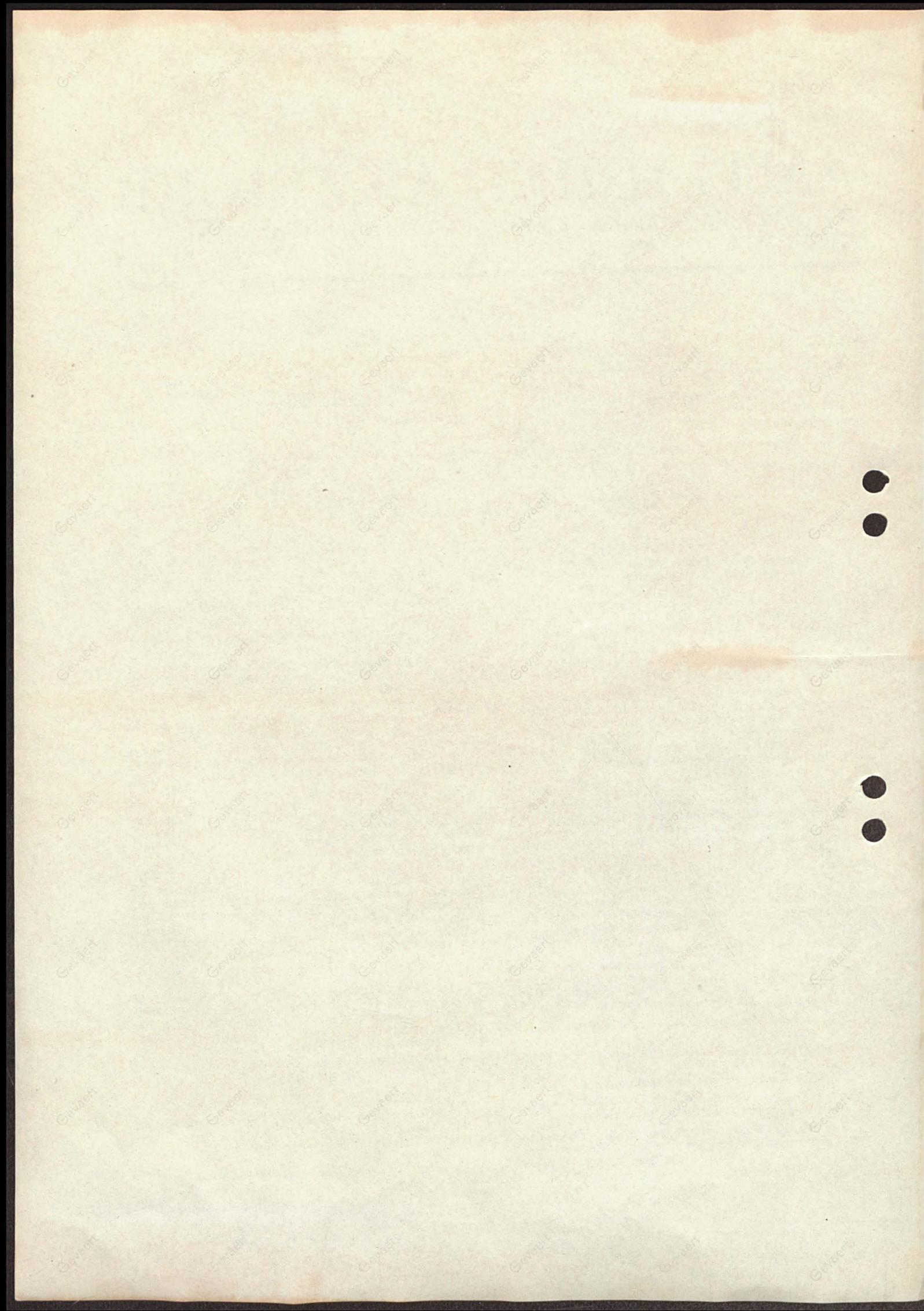
1125





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



388

AMTLICHER ANZEIGER 27. APRIL 1955

Nr. 91

Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens

(Der Aufzählung kommt keine abschließende Bedeutung zu)

Anlage

1. Gesetz über das Kreditwesen vom 25. September 1939 (Reichsgesetzblatt I Seite 1955) in der Fassung der Verordnungen vom 23. Juli 1940 und 18. September 1944 (Reichsgesetzblatt I 1940 Seite 1047, 1944 Seite 211) sowie der zur Durchführung und Ergänzung ergangenen Verordnungen.

2. Hypothekendarbankgesetz vom 13. Juli 1899 (Reichsgesetzblatt Seite 375) in der Fassung der Gesetze vom 14. Juli 1923, 26. Januar 1926, 21. Dezember 1927 und 29. März 1930 (Reichsgesetzblatt I 1923 Seite 635, 1926 Seite 97, 1927 Seite 491 und 1930 Seite 108).

3. Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffspfandbriefgesetz) in der Fassung vom 8. April 1943 (Reichsgesetzblatt I Seite 241).

4. Gesetz über eine vorübergehende Erweiterung der Geschäfte der Hypotheken- und Schiffspfandbriefbanken vom 5. August 1950 (Bundesgesetzblatt I Seite 353).

5. Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Hypotheken- und Schiffspfandbriefwesens sowie über Ausnahmen von § 247 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches vom 30. April 1954 (Bundesgesetzblatt I Seite 115).

6. Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 21. Dezember 1927 (Reichsgesetzblatt I Seite 492) in der Fassung des Gesetzes vom 12. März 1931 und der Verordnung vom 16. November 1940 (Reichsgesetzblatt I 1931 Seite 32, 1940 Seite 1521).

7. Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 20. Dezember 1938 (Reichsgesetzblatt I Seite 1904).

8. Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren vom 4. Februar 1937 (Reichsgesetzblatt I Seite 171).

9. Gesetz zur Bereinigung des Wertpapierwesens (Wertpapierbereinigungsgesetz) vom 19. August 1949 (Gesetzblatt der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes — WiGBI. — Seite 295) mit Änderungs- und Ergänzungsgesetzen vom 29. März 1951 und 20. August 1953 (Bundesgesetzblatt I 1951 Seite 211, 1953 Seite 940).

10. Gesetz zur Bereinigung von deutschen Schuldverschreibungen, die auf ausländische Währung lauten (Bereinigungsgesetz für deutsche Auslandsbonds) vom 25. August 1952 (Bundesgesetzblatt I Seite 553).

11. Gesetz über die staatliche Genehmigung der Ausgabe von Inhaber- und Orderschuldverschreibungen vom 26. Juni 1954 (Bundesgesetzblatt I Seite 147).

12. Gesetz Nr. 63 der britischen Militärregierung, Drittes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz), (Amtsblatt der Militärregierung Seite 862) nebst den dazu erlassenen Durchführungsverordnungen.

13. Verordnung Nr. 132 (Erste Abänderung der britischen Militärregierung (Amtsblatt der Militärregierung Seite 1067) in der Fassung des Gesetzes Nr. 21 der Alliierten Hohen Kommission (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission Seite 118), des Gesetzes vom 3. November 1952 (Bundesgesetzblatt I Seite 729) und des Gesetzes vom 7. September 1953 (Bundesgesetzblatt I Seite 1519).

14. Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. März 1952 (Bundesgesetzblatt I Seite 217).

15. Gesetz über die innerdeutsche Regelung von Vorkriegsremboursverbindlichkeiten vom 20. August 1953 (Bundesgesetzblatt I Seite 999).

16. Verordnung des Reichspräsidenten über die Spar- und Girokassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 5. August 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 429) in der Fassung des Gesetzes vom 7. Juni 1939 (Reichsgesetzblatt I Seite 986).

17. Fünfter Teil der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 537) in der Fassung der Verordnungen vom 8. Dezember 1931 und 5. Dezember 1939 (Reichsgesetzblatt I 1931 Seite 699, 1939 Seite 2413).

18. Zweites Gesetz über die Eintragung von Schiffspfandrechten in ausländischer Währung vom 29. März 1923 (Reichsgesetzblatt I Seite 232) in der Fassung des Vierten Gesetzes über die Eintragung von Schiffspfandrechten in ausländischer Währung vom 19. Dezember 1930 (Reichsgesetzblatt I Seite 629).

19. Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Bank- und Sparkassenwesens vom 5. Dezember 1939 (Reichsgesetzblatt I Seite 2413) in der Fassung der Verordnung vom 31. Dezember 1940 (Reichsgesetzblatt I 1941 Seite 19).

20. Verordnung über den Kommunalkredit der Sparkassen vom 24. April 1941 (Reichsgesetzblatt I Seite 223).

Rechtskraft einer Umlegung.

Die Umlegungskommission hat in dem Teilgebiet IV des Umlegungsverfahrens U 51

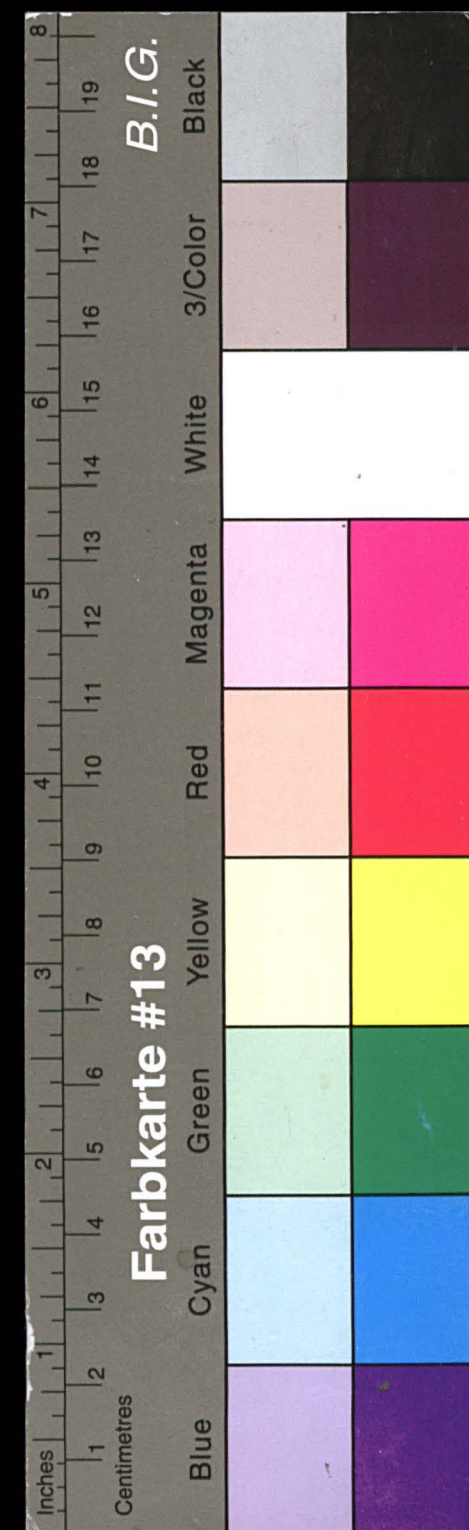
(Planbezirk D 83/51 Eisenbahnstrecke Hamburg-Hauptbahnhof — Bahnhof Berliner Tor — Hochwasserbassin — Bille — Oberhafen — Eisenbahnkörper an der Altländer Straße — Norderstraße) auf Grund des § 34 Absatz 2 des Gesetzes über den Aufbau der Hansestadt Hamburg vom 11. April 1949 für die Ordnungsnummern 768 (Gotenstraße Flurstück 1375) und 769 (Gotenstraße Flurstück 1376) die Rechtskraft des Umlegungsplanes mit dem Umlegungsverzeichnis und die des Verteilungsverzeichnisses, für die Ordnungsnummern 451 (Lorenzstraße Flurstück 333) und 454 (Nagelsweg Flurstück 651) die Rechtskraft des Verteilungsverzeichnisses, sowie auf Grund des § 36 des oben aufgeführten Gesetzes für die Ordnungsnummer 107 (Gotenstraße Flurstück 815) die Rechtskraft des Umlegungsplanes mit dem Umlegungsverzeichnis festgestellt.

Hamburg, den 22. April 1955.

Die Umlegungskommission

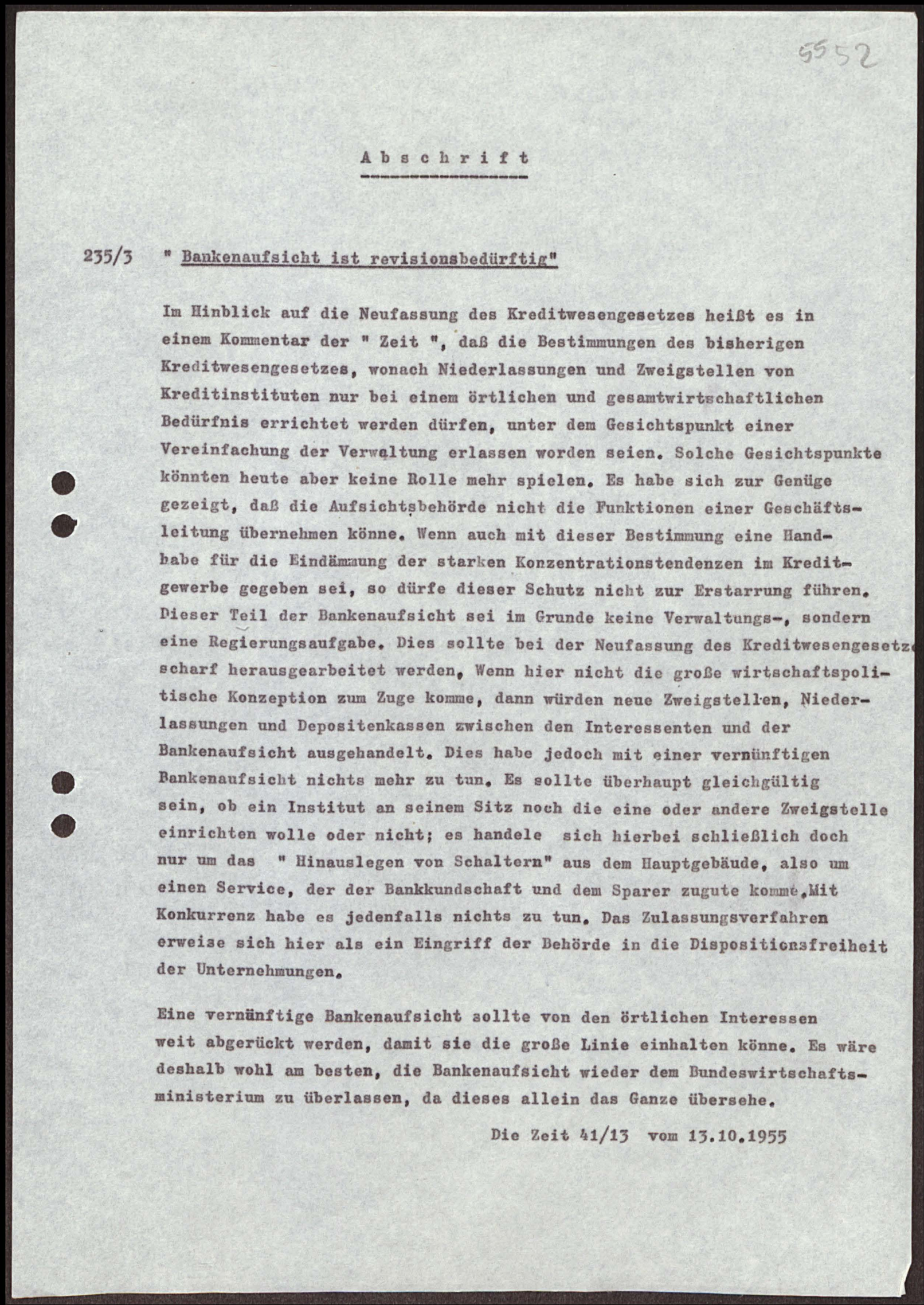
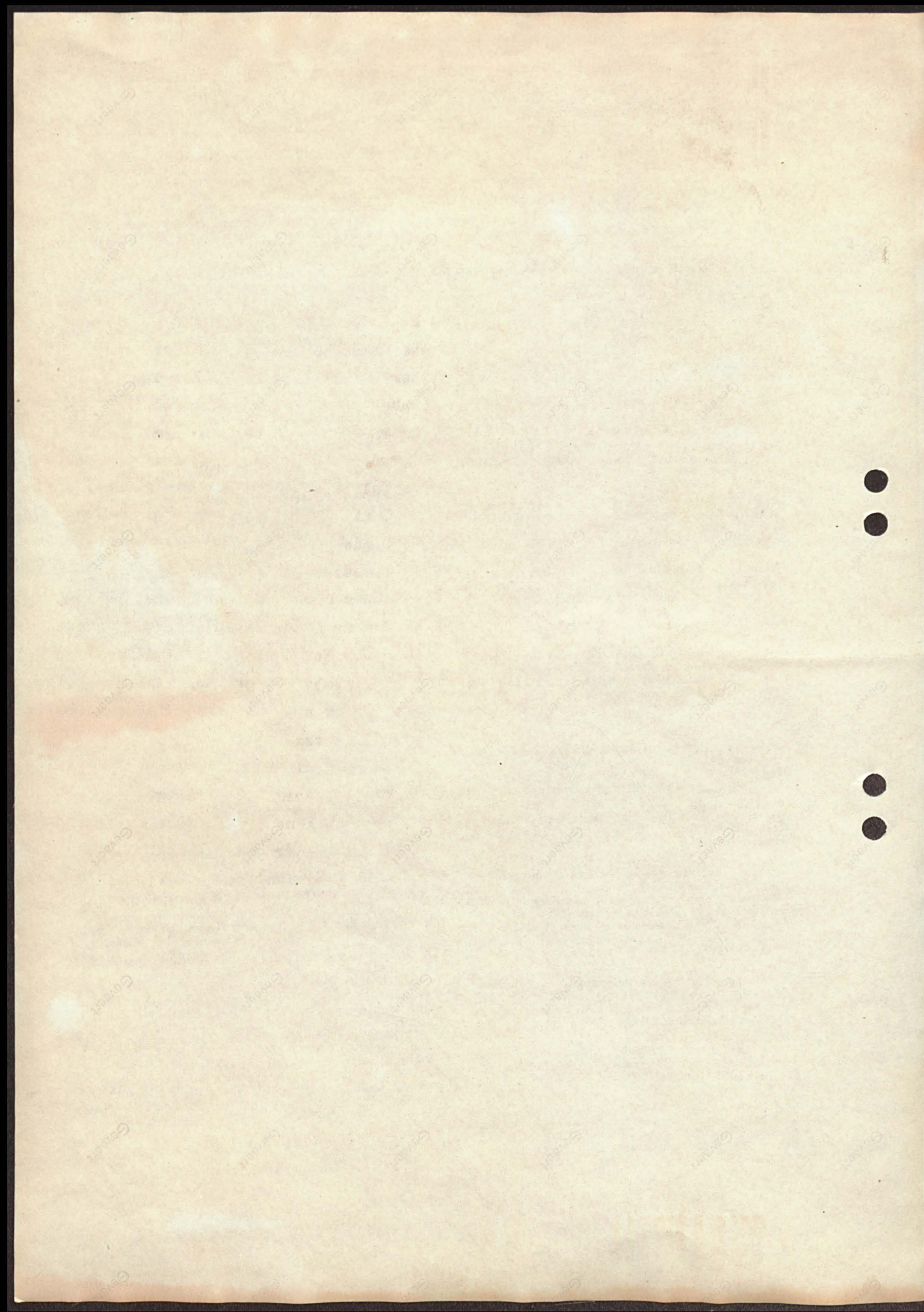
1126





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



5552

## Abschrift

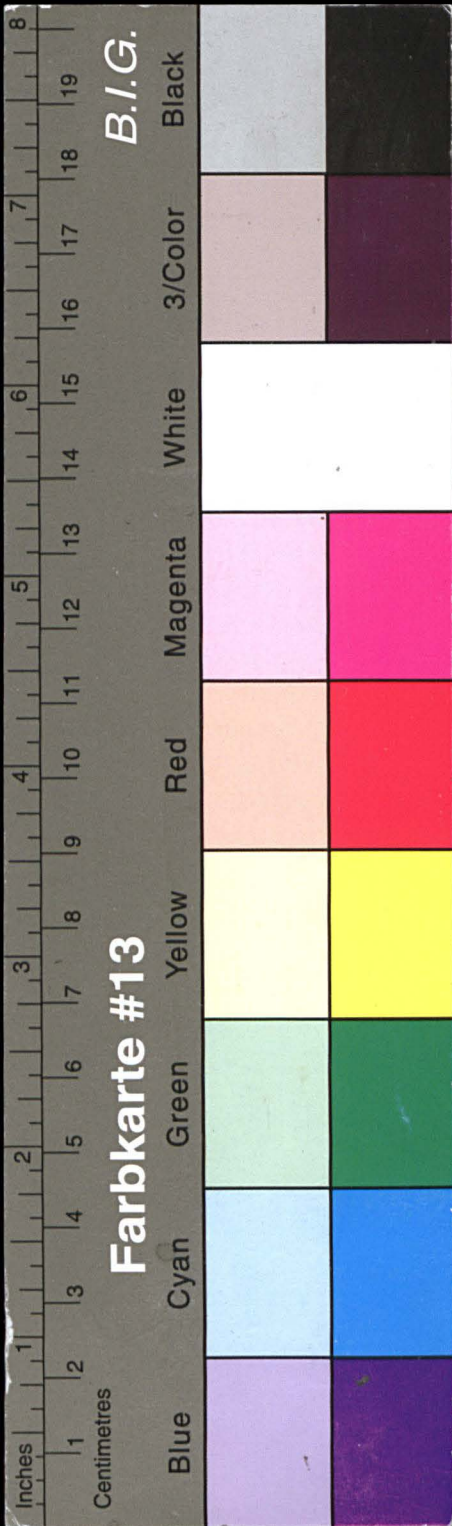
235/3 "Bankenaufsicht ist revisionsbedürftig"

Im Hinblick auf die Neufassung des Kreditwesengesetzes heißt es in einem Kommentar der "Zeit", daß die Bestimmungen des bisherigen Kreditwesengesetzes, wonach Niederlassungen und Zweigstellen von Kreditinstituten nur bei einem örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedürfnis errichtet werden dürfen, unter dem Gesichtspunkt einer Vereinfachung der Verwaltung erlassen worden seien. Solche Gesichtspunkte könnten heute aber keine Rolle mehr spielen. Es habe sich zur Genüge gezeigt, daß die Aufsichtsbehörde nicht die Funktionen einer Geschäftsleitung übernehmen könne. Wenn auch mit dieser Bestimmung eine Handhabe für die Eindämmung der starken Konzentrationstendenzen im Kreditgewerbe gegeben sei, so dürfe dieser Schutz nicht zur Erstarrung führen. Dieser Teil der Bankenaufsicht sei im Grunde keine Verwaltungs-, sondern eine Regierungsaufgabe. Dies sollte bei der Neufassung des Kreditwesengesetzes scharf herausgearbeitet werden. Wenn hier nicht die große wirtschaftspolitische Konzeption zum Zuge komme, dann würden neue Zweigstellen, Niederlassungen und Depositenkassen zwischen den Interessenten und der Bankenaufsicht ausgehandelt. Dies habe jedoch mit einer vernünftigen Bankenaufsicht nichts mehr zu tun. Es sollte überhaupt gleichgültig sein, ob ein Institut an seinem Sitz noch die eine oder andere Zweigstelle einrichten wolle oder nicht; es handle sich hierbei schließlich doch nur um das "Hinauslegen von Schaltern" aus dem Hauptgebäude, also um einen Service, der der Bankkundschaft und dem Sparer zugute komme. Mit Konkurrenz habe es jedenfalls nichts zu tun. Das Zulassungsverfahren erweise sich hier als ein Eingriff der Behörde in die Dispositionsfreiheit der Unternehmungen.

Eine vernünftige Bankenaufsicht sollte von den örtlichen Interessen weit abgerückt werden, damit sie die große Linie einhalten könne. Es wäre deshalb wohl am besten, die Bankenaufsicht wieder dem Bundeswirtschaftsministerium zu überlassen, da dieses allein das Ganze übersehe.

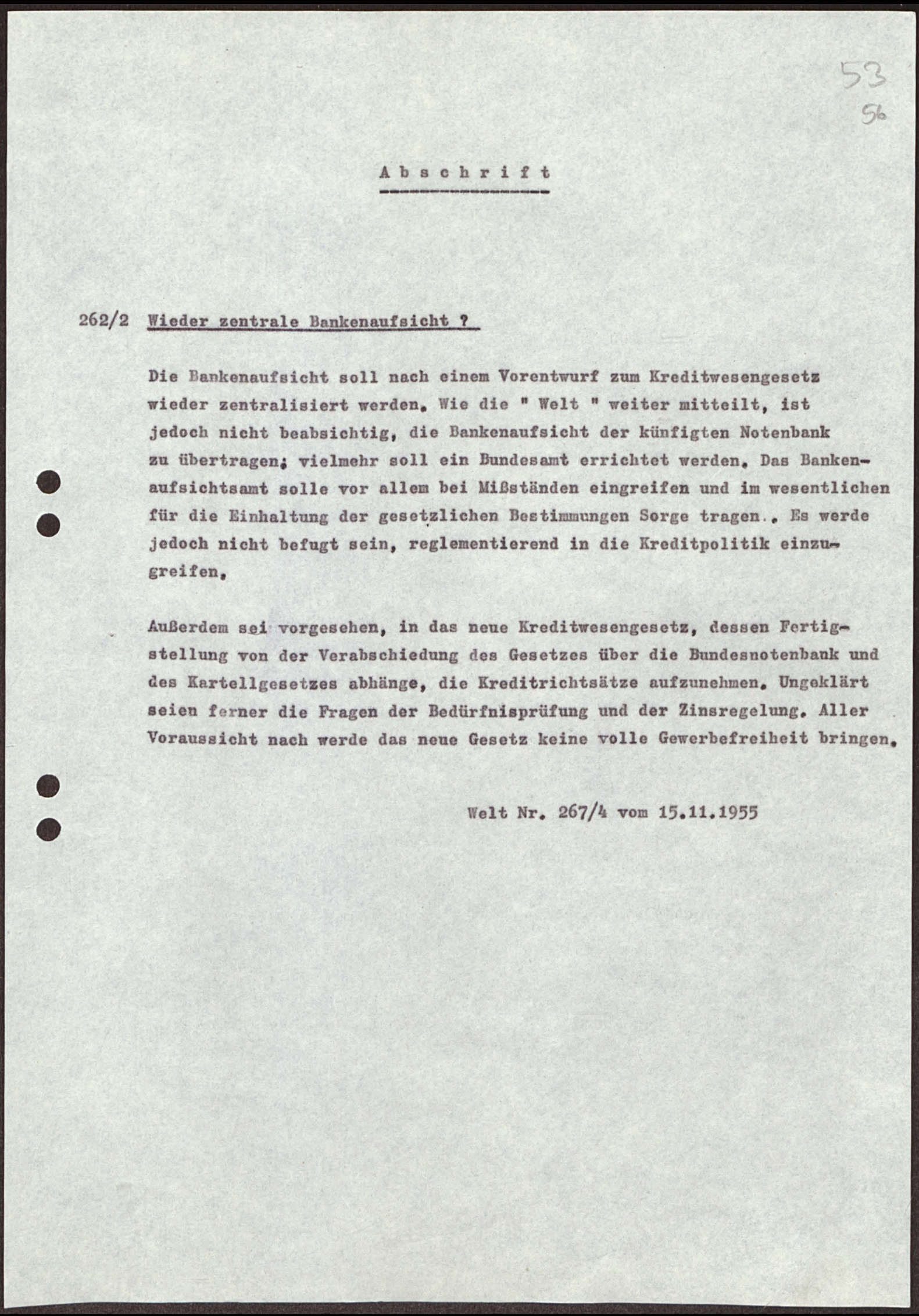
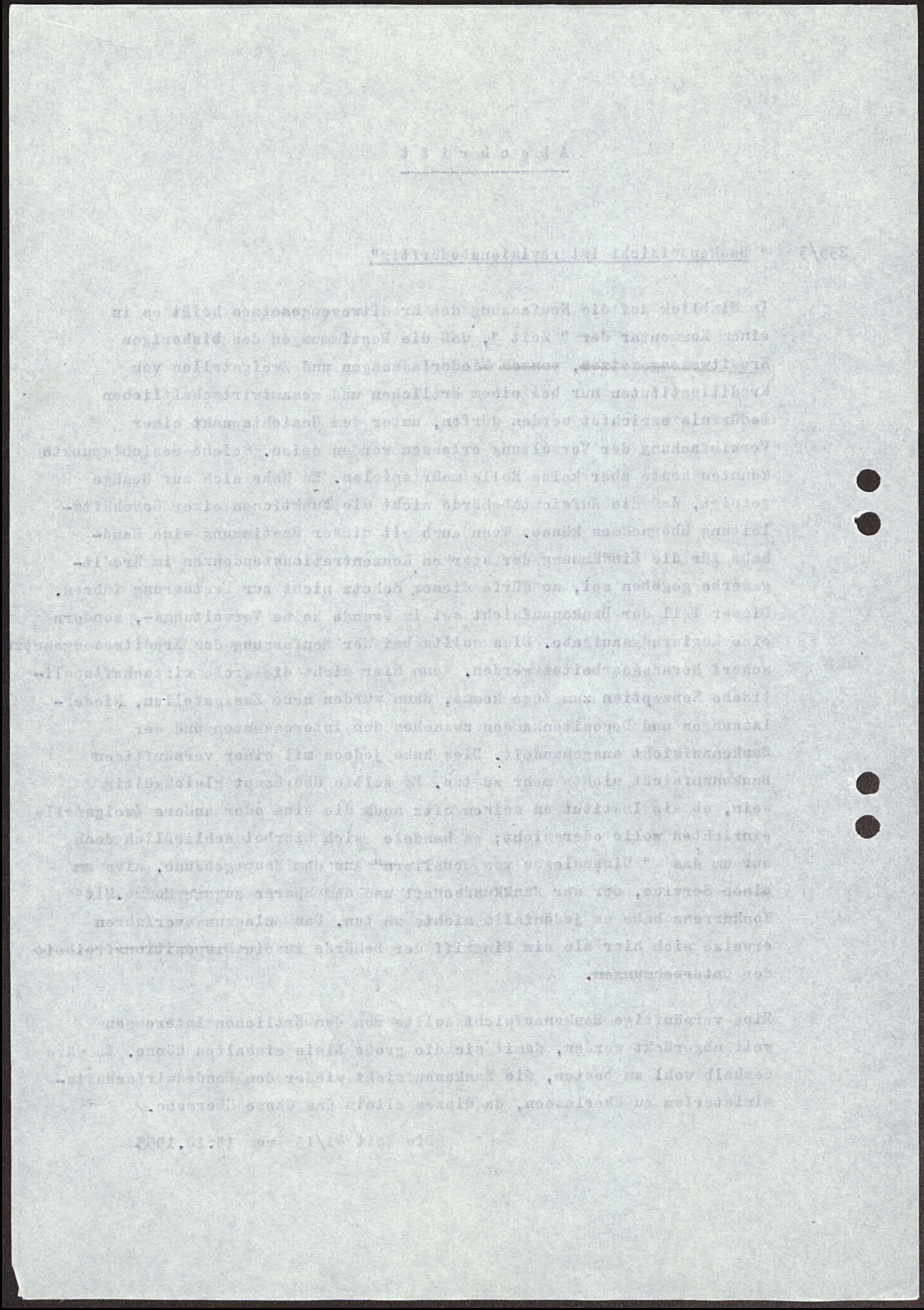
Die Zeit 41/13 vom 13.10.1955



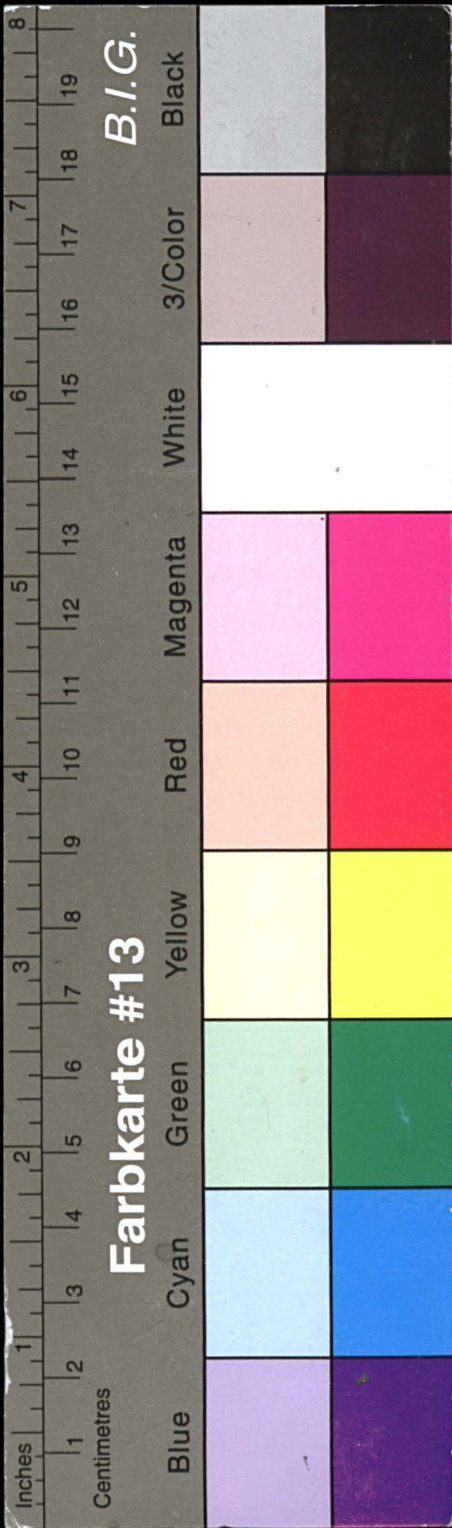


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

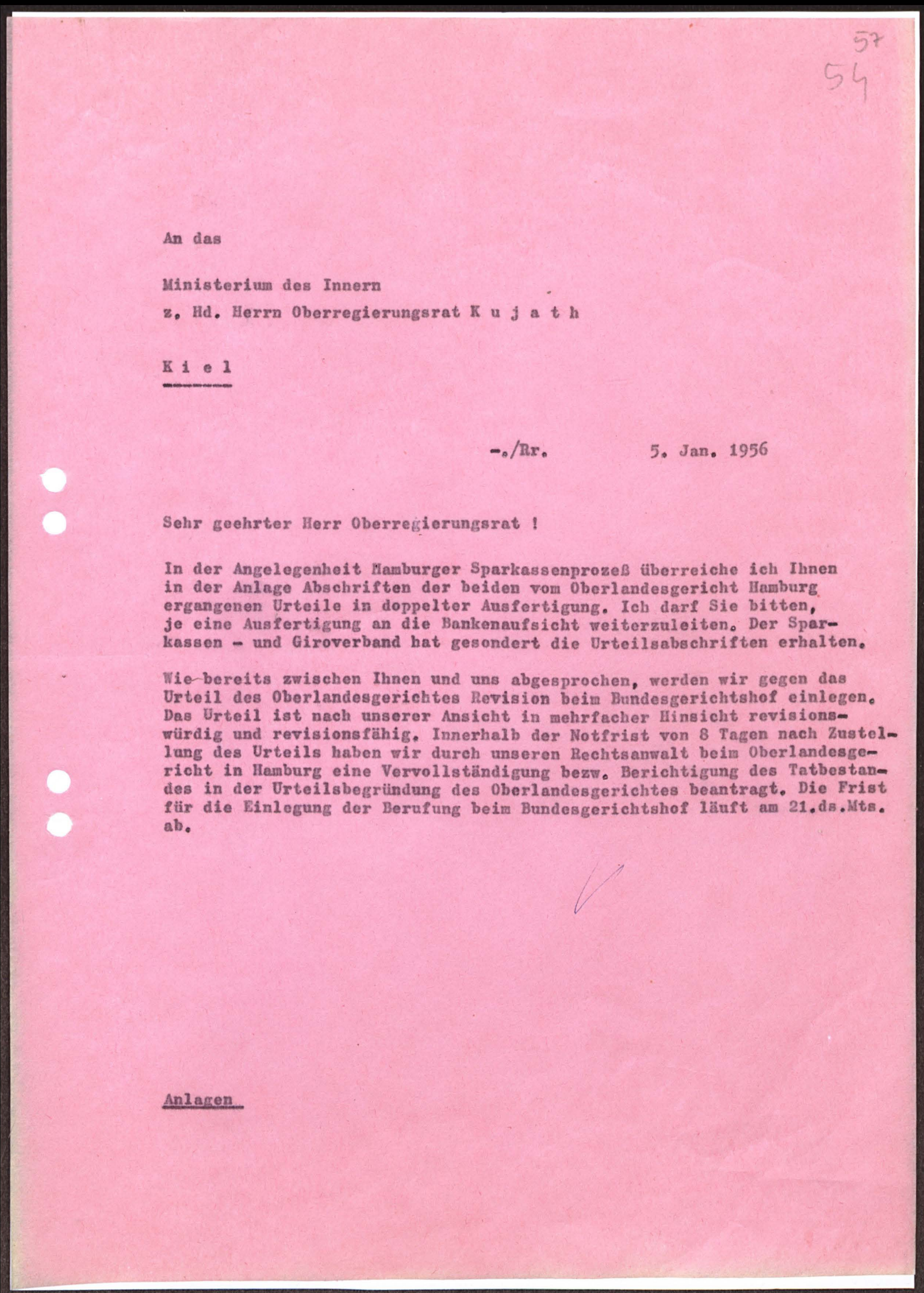
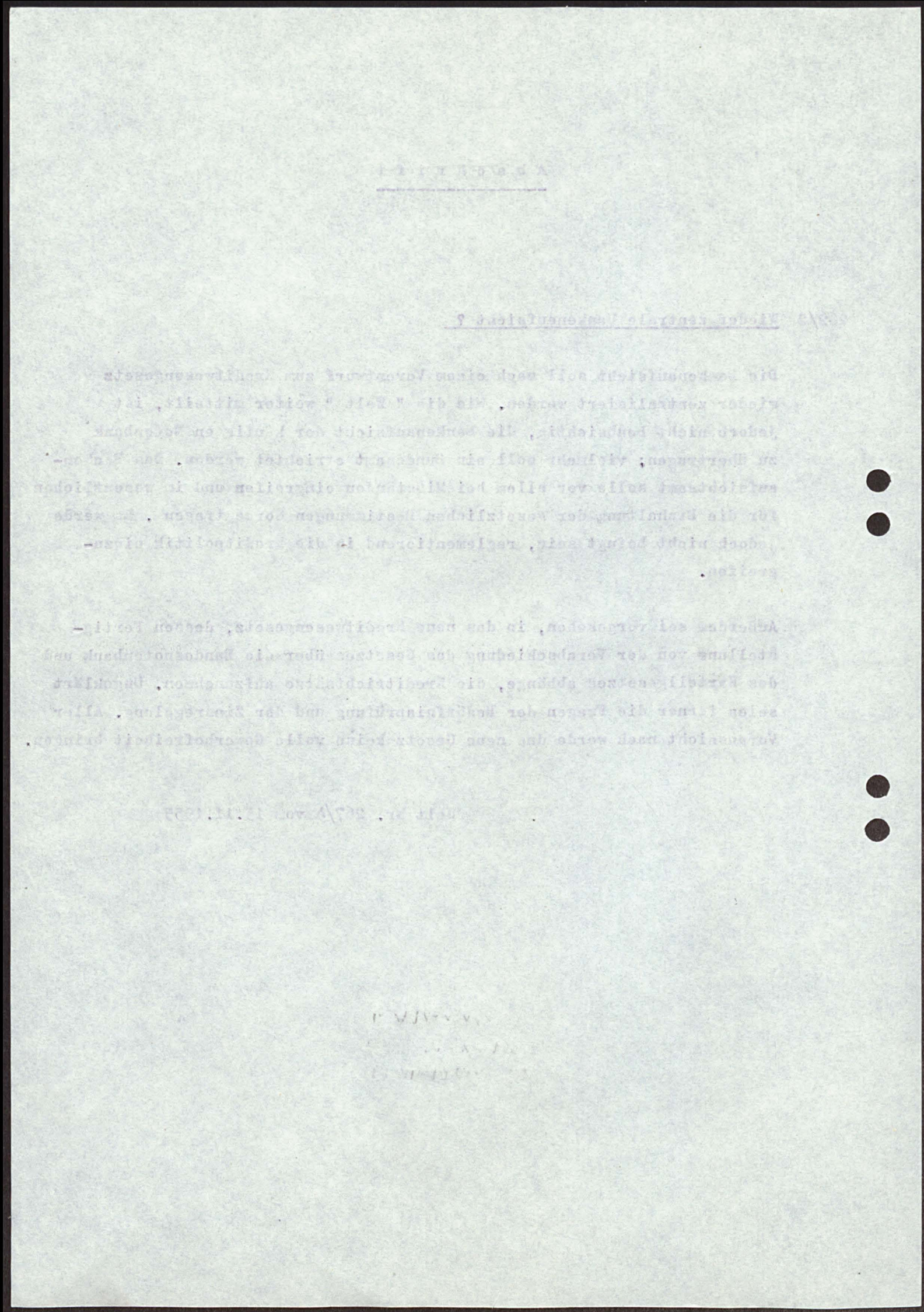






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



An das

Ministerium des Innern  
z. Hd. Herrn Oberregierungsrat K u j a t h

K i e l

57  
54  
-./Rr. 5. Jan. 1956

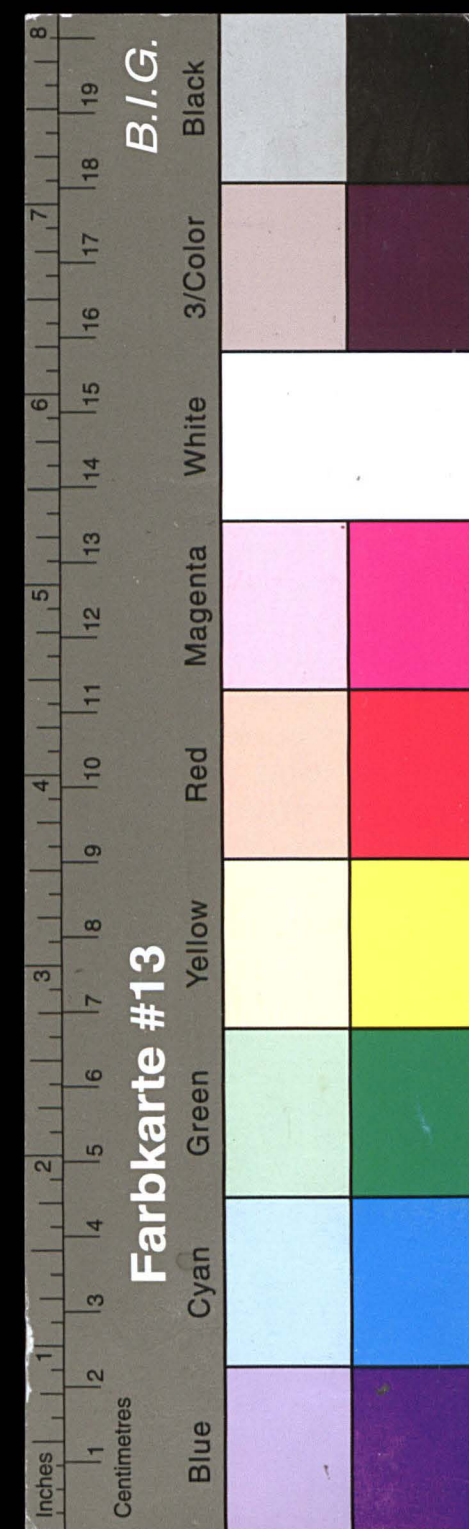
Sehr geehrter Herr Oberregierungsrat !

In der Angelegenheit Hamburger Sparkassenprozeß überreiche ich Ihnen in der Anlage Abschriften der beiden vom Oberlandesgericht Hamburg ergangenen Urteile in doppelter Ausfertigung. Ich darf Sie bitten, je eine Ausfertigung an die Bankenaufsicht weiterzuleiten. Der Sparkassen - und Giroverband hat gesondert die Urteilsabschriften erhalten.

Wie bereits zwischen Ihnen und uns abgesprochen, werden wir gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes Revision beim Bundesgerichtshof einlegen. Das Urteil ist nach unserer Ansicht in mehrfacher Hinsicht revisionswürdig und revisionsfähig. Innerhalb der Notfrist von 8 Tagen nach Zustellung des Urteils haben wir durch unseren Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht in Hamburg eine Vervollständigung bzw. Berichtigung des Tatbestandes in der Urteilsbegründung des Oberlandesgerichtes beantragt. Die Frist für die Einlegung der Berufung beim Bundesgerichtshof läuft am 21.ds.Mts. ab.

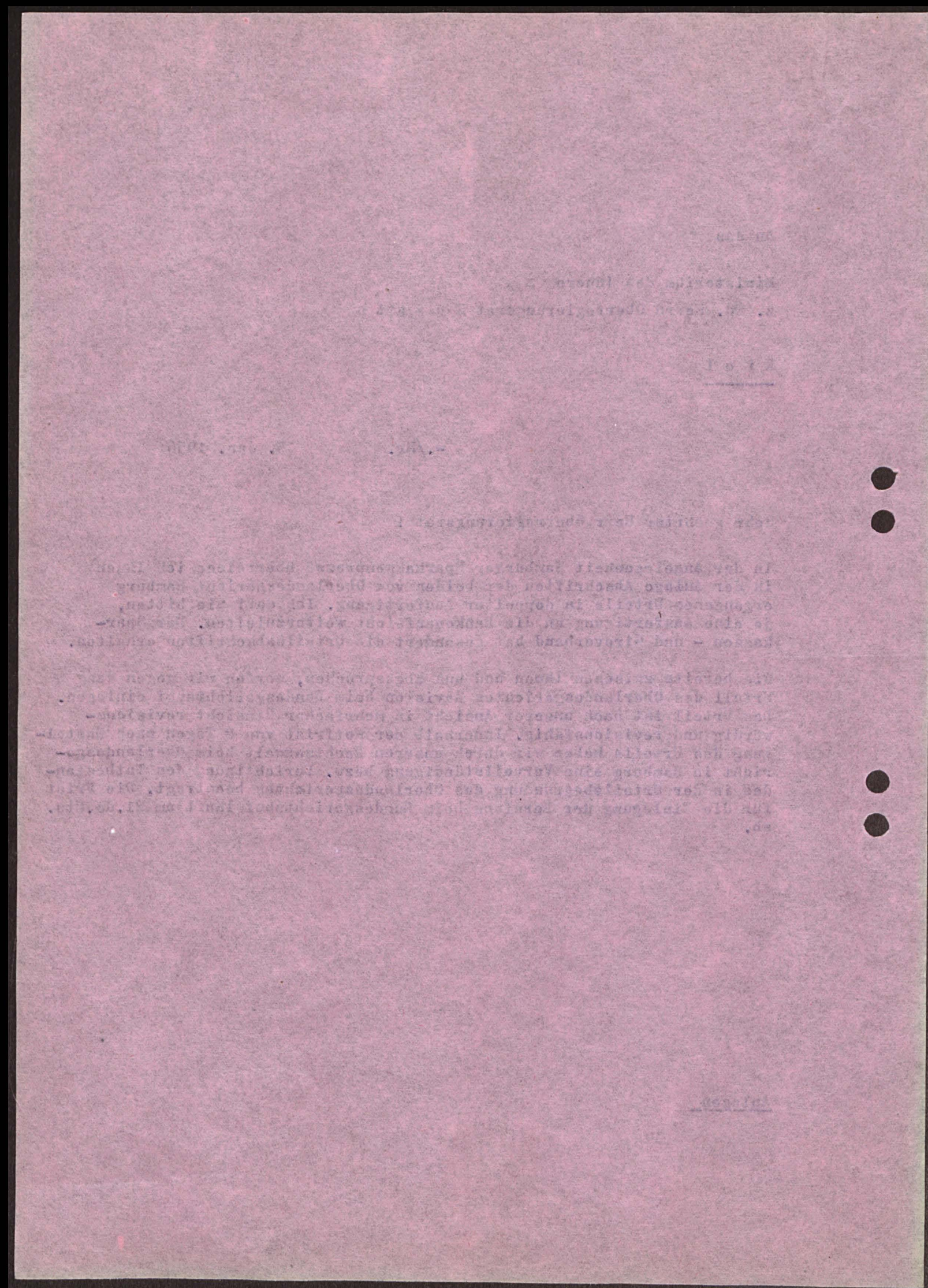
Anlagen





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



DER INNENMINISTER  
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Genig. - 7. Jan. 1956

5. Januar 1956 58

b) KTEL, den  
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70—90

Telefon 4 08 91  
Fernschreiber 029 82

Besuchszeiten:

Besuchszeiten:  
nur montags, dienstags, donnerstag  
und freitags von 9—13 Uhr

Geschäftszeichen: I 31 Sp. 8002 -  
(Im Antwortschreiben anzugeben)

An  
den Vorsitzenden des Vorstandes  
der Kreissparkasse Stormarn  
Herrn Landrat S i e g e l

in Bad Oldesloe  
Kreisverwaltung

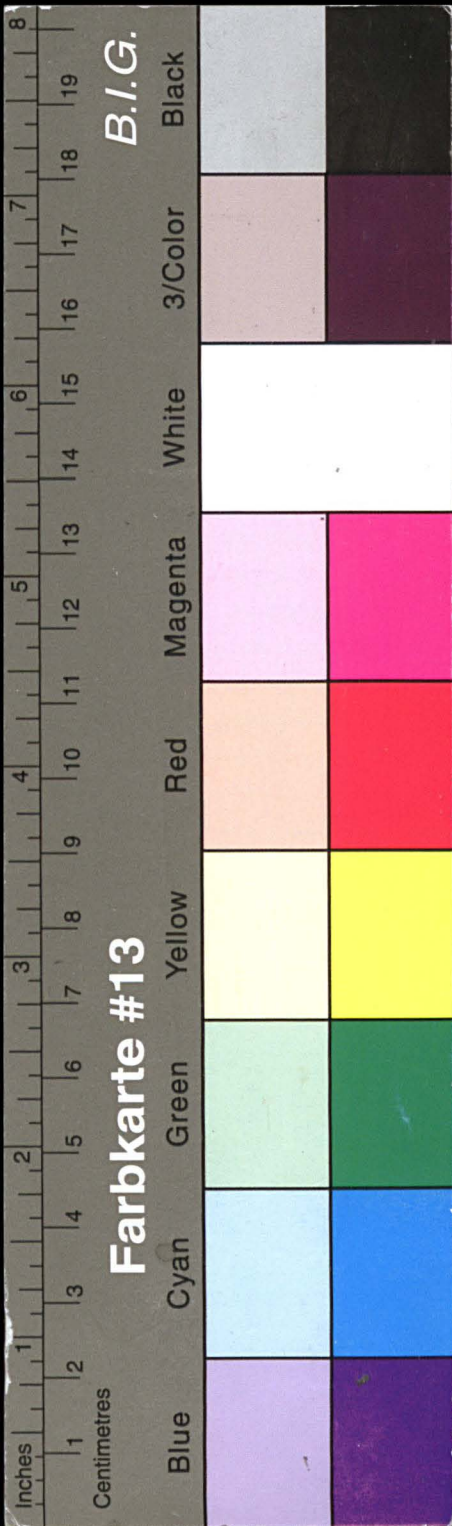
Die Kreissparkasse hatte bekanntlich auf meinen Rat bei der Hansestadt Hamburg die Genehmigung zur Beibehaltung ihrer jetzigen Nebenzweigstellen auf dem Hamburger Gebiet beantragt. Der Antrag ist durch die Bankenaufsichtsbehörde der Hansestadt Hamburg am 10.2. 1955 dahingehend beschieden worden, dass Ihre Sparkasse z.Zt. noch befugt ist, die Niederlassungen in Hamburg zu betreiben, so dass aus diesem Grunde eine Entscheidung nicht notwendig sei. Da der Prozess mit den Hamburger Sparkassen nunmehr in der zweiten Instanz verloren gegangen ist, halte ich es für zweckdienlich, dass Sie Ihren Antrag unter Hinweis auf die Prozesslage erneuern und hierbei erklären, Sie hätten zwar vorsorglich Revision eingelegt, wären aber bereit, die Revision zurückzunehmen, falls die Hansestadt Hamburg Ihrem Antrag nunmehr entsprechen würde. Das Gericht müsste dann entscheiden, welche Verpflichtungen Ihrer Sparkasse aus der Erfüllung des Vertrages von 1944 erwachsen. Ich halte diesen Versuch für eine Möglichkeit, die Hansestadt Hamburg selbst in die Angelegenheit einzuschalten.

M-6.  
 marked  
 Command  
 with 100%  
 with 100%

Im Auftrage:  
gez. Dr. Galette

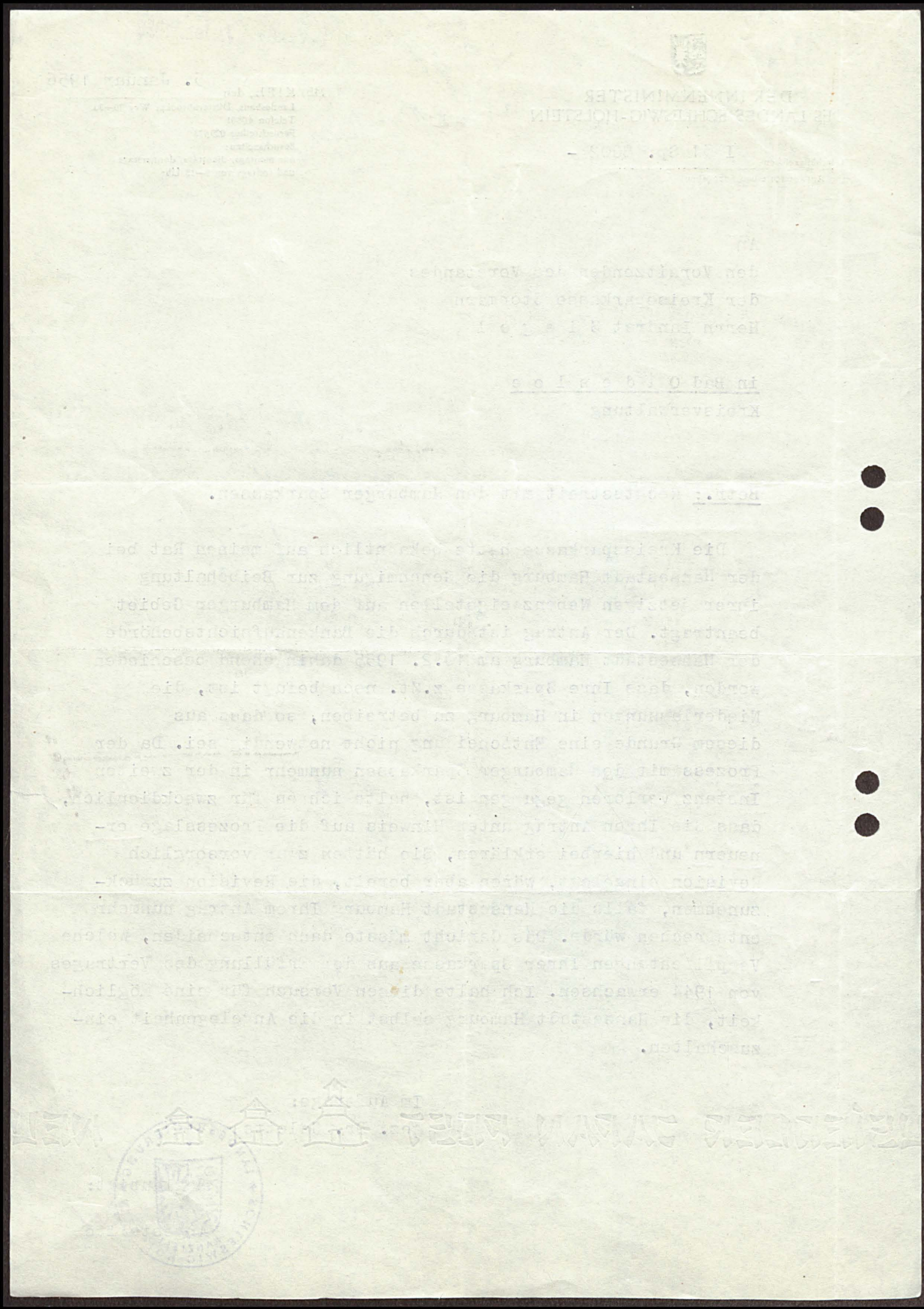






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



KREISSPARKASSE STORMARN

MUNDELSICHER · BAD OLDESLOE · AM MARKT · FERNRUF-SAMMEL-NR. 2021

Kreissparkasse Stormarn, Bad Oldesloe

An die

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Wirtschaft und Verkehr

Allgemeine Abteilung Bankenaufsicht

Hamburg 36

Große Bleichen 23 - 27

Ihre Zeichen

A 40 . 1

Ihre Nachricht vom

10.2.55

Unsere Zeichen

..../Rr.

Tag

17. Jan. 1956

Betr.: Hamburger Zweigstellen der Kreissparkasse Stormarn.

Wir beziehen uns auf unsere Eingabe vom 2. Dezember 1954 in welcher wir bereits ausführten, daß der Prozeß in obiger Angelegenheit aller Voraussicht nach bis zur dritten Instanz durchgeführt werde. Gegendas zu unseren Ungunsten ausgefallene Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg haben wir vorsorglich Revision beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe eingelegt. Unabhängig von der prozessualen Entscheidung des Rechtsstreites kann nach unserer Auffassung die bestehende Genehmigung zur Unterhaltung unserer Zweigstellen in Hamburg nur auf Grund der Bestimmungen des KWG. zurückgenommen werden, bzw. kann nur unter den eindeutigen Voraussetzungen dieser Gesetzesbestimmungen die Fortführung des Geschäftsbetriebes untersagt werden. Solche Voraussetzungen liegen aber hier nicht vor. Mit unserer Auffassung befinden wir uns in voller Übereinstimmung mit unserer Aufsichtsbehörde.

Für unsere weiteren Dispositionen wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns auch Ihre Zustimmung zu unserer Auffassung baldmöglichst bestätigen würden.

Der Vorstand  
der  
KREISSPARKASSE STORMARN

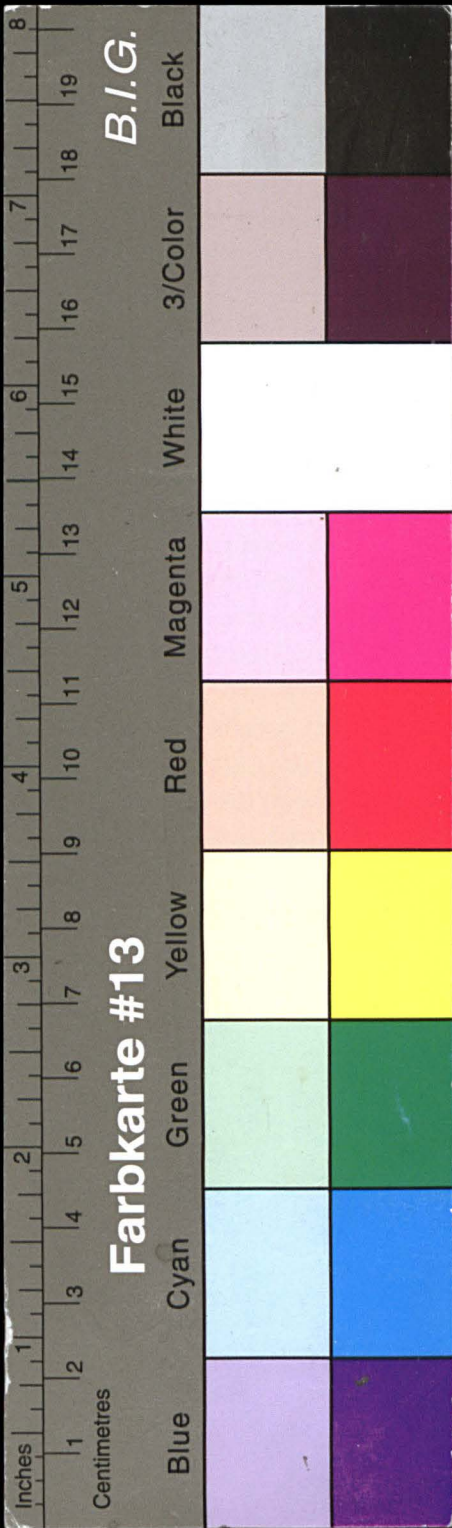
Vorsitzender  
Landrat

Direktor

Hauptzweigstellen: Hamburg-Rahlstedt, Reimbek, Hamburg-Sasel, Zarpn, Rethwisch, Hamburg-Wellingsbüttel, Ahrensburg, Harksheide, Reinfeld, Trittau, Bargeheide, Hamburg-Wandsbek

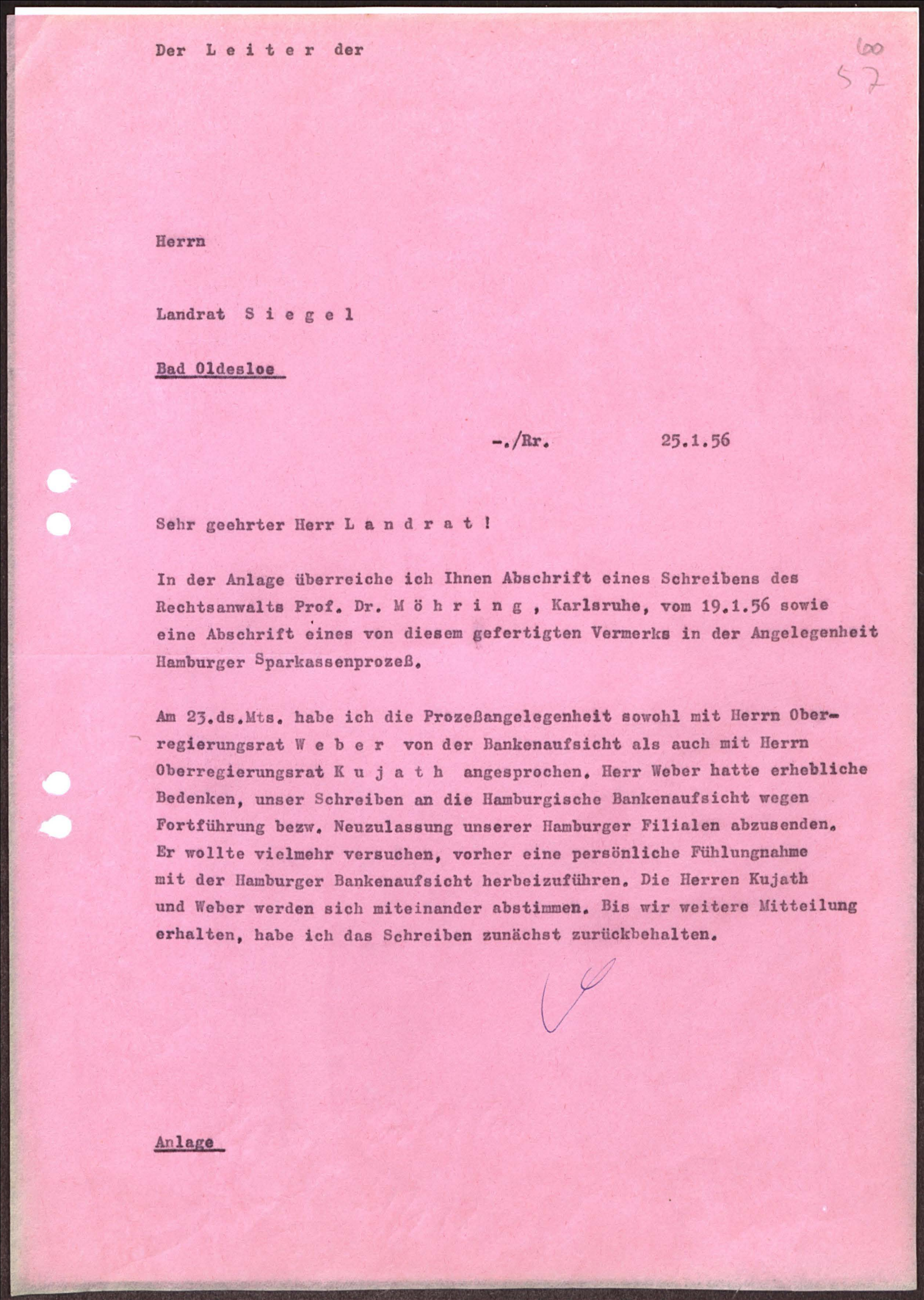
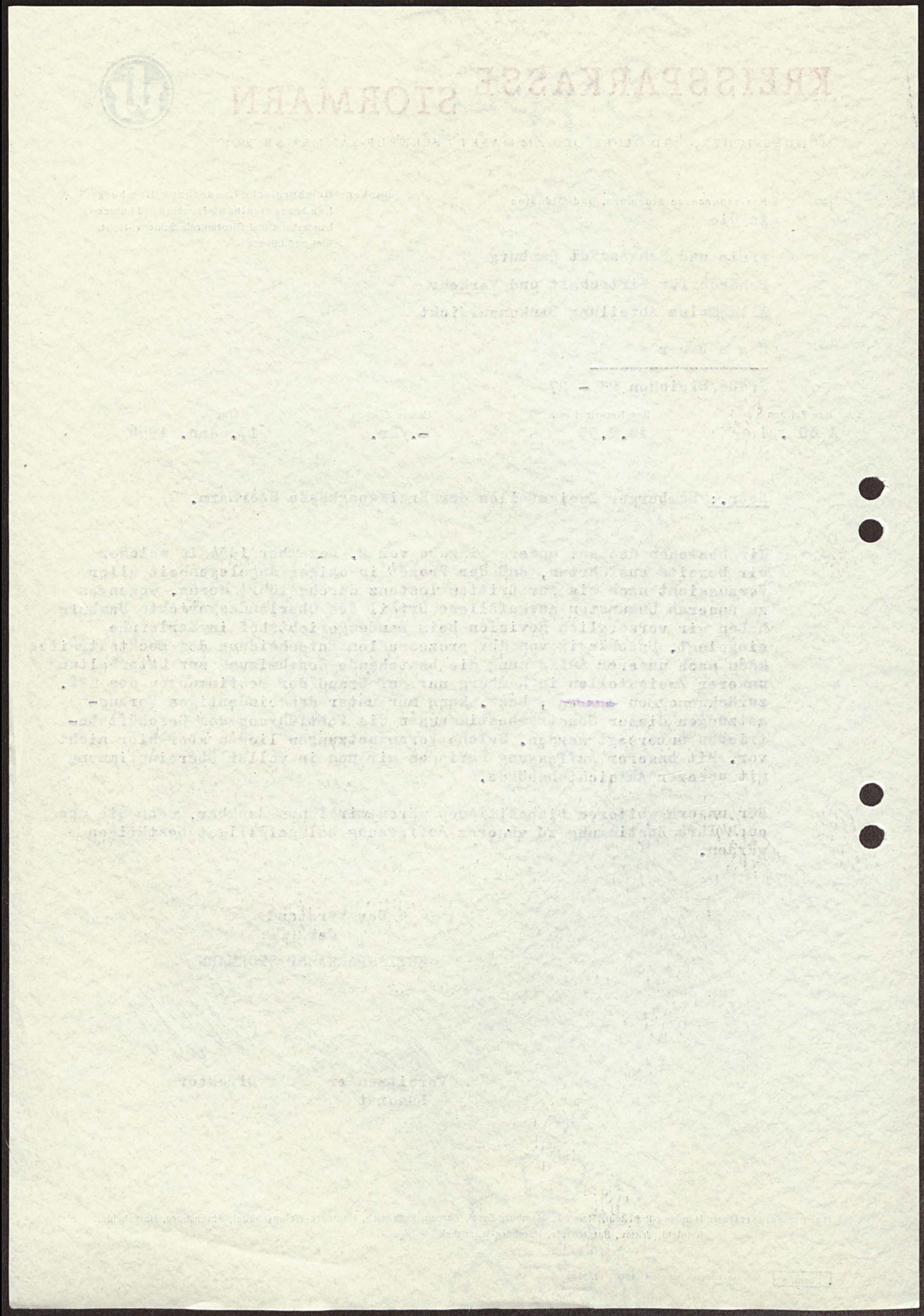
Form. 5    Friedr. Lindt · Buchdruckerei · Bad Oldesloe    10000 12. 55



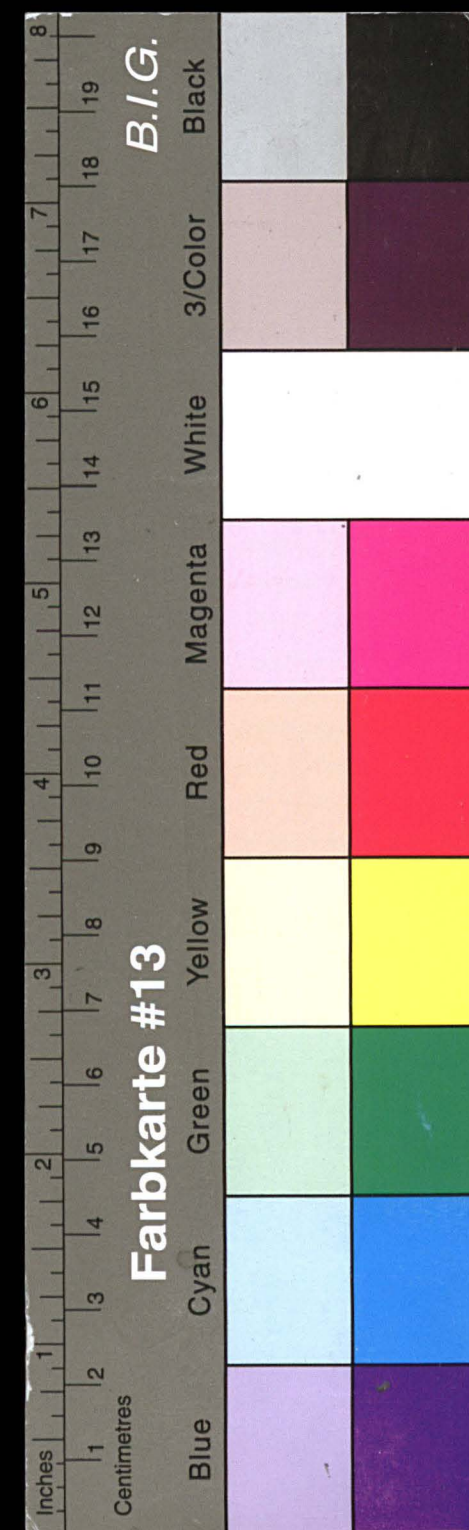


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

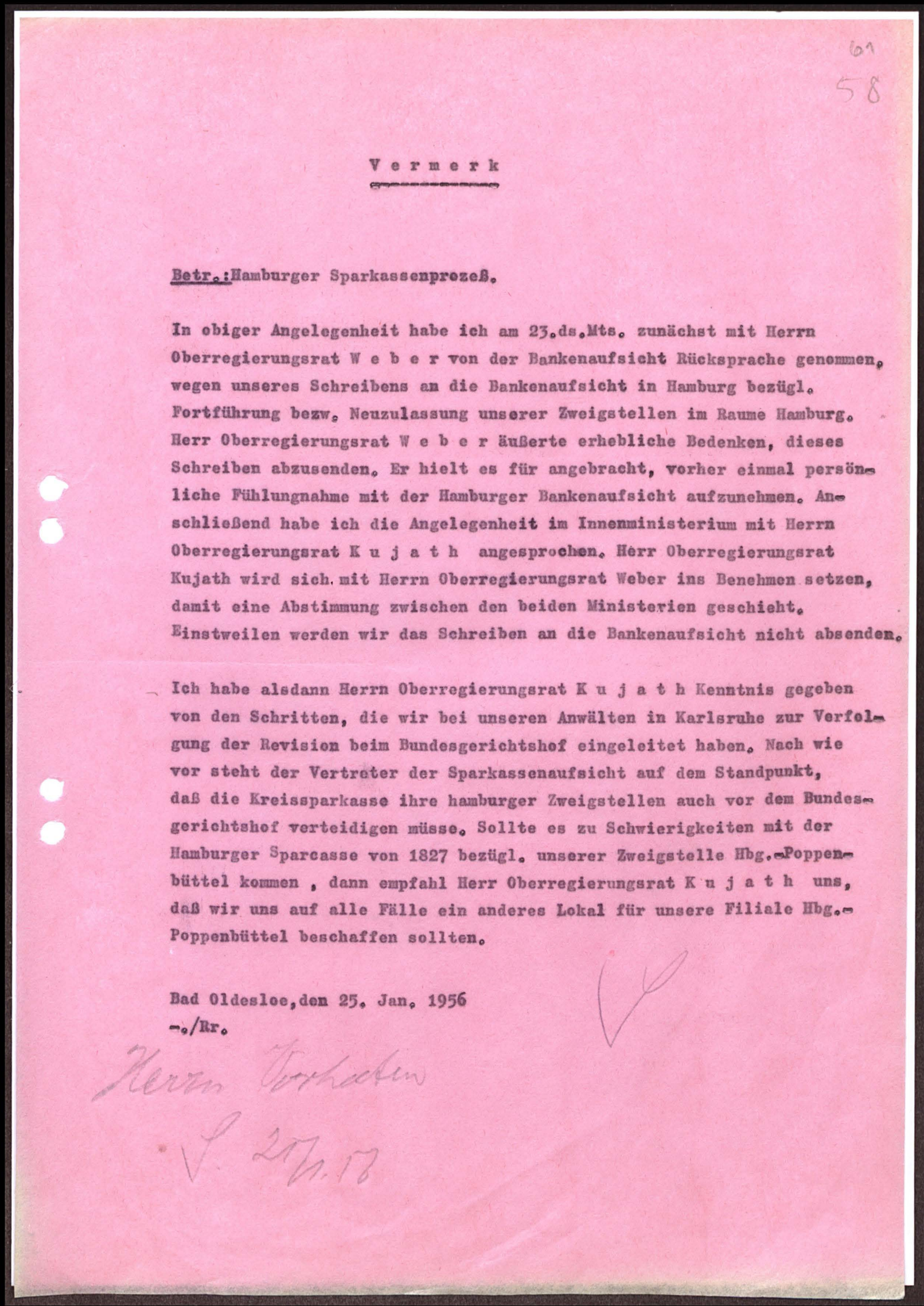
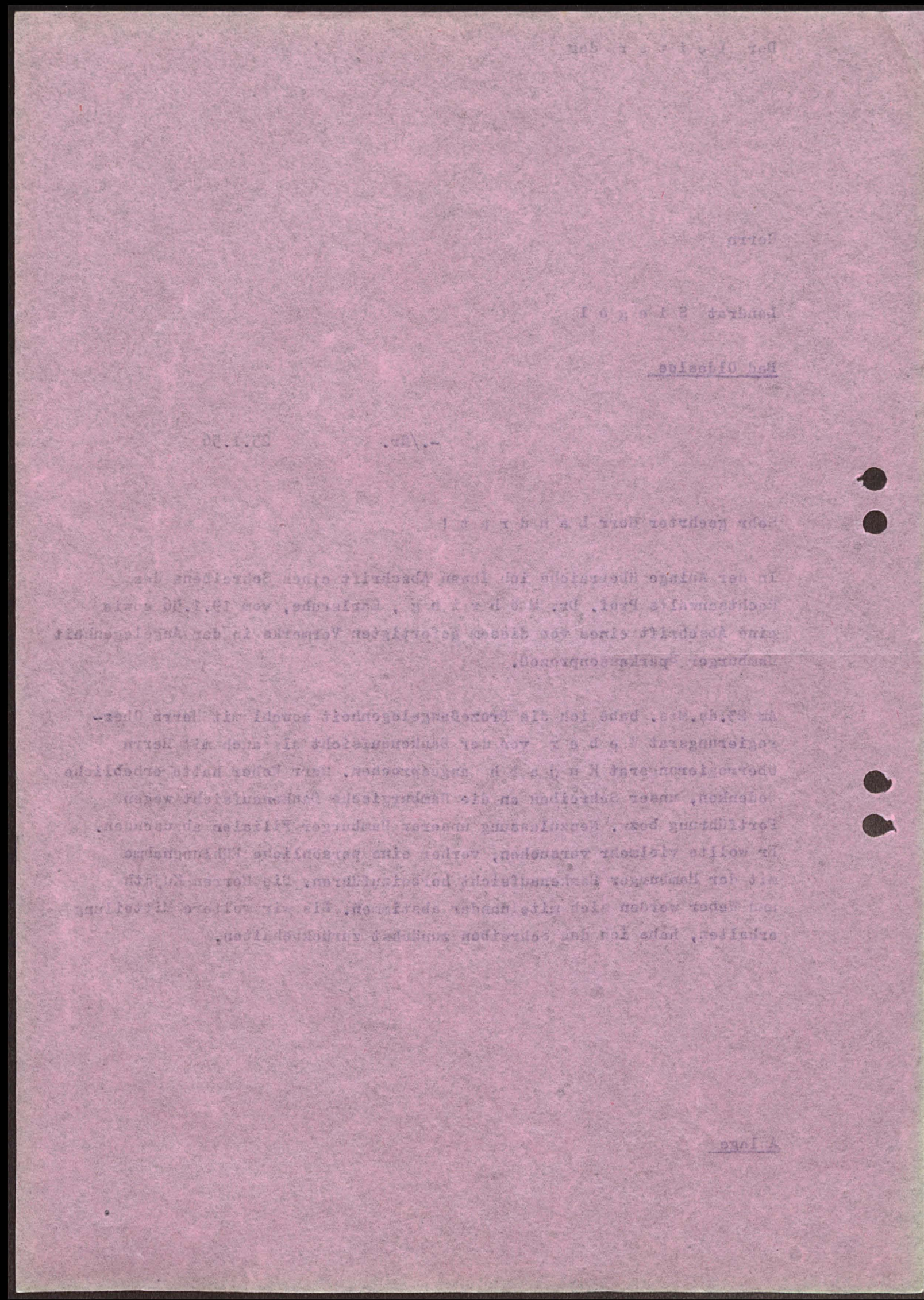




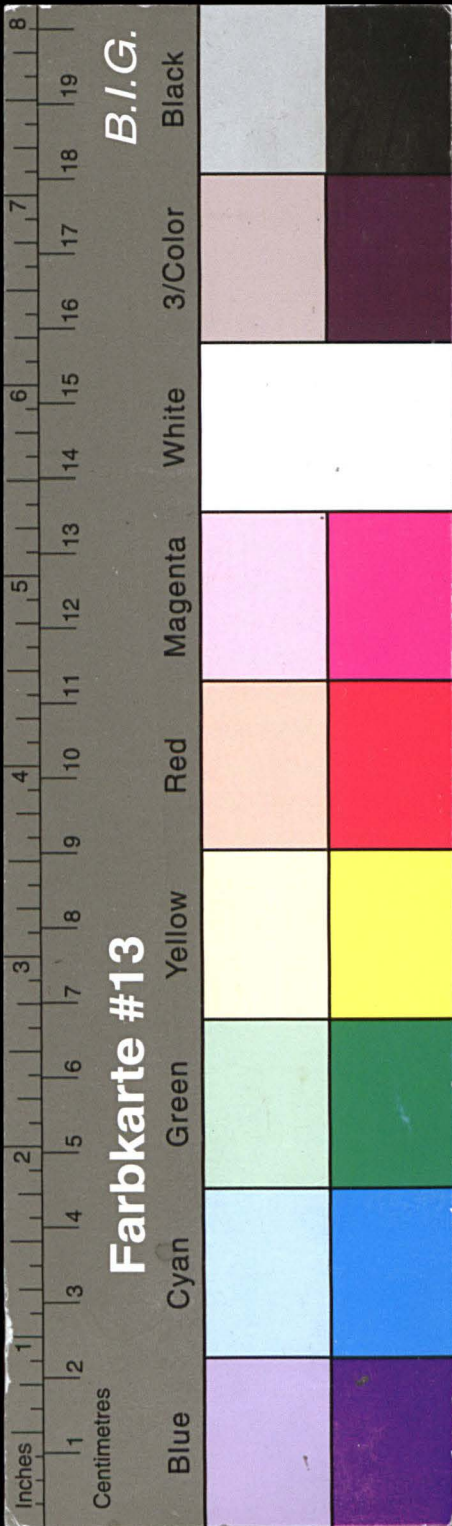


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

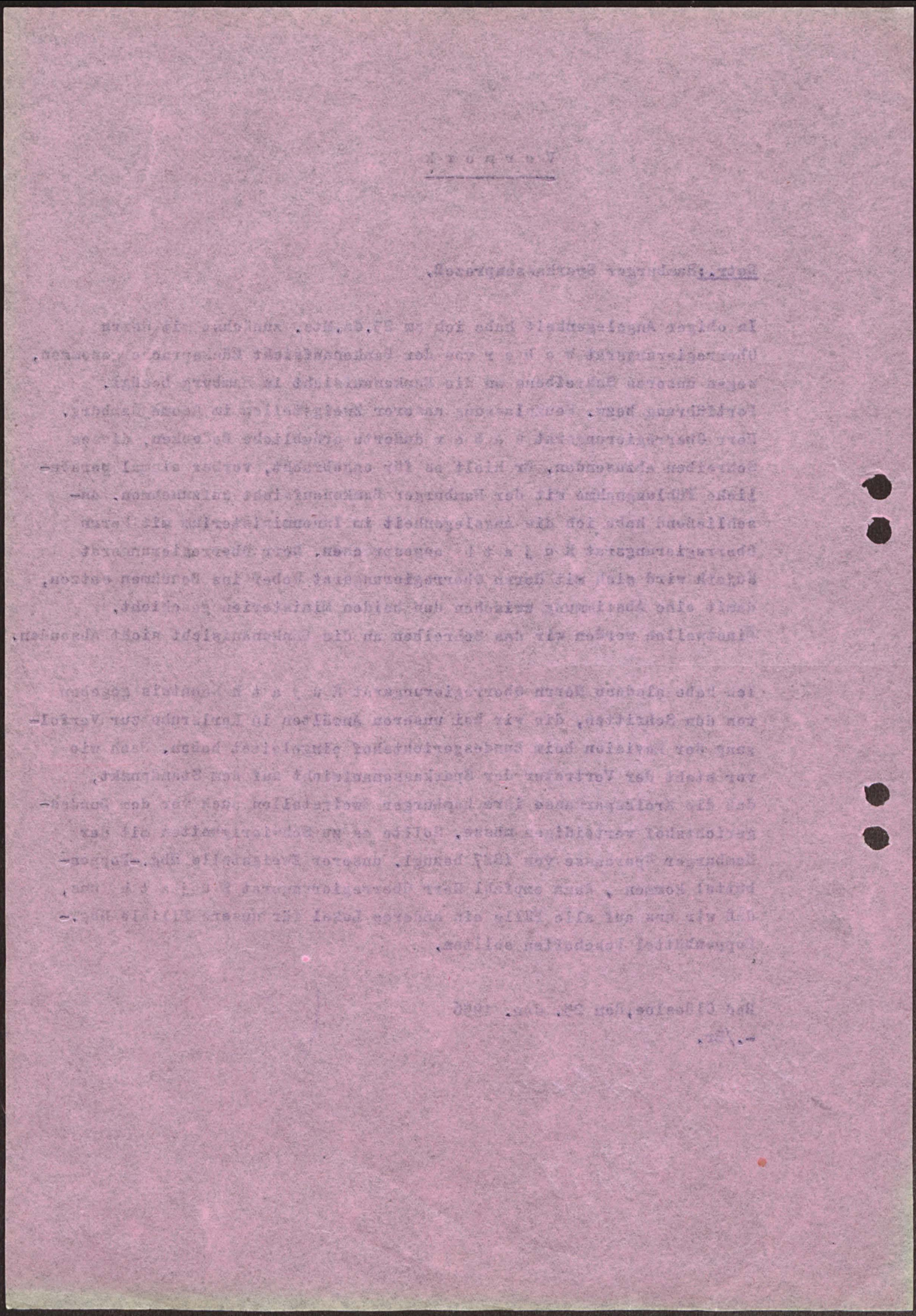






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Der Leiter der

62  
59

An die

Landesregierung Schleswig - Holstein  
- Ministerium des Innern -  
z. Hd. Herrn Oberregierungsrat K u j a t h

K i e l

25.1.56

Sehr geehrter Herr Oberregierungsrat !

In der Prozeßangelegenheit mit den Hamburger Sparkassen übersende ich Ihnen in der Anlage absprachgemäß Abschrift eines Schreibens des Rechtsanwalts Prof. Dr. M ö h r i n g , Karlsruhe, vom 19.1.56 , sowie Abschrift eines von dem Genannten gefertigten Vermerks.

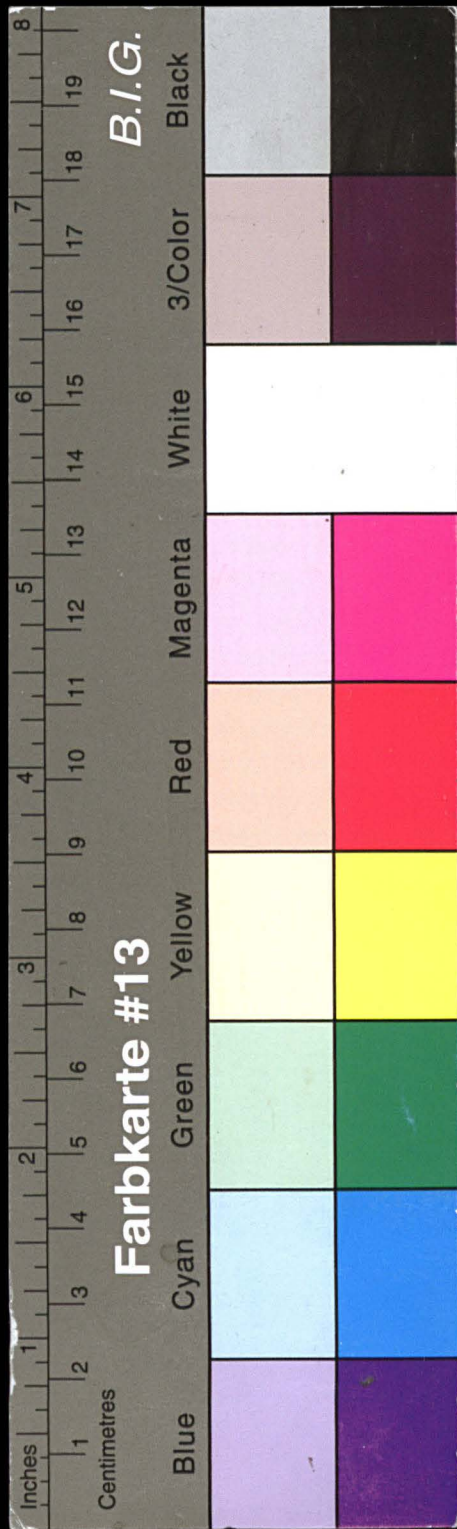
Das Schreiben an die Bankenaufsicht Hamburg wegen Bestätigung bezw. Neuzulassung unserer Hamburger Geschäftsstellen habe ich einstweilen zurückbehalten und darf weitere Mitteilungen von Ihnen abwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebener

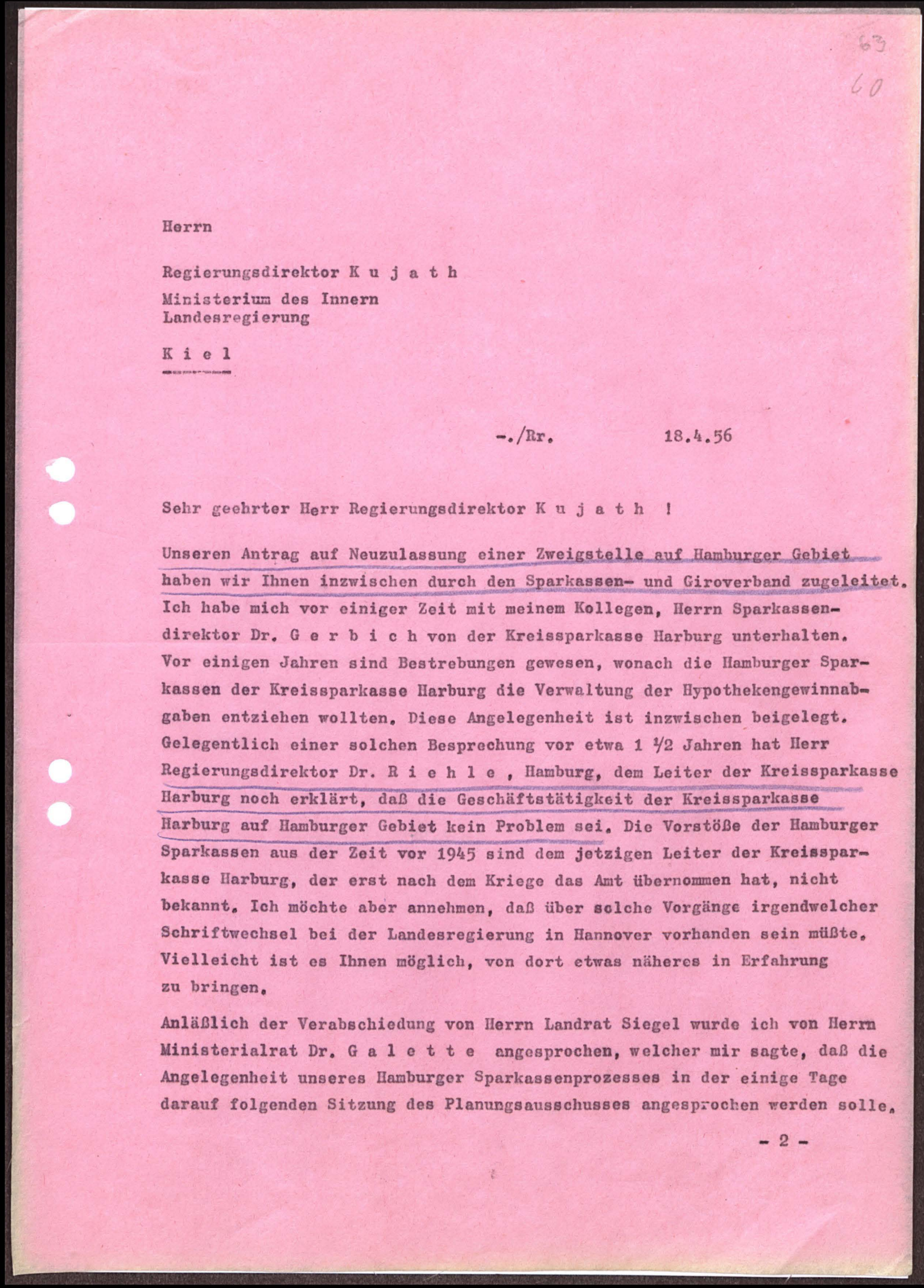
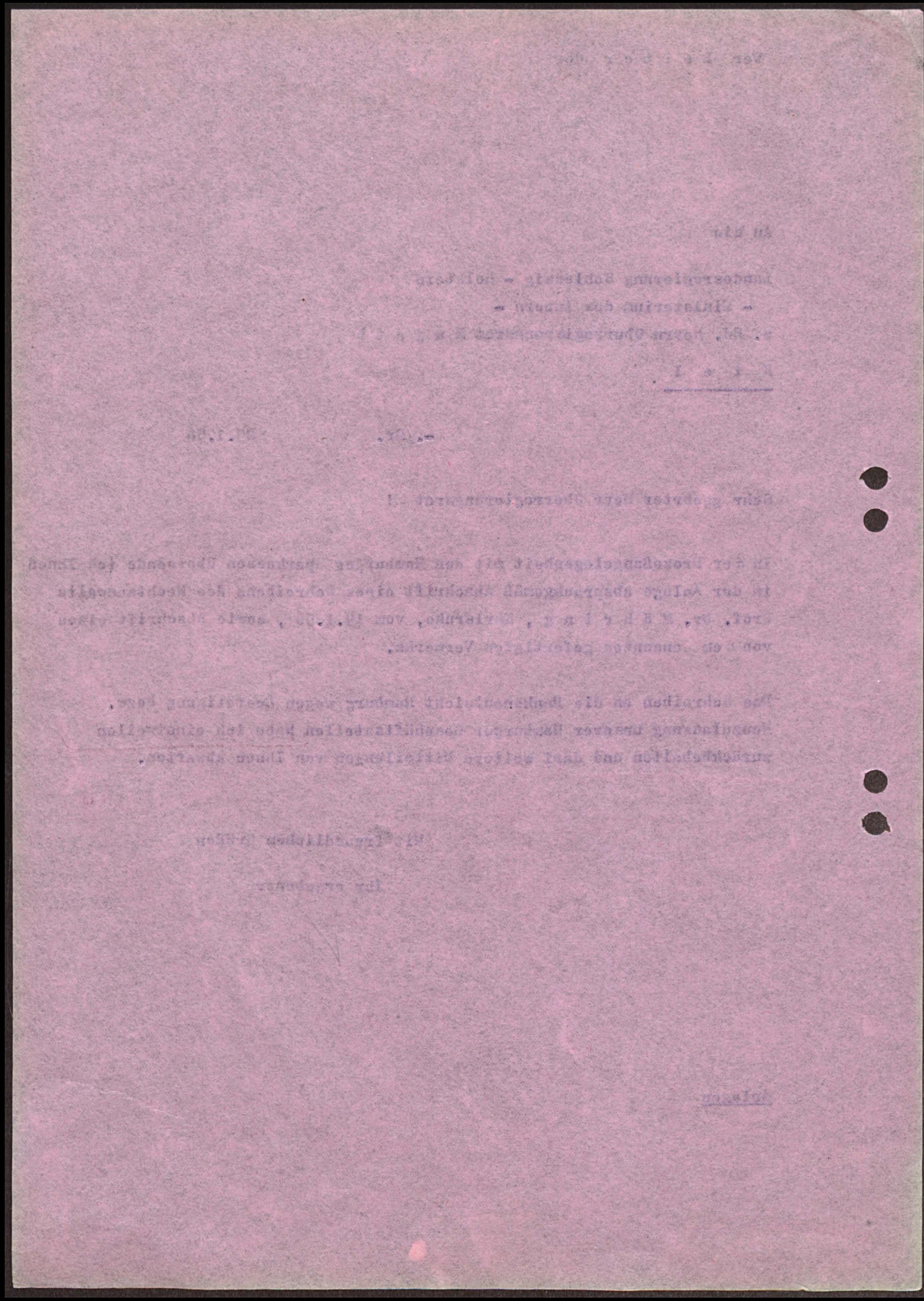
Anlagen





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Herrn

Regierungsdirektor K u j a t h  
Ministerium des Innern  
Landesregierung

K i e l

-./Rr.

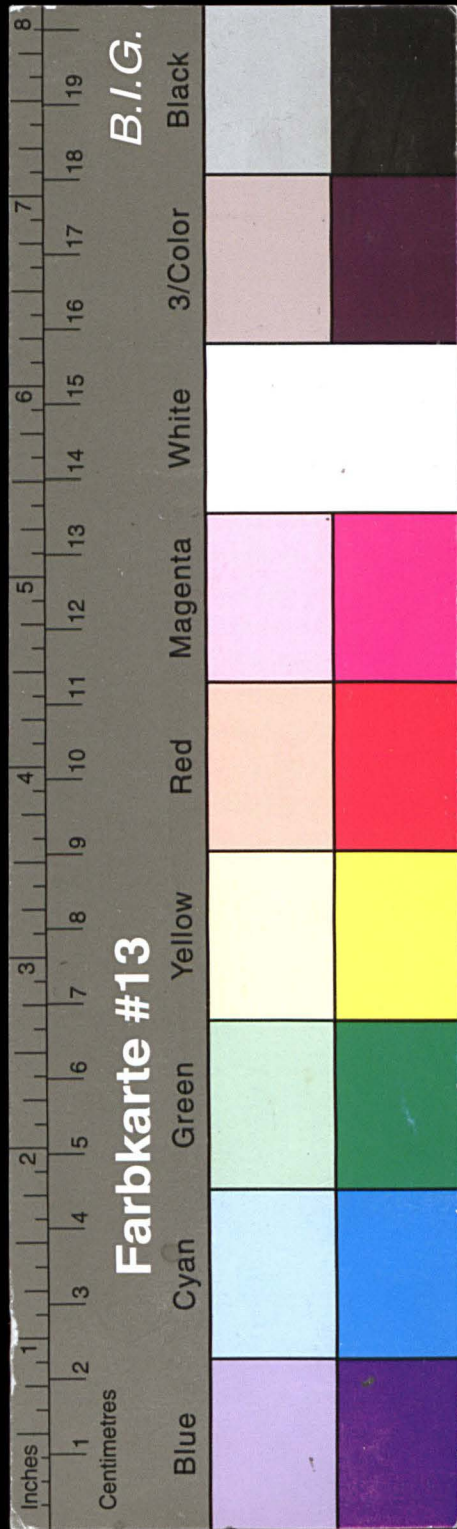
18.4.56

Sehr geehrter Herr Regierungsdirektor K u j a t h !

Unseren Antrag auf Neuzulassung einer Zweigstelle auf Hamburger Gebiet haben wir Ihnen inzwischen durch den Sparkassen- und Giroverband zugeleitet. Ich habe mich vor einiger Zeit mit meinem Kollegen, Herrn Sparkassen-  
direktor Dr. G e r b i c h von der Kreissparkasse Harburg unterhalten. Vor einigen Jahren sind Bestrebungen gewesen, wonach die Hamburger Spar-  
kassen der Kreissparkasse Harburg die Verwaltung der Hypothekengewinnab-  
gaben entziehen wollten. Diese Angelegenheit ist inzwischen beigelegt. Gelegentlich einer solchen Besprechung vor etwa 1 1/2 Jahren hat Herr  
Regierungsdirektor Dr. R i e h l e , Hamburg, dem Leiter der Kreissparkasse  
Harburg noch erklärt, daß die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse  
Harburg auf Hamburger Gebiet kein Problem sei. Die Vorstöße der Hamburger  
Sparkassen aus der Zeit vor 1945 sind dem jetzigen Leiter der Kreisspar-  
kasse Harburg, der erst nach dem Kriege das Amt übernommen hat, nicht  
bekannt. Ich möchte aber annehmen, daß über solche Vorgänge irgendwelcher  
Schriftwechsel bei der Landesregierung in Hannover vorhanden sein müßte. Vielleicht ist es Ihnen möglich, von dort etwas näheres in Erfahrung  
zu bringen.

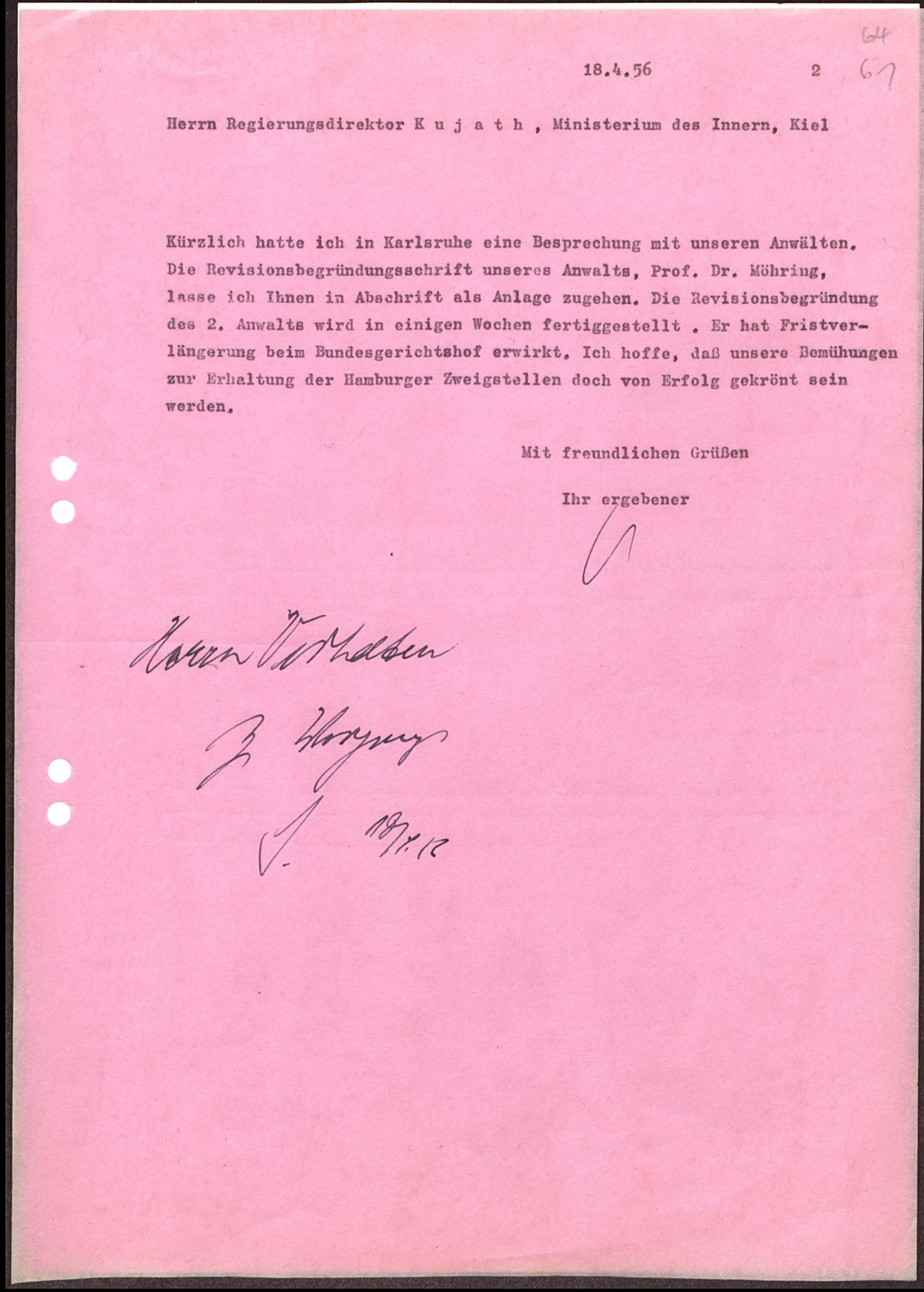
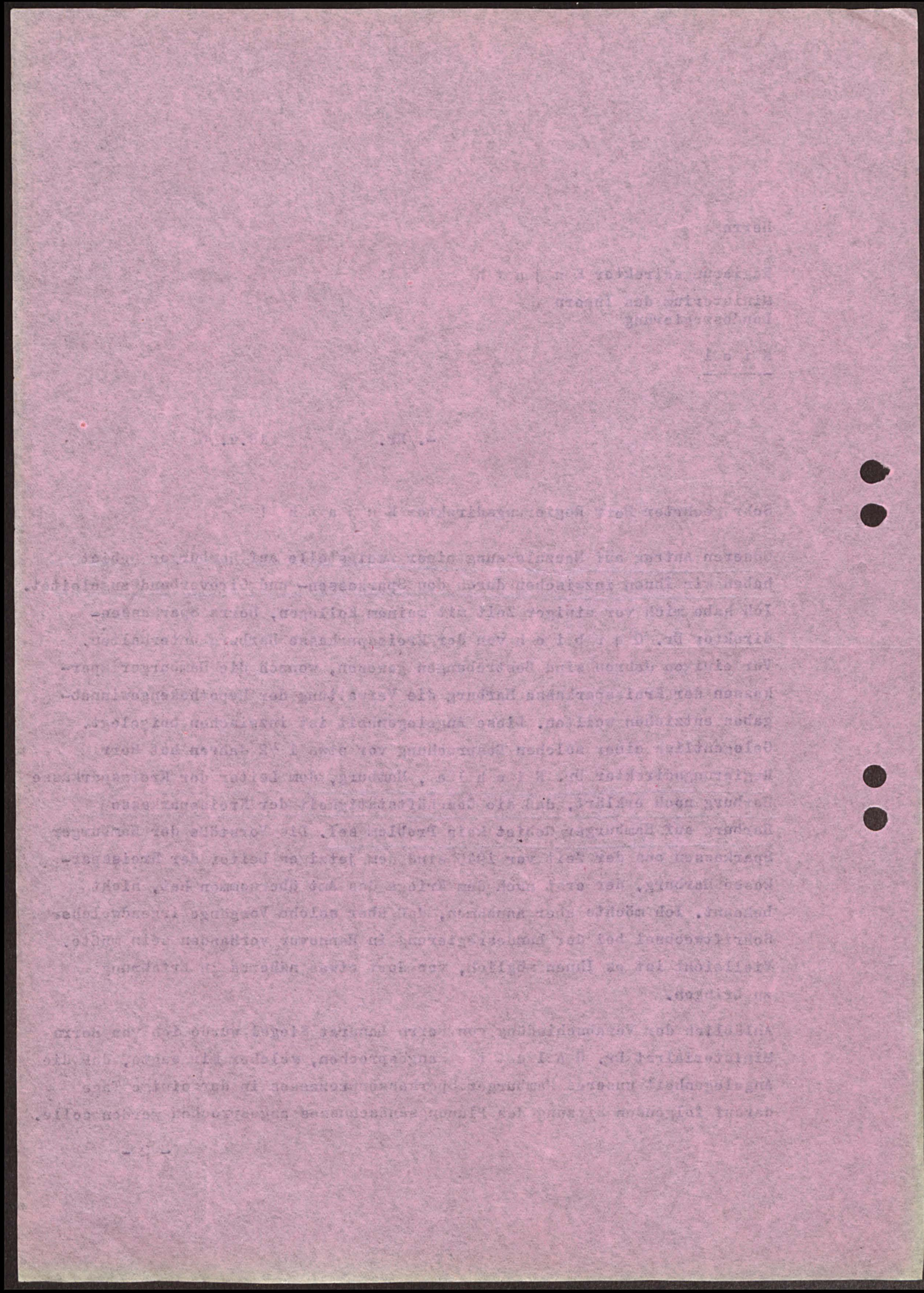
Anläßlich der Verabschiedung von Herrn Landrat Siegel wurde ich von Herrn  
Ministerialrat Dr. G a l e t t e angesprochen, welcher mir sagte, daß die  
Angelegenheit unseres Hamburger Sparkassenprozesses in der einige Tage  
darauf folgenden Sitzung des Planungsausschusses angesprochen werden solle.



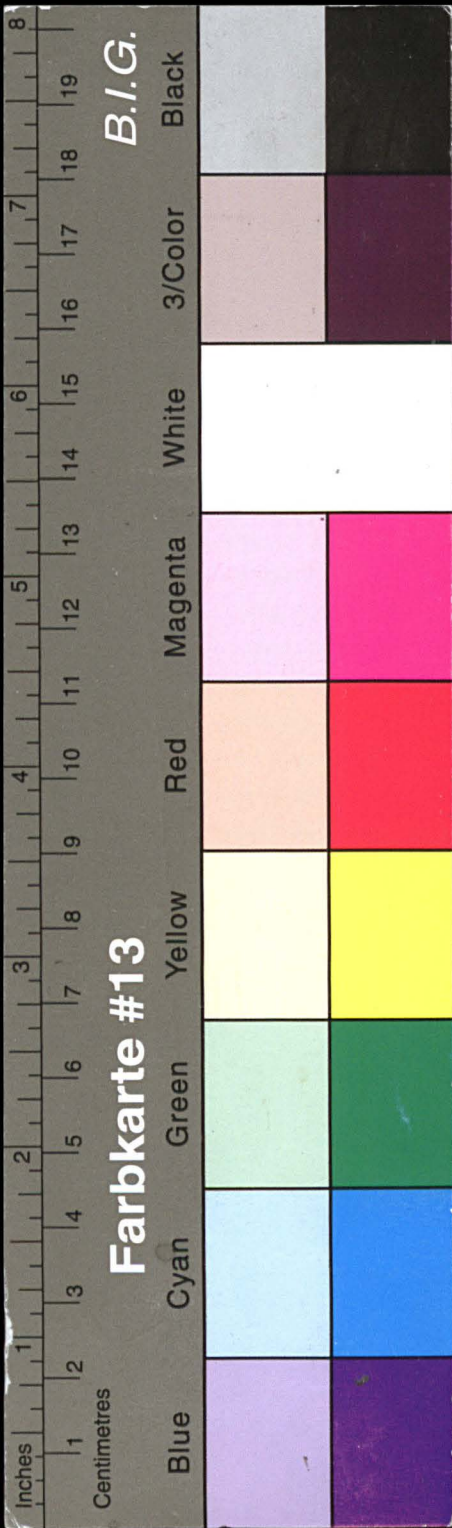


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

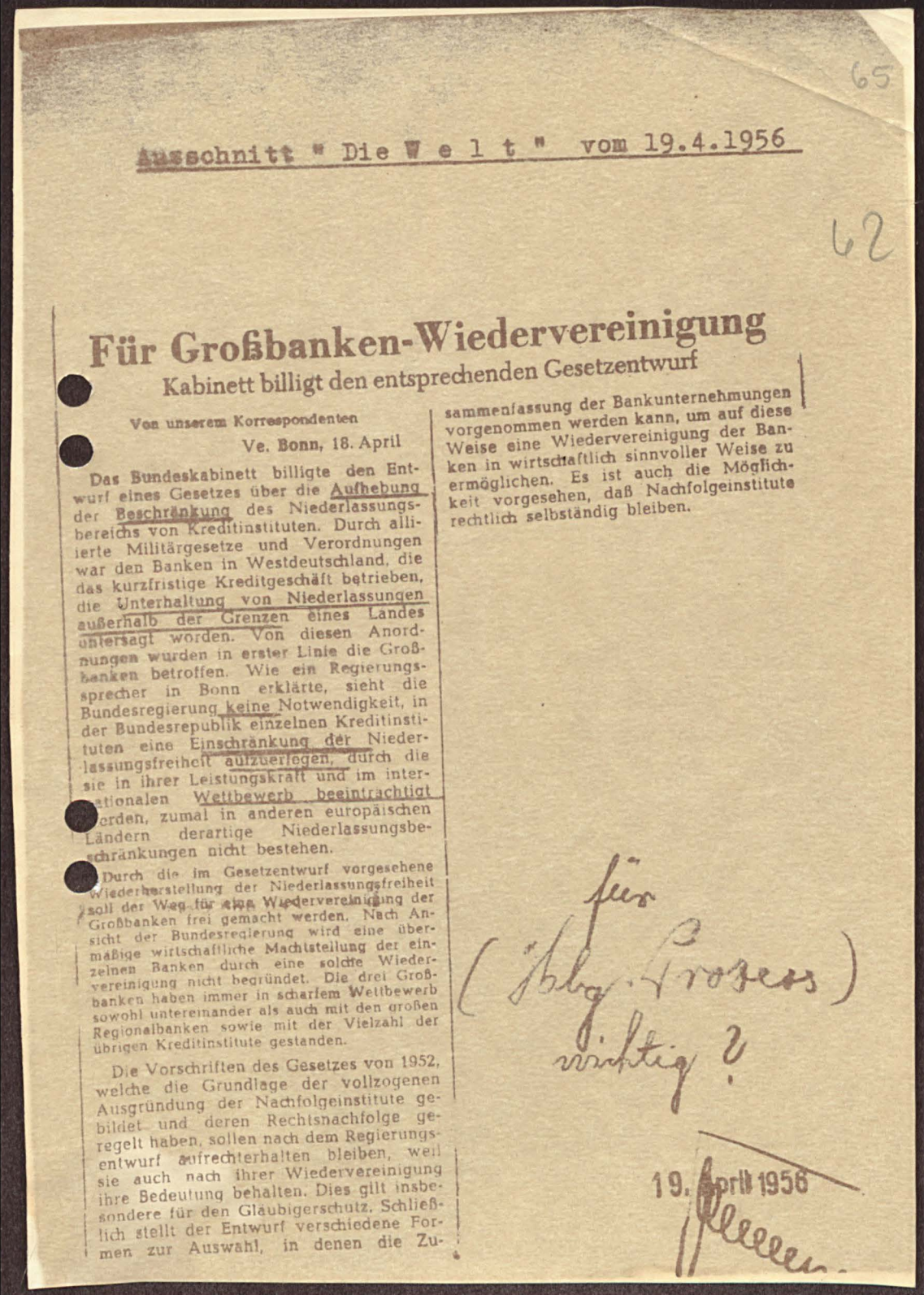
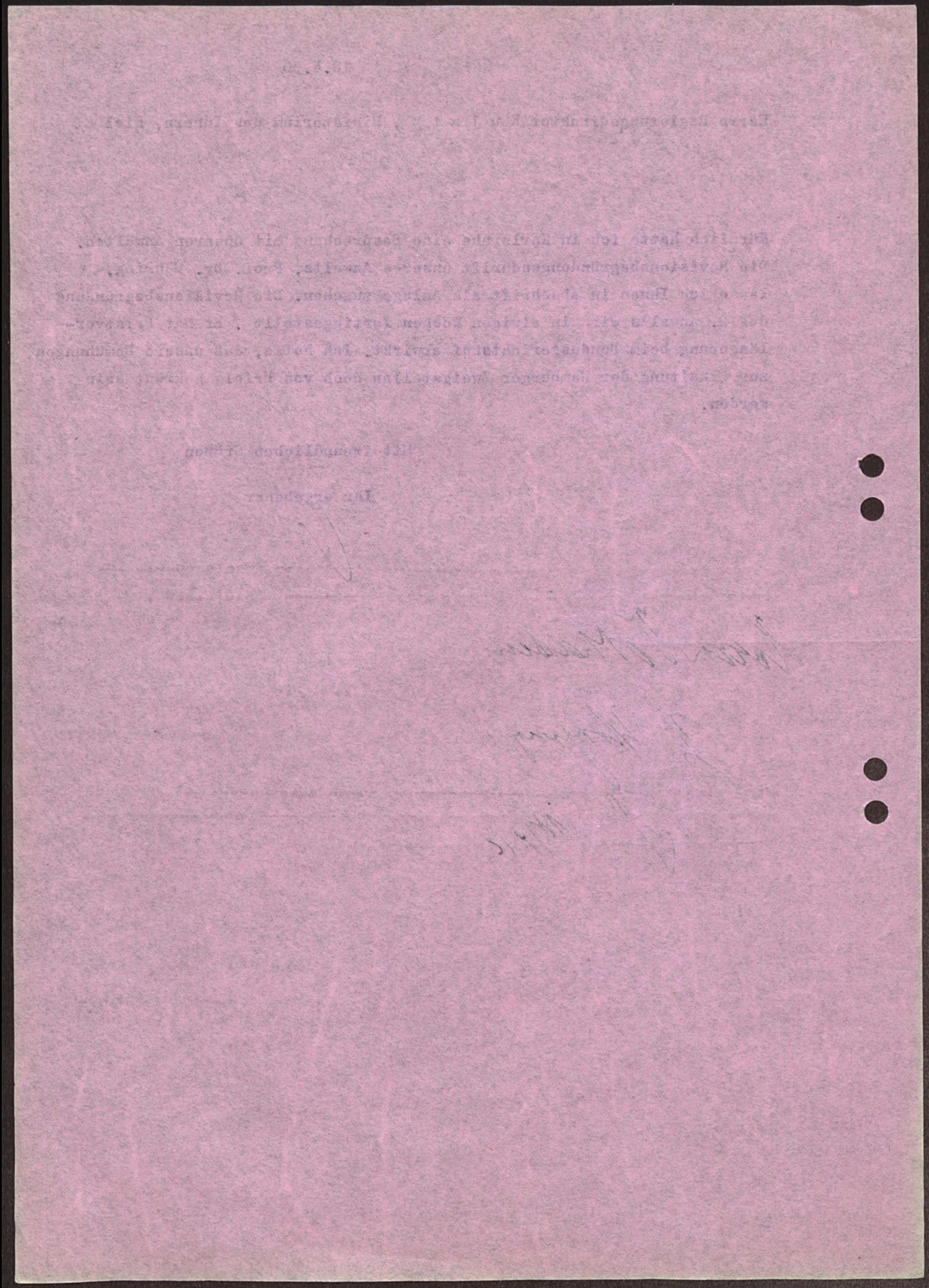




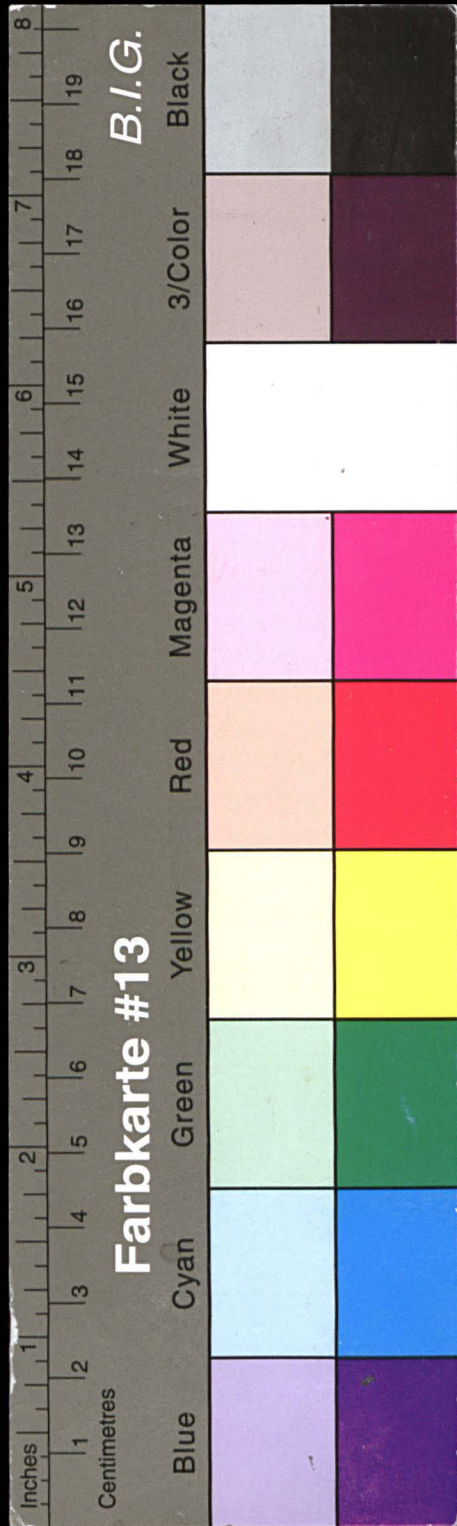


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

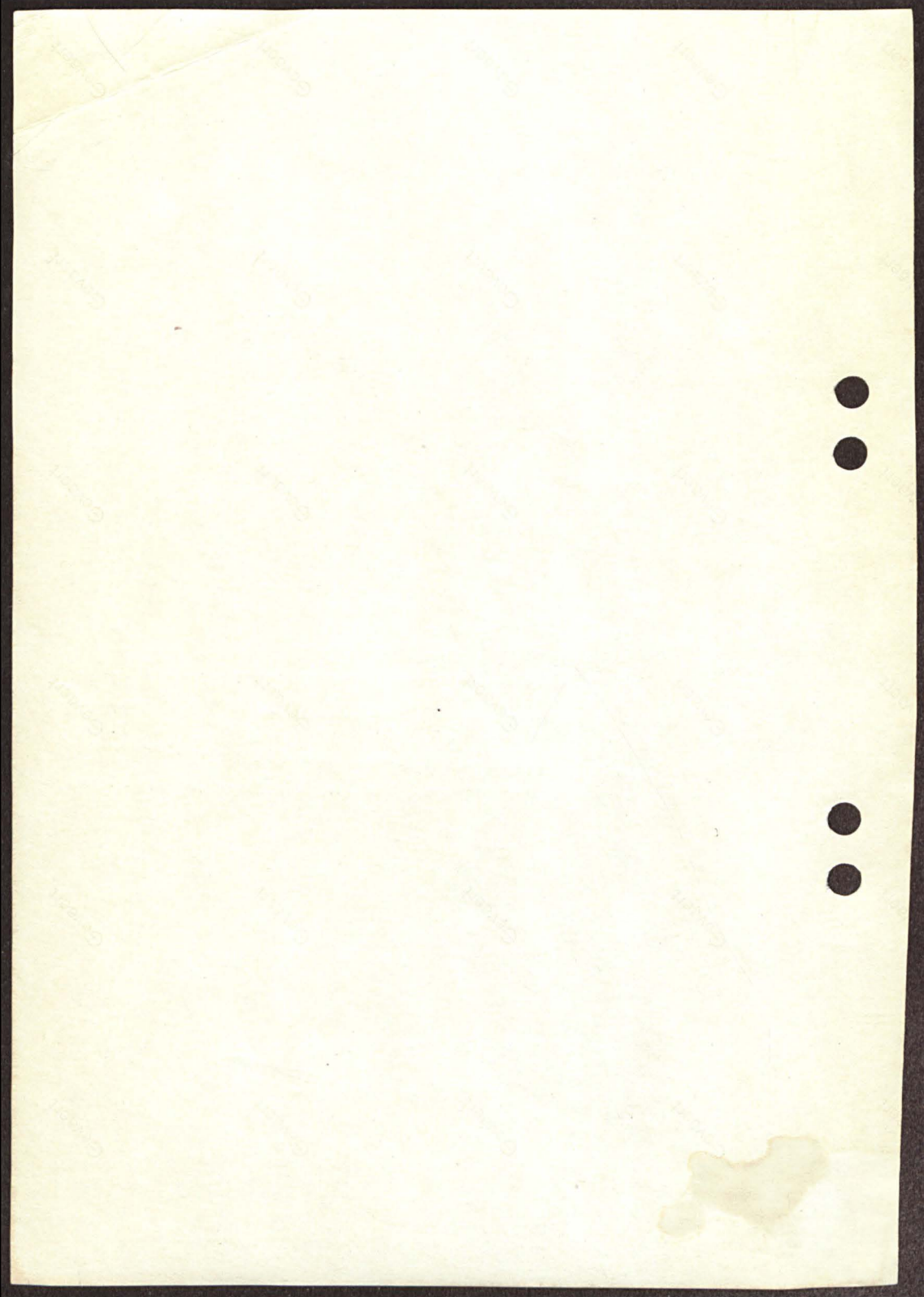






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



610  
63

V e r m e r k

Betr.: Hamburger Sparkassen-Prozeß.

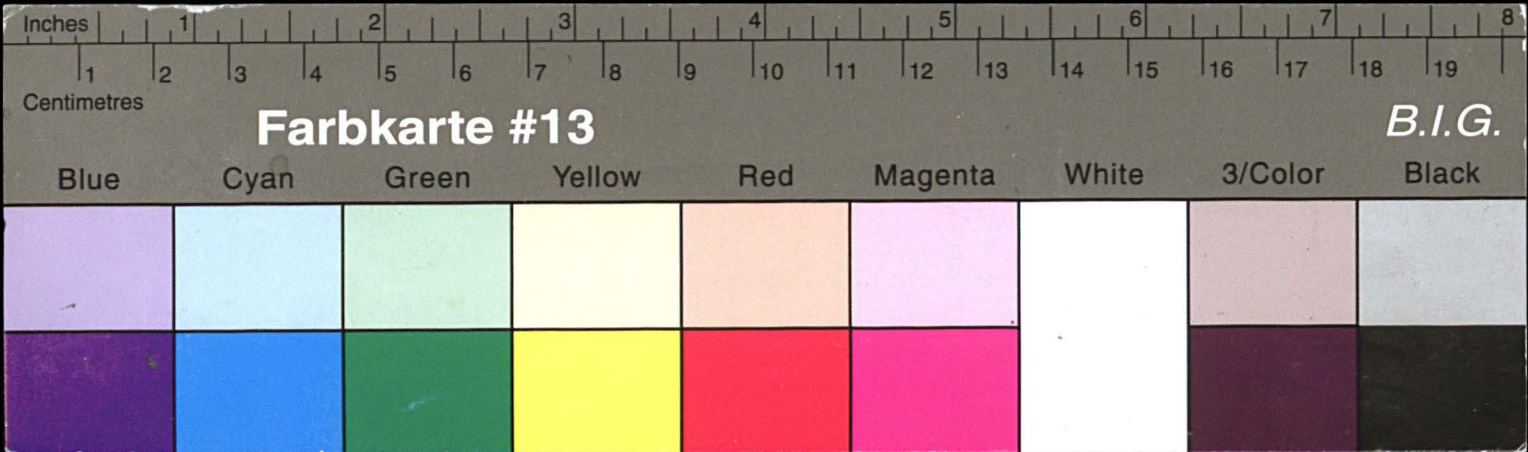
In der obigen Angelegenheit hat am 14.ds.Mts. beim Innenministerium in Kiel eine Besprechung stattgefunden , an welcher teilgenommen haben:

1. Herr Reg. Direktor K u j a t h von der Sparkassenaufsicht,
2. Herr Oberregierungsrat W e b e r von der Bankenaufsicht im Wirtschaftsministerium,
3. Herr Kreissyndikus K i e s l e r,
4. der unterzeichnete Sparkassenleiter.

Es wurde die Frage erörtert, inwieweit die erteilte Genehmigung zur Betreibung einer Hauptzweigstelle der Kreissparkasse Stormarn im Raum Hamburg-Billstedt zum Anlaß genommen werden könne, um neue Argumente im Prozeßverfahren vor dem Bundesgerichtshof aufzuwerfen. Herr Oberregierungsrat W e b e r vertrat die Ansicht, man solle den speziellen Fall Billstedt vorerst lieber nicht in einer Schrift dem Bundesgerichtshof unterbreiten, da u.U. eine entgegengesetzte Wirkung als die von uns beabsichtigte erzielt werden könne, habe aber keine Bedenken, die Gründe, die für die Genehmigung auch von der Bankenaufsicht herausgestellt seien, dem Bundesgerichtshof nochmals vorzutragen. Ein entsprechendes Schriftstück, das die Bankenaufsicht dem Innenministerium im Vorjahre unterbreitet habe, wird uns in Abschrift zugehen. Diese Gedanken seien durchaus im Prozeß zu verwenden. Möglicherweise könne dann aber in der mündlichen Verhandlung in Karlsruhe die Genehmigung Hbg.-Billstedt erwähnt werden. Die Herren der Landesregierung waren der Auffassung, im ganzen Prozeßverfahren müsse immer wieder auf das Fehlen der rechten Formvorschriften hingewiesen werden, welche den Vertrag ungültig machen. Insbesondere müsse weit mehr noch die fehlende aufsichtsbehördliche Genehmigung für den Vertrag vom 30.12.1944 herausgestellt und untermauert werden. Es wurde empfohlen, ein entsprechendes Rechtsgutachten eines namhaften Verwaltungsjuristen einzuholen und ein solches dem Gericht einzureichen. Herr Oberregierungsrat W e b e r regte an, wir sollten uns einmal mit Herrn Dr. P r ö h l , Bad Eilsen, in Verbindung setzen. Herr Dr. Prähl war einmal Kommentator des KWG. Herr Oberregierungsrat Weber glaubt, daß

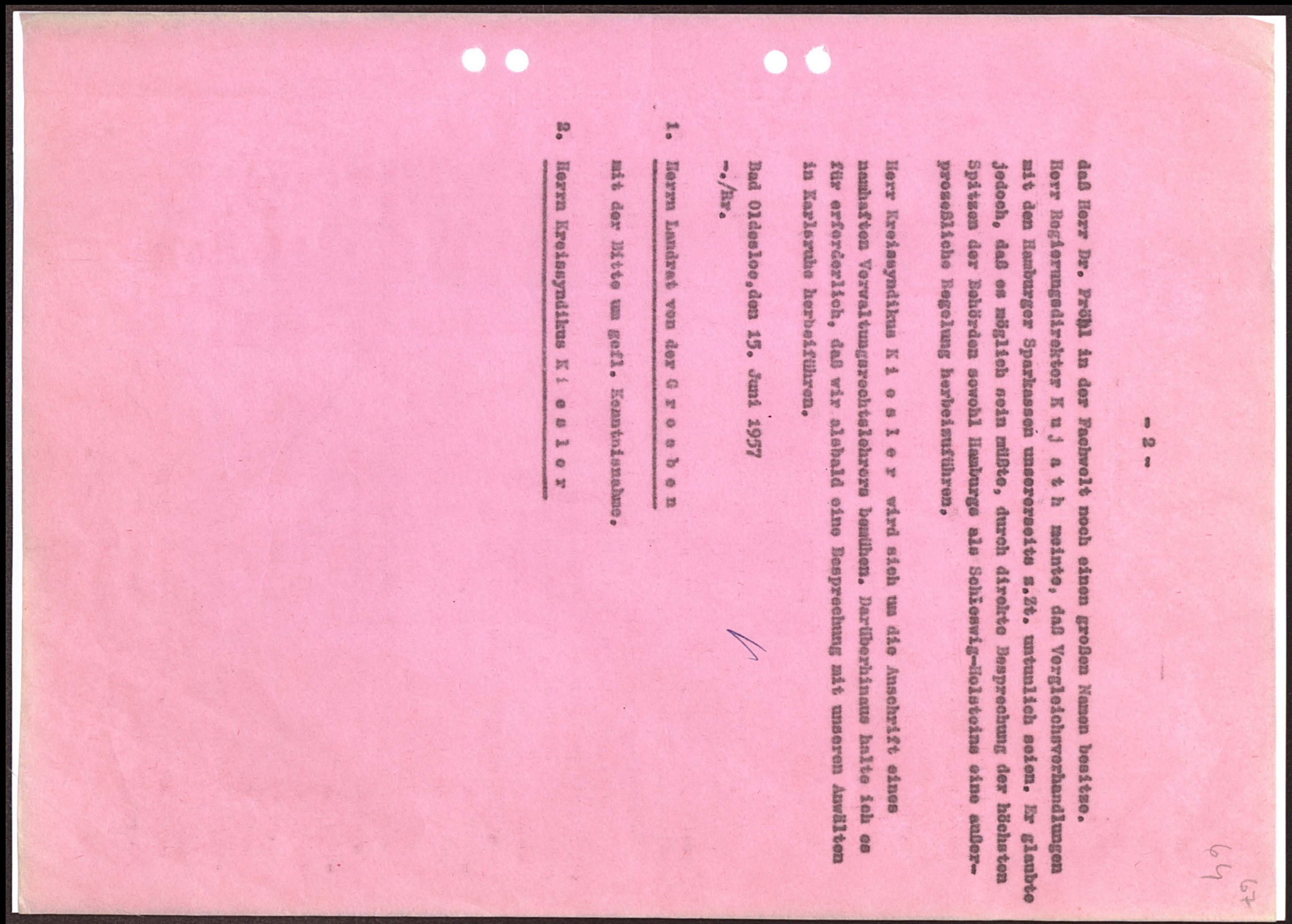
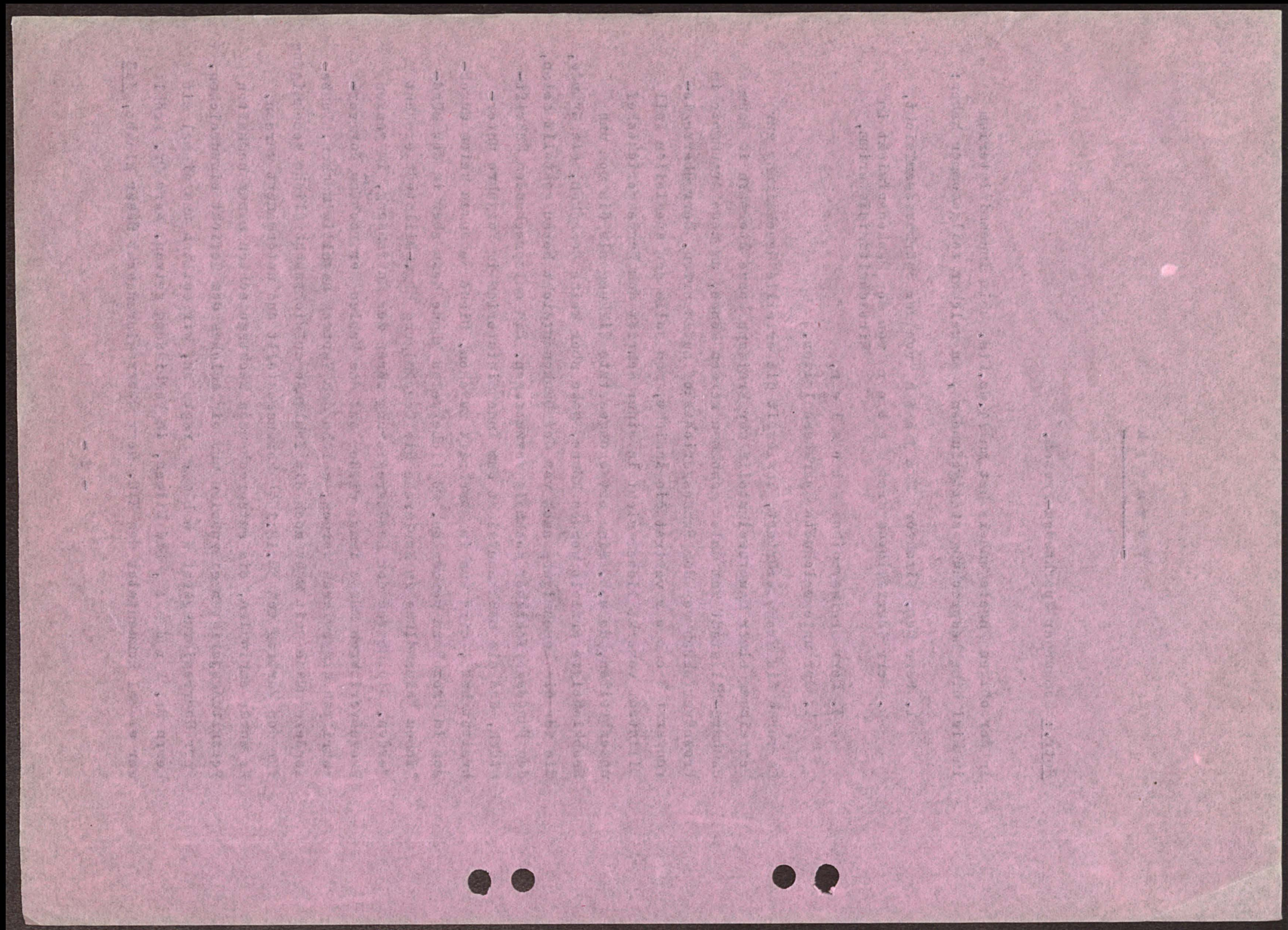
- 2 -



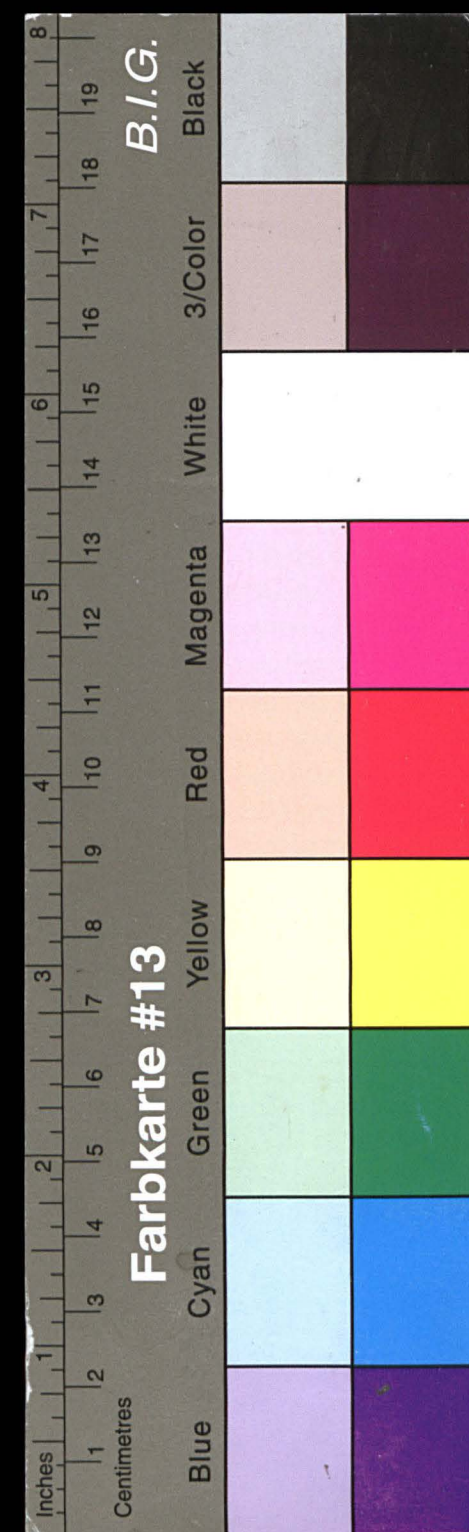


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

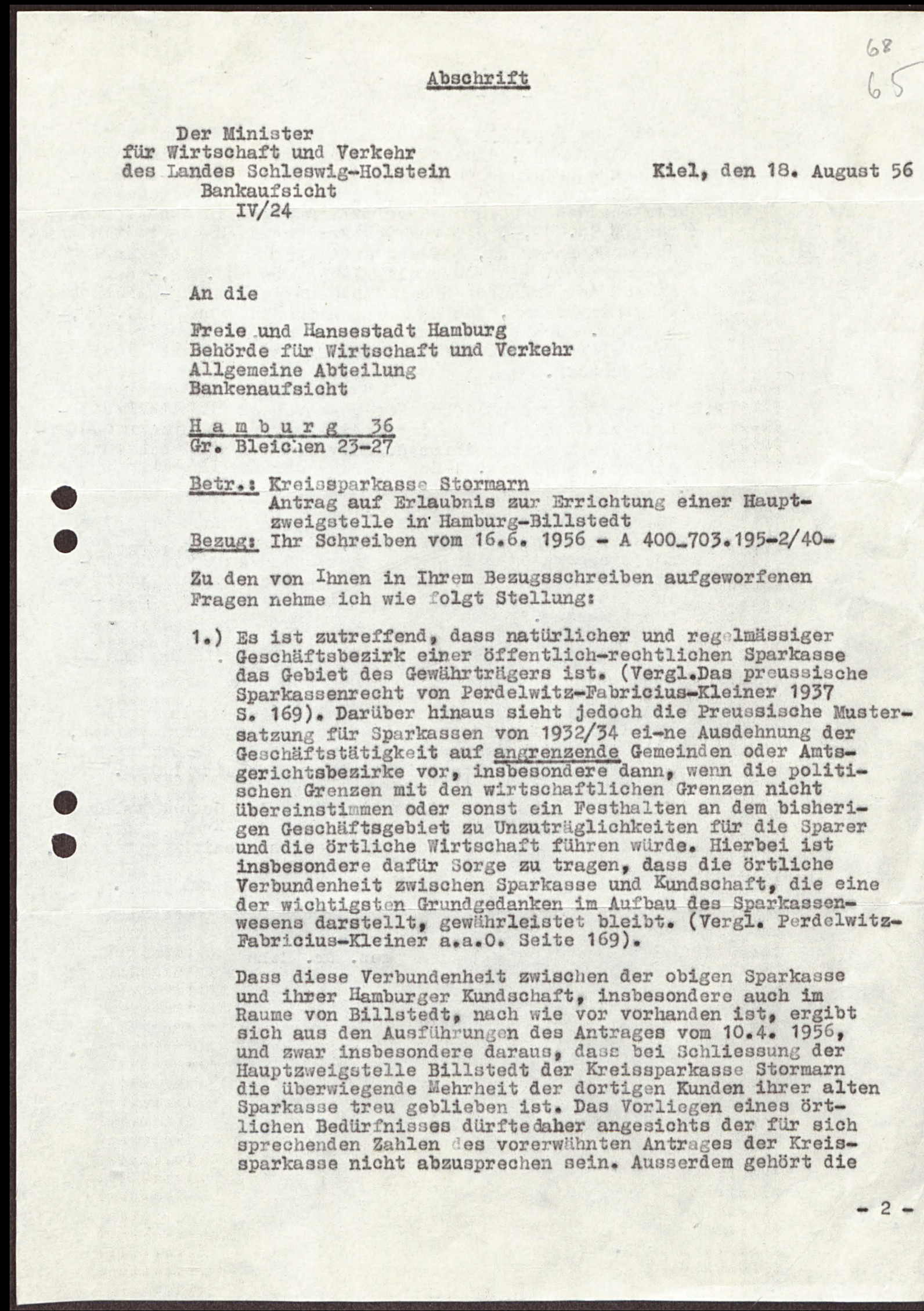
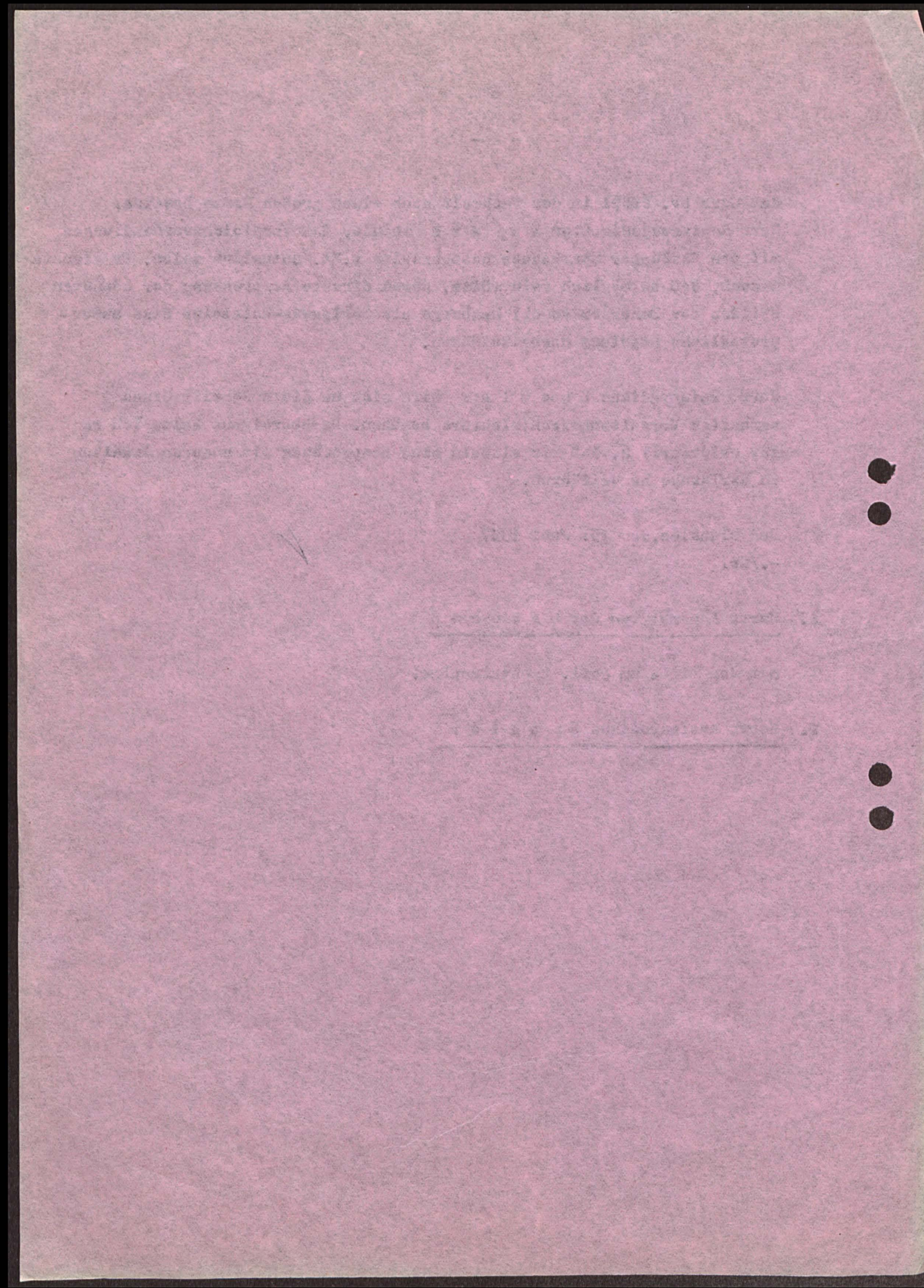




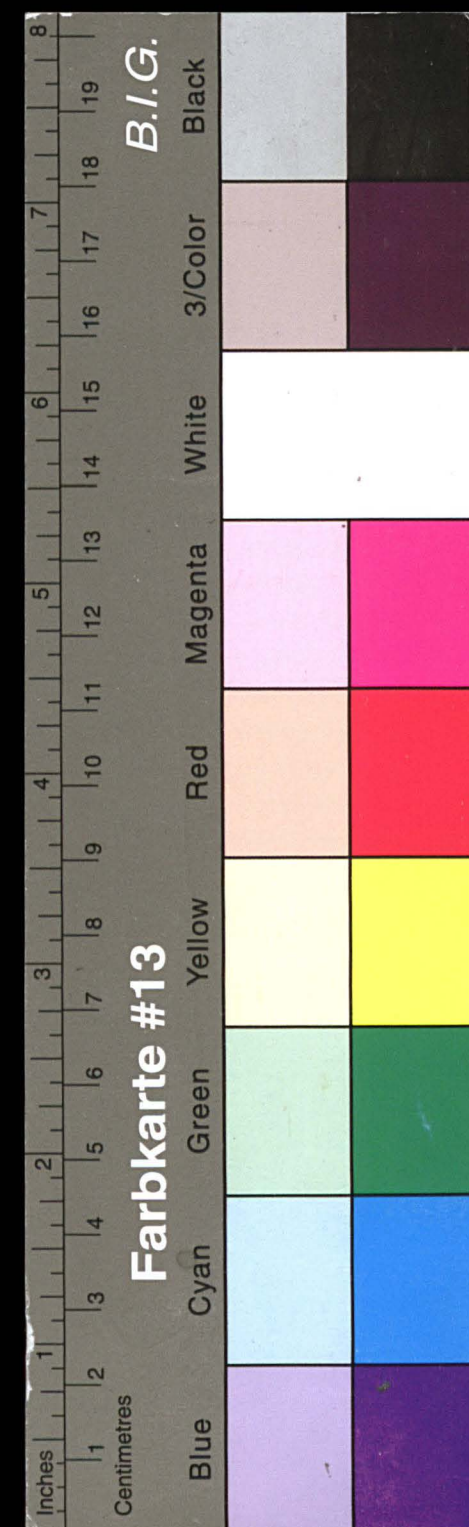


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

- 2 -

Freie und Hansestadt Hamburg selbst zu den Kunden der Kreissparkasse, die neben den bei der Eingemeindung der früher stormarnschen Gemeinden nach dem Gross-Hamburg-Gesetz in das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg bestehenden Schuldscheinverpflichtungen in Höhe von nunmehr ~~DM~~ 96.000,-, die von der Freien und Hansestadt Hamburg übernommen wurden, bei der Kreissparkasse Stormarn im Februar 1951 ein Kommunaldarlehen von 200.000,- zum Ankauf des früheren Stormarnhauses in Hamburg-Wandsbek aufgenommen hat, das heute noch in Höhe von ~~DM~~ 181.000,- besteht. Auch hieraus ergibt sich m.E. eindeutig die enge wirtschaftliche Verflechtung der Antragstellerin mit Hamburg.

- 2.) Die satzungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Zweigstellen der Kreissparkasse Stormarn ausserhalb des Bereichs ihres Gewährverbandes sind eindeutig gegeben. § 25 Abs. 1 der Satzung der Kreissparkasse Stormarn lautet:

"Darlehen können gegen Bestellung von Hypotheken oder Grundschulden auf Grundstücke, die im Bezirk des Kreises Stormarn oder in den angrenzenden Amtsgerichtsbezirken belegen sind, nach Massgabe der von der obersten Aufsichtsbehörde erlassenen Beleihungsgrundsätze gewährt werden."

Eine ähnliche Bestimmung ist in § 27 Abs. 6 der Satzung enthalten:

"Die in diesem Paragraphen bezeichneten Darlehen und Kredite dürfen nur an solche Personen gewährt werden, die im Bezirk des Kreises Stormarn oder in den angrenzenden Amtsgerichtsbezirken ihren Wohnsitz haben."

Hieraus ergibt sich eindeutig, dass der Geschäftsbereich der Antragstellerin sich ausser auf den Kreis Stormarn auch auf die angrenzenden Amtsgerichtsbezirke erstreckt.

Der Antrag ist somit auch satzungsmässig zulässig.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Hahn



INNENMINISTERIUM  
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Regierungsdirektor Kujath

6566  
KIEL, den 18. Juni 1957  
Landeshaus, Düsterbrookter Weg 70-90  
Telefon 40891  
Fernschreiber 029823

Herrn  
Sparkassendirektor S a n d e r

B a d O l d e s l o e  
Kreissparkasse

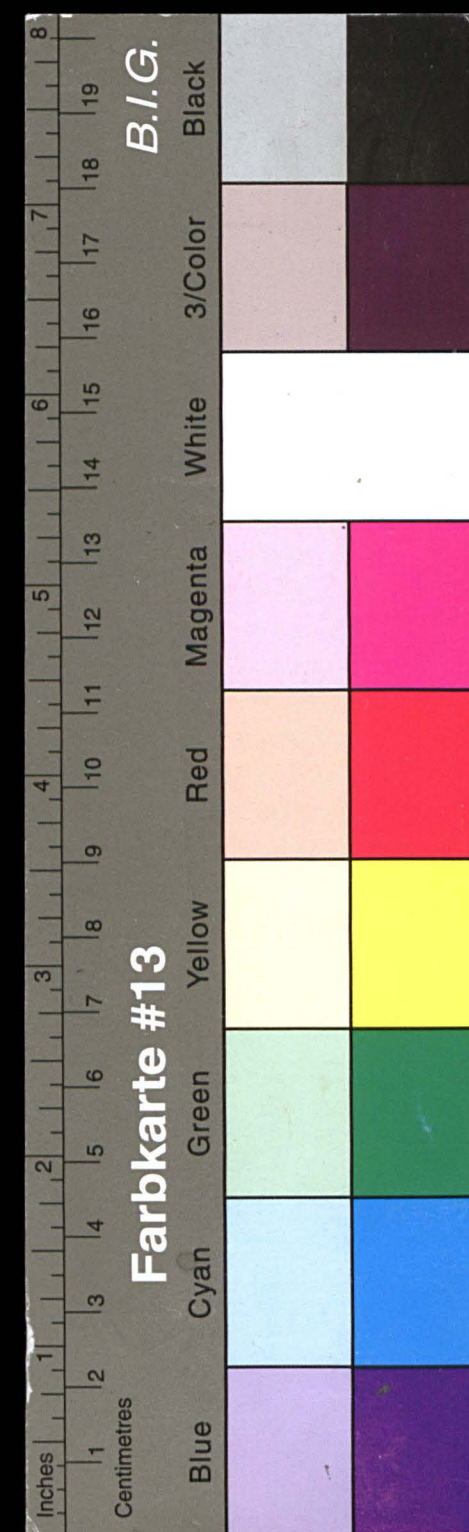
Sehr geehrter Herr Sander!

Unter Bezugnahme auf unsere kürzliche Besprechung übersende ich Ihnen in der Anlage zwei Abschriften der Stellungnahme des Herrn Ministers für Wirtschaft und Verkehr - Bankaufsicht - zum Regionalitätsprinzip.

Mit verbindlichen Grüssen

Ihr

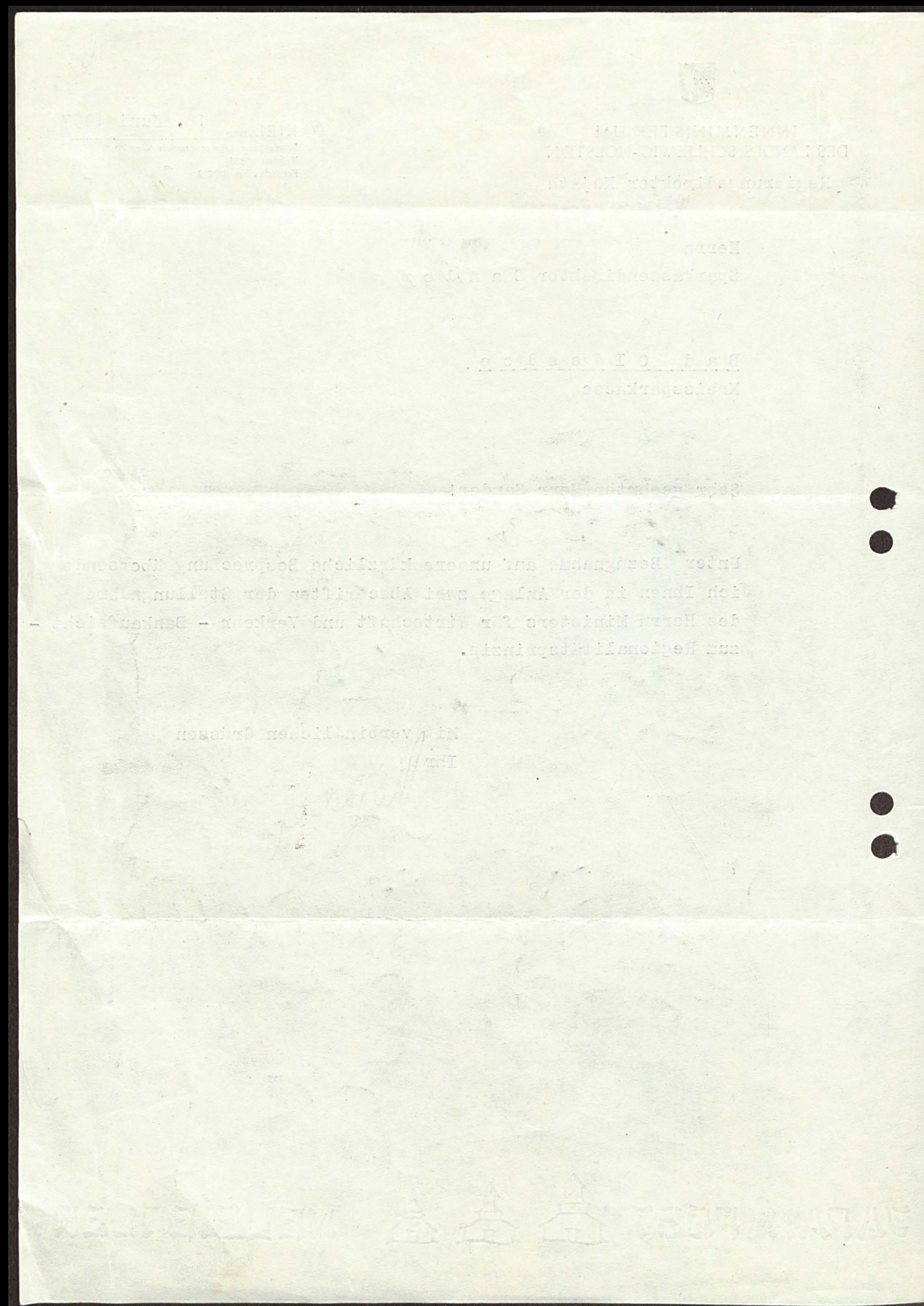




# Farbkarte #13

# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift

**Rheinische Girozentrale und Provinzialbank**  
**Pressebericht**

Nr. 155

12.7.1958

155/4 Keine Bedürfnisprüfung bei Banken-Zulassung

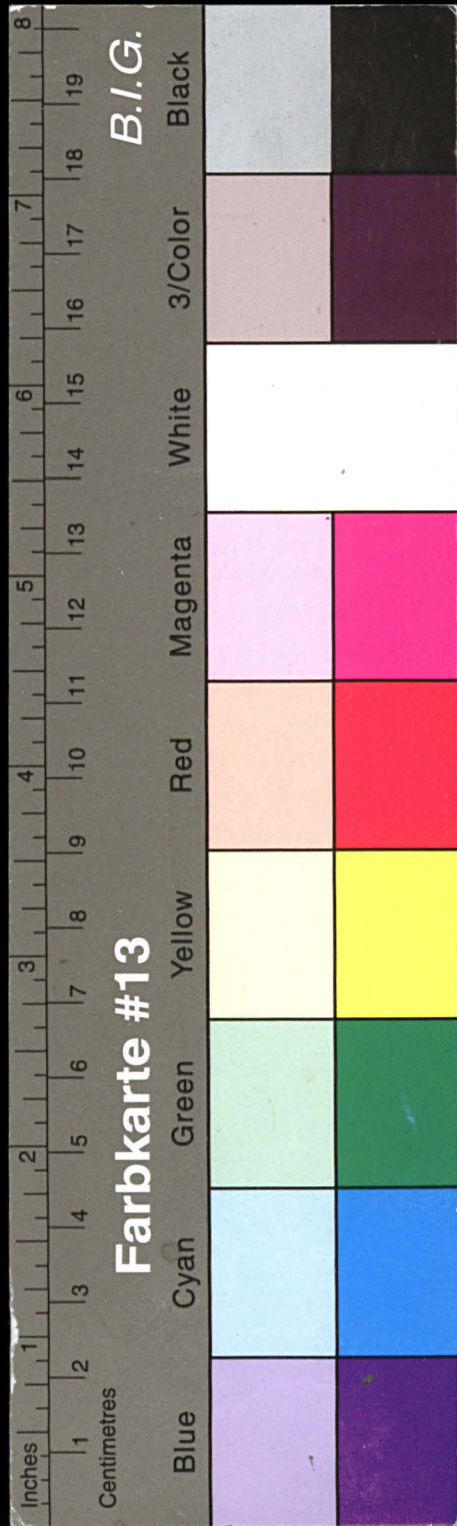
Der Erste Senat des Bundesverwaltungsgerichts hat in zwei Verfahren den Landesregierungen das Recht abgesprochen, die Neuzulassung von Kreditinstituten von der Prüfung des wirtschaftlichen Bedürfnisses abhängig zu machen. Die Landesregierungen hatten in beiden Fällen als Grund für die Ablehnung angegeben, die Währung müsse geschützt werden. Es sei Aufgabe des Staates, die Währung vor Funktionsstörungen im Zahlungs- und Kreditverkehr zu bewahren. Bei einem schonungslosen Konkurrenzkampf sei der Zusammenbruch einzelner leistungsschwacher KI zu befürchten. Eine Vertrauenskrise der Öffentlichkeit zu den KI wäre die zwangsläufige Folge.

Das Bundesverwaltungsgericht bezeichnet in seinem Urteil (Aktenzeichen I C 205/55 und 177/54) die Niederlassungsbeschränkung als Verletzung der in der Verfassung gewährleisteten Berufsfreiheit. Die Sicherheit der Währung hänge nicht von der Anzahl der KI ab; sie müsse durch die Geldpolitik der Notenbank gewährleistet sein. Im übrigen entstehe der Zusammenbruch eines Kreditinstitutes und die damit verbundene Kettenreaktion bei den Kunden nicht durch die Zulassung neuer Institute, sondern durch eine falsche Kreditpolitik des einzelnen Instituts.. Dieser Gefahr könne aber durch die Staatsaufsicht begegnet werden.

Frankf. Allg. Ztg. 158/9 v. 12.7.58  
Industriekurier 105/2 v. 12.7.58

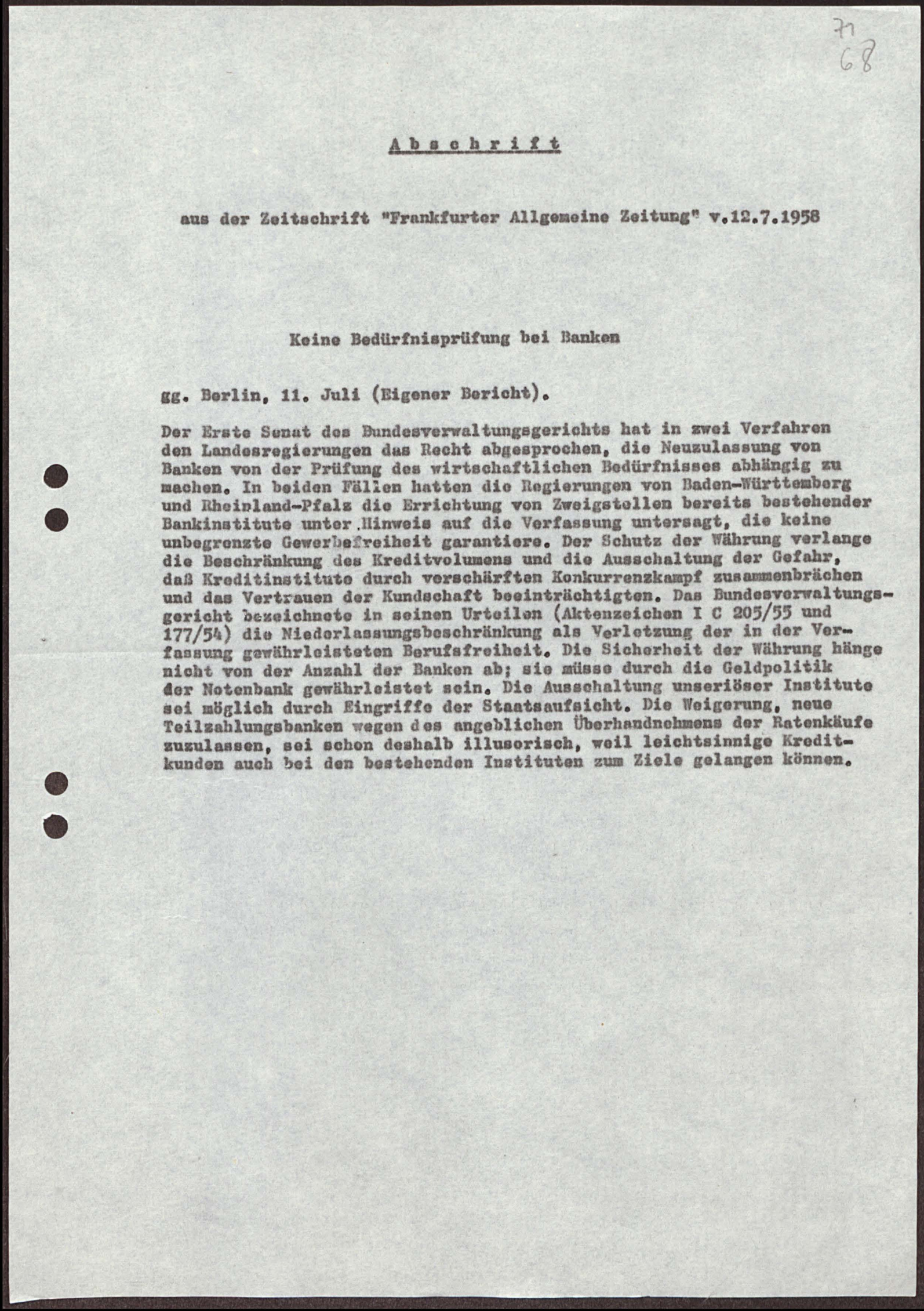
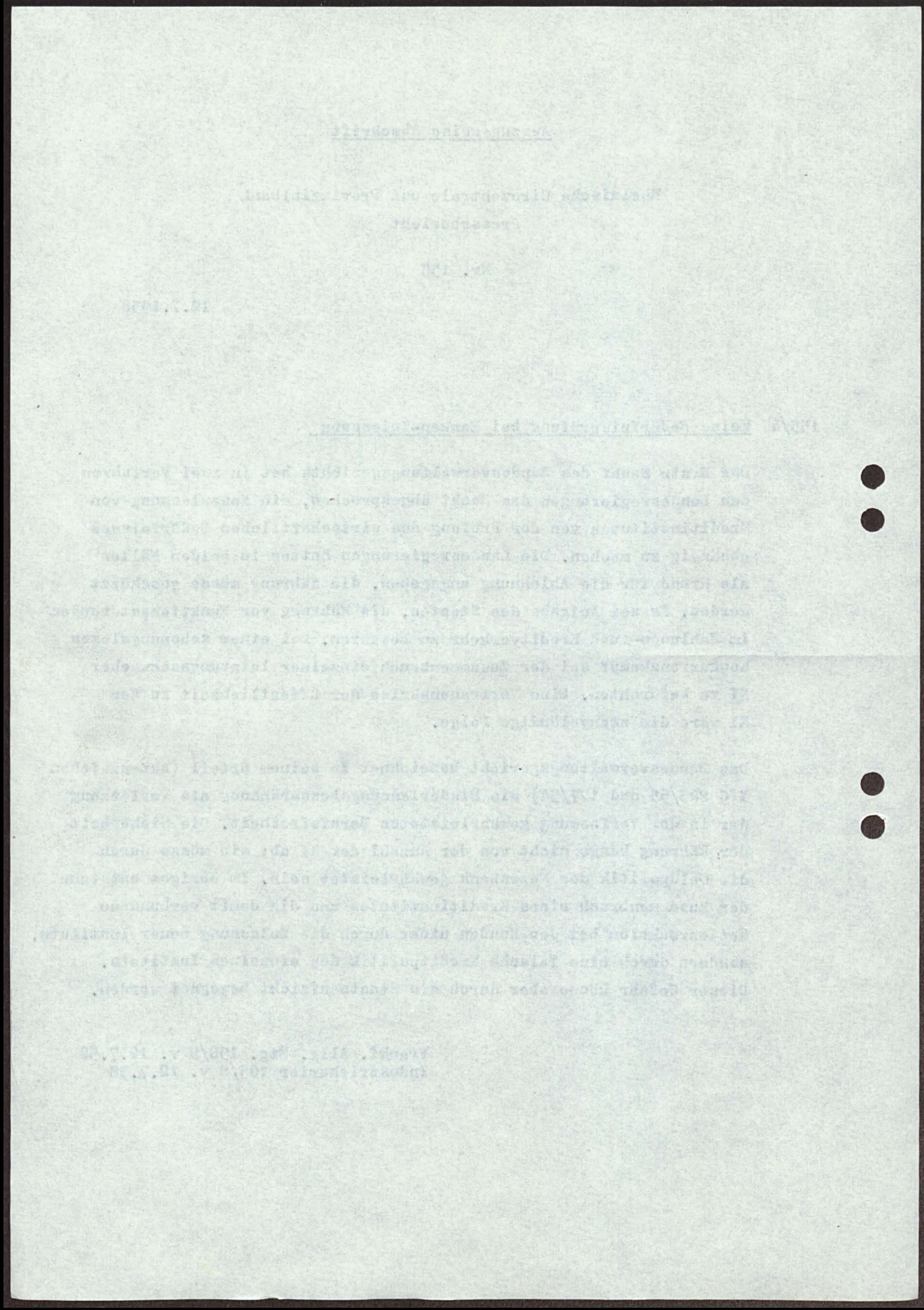
70  
67



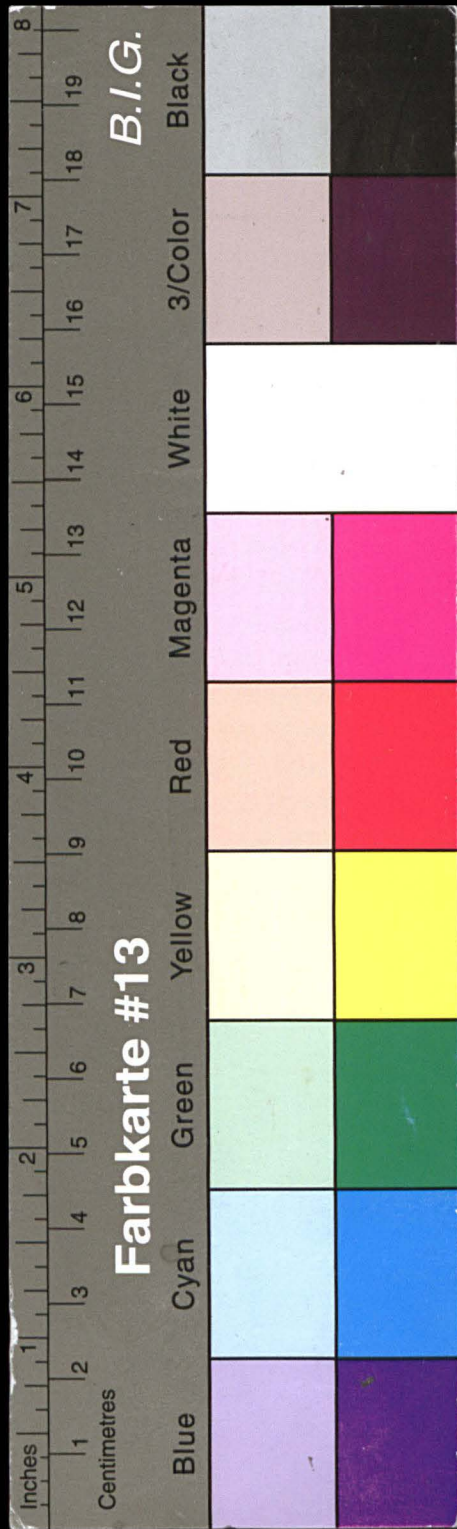


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

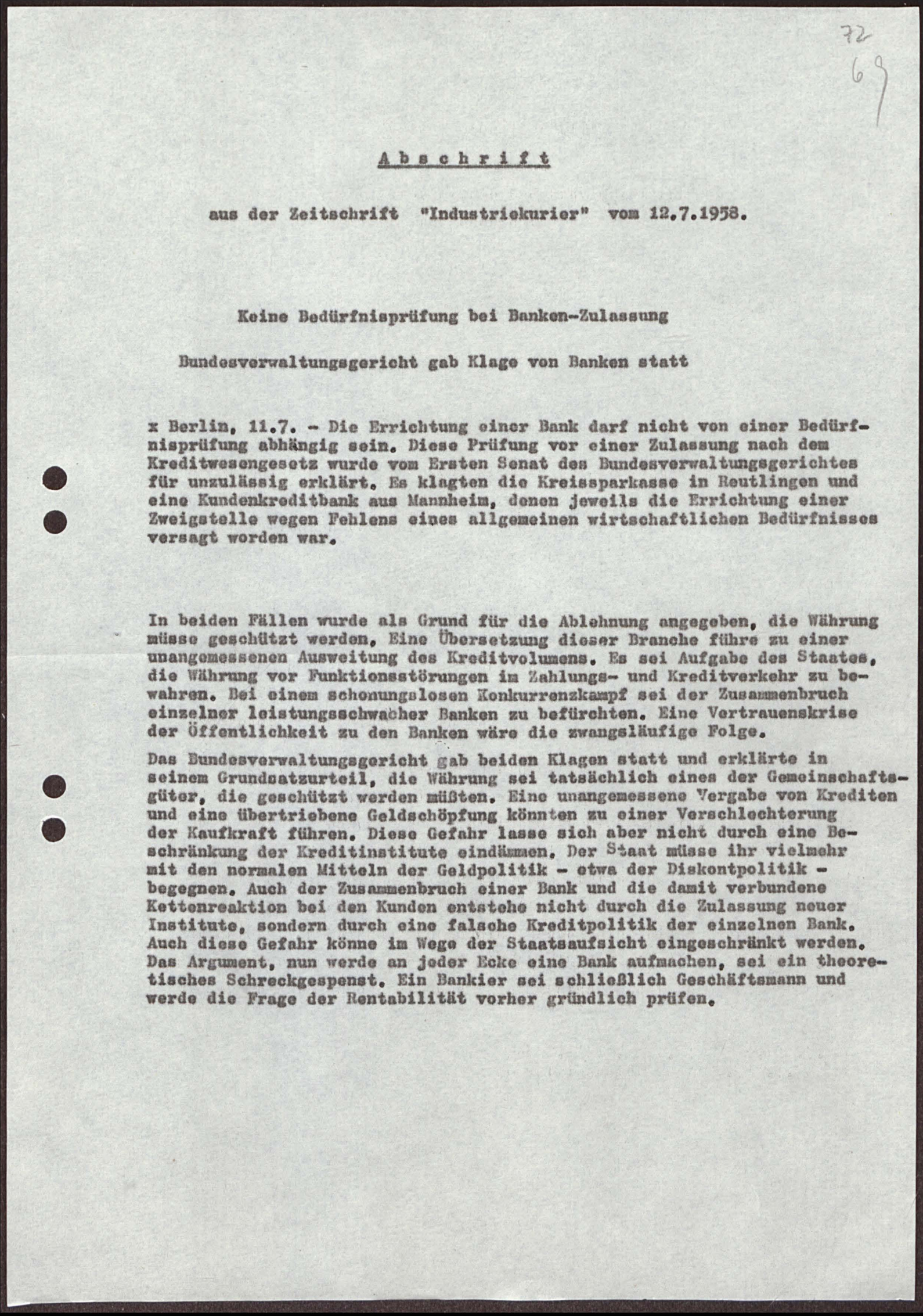
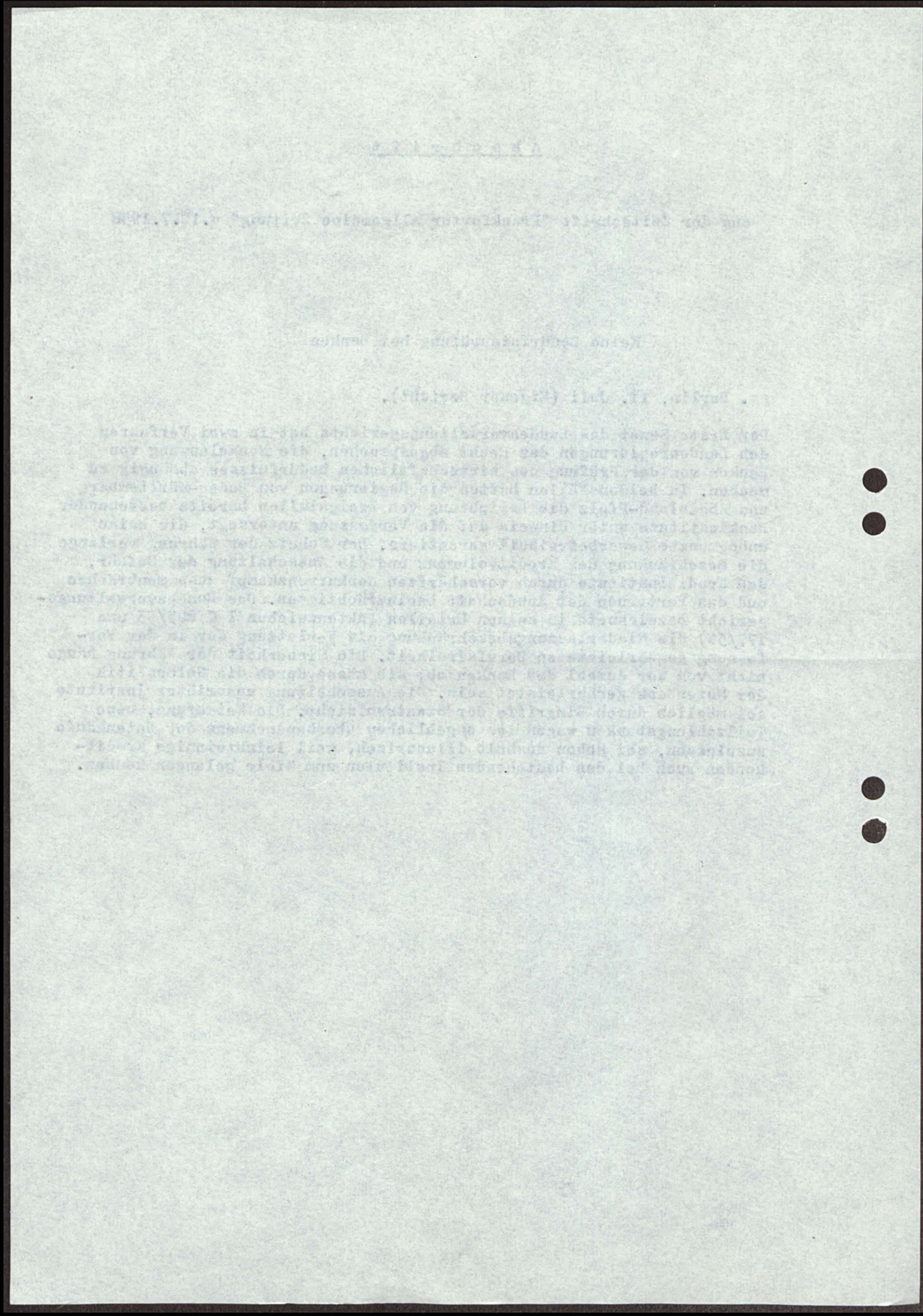






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



## Abschrift

aus der Zeitschrift "Industriekurier" vom 12.7.1958.

### Keine Bedürfnisprüfung bei Banken-Zulassung

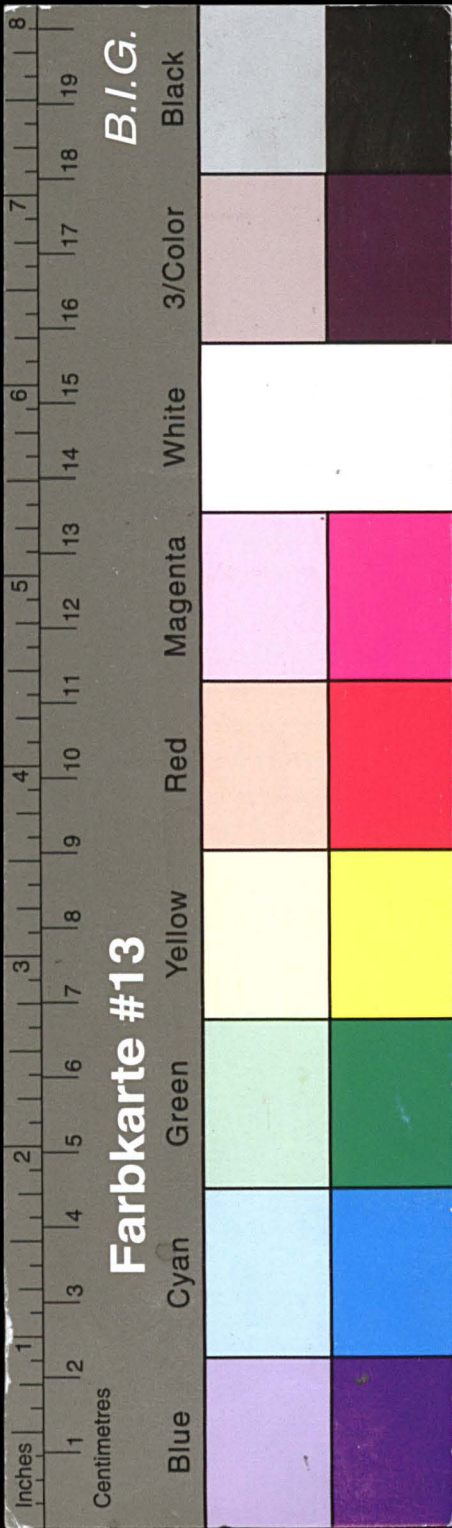
Bundesverwaltungsgericht gab Klage von Banken statt

x Berlin, 11.7. - Die Errichtung einer Bank darf nicht von einer Bedürfnisprüfung abhängig sein. Diese Prüfung vor einer Zulassung nach dem Kreditwesengesetz wurde vom Ersten Senat des Bundesverwaltungsgerichtes für unzulässig erklärt. Es klagten die Kreissparkasse in Reutlingen und eine Kundenkreditbank aus Mannheim, denen jeweils die Errichtung einer Zweigstelle wegen Fehlens eines allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnisses versagt worden war.

In beiden Fällen wurde als Grund für die Ablehnung angegeben, die Währung müsse geschützt werden. Eine Übersetzung dieser Branche führe zu einer unangemessenen Ausweitung des Kreditvolumens. Es sei Aufgabe des Staates, die Währung vor Funktionsstörungen im Zahlungs- und Kreditverkehr zu bewahren. Bei einem schonungslosen Konkurrenzkampf sei der Zusammenbruch einzelner leistungsschwacher Banken zu befürchten. Eine Vertrauenskrise der Öffentlichkeit zu den Banken wäre die zwangsläufige Folge.

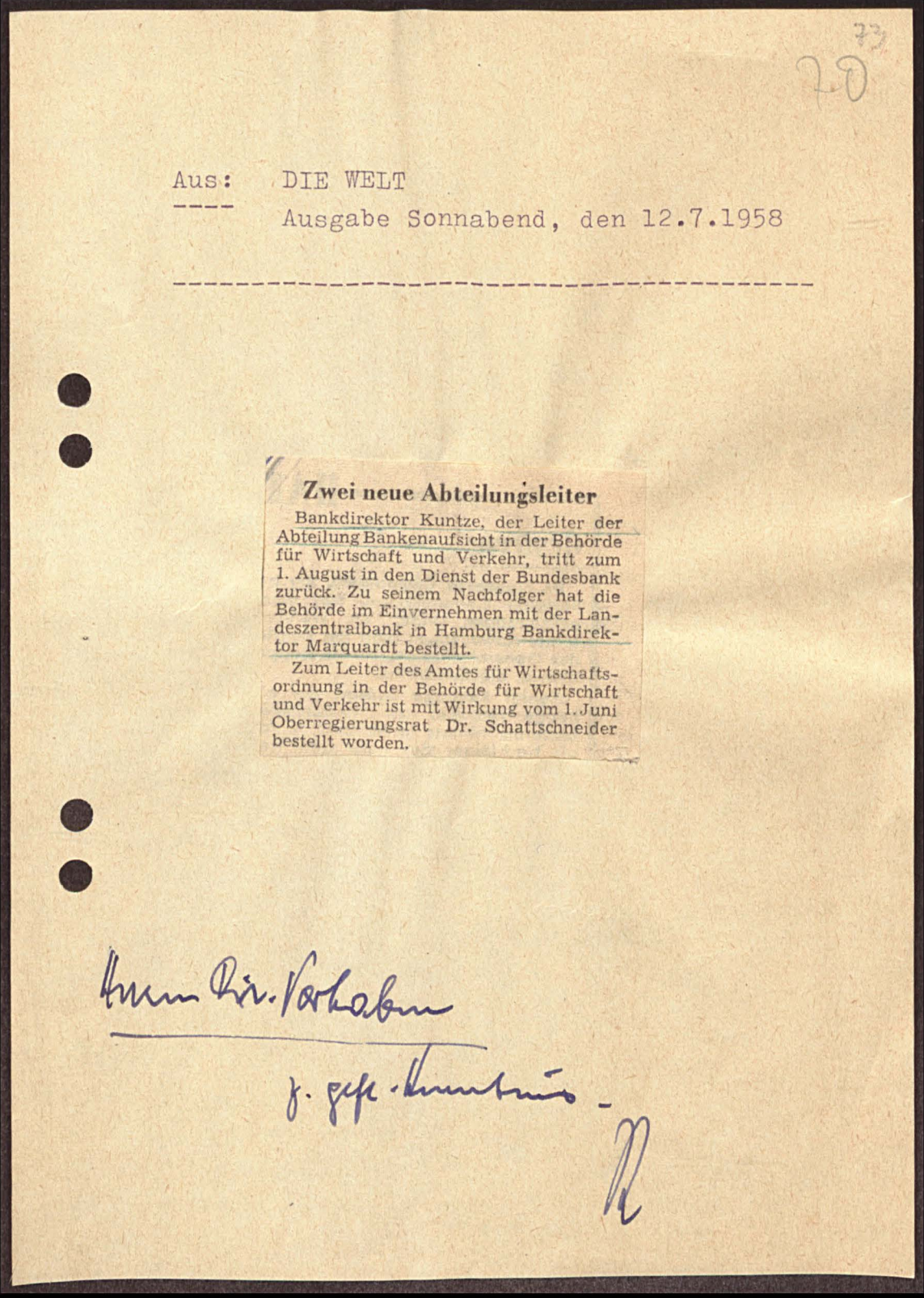
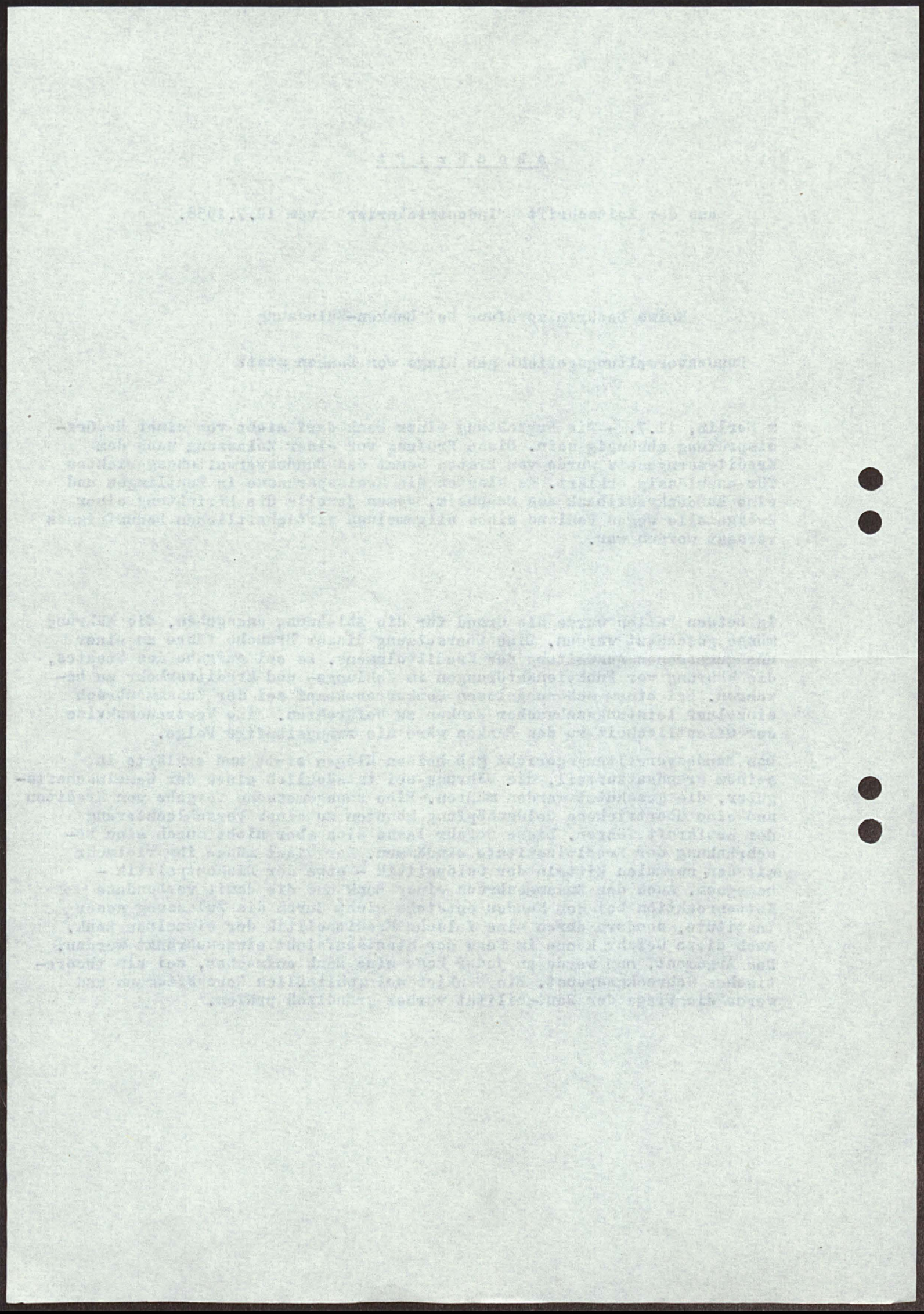
Das Bundesverwaltungsgericht gab beiden Klagen statt und erklärte in seinem Grundsatzurteil, die Währung sei tatsächlich eines der Gemeinschaftsgüter, die geschützt werden müßten. Eine unangemessene Vergabe von Krediten und eine übertriebene Geldschöpfung könnten zu einer Verschlechterung der Kaufkraft führen. Diese Gefahr lasse sich aber nicht durch eine Beschränkung der Kreditinstitute eindämmen. Der Staat müsse ihr vielmehr mit den normalen Mitteln der Geldpolitik - etwa der Diskontpolitik - begegnen. Auch der Zusammenbruch einer Bank und die damit verbundene Kettenreaktion bei den Kunden entstehe nicht durch die Zulassung neuer Institute, sondern durch eine falsche Kreditpolitik der einzelnen Bank. Auch diese Gefahr könne im Wege der Staatsaufsicht eingeschränkt werden. Das Argument, nun werde an jeder Ecke eine Bank aufmachen, sei ein theoretisches Schreckgespenst. Ein Bankier sei schließlich Geschäftsmann und werde die Frage der Rentabilität vorher gründlich prüfen.



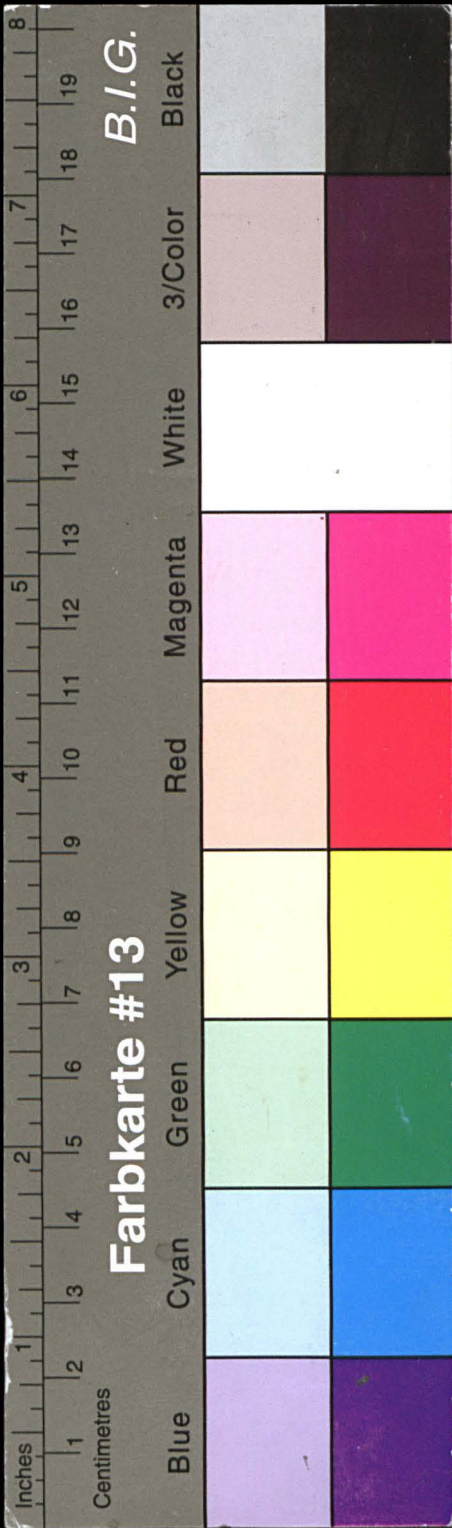


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

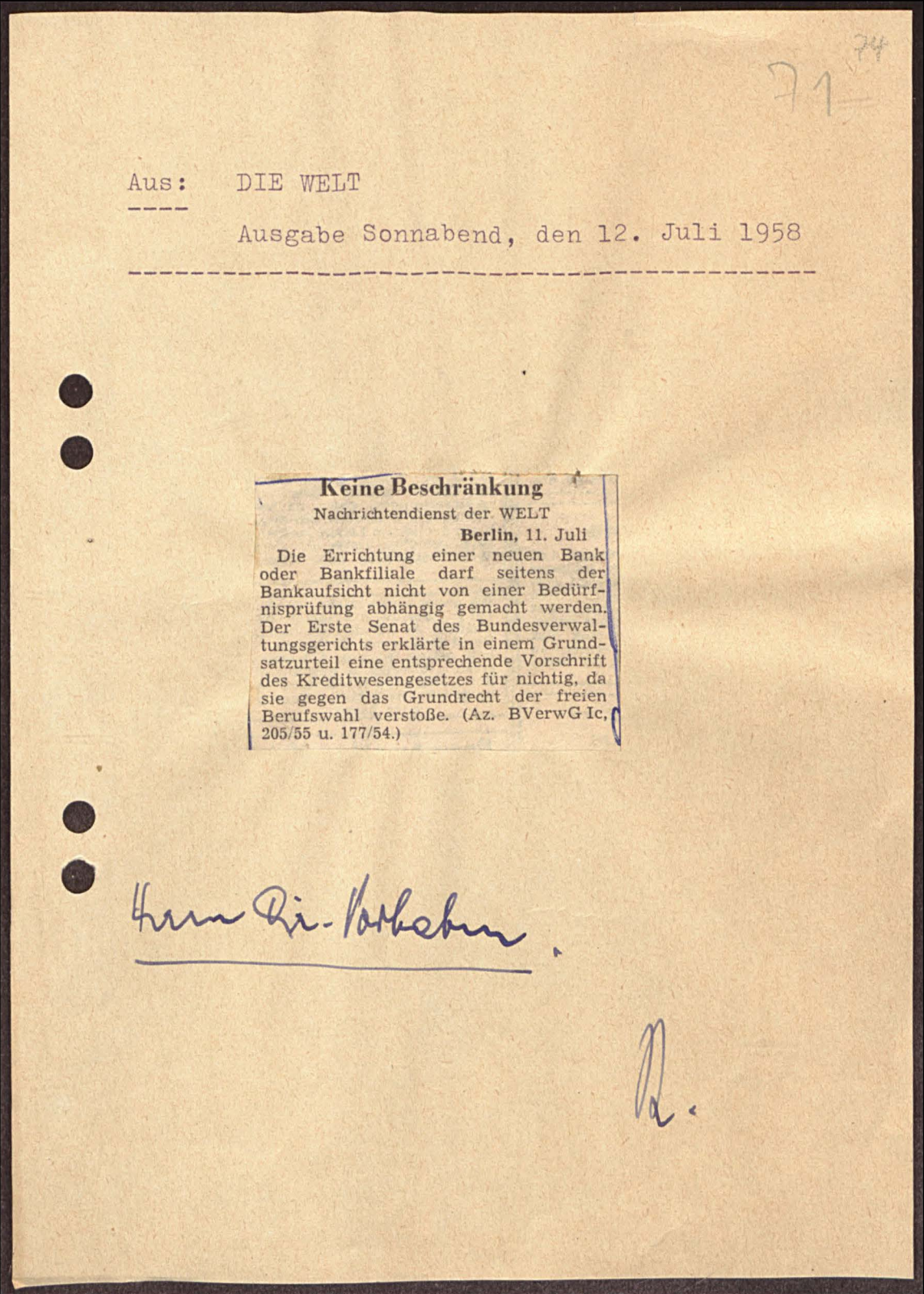
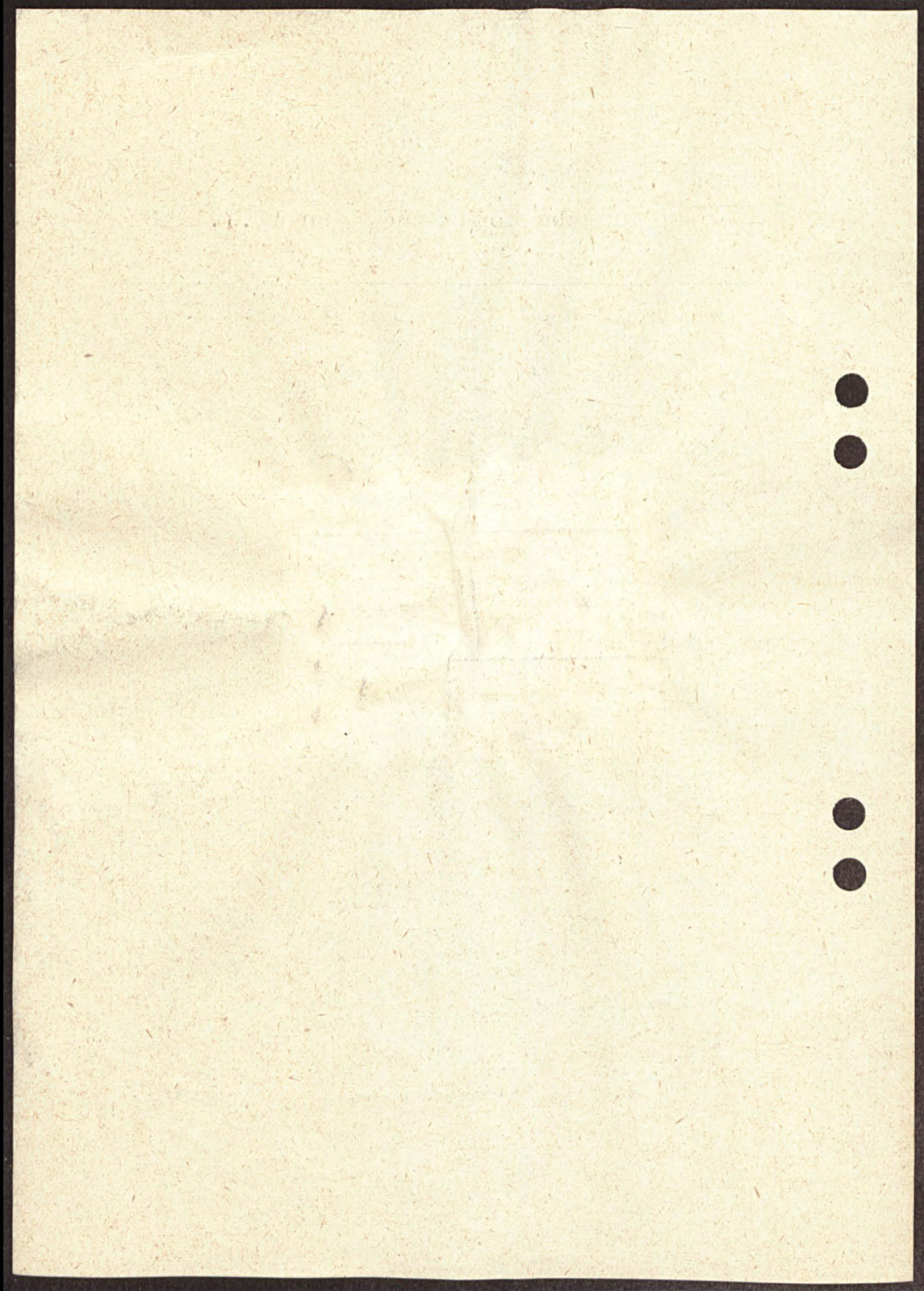




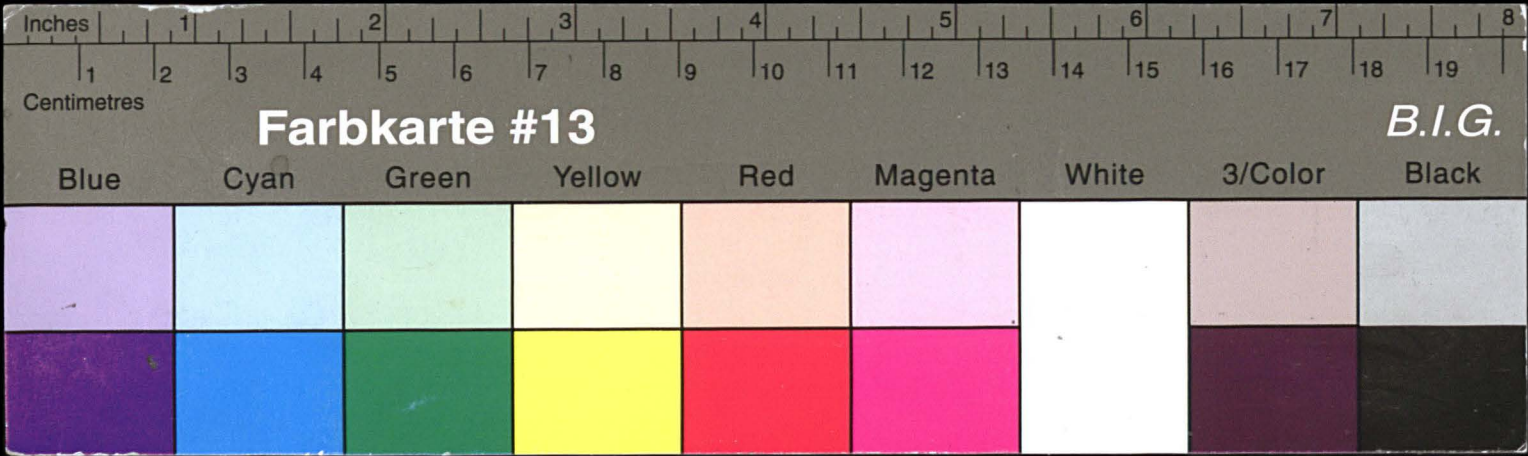


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

